

Die  
bayerische Politik  
im  
schmalkaldischen Kriege.

Von

Sigmund Riezler.

1875

1875

1875

1875

In den Berichten und Urteilen der Zeitgenossen über die bayerische Politik im schmalkaldischen Kriege herrscht im allgemeinen Unklarheit und Widerspruch. Viele waren sich schon über die Hauptfrage nicht klar, ob sie in Bayern einen Verbündeten des Kaisers zu sehen hätten oder nicht. Sleidans Schweigen über diese Frage<sup>1)</sup> wird nicht daraus zu erklären sein, dass er ihr keine Wichtigkeit beimisst, sondern dass er sie nicht sicher zu beantworten vermag. Im Munde Schertlins und derer, die ihm nahe standen, heisst Herzog Wilhelm „der Neutralist“, doch nicht ohne ironischen Anflug. Dem modernen Historiker ist es Dank den erschlossenen Staatsarchiven in derartigen Fragen leicht gemacht seine Vorgänger zu überschauen. Ich will mich darum bei den Ansichten der Zeitgenossen nicht lange aufhalten, sondern nur bemerken, dass auch jene, die Bayern deutlich als Verbündeten des Kaisers erkennen, in der Beurteilung seiner Leistungen sich in zwei feindliche Lager scheiden. Mit beredten Worten schildern der venetianische Botschafter bei Karl V., Alvise Mocenigo,<sup>2)</sup> und der Engländer Roger Ascham,<sup>3)</sup> beides Staatsmänner, die damals in Deutschland weilten und guten Einblick in die Dinge hatten, wie wertvoll die bayerische Bundesgenossenschaft für den Kaiser sich erwiesen habe. In ganz Deutschland, sagt Ascham, wäre in dieser Lage kein Fürst im Stande gewesen, dem Kaiser solche Unterstützung (kindness) zu gewähren, wie er sie von Herzog Wilhelm erfuhr. Dagegen betonen zahlreichere Stimmen nur die Lauheit, die Unzuverlässigkeit und den geringen Nutzen dieses Verbündeten. Den Reigen der Unzufriedenen führt Karl V. selbst in seinen *Commentaires*<sup>4)</sup>: „Da Herzog Wilhelm von Bayern geraume Zeit vorher seine Dienste angeboten und ihre Majestäten (den Kaiser und König Ferdinand) zum Kriege als dem einzigen Mittel gegen solche Unverschämtheit angefeuert hatte, verhandelten die Majestäten

1) Sleidan (deutsche Ausgabe, Strassburg 1571, f. 207) teilt nur das Schreiben der Schmalkaldener an Herzog Wilhelm vom 3. August 1546 mit.

2) *Fontes rer. Austriac.* II, XXX, 87, geschrieben 1548.

3) *Report of the affaires of Germany* (geschrieben 1552/53, erster Druck 1553; vgl. G. Voigt, *Geschichtschreibung* S. 610); *The whole Works of Roger Ascham* ed. Giles III, p. 29.

4) *Commentaires de Charles-Quint*, ed. Le Baron Kervyn de Lettenhove, S. 120.

mit ihm, dass auch er in den Bund oder die Liga einträte, welche des Papstes Gesandte vorschlugen und betrieben. Aber nachdem sich der Herzog (vorher) im Prinzip so voll feurigen Eifers in dieser Sache gezeigt hatte, war er jetzt so erkältet, dass um seinetwillen der Abschluss länger, als gut war, sich verzögerte. Endlich wurde ein Bundesvertrag mit ihm abgeschlossen, aus dem man jedoch wenig Nutzen zog, abgesehen davon, dass Bayern dem kaiserlichen Heere die Lebensmittel lieferte.“ Noch stärker trägt Karls Kammerherr Avila<sup>1)</sup> auf, bei dem man den Widerhall der im kaiserlichen Hauptquartier herrschenden Stimmung erwarten darf. „Bayern, dem Bekenntnis nach katholisch, temporisirte gleichwohl mit den Lutheranern und erwies sich diesen ebenso freundlich wie den Katholiken, so dass man es fast als neutrale Macht erklären konnte. Wiewohl Katholik, behandelte der Herzog von Bayern diese Sache so vorsichtig, um nicht zu sagen furchtsam, dass er lange zögerte sich zu entscheiden, und diese Unentschlossenheit steigerte die Schwierigkeiten unseres Krieges nicht wenig. Die Truppen des Herzogs von Bayern waren zwar als Diener seiner Majestät, aber nicht als Feinde der Gegner erklärt.“

Von den Neueren hat Ranke in seinen früheren Auflagen Mocenigo's Auffassung sich angeeignet, in seiner neuesten Auflage<sup>2)</sup> dagegen nach und man wird sagen dürfen: infolge der Veröffentlichung v. Druffel's: Briefe und Akten zur Geschichte des 16. Jahrhunderts, dieses Urteil fallen gelassen und statt dessen nur bemerkt, dass Herzog Wilhelm jeden nicht wieder abzuleugnenden Anteil am Kriege vermied, weil er sich der Rache der Protestanten im Falle eines unerwünschten Ausgangs nicht aussetzen wollte. Georg Voigt<sup>3)</sup> erwähnt, dass Avila „die bayerische Neutralität, der bekanntlich ein geheimes Bündnis mit dem Kaiser zugrunde lag, und die matte Freundschaft des alten Herzogs recht bitter besprochen habe“, eine etwas unklare Fassung, da der Regensburger Vertrag eben nicht Neutralität, sondern ein geheimes Bündnis mit dem Kaiser festsetzte. Dass dem Herzoge mit Avila's Urteil Unrecht gethan worden sei, will Voigt nicht zugeben. Auch v. Druffel<sup>4)</sup> meint: „Trotz der Aufforderung zu offenem Anschluss verharrte Wilhelm in einer freilich für den Kaiser wohlwollenden Neutralität.“ v. Bezold<sup>5)</sup> begnügt sich mit dem Urteil, dass Bayern für den Kaiser ein ganz unzuverlässiger Bundesgenosse war. Janssens<sup>6)</sup> Leser bleiben unter dem Eindruck einer Kundschaft aus dem kaiserlichen Lager vom 7. Oktober 1546: der Kaiser sei üblen Gemütes wider den Herzog von Bayern weggezogen, weil dieser, während er Freund und Bundesgenosse zu sein schien und viele Worte unverbrüch-

1) Commentario de la guerra de Alemaña, Venet. 1548, f. 6.

2) Sämtliche Werke IV, 288.

3) Die Geschichtschreibung über den Schmalkaldischen Krieg; Abhandlungen d. k. sächs. Gesellsch. d. Wiss. XVI, 610, 611.

4) Briefe und Akten III, 38, Anm. 2.

5) Geschichte der deutschen Reformation, S. 776.

6) Geschichte des deutschen Volkes seit dem Ausgang des Mittelalters, III<sup>14</sup>, 597.

lichen Trauens und Glaubens an den Kaiser gelangen liess, doch viel mit den Feinden praktizirte und man nichts anderes argwöhnen konnte, als dass er sich wenden werde wie das Kriegsglück. Lenz<sup>1)</sup> bemerkt zwar, dass Bayern auch nach dem Regensburger Verträge zweideutig blieb, lässt jedoch daneben auch Mocenigo's Urtheil gelten, dass die Haltung dieser Macht für den Kaiser sehr wertvoll war.

Als die Hauptfrucht der folgenden Untersuchung betrachte ich nun den Nachweis, dass eben dieses zweiseitige Urtheil allein der Wahrheit entspricht, dass ein richtiges Bild von der Politik Bayerns im schmalkaldischen Kriege nur gewonnen wird, wenn man weder ihre vorsichtige Zurückhaltung und nur bedingte Zuverlässigkeit, noch andererseits den hohen Nutzen verkennt, den sie gleichwohl der kaiserlichen Sache gebracht hat. Und diese guten Dienste, welche Bayerns Haltung dem Kaiser leistete, sind stärker zu betonen als das, was der Kaiser an ihr vermissen konnte. Bayern trug gegenüber den Schmalkaldern wohl eine Zeit lang die Maske der Neutralität, verhielt sich aber im Grunde nie wirklich neutral. Und diese Maske wurde mit Billigung des Kaisers und im Interesse der gemeinsamen Sache angelegt und erwies sich für die kaiserliche Strategie und den Verlauf des oberdeutschen Feldzugs in hohem Masse förderlich.

Selten ist ein politisches Geheimnis so gut gewahrt worden, wie der Regensburger Vertrag vom 7. Juni 1546. Wohl ging schon einzelnen Zeitgenossen, auch den schmalkaldischen Verbündeten, Kundschaft über die Existenz dieses Abkommens zu, doch nur als ein Gerücht unter hundert anderen, eine Nachricht, deren Richtigkeit man erst an den eigenen Beobachtungen prüfen zu müssen glaubte. Was die späteren Historiker betrifft, so blieb ein von Arrodin in sein „Summarisches Register“<sup>2)</sup> aufgenommenen Auszug der Bestimmungen zwar nicht ganz unbeachtet.<sup>3)</sup> Aber im allgemeinen tappte die Forschung hinsichtlich der Haltung Bayerns mit unsicheren Vermutungen im Dunkeln, bis Lanz<sup>4)</sup> 1845 nach einem Concepte des Brüsseler Archivs den Wortlaut des Abkommens veröffentlichte. Wenn man auch jetzt, nach dem Bekanntwerden dieses Vertrags, der Bayerns Bündnis mit dem Kaiser, allerdings in gewissen Grenzen, festsetzte, noch der Anschauung begegnet, dass Bayern im Kriege Neutralität beobachtet habe, so kann man sich des Gedankens nicht erwehren, dass die List, durch welche die schmalkaldischen Gegner im Felde während entscheidender Wochen getäuscht wurden, ihre Wirkung bis auf Geschichtsforscher der neuesten Zeit erstreckte.

1) Briefwechsel Landgraf Philipps des Grossmüthigen von Hessen mit Bucer (Publicationen aus den K. Preussischen Staatsarchiven, Bd. XLVII) III, 400 und 420.

2) Münchener Reichsarchiv, II, 548.

3) S. Sugenheim, Bayerns Kirchen- und Volkszustände im 16. Jahrhundert, S. 33. Ein Fragment des Vertrages brachte v. Aretin, Bayerns auswärtige Verhältnisse I, 30 folgd. nach Staatschriften des 18. Jahrhunderts.

4) Correspondenz K. Karls V., II, 648 folgd.

Dass meine Untersuchung zum grossen Teil auf einer Grundlage fusst, deren gediegener Bau das Verdienst unseres unvergesslichen Freundes v. Druffel ist, werden alle, die sich mit der Zeit Karl V. beschäftigen, voraus erwarten. v. Druffel hat in seinen drei Bänden „Briefe und Akten zur Geschichte des 16. Jahrhunderts mit besonderer Rücksicht auf Bayerns Fürstenhaus (Beiträge zur Reichsgeschichte 1546—52)“ reiches Material auch für die Fragen, die uns hier beschäftigen, und in dem Tagebuche des Viglius van Zwichem eine der wichtigsten Quellen für den schmalkaldischen Krieg erschlossen. Den Wert der letzteren Edition erhöhen die weitausgreifenden Anmerkungen, worin der Herausgeber mit gewohnter Gründlichkeit besonders Akten des Geheimen Staatsarchivs in München verwertet hat. Wenn ich daran die Bemerkung knüpfe, dass sich aus diesen beiden Publikationen doch ein klares Bild der bayerischen Politik im schmalkaldischen Kriege nicht gewinnen lässt und dass zu diesem Zwecke noch weiteres archivalisches Material herangezogen werden musste, wird niemand so thöricht sein, darin einen gegen v. Druffel gerichteten Vorwurf zu suchen. v. Druffel hätte den Umfang seiner Publikationen ins Masslose ausdehnen müssen, wenn für jede hier auftauchende Spezialfrage erschöpfender Stoff geboten werden sollte. Neben seinen Werken ist schon hier eine neue Edition zu nennen, durch welche das Verhältnis Bayerns zum Landgrafen Philipp von Hessen in helles Licht gerückt worden ist: es ist der inhaltschwere Briefwechsel des hessischen Agenten Dr. Gereon Sailer mit Leonhard Eck und dem Landgrafen Philipp, den wir der hochverdienstlichen Publikation von Max Lenz<sup>1)</sup> verdanken.

Ueber den verschlagenen, zweizüngigen, treulosen Charakter der bayerischen Politik unter Wilhelm IV. sind Mit- und Nachwelt einig. Aber es ist ein auf oberflächlicher Betrachtung beruhendes und verfehltes Urtheil, dass seine Politik diese Züge aufgewiesen habe, weil sie dem Charakter des leitenden Staatmannes Leonhard Eck entsprachen. Mit solcher Geschicklichkeit, wie es thatsächlich geschah, konnte allerdings diese Art von Politik nur durchgeführt werden durch einen in den Mitteln nicht wählerischen Staatsmann von Ecks Schlag, dessen Meisterschaft in Verstellung und Ränken in mehr als zwanzigjähriger Thätigkeit wuchs, wie im Fluge die Schwingen wachsen. Begründet aber war die Doppelzüngigkeit und Perfidie seiner Politik in der Doppelseitigkeit der bayerischen Interessen und in der Unmöglichkeit dem habsburgischen Gegner mit offener Gewalt entgegenzutreten. Des Herzogs Wilhelm Politik beherrschten im allgemeinen zwei gleichwertige Ziele: Bekämpfung des Protestantismus und Bekämpfung der habsburgischen Uebermacht. Wollte man den Kampf mit dem letzteren Gegner aufnehmen, dessen Ländergebiet das bayerische um das Zwanzigfache übertraf und auf drei Seiten umklammerte, so musste man sich vorsichtig den Rücken decken und stets zwei Eisen im Feuer halten. Daraus entsprang nun die eigentümlichste Lage, da als rückendeckende und Habsburg im Schach haltende Macht sich in der Nähe

1) Im oben erwähnten Briefwechsel Landgraf Philipps mit Bucer.

niemand anderer bot als die nämlichen protestantischen Verbündeten, deren Tendenz man auf religiösem Gebiete bekämpfte.

Die tiefwurzelnde Feindschaft Wilhelms IV. gegen Habsburg wirft noch in die Periode der äusserlichen Aussöhnung, die uns hier beschäftigt, ihre Schatten herein. Es ist unerlässlich, dass wir uns vor Augen halten, wie diese Feindschaft erwachsen und erstarkt war, um zu begreifen, dass sie nicht auf einen Schlag erstickt werden konnte.

Nach der am bayerischen Hofe herrschenden Meinung regierten die Wittelsbacher bereits seit zwölfhundert Jahren in Bayern und zählten unter ihren Ahnen zweiundzwanzig Kaiser und Könige.<sup>1)</sup> In Wilhelms Augen waren sie demnach ein unvergleichlich älteres und vornehmeres Haus als die Habsburger. Für Wilhelm können wir die Quelle dieses merkwürdigen, zur Ueberhebung ermunternden Glaubens genau bezeichnen. Es war Veit von Ebersberg, der ja sein Geschichtswerk für den Unterricht des jungen Fürsten verfasste. Ob man nun mit diesem Chronisten<sup>2)</sup> Arnold von Scheiern als Sohn des Kaisers Arnulf gelten liess oder ob man den Zusammenhang auf anderem Wege construirte: fast allen bayerischen Historikern nicht nur dieser Zeit sondern auch der folgenden Jahrhunderte waren die Wittelsbacher Karolinger und diese hinwiederum Agilolfinger. Noch im 18. Jahrhundert hat man den Stammbaum des wittelsbachischen Hauses in direkter Reihe vom Kaiser Karl Albert bis auf Herzog Theodo I. um das Jahr 510 hinaufgeführt.

Im Familienstolz hatte also Wilhelms lebhafter politischer Ehrgeiz eine seiner starken Wurzeln. Eine andere Wurzel desselben war das Andenken an Bayerns Zerstückelung, die in die Tage seiner Jugend fiel und deren Schuld, wie man am bayerischen Hofe so bald nicht vergass, der Oheim, Kaiser Maximilian trug. Eine tiefe Verstimmung gegen Habsburg lag hier von Haus aus begründet. Brutal hatte der habsburgische Oheim das Recht des Stärkeren ausgenützt. Die Bayern rächten sich, wie es dem Schwächeren vergönnt ist: durch Ränke und geheime Anzettelungen. Bald nach ihrem Regierungsantritt schworen sich Wilhelm und sein Bruder Ludwig gegenseitig, dass sie die Bayern vor kurzem entrissenen Gebiete nach dem Tode des kaiserlichen Oheims zurückgewinnen wollten, ein Plan, der sich in erster Reihe gegen Habsburg und die junge Pfalz richtete.<sup>3)</sup>

1) So Weissenfelder und Bonacorso gegenüber dem venetianischen Gesandten 1538. Nuntiaturberichte aus Deutschland, ed. Friedensburg II, 285 f.

2) Oefele, Script. II, 708.

3) 9. September 1515. Original im Hausarchiv Nr. 938, gedruckt bei Stumpf, Baierns politische Geschichte I, 1 (1816), Urkunden Nr. I. Neben der dort edirten, von H. Ludwig ausgestellten und besiegelten Urkunde ist ein zweites, von H. Wilhelm ausgestelltes und besiegeltes, im übrigen aber gleichlautendes Exemplar vorzusetzen. Dass jeder der Fürsten, wie die Urkunde besagt, seinen Daumenring aufgedrückt hat, wird richtig sein, wenn man die beiden Urkunden zusammennimmt. Diese Auffassung vorausgesetzt, kann ich hier, abweichend von v. Druffel, Die bayerische Politik im Beginne der Reformationszeit (Abhandlungen der Ak. hist. Cl. XVII, 1886, S. 604, Anm. 1) keine Schwierigkeit oder Unklarheit finden. Auch darin vermag ich v. Druffel

Schon infolge dieser historischen Erinnerungen, dann aber auch durch den Ausblick einerseits auf das unerhörte Glück der habsburgischen Nachbarn, anderseits auf die nach Herzensgelüste säkularisirenden und ihren Länderbesitz abrundenden protestantischen Fürsten gewann Wilhelms Ehrgeiz die ausgesprochene Färbung unruhiger Eifersucht. Die bayerischen Leistungen und Opfer in den zwei württembergischen Feldzügen kamen niemanden zugute als Habsburg. Statt des erhofften Gewinns erntete man von dieser Macht nur Kränkungen. Welche Enttäuschung, als der neue, enthusiastisch begrüßte Kaiser Karl auf ihr Werben um seine Gunst sich erbot, die herzoglichen Brüder, die stolzen Reichsfürsten, als seine Diener mit einem Jahresgehalt von 5000 fl zusammen anzustellen! In dieser grossartigen Verkennung der Verhältnisse wie in anderen Dingen machte die Fremdherrschaft im Reiche ihre Schattenseiten fühlbar. Bald begann Wilhelm der verführerischen Lockung der deutschen Krone Gehör zu schenken und bis in seine höheren Jahre scheint dieser Zauber Gewalt über ihn behalten zu haben. Mit der Verstimmung über Erzherzog Ferdinands Verhalten im Bauernkriege traf das gesteigerte Selbstgefühl zusammen, das die eigenen Erfolge gegenüber dem gefährlichen Aufruhr wachriefen. Es folgte die böhmische Königswahl, wo das Glück in blendender Nähe winkte, um zuletzt doch wieder den habsburgischen Nebenbuhler zu krönen. Von diesem Augenblick an, von drei Seiten her beengt und bedroht von dem Koloss der österreichischen Monarchie, liess man an den Höfen in München und Landshut die Eifersucht gegen die übermächtigen Vettern geradezu in Hass und Erbitterung umschlagen. Zumal da es neben den schweren Kränkungen nicht an beständig wiederholten kleinen Nadelstichen fehlte, welche das hochmütige Benehmen des Wallonen oder Spaniers auf dem Kaiserthron — das erstere war Karl V., fürs andere galt er den meisten — den Bayernherzogen so gut wie anderen deutschen Fürsten versetzte. Auch ein italienischer Beobachter fand, dass Karl den deutschen Fürsten weder Achtung noch Vertrauen erwies.<sup>1)</sup> Vor sich und anderen vermochte man die Opposition gegen das Reichsoberhaupt als ein patriotisches Handeln zu rechtfertigen; denn man lebte der Ueberzeugung, dass dieses Kaisers oberstes Ziel, wie Eck<sup>2)</sup> es ausdrückte, nicht das Wohl der Nation, sondern sein Privatinteresse und die Grösse des Hauses Habsburg sei. Die rechtswidrige Willkür, mit der Ferdinands Königswahl durchgesetzt wurde, verschärfte die Erbitterung und nun schrak man nicht davor zurück, mit den unzufriedenen Protestanten im Reich ein Bündnis gegen Habsburg zu schliessen. In dem zu Saalfelden (24. Oktober 1531) vereinbarten Bundesvertrage mit den Schmalkaldenern wurde Ferdinands ungesetzliche und gefahrdrohende Königswahl als das Motiv des unnatürlichen Bundes bezeichnet.

nicht zuzustimmen, dass es sich hier „weniger um wirkliche Pläne als um theoretische Ansprüche“ gehandelt habe. Bestimmte Form freilich konnten die Pläne, wenn überhaupt, erst später gewinnen, aber was den Gegenstand eines beschworenen Vertrags bildet, muss mehr als ein theoretischer Anspruch sein.

1) Morosini 1552 bei Albéri, *Le Relazioni degli Ambasciatori Veneti al Senato*, I, VI, 76.

2) Venetianische Depeschen vom Kaiserhofe, II, 375.

Fortan lautet die Hauptfrage für die bayerische Politik, ob der Kampf gegen den Protestantismus oder der gegen die habsburgische Uebermacht vordringlicher sei. Ueber die Antwort entscheidet, von welcher Seite für den Augenblick der grössere Vorteil winkt. Die Protestanten schmeicheln mit Hoffnungen auf die deutsche Königskrone, auf Schwächung der Habsburger und auf den Schutz der sogenannten „deutschen Freiheit“, d. h. der Machtstellung der Reichsfürsten. Im allgemeinen aber sind die Habsburger durch die Sicherheit und Fülle dessen, was sie bieten können, den Protestanten überlegen. Reiche und glänzende Heiraten, zuerst für die Herzoge selbst, dann für den Erbprinzen, eine stattliche Versorgung des jüngeren Bruders Ernst, Hilfe in den ewigen Finanznöten durch Zollprivilegien oder durch einen Druck auf die mit Steuerbewilligungen zögernden Landstände, die pfälzische Kurwürde für Wilhelm, der Rückfall der pfalz-neuburgischen Lande — bei all diesen Wünschen und Hoffnungen sieht man sich auf die Gunst des allmächtigen Kaiserhauses angewiesen und sie werden von diesem wiederholt benützt, um den unzufriedenen Nachbarn zu beschwichtigen und in die Strömung der eigenen Politik herüberzuziehen.

Hierin liegt im wesentlichen der Schlüssel zu der an scheinbaren Widersprüchen so reichen bayerischen Politik dieses Zeitraums, die dem Historiker der Nachwelt nicht weniger Rätsel aufgibt, als sie den zeitgenössischen Staatsmännern aufgegeben hat.

Der Frieden von Linz, am 11. September 1534 zwischen Bayern und Oesterreich geschlossen, war eine Folge des Rücktritts der Protestanten von dem gemeinsamen Wahlprotest gegen König Ferdinand, setzte aber nicht der Feindseligkeit Bayerns gegen Habsburg, sondern nur der Periode offener Feindschaft ein Ende. Der Preis, den Oesterreich damals für die Anerkennung Ferdinands als römischer König und für den endgiltigen Verzicht Bayerns auf die 1504 an Oesterreich verlorenen Gebiete zahlte, war die Aussicht auf eine Familienverbindung mit der fernen Möglichkeit künftiger Erbfolge in Oesterreich. Der damals sechsjährige Prinz Albrecht von Bayern sollte dereinst Ferdinands dritter Tochter Maria, die damals erst drei Jahre zählte, oder einer Schwester derselben die Hand reichen und die Braut eine Mitgift von 50000 fl. nebst 50000 fl. Heimsteuer erhalten. Schon 1531, als es sich für den Kaiser darum handelte, Bayern durch Zugeständnisse von der schmalkaldischen Opposition abzuziehen, war eine solche Familienverbindung (nur dass damals noch Wilhelms ältester Sohn Theodo lebte und in Betracht gezogen ward) als das nächstliegende und auf die Dauer wirksamste Mittel der Aussöhnung erschienen. Der Kaiser hatte am 6. Dezember 1531 aus Spanien auf den dahin gerichteten Vorschlag seines Unterhändlers, des Cardinals von Salzburg, seine Billigung ausgesprochen.<sup>1)</sup>

Zu einer förmlichen Verlobung der Kinder ist es aber weder zu Linz noch in der nächsten Zeit gediehen.<sup>2)</sup> Diese (sponsalia de futuro per verba) sollte laut des

1) Lanz, Correspondenz K. Karls V., I, 621.

2) Irrig ist die Angabe Häutle's, Genealogie des Hauses Wittelsbach, S. 48, Anm. 4, wonach Albrecht am 22. April 1535 mit Ferdinands Tochter Maria, die 1546 den Herzog Wilhelm von

Vertrags erst erfolgen, wenn die Braut das Alter von sieben Jahren vollendet haben würde, ist aber auch dann nicht gefeiert worden. Die österreichische Heirat blieb also für die Habsburger fortwährend ein Mittel, mit dem Bayern im Falle der Not aufs neue zu ködern war, für Bayern ein Wechsel auf die Zukunft, dessen Einlösung im Laufe der Jahre zuweilen in Frage gestellt schien. Gegen diese Unsicherheit bot ein Artikel des Linzer Vertrags,<sup>1)</sup> welcher jenem der Contrahenten, der von der Heiratsabrede zurücktreten würde, eine Pön von 200 000 fl rhein. auferlegte, doch keine unfehlbare Abhilfe. Im Frieden von Crespy (8. September 1544) war eine Vermählung des Herzogs von Orleans entweder mit Karls V. Tochter Marie oder einer Tochter König Ferdinands vereinbart worden und nach dem frühen Tode des Herzogs von Orleans bewarb sich der Herzog Wilhelm von Jülich-Cleve-Berg um eine Tochter Ferdinands. Der Bayernherzog aber wünschte nun für seinen Sohn Ferdinands ältere, 1528 geborene Tochter Anna zu gewinnen, wofür schon die Erwartung sprach, dass die Vermählung mit dieser eher vollzogen werden könnte.<sup>2)</sup> Die älteste der Töchter, Elisabeth (geboren 9. Juni 1526) war seit April 1543 mit dem Polenkönige Sigmund August vermählt, starb aber schon am 15. Juni 1545.<sup>3)</sup> Der französische Hof sah eine habsburgisch-wittelsbachische Familienverbindung natürlich mit scheelen Augen und benützte das jahrelange Hangen und Bangen zu Versuchen, die geplante Ehe zu durchkreuzen. Sei es, dass die Einladung ernst gemeint war, sei es, dass sie nur als Köder wirken sollte: im September 1545 berichtete Prinz Christoph von Würt-

---

Cleve heiratete, verlobt worden sei. Aus der von diesem Tage datirten Urkunde des Wiener Haus-, Hof- und Staatsarchivs kann dies schon aus dem Grunde nicht gefolgert werden, weil diese Urkunde ebenso wie der Linzer Vertrag die Person der Braut noch unbestimmt lässt: „Ihrer Majestät Tochter Maria oder ain andere.“ Nach gefälliger Mitteilung aus dem Wiener Archive wiederholt die dort in Original und Copie vorliegende Urkunde vom 22. April 1535 zunächst den Wortlaut der Heiratsabrede, welche der Vertrag von Linz enthält (Lünig, Cod. dipl. Germ. II, c. 601—604), worauf in Ausführung einer dort getroffenen Bestimmung die bayerischen Güter genannt werden, auf welche die künftige Braut verwiesen und versichert werden soll, nämlich die Städte und Gerichte Landsberg, Weilheim, Schongau, mit dem beiläufigen Gesamttertrage von 8000 fl rhein. Verglichen mit der Heiratsabrede des Linzer Vertrags ist dies die einzige neue Festsetzung und in ihr ist der Anlass der neuen Beurkundung, deren Schluss die Bestätigung und Annahme der ganzen Abrede durch K. Ferdinand und die Herzoge Wilhelm und Ludwig bildet, zu suchen. — Irrig ist auch die Angabe Heigels, Die Ansprüche des Kurfürsten Karl Albert von Bayern auf die österreichische Erbfolge, S. 38, dass Ferdinands älteste Tochter Maria (es war die dritte) vor der Vermählung gestorben sei.

1) Lünig, Cod. dipl. Germ. II, c. 604. 1538 und 1546 berief man sich von bayerischer Seite auf diese Bestimmung. S. Nuntiaturberichte ed. Friedensburg II, 449; Venetianische Depeschen vom Kaiserhofe I, 501.

2) v. Druffel, Briefe und Akten I, 1, Anm. 2.

3) Bonacorso empfahl damals eine Heirat zwischen dem jungen Witwer und H. Wilhelms Tochter (Mechtild), nur meinte er, dürfe sich der Polenkönig gegen sie nicht so tyrannisch halten wie gegen seine verstorbene Gemahlin. S. sein Schreiben bei v. Druffel, Karl V. und die römische Curie, II, 67.

berg an seinen Vertrauten Volland in Bayern eine Aeusserung des französischen Dauphins, dass er gern eine Heirat des bayerischen Prinzen Albrecht mit seiner reichen Base von Ferrara sehen würde. Volland regte bei Herzog Wilhelm eine Gesandtschaft an den Dauphin an, um über diesen Antrag in Verhandlungen zu treten. Der Herzog aber zeigte um so weniger Neigung dazu,<sup>1)</sup> da eben damals die Aussicht auf die Verwirklichung der österreichischen Ehe näher gerückt wurde. Aber noch im Mai 1546 ging das Gerücht, König Franz habe dem Prinzen Albrecht die Hand seiner Nichte Johanna d'Albret angetragen.<sup>2)</sup>

In der bayerischen Politik nach dem Linzer Verträge machte sich sofort geltend, dass dieser keineswegs die alten Gegensätze zu versöhnen vermocht hatte. Die Feindschaft gegen Habsburg hatte nur etwas von ihrer Schärfe verloren und äusserte sich nicht mehr so unverhüllt, sondern nur in geheimen Wühlereien; die Verbindungen mit den Gegnern Habsburgs, mit Zapolya, mit Frankreich, mit Philipp von Hessen dauerten fort.

Gleichwohl müssen wir den Eifer, mit dem Bayern in den Jahren 1536—39 den Krieg gegen die Protestanten schürte, als durchaus ernstgemeint auffassen. Wäre es nach dem Willen Ecks und der Bayernherzoge gegangen, so hätte Deutschland seinen schmalkaldischen Krieg schon ein Jahrzehnt früher erlebt. Mit diesen kriegerischen Absichten hängt der Neubau der Festung Ingolstadt zusammen und auf sie bezieht sich des Kaisers Aeusserung, dass Wilhelm früher so eifrig zum Kriege angefeuert habe. Den Bayern schwebte damals das besondere Ziel vor, ihren Schützling Christoph nach Württemberg zurückzuführen. Als Folge seiner Erhebung hofften sie auch die Rückkehr des Landes zur katholischen Religion. Wahrscheinlich hat auch die Aussicht auf eigenen Gewinn mitgespielt; sie richtete sich zunächst auf das württembergische, früher bayerische Amt Heidenheim, dessen Rückgabe sie sich von Christoph versprechen liessen, weiter auf ganz Württemberg für den Fall, dass Christoph ohne männliche Erben abginge. Dass selbst in dieser Phase der Politik die gewohnten Wühlereien gegen den Kaiser fortgesetzt und (1538) ein Bündnis mit Venedig gegen die Habsburger betrieben wurde, gehört zu den stärksten Zeugnissen des tiefgründenden Hasses gegen Habsburg. Zum Losschlagen gegen die Protestanten aber waren damals angesichts der Türkengefahr weder Kaiser noch Papst zu gewinnen. Und für Bayern selbst verlor der Kriegsplan seinen vornehmsten Reiz, je deutlicher sich in Christoph von Württemberg protestantische Gesinnung entwickelte.

Seit Dezember 1539 suchte dann Landgraf Philipp von Hessen durch seinen Agenten Sailer an den Höfen von München und Landshut neuerdings eine Annäherung auf Grund des gemeinsamen Hasses gegen die spanische Tyrannei und die habsburgische Uebermacht. Gegenüber diesem Werben eines Gegners, den man soeben noch

1) Stumpf, Baierns politische Geschichte, I, 1, 267.

2) Ein gewisser Dr. Buccia erzählte dies als grosses Geheimnis. Venetianische Depeschen vom Kaiserhofe, I, 501.

mit Kampf auf Leben und Tod bedroht hatte, verhielten sich Eck und sein Herzog überaus entgegenkommend. Man hatte wohl am Münchener Hofe dem Landgrafen das Wort<sup>1)</sup> nicht vergessen, dass er weder Leib noch Gut sparen wolle, bis Bayern, sei es durch Krieg oder Frieden, die Königskrone erlange. Auf beiden Seiten war man bei diesen Verhandlungen weder ganz aufrichtig noch ganz heuchlerisch. Auch Philipp war nicht ohne Misstrauen gegen die „listigen und wankelmütigen Bayern, die sich nach den Läufern richten.“<sup>2)</sup> Bayern aber wünschte damals in vollem Ernst den Abschluss eines neuen Bundes, der ohne Rücksicht auf das religiöse Bekenntnis der Genossen zur Abwehr der habsburgischen Uebergriffe, zur Stärkung der fürstlichen Macht, zum Schutze gegen die Türkengefahr dienen sollte. Nur das berechnete Misstrauen der Schmalkaldener gegen das doppelte Spiel der Bayern liess diesen Bund trotz Jahre langer Verhandlungen nicht ins Leben treten.

Der hessische Unterhändler, Dr. Gereon Sailer, Augsburger Stadtarzt, war ein geborener Bayer, aus Blumenthal bei Aichach, vordem in Ingolstadt Schüler und Bewunderer Johann Ecks „so sehr, dass die lutherischen Buchhändler von ihm gegeißelt wurden.“<sup>3)</sup> Später war er zum begeisterten Protestant und durch diesen Gesinnungswechsel wohl gleich so vielen anderen zur Auswanderung aus dem Vaterlande veranlasst worden. Ein feingebildeter<sup>4)</sup> und ungemein lebhafter Geist, dem nur als Diplomaten etwas mehr Schlaueit und Misstrauen zu wünschen gewesen wäre. Es schmeichelte ihm entschieden nicht wenig, dass er trotz seiner eifrig protestantischen Gesinnung am Hofe seines früheren Landesherrn mit so ausgezeichnete Höflichkeit empfangen und so rückhaltlos, wie ihm schien, in politische Geheimnisse eingeweiht wurde. Mit Vertraulichkeiten und Freundschaftsversicherungen überschüttet, nahm er alles zu leicht für bare Münze und geriet in eine Vertrauensseligkeit, die sich 1546, in den Tagen der Krisis, schwer rächen sollte. War er doch sanguinisch und leichtgläubig genug, für möglich zu halten, dass Herzog Wilhelm seine Tochter, die 1532 geborene Mechtild, einem protestantischen Fürsten, Wilhelm, dem Sohne des Landgrafen Philipp, vermählen würde. Ecks Aeusserungen über diesen Plan waren jedenfalls darauf berechnet, den Hessen Sand in die Augen zu streuen. Sailer folgerte aus denselben, dass am bayerischen Hofe wenigstens „kein böser Wille“ gegen diese Verbindung zu herrschen scheine, und auf dies beauftragte der Landgraf seinen Gesandten Schenk über Alter, Gestalt, Vernunft und Mitgift des Fräuleins Erkundigungen einzuziehen.<sup>5)</sup>

1) Schreiben an Eck vom 3. Mai 1532. Wille, Philipp d. Grossmüthige v. Hessen und die Restitution Ulrichs v. Württemberg, S. 73.

2) Lenz I, 132.

3) Mederer, Annales universitatis Ingolstad. I, 121, 125.

4) „Nullo qui minor est artibus ingenuis,“ singt um 1524 von ihm Joh. Alexander Brassicanus in seinem Gedichte auf die Ingolstädter Professoren; Mederer I, 121, vgl. 125.

5) Lenz III, 350 flgd.

Zur Zeit, da dies geschah, war die Annäherung zwischen Bayern und Hessen am weitesten vorgeschritten, ein von Bayern im Juni 1545 überreichter Bundesvorschlag<sup>1)</sup> fand beim Landgrafen ernsthafte Erwägung. In den nach aussen dringenden Gerüchten über diese Verhandlungen nahmen dieselben die Gestalt an, Bayern wolle dem schmalkaldischen Bunde beitreten, was jedoch keineswegs in den bayerischen Vorschlägen lag. Doch sollten nach diesen der schmalkaldische wie der rheinische Bund als Gegner ausgenommen sein und kein Genosse den andern der Religion wegen angreifen. Der Bund sollte katholische wie protestantische Stände umfassen: ausser Bayern und Hessen die Stifter Salzburg, Augsburg, Eichstädt, Bamberg, Würzburg, den Kurfürsten von Sachsen und Herzog Moritz von Sachsen, Württemberg, die Markgrafen von Brandenburg, die Reichsstädte Augsburg, Ulm, Nürnberg. Dabei dachte man nur an ein mässiges Bundescontingent: Bayern an 500, der Landgraf an 300 Pferde. Trat dieses Bündnis ins Leben, so musste sich die politische Lage wieder annähernd so gestalten, wie sie vor vierzehn Jahren das Bündnis von Saalfelden gestaltet hatte. Nur dass jetzt jede den Katholizismus direkt gefährdende Tendenz des Bundes vermieden werden sollte. Denn von ausgesprochener Anlehnung an den schmalkaldischen Bund nahm man Umgang und in dem daneben gedachten neuen Bündnisse sollte das katholische Element durch die Heranziehung der geistlichen Nachbarstände Bayerns so weit verstärkt werden, dass es den protestantischen Bundesgliedern ungefähr das Gleichgewicht halten konnte.

Was Eck bei diesem Plane vor allem im Auge hatte, war wohl ausser den bereits erwähnten gemeinsamen Interessen eine gewisse Rückendeckung Bayerns gegen Habsburg und fester Halt gegenüber den Pfälzern. Vielleicht lag aber noch ein anderer Gedanke zugrunde, vielleicht wollte man durch diese Annäherung den Protestanten soweit genehm bleiben, um mit ihrer Unterstützung im günstigen Augenblick die Königskrone gewinnen zu können. Die Kränklichkeit des Kaisers legte den Gedanken an die Nachfolge nahe. König Ferdinand war zwar nun von allen Ständen, seit dem Linzer Vertrag auch von Bayern anerkannt. Aber die Stimmung gegen ihn war noch immer so stark, dass Mocenigo im Frühjahr 1546 an den Dogen berichtete, von einer Erhebung Ferdinands zum Kaiser nach dem Tode seines Bruders wolle keiner der deutschen Fürsten etwas wissen. Er meinte damals, dass diese Wahl vielleicht Herzog Wilhelm treffen könnte, und brachte damit die Verhandlungen über ein bayerisch-hessisches Heiratsprojekt in Zusammenhang.<sup>2)</sup> Der Cardinal Madruzzo aber

1) A. a. O. 354 fgd.

2) 8. April. Venetianische Depeschen vom Kaiserhofe I, 456. Sucht man nach der letzten Quelle dieser auffälligen Mitteilung, so bietet sich als solche mit Wahrscheinlichkeit wieder Dr. Gereon Sailer, so dass das Gewicht dieses Zeugnisses freilich etwas geschmälert erscheint. Denn Mocenigo's Gewährsmann, den er anfangs verheimlicht, war, wie wir aus seiner nächsten Depesche erschen, der zum Protestantismus übergetretene frühere Kapuzinergeneral Bernardino Ochino aus Siena, der damals als Flüchtling in Augsburg lebte und dort sicher mit dem rührigen Geschäftsträger des Landgrafen Philipp Verbindungen unterhielt.

wollte geradezu wissen, dass die Lutheraner daran dachten, mit Hilfe Frankreichs den Bayernherzog zum Kaiser zu erheben.<sup>1)</sup> Da Madruzzo dem Kaiser sehr nahe stand, wird er kaum versäumt haben, diesem dieselbe Enthüllung zu machen, so dass das Misstrauen Karls gegen die bayerischen Absichten wohl auch von dieser Seite her neue Nahrung fand.

Im Dezember 1543 hatte sich ein päpstlicher Nuntius, der Cardinal Sfondrato, am bayerischen Hofe mit drei herzoglichen Räten über die religiöse Frage beraten. Seine Vorschläge gingen dahin, dass der Papst und die deutschen Fürsten oder beide zusammen oder auch das Conzil den Frieden zwischen den religiösen Parteien vermitteln und dann, wenn nötig, mit den Waffen die Unterwerfung unter ihren Ausspruch erzwingen sollten. Bayern, das sich niemand zum Feind machen wolle, meinte der Nuntius, könne das entscheidende Gewicht in die Wagschale werfen. Trotz solcher Schmeichelreden zeigte man keine Lust, dem unzuverlässigen Papste zu lieb, der damals als Freund Frankreichs mit dem Kaiser auf schlechtem Fusse stand, es mit dem letzteren zu verderben. Auch später wies Wilhelm unter Hinweis auf die feindliche Stellung des Papstes zum Kaiser einen Vorschlag seines Bruders insgeheim mit dem Nuntius anzuknüpfen zurück. Vergebens machte sich die Curie Hoffnung, mit anderen deutschen Fürsten besonders die Bayernherzoge zu einem Bunde gegen den Kaiser zu gewinnen. Wilhelm liess damals seinen natürlichen Sohn, den tapferen Hauptmann Jörg Dux zu Hegnenberg, in kaiserliche Kriegsdienste treten und sandte ihn mit einem Empfehlungsschreiben<sup>2)</sup> an den kaiserlichen Hof. Das schloss doch nicht aus, dass man dem Kaiser jede Unterstützung seiner Politik verweigerte. Auf dem Speirer Reichstage, von dem sich die Herzoge selbst fern hielten, waren ihre Gesandten, darunter Weissenfelder, Georg Stockhamer, Seld, angewiesen, eine Ratifikation der Regensburger Deklaration abzulehnen. Sie klagten über die Nachgiebigkeit, die der Kaiser den Protestanten erweise. Wilhelm verbot sogar seinen Räten den Reichsabschied mit zu besiegeln. Was den vom Kaiser geplanten und von der Mehrzahl der Stände gebilligten Krieg gegen Frankreich betraf, sollten die bayerischen Räte dagegen sprechen, weil das Reich seine ganze Kraft gegen die Türken brauche und nicht zwei Kriege zugleich führen könne; jedenfalls sollten sie für Bayern wegen der Notwendigkeit des eigenen Grenzschutzes gegen die Türken Befreiung von jeder Leistung gegen Frankreich erwirken. Sie drangen damit nicht durch, nichtsdestoweniger ward die auferlegte Kriegshilfe von Bayern nicht bezahlt, worin es freilich die übrigen Stände meist nicht besser hielten.<sup>3)</sup>

1) v. Druffel, Monumenta Tridentina, 383, Anm. 2. Massarelli's Tagebuch bei Döllinger, Sammlung von Urkunden z. Gesch. d. Conzils v. Trient I, 154. Ueber Ochino s. ebendort S. 152.

2) 12. März 1544. Lanz, Correspondenz Karls V. II, 413.

3) S. v. Druffel, Kaiser Karl V. und die römische Curie, I. Abtlg. bes. S. 153, 172, 175, 212 und die Aktenstücke S. 252—265. Noch 1550 hat Albrecht V. beim Kaiser um Nachlass der 1544 vom Speirer Reichstage bewilligten Geldhilfe nachgesucht. Zwei Schreiben, das erste überreicht zu Augsburg, 28. August 1550, das andere mense Septembri incunte desselben Jahres, bei Arrod III (neuere Zählung II), p. 559, 560.

Auch die Versuche eines neuen kaiserlichen Bundes, die auf dem Speirer Reichstage, dann im Juli 1544 durch den Gesandten Georg von Loxan in München betrieben wurden,<sup>1)</sup> stiessen bei Bayern auf Ablehnung.

Der im Januar 1545 eröffnete Reichstag zu Worms, dessen Verhandlungen nur zu gesteigerter gegenseitiger Verbitterung der Parteien führten, wurde von Wilhelm nicht besucht. Denn wollte der Herzog dort dem Kaiser lieb Kind werden — so begründete Eck gegen Sailer das beabsichtigte Wegbleiben<sup>2)</sup> — so brächte er nur sich selbst unters Joch; wollte er aber zur Ehre und Wohlfahrt deutscher Nation sprechen, so würde er sich in Ungnade und Gefahr stürzen. Die Absicht des Kaisers, dass dieser Reichstag dem Conzil in Erörterung der religiösen Frage vorgreifen sollte, wurde von den bayerischen Gesandten entschieden bekämpft. Vergebens hatte König Ferdinand dieselben schon vor Veröffentlichung der Proposition umzustimmen versucht.<sup>3)</sup> Zuletzt liess doch der Wormser Reichstag die religiöse Frage ebenso in der Schwebe wie sein Speirer Vorgänger.

Das Streben der Bayern ging dahin, es mit keiner Partei ganz zu verderben und sich die Hände so lange frei zu halten, bis denselben, sei es von der einen, sei es von der andern Seite das ausschlaggebende Geschenk, ein ansehnlicher politischer Vorteil, entgegengereichtwürde. Umworben vom Kaiser und Papst, von Frankreich und den Protestanten, mag sich Herzog Wilhelm, der ohnedies dazu neigte, seine Machtstellung zu überschätzen, in guten Stunden wohl als das Zünglein an der europäischen Wage erschienen sein. Bei dieser lavirenden Politik war es aber natürlich, dass die verschiedensten Beurteilungen über dieselbe umliefen und die extremsten Gerüchte Glauben fanden. Fast gleichzeitig rühmte der Cardinal Otto Truchsess von Waldburg, Bischof von Augsburg, die Bayernherzoge als „i veri ecclesiastici Signori duchi di Baviera“ und beklagte der König von Frankreich die Hinneigung Herzog Wilhelms ebenso wie des Pfalzgrafen Friedrich zur lutherischen Sekte und die in den Ländern der beiden Fürsten erfolgte Zulassung der evangelischen Predigt, worüber er sichere Nachricht habe.<sup>4)</sup> Auch Ottheinrich von der Pfalz wollte wissen, dass Wilhelm über den Eintritt in den schmalkaldischen Bund verhandle, Priesterehe und Abendmahl unter beiderlei Gestalt bereits bewilligt habe und nur noch über die Einrichtung der Ceremonien eine Verständigung ausstehe.

Mittlerweile hatte der Tod des Kurfürsten Ludwig von der Pfalz (März 1544) einen ehrgeizigen Plan der Bayern, der sie schon länger in Atem hielt, in den Vordergrund geschoben. Wenn sich die Habsburger zur Weltmacht aufschwangen und die protestantischen Fürsten durch Säkularisationen ihre Länder abrundeten, so lag darin

1) Stumpf, Baierns politische Geschichte, S. 257 fgd.

2) Stumpf, S. 262.

3) v. Druffel, Kaiser Karl V. und die römische Curie, II. Abtlg., S. 33.

4) S. den Bericht des St. Mauris an den Kaiser v. 1545, Juni 11. und das Schreiben des Cardinals Otto an den Cardinal Cervino v. 1545, August 11. bei v. Druffel, a. a. O. III. Abtlg., S. 249, 261 u. zum fgd. IV, 496.

für die Bayern ein starker Antrieb, wenigstens alte Rechte sich nicht entgehen zu lassen. Der Anspruch auf die pfälzische Kur war von Bayern rechtlich noch nicht fallen gelassen, noch der Vater der Herzoge war nur durch die Vorstellungen seines Kanzlers Neuhauser davon zurückgebracht worden, ihn geltend zu machen.<sup>1)</sup> Die Frage war, ob durch Reichsgesetz fürstliche Familienverträge umgestossen werden: während der Hausvertrag von Pavia den Wechsel der Kur zwischen Rudolfs und Ludwigs Nachkommen festsetzte, hatte Karl IV. in der Goldenen Bulle die Untrennbarkeit der Kur von der Pfalz erklärt.

Als die Bayern zu Nürnberg 1524 mit den Pfälzern in Erbeinigung traten, hatten sie den Antrag auf Sammlung und erneute Anerkennung der alten Familienverträge und Bündnisse gestellt und da die Pfälzer zustimmten, wurden damals alle diese Verträge, obenan das Hausgesetz von Pavia, in einem Libell gesammelt und bestimmt, dass durch sie alle späteren Abmachungen derogirt sein sollten.<sup>2)</sup> Wahrscheinlich hatte man auf bayerischer Seite den Hintergedanken, dass, wenn einmal unter günstigen Umständen Bayern seinen Anspruch auf die Kur erneuern sollte, diese pfälzische Anerkennung der Grundlagen des Anspruchs hierzu eine willkommene Handhabe bieten würde. In der That hatten sich im Laufe der Zeit die Verhältnisse im pfälzischen Hause so gestaltet, dass ein Wiederaufgreifen der bayerischen Ansprüche ratsam schien. Sowohl Kurfürst Ludwig V. als sein einziger weltlicher Bruder Friedrich, der erst 1535 im Alter von 53 Jahren geheiratet hatte, lebten in kinderloser Ehe, dazu kam die mehr und mehr sich offenbarende Neigung Friedrichs und seines Neffen Ottheinrich von Neuburg zum Luthertum. Zu Ostern 1545 empfing Friedrich zum erstenmal das Abendmahl nach protestantischem Ritus; Ottheinrich hatte seit dem Sommer 1542 mit Hilfe des Nürnberger Predigers Osiander sein Land zu reformiren begonnen. Der Prior von Rebdorf<sup>3)</sup> versichert, dass zwei Brüder aus Bayern (Rain), Gabriel und Christoph Arnold — der erstere, ein äusserst kluger Mann, des Fürsten Rentmeister — grossen Einfluss auf seinen Uebertritt hatten.

Im Neuburgischen eröffnete diese Wendung, verbunden mit des Fürsten heillosen Finanznot, dem bayerischen Ehrgeiz ein neues Ziel. Hatte man sich bisher durch verwandtschaftliche Rücksicht davon abhalten lassen, den angestrebten Wiedergewinn der Verluste von 1504 auf die Pfälzer auszudehnen, so schwand diese Rücksicht nun dahin und man fasste die Wiedervereinigung des pfalz-neuburgischen Landes mit Bayern fest ins Auge. Zuerst scheint man an ein Verfahren gedacht zu haben, wie es Albrecht IV. gegen Sigmund von Tirol eingeschlagen hatte, dann an einen förmlichen Kauf. Auf Zureden der Bayern hatte Ottheinrich, der durch ältere Verbindlichkeiten und den prachtvollen Neuburger Schlossbau ohnedies schwer belastet war, auf dem

1) S. meine Geschichte Bayerns III, 658.

2) Zum fgd. s. Muffat, Gesch. d. bayerischen u. pfälzischen Kur seit Mitte des 13. Jahrhdts. S. 48 f.; Stumpf, 261, 270; Lenz, Briefwechsel Philipps III, 238, 360, 366 fgd., 401 fgd.

3) Annales bei Döllinger, Beiträge II, p. 609.

Regensburger Reichstage auch die Schulden seines jüngeren Bruders Philipp im Betrage von 416000 fl. übernommen. Zur Deckung hatten ihm die Herzoge ein Darlehen von 200000 fl. zugesagt. Nach Ottheinrichs Uebertritt zum Protestantismus, von dem ihn Wilhelm vergebens abzuhalten versucht hatte,<sup>1)</sup> traten sie von dieser Zusage zurück und nun sah der bedrängte Fürst keinen andern Ausweg vor sich als den Verkauf seines Landes oder doch einzelner Gebietsteile. Die Fugger und die Stadt Augsburg wurden durch bayerische Drohungen vom Kauf abgeschreckt.<sup>2)</sup>

Auf dem Landtage zu Ingolstadt im November 1542 erschienen neuburgische Gesandte, welche den Antrag stellten, dass Bayern Lauingen, Höchstädt und Gundelfingen, zu deren Verkauf oder Verpfändung ihr Herr geneigt sei, an sich bringe,<sup>3)</sup> ja im Dezember war sogar davon die Rede, dass Ottheinrich sein ganzes Land an die bayerischen Vettern verkaufen wolle und zu diesem Zweck nach München gekommen sei. Die bayerischen Stände hatten 1542 in der That die Einführung eines Getränkeaufschlags zu dem Zwecke bewilligt, damit die Kaufsumme von 600000 fl., für welche die drei neuburgischen Flecken angeboten waren, aufgebracht würde. Aber auf dem Landtage des folgenden Jahres baten sie, wahrscheinlich nach gründlicherer Einsicht in die Finanzlage, dass von diesem Kauf abgesehen werde: brauchte man doch die 600000 fl. schon zur Tilgung der alten Schulden! Der Kauf unterblieb, dagegen kam im August 1544 ein Vertrag Ottheinrichs mit seiner Landschaft zustande, der ihn aus seiner Bedrängnis befreite, aber auch der Herrschaft enthob. Während er sich mit einem Jahrgeld nach Heidelberg zurückzog,<sup>4)</sup> übernahmen die Stände seine Schulden und eine Regentschaft, bestehend aus einem jungen Landsassen, Hans Kraft von Festenberg, als Statthalter und neun Verordneten der Landschaft,<sup>5)</sup> die Regierung des Landes. Vergebens suchte nun Wilhelm beim Kaiser ein Mandat auszuwirken, das diesen Schritt der Landschaft als ungesetzlich erklären und das Fürstentum ihm

1) So durch ein Schreiben v. 4. Okt. 1541, Winter II, 106.

2) So Salzer in der Allg. Deutschen Biographie, XXIV, 715 f. Wilhelm selbst bemerkt in seinem Schreiben an einen Ungenannten (Arroden III, 539), er habe den Verkauf Neuburgs an andere verhindert, da die Erwerbung nur ihm gebühre. Nur in diesem Sinne wird es zu verstehen sein, dass Bayern (v. Druffel, Karl V. und die Curie II, 44) beim Kaiser auf Aufhebung der Ottheinrich erteilten Bewilligung zum Verkaufe Neuburgs hinarbeitete.

3) Der Landtag im Herzogtum Baiern 1542, S. 15 f.; zum flgd. S. 99, 120 und Landtag von 1543, S. 25. Vgl. auch v. Freyberg, Landstände II, 248 und Widmann in Städtechroniken XV, 196, der übrigens nur ungenaue Kunde hat. Lenz III, 345, Anm. 5 teilt aus einem Briefe Sailers vom 16. November 1544 mit, dass die Landschaft über des Herzogs Steuerbegehren zum Ankauf der (jungen) Pfalz ganz unwillig sei und noch keine Zusage gemacht habe. Dass die bayerische Landschaft eben damals (Nov. 1544) wieder tagte, hat Lenz doch wohl nur aus dieser Erwähnung gefolgert. Ich glaube dieselbe auf die Ablehnung des Landtages von 1543 beziehen zu müssen, wenn auch nicht ausgeschlossen ist, dass mit dem Landschaftsausschuss noch weiter verhandelt wurde.

4) Nach Leibs Annalen a. a. O. geschah dies im Juni 1544.

5) S. Festenbergs entschuldigenden Bericht bei Lanz, Correspondenz Karls V., II, 628.

zustellen sollte.<sup>1)</sup> Ottheinrich hatte schon 1542, wohl auch durch die feindliche Haltung Bayerns mitbewogen, um Aufnahme in den schmalkaldischen Bund nachgesucht, aber die Verhandlungen darüber schwebten noch, als die Regierung an die Landstände überging, die dann keine Lust zum Beitritt zeigten.<sup>2)</sup>

Zu welcher Zeit Herzog Wilhelm zuerst mit seinem Anspruch auf die Kur hervortrat, ist nicht festgestellt. Jedenfalls geschah es vor 1541, da am 21. Februar dieses Jahres pfälzische Agnaten, Johann von Sponheim und Ruprecht von Veldenz, in Disibodenberg zusammentraten und gegenüber dem bayerischen Ansprüche auf die Kur sich verbanden, diese und die damit verbundenen Lande in ihren Gemeinbesitz zu bringen. Als nun Kurfürst Ludwig am 16. März 1544 starb und sein Bruder Friedrich vom Kaiser die Belehnung mit der Kur erlangte, sandte Wilhelm sofort den Grafen Ladislaus von Haag und Dr. Stockhamer an den Kaiser, an Friedrich und die Kurfürsten; beim ersteren liess er unter Protest gegen Friedrichs Belehnung den bayerischen Anspruch auf die Kur geltend machen. Der Pfälzer ward an den Vertrag von Pavia und die Nürnberger Erbeinung erinnert.<sup>3)</sup> Die Erklärung des Kaisers (6. April 1544), dass Friedrichs Belehnung Wilhelm an seinen Rechten unschädlich sein solle, vermochte diesen nicht zu befriedigen. Er liess vorstellen, die Goldene Bulle habe das Recht der jüngeren Linie nicht aufheben können, zumal sie diese Absicht nicht einmal wörtlich ausdrücke; überdies hätten die Pfalzgrafen in dem Nürnberger Erbverein den Vertrag von Pavia aufs neue als massgebend anerkannt. Friedrich verweigerte die Annahme der bayerischen Zuschriften, da sie ihm den Titel Kurfürst vorenthielten, und neuerdings verbanden sich die Vertreter der pfälzischen Linien zur Wahrung ihrer Rechte gegenüber den bayerischen Ansprüchen. Zu Heidelberg beschlossen (11. Februar 1545) Kurfürst Friedrich, Ottheinrich für sich und seinen Bruder Philipp, die Grafen von Sponheim und Veldenz am kaiserlichen Hofe die Mitbelehnung für die Agnaten nachzusuchen.

Dort gab man sich über die antihabsburgische Richtung der bayerischen Politik keinen Illusionen hin — die Bayern, äusserte Eck zu Sailer, stehen beim Kaiser in grösserem Verdacht als die Lutherischen selber — hatte also zunächst keinen Anlass durch Eingehen auf die bayerischen Wünsche mit einem alten Vertrauten, dem Kurfürsten Friedrich, es zu verderben. Auf den Reichstagen in Speier<sup>4)</sup> und Worms

1) Arroden a. a. O. Ende November 1544 war Eck in Neuburg (Lenz III, 346), was wohl nicht ausser Zusammenhang mit diesen Vorgängen stand.

2) Salzer a. a. O.

3) S. Muffat u. Arroden I, 169 f., 184 f. Im Juli liess ihn Wilhelm durch seinen Gesandten Sebastian Nothaft auch erinnern, dass er laut der Verträge nach dem Tode Ludwigs 32000 fl. Heiratgut und 5000 fl. Morgengabe zurückzufordern habe. A. a. O. 169. Später ward Konrad von Bemelberg von Wilhelm zur Verhandlung mit Friedrich entsandt. v. Druffel, Karl V. und die Curie, S. 65.

4) S. u. a. v. Druffel, Karl V. und die Curie I, 266.

betrieben die bayerischen Gesandten ohne Erfolg die Angelegenheit der Kur und Neuburgs. Vom Wormser Tage aus berichteten die Gesandten (März 1545), dass der Kaiser das bayerische Auftreten wegen der Kur ungern sehe, auch Bonacorso erhielt dann in den Niederlanden vom Bischof von Arras ungünstigen Bescheid. Für den Fall, dass Pfalz mit dem verbündeten Württemberg gegen Bayern wegen seiner Ansprüche und Zettelungen etwas vornehmen würde, hatte dieser Gesandte durch den Nuntius die päpstliche Intervention angerufen.<sup>1)</sup> Die Reichsstände äusserten im allgemeinen ihr Missfallen, sogar Herzog Ludwig tadelte Eck, dass er die pfälzische Frage aufgerührt habe.

Auch dem Landgrafen Philipp war das neue Ziel der bayerischen Politik und die daraus erwachsene Zwietracht der Wittelsbacher unwillkommen. Die Annäherung der Bayern an die Schmalkaldener konnte dieser Streit nur hemmen; überdies war Philipps Tochter Anna seit Oktober 1544 mit Wolfgang von Zweibrücken-Veldenz, einem der pfälzischen Agnaten, vermählt. Kurfürst Friedrich suchte diesen zum Eintritt in den schmalkaldischen Bund zu bestimmen, da er für den Fall, dass die Kur an ihn käme, einen Rückhalt brauche. Wolfgang lehnte diesen Schritt als unnötig ab. Zwischen Bayern und Pfalz aber erbot sich der Landgraf (2. Sept. 1544) in einem Schreiben an Eck zur Vermittlung, doch unter der Bedingung, dass die Bayern Friedrich und dessen Agnaten wegen der Kur fortan unangefochten liessen; dagegen schlug er vor, dass diese eintretenden Falls Wilhelm ihre Stimmen „zu höheren Aemtern oder Dignitäten“, d. h. zum römischen König, geben oder dass an Wilhelm Schloss, Amt und Stadt Neuburg (also nicht das ganze Fürstentum) abgetreten werden solle.<sup>2)</sup> Ecks Antwort besagte, dass Herzog Wilhelm sich seines Anspruchs auf die Kur nicht begeben wolle. Doch liess man sich die hessische Vermittlung gern gefallen. Sailer versicherte, dass Herzog Wilhelm sich durch die Einflüsterungen gewisser Leute, der Landgraf werde seines Tochtermannes wegen Bayern in dieser Frage nie begünstigen, nicht irre machen lasse.<sup>3)</sup> Vielmehr suchten die Bayern bei den weiteren Verhandlungen beim Landgrafen gerade in seiner Eigenschaft als Schwiegervater Wolfgangs ein Familieninteresse an der Angelegenheit zu wecken. Im März 1546 setzte Eck auseinander, es sei zu besorgen, dass die Pfälzer mit ihrer Halsstarrigkeit noch das ganze Haus Wittelsbach um die Kur bringen und nach Friedrichs Tode der Kaiser etwa dessen Witwe einen Mann geben und auf diesen die Kur übertragen würde. Denn Ottheinrich, der nächste Agnat, sei „mit Schulden und in anderem Weg so gestaltet, dass zu vermuten, er möchte die Kur mehr in ein Verderben als in Aufnahme bringen“. Verarmte Fürsten als Wähler der Nation zu gebrauchen sei gefährlich. Auch die Pfalzgrafen Philipp und Wolfgang d. ä. seien untauglich zur Kur. Der einzige Weg, auf dem die Kur dem Hause Wittelsbach erhalten bliebe, sei die

1) v. Druffel a. a. O. II, 65.

2) Muffat S. 293.

3) Lenz III, 391.

Einrichtung des Wechsels zwischen den beiden Linien. Dann müssten diese schon aus Not zu einander halten. Würde man einwilligen, dass die Kur nach Friedrichs Tode an Herzog Wilhelm falle, dann würde sich dieser verschreiben, dass sie nach ihm auf Wolfgang von Zweibrücken, des Landgrafen Tochtermann, oder dessen Erben fallen solle. Wogegen Wolfgang sich verschreiben möge, dass sie nach seinem Tode wieder an Wilhelms Erben falle, und so solle die Würde fortan zwischen Bayern und Pfalz wechseln. Zugleich übersandte Sailer dem Landgrafen ein bayerisches Bedenken gegen die Aufnahme Friedrichs von der Pfalz in den schmalkaldischen Bund, worin hervorgehoben wurde, dass Friedrich des Kaisers geheimer und vertrauter Rat gewesen sei und ohne Zweifel noch sei, dass er auch mit Herzog Wilhelm in Erbeinung stehe, diesen in allen Bündnissen ausnehmen und ihm gegen alle Feinde mit ganzer Macht zuziehen müsse. Sollten die Schmalkaldener in Krieg mit dem Kaiser geraten, so dürfe Friedrich als kaiserlicher Rat und „Geschworener des goldenen Schafs“ (des goldenen Vliesses) ihnen nicht helfen. Sailer verhehlte seine eigenen Bedenken gegen Friedrichs Aufnahme nicht. Der Landgraf selbst widerstrebte ihr, weil er die Bayern nicht verletzen wollte.<sup>1)</sup>

Friedrich aber lehnte im Mai 1546 die bayerische Zumutung definitiv ab, mit der Erklärung, dass er über dieses unfreundliche Ansuchen höchlich verwundert sei. Die Spannung zwischen Pfalz und Bayern hatte einen hohen Grad erreicht und gab zu dem Gerüchte Anlass, dass Ingolstadt bedroht sei.<sup>2)</sup> Landgraf Philipp gab nunmehr<sup>3)</sup> Wilhelm den Rat, die Sache nicht weiter zu betreiben; in so sorglichen Läufen sei jetzt nicht Zeit, Dinge aufzustöbern, die eine gute Weile geruht hätten, vielmehr sollte man trachten Einigkeit und Freundschaft zu erhalten. Ein Schreiben Wilhelms vom 13. Juni aus Regensburg<sup>4)</sup> aber wies diese Zumutung zurück: der Herzog wolle über Privathändeln des Reiches Wohlfahrt keineswegs versäumen, sondern beides dermassen vornehmen, dass das eine geschehe, das andere aber nicht unterlassen werde.

Nun aber nahte der Augenblick der Entscheidung, da Bayern aus seiner schwankenden und lavirenden Haltung, in der es sich so behaglich fühlte, heraustreten musste. Während ein Waffenstillstand mit den Türken die Gefahr im Osten für einige Zeit beseitigte, benahm der Krieg zwischen Frankreich und England den Schmalkaldenern die Hoffnung von einer dieser Mächte unterstützt zu werden. Der Papst hatte sich zu der vom Kaiser längst gewünschten Einberufung des Conzils endlich entschlossen und war dem Kaiser wieder freundlich näher getreten. Unter diesen Verhältnissen nahm der Gedanke eines Krieges gegen die Protestanten, den Bayern schon vor Jahren eifrig betrieben hatte, im Geiste des Kaisers allmählich festere Gestalt an. Der Papst feuerte ihn zu dem grossen Unternehmen an, indem er Truppen und eine Geldhilfe

1) v. Druffel, Karl V. und die Curie IV, 480.

2) Wie Cardinal Otto am 14. März schreibt; v. Druffel a. a. O.

3) Schreiben vom 2. Juni 1546; Muffat, S. 295.

4) Arroden I, f. 171.

von 200 000 Dukaten in Aussicht stellte. Dass der kaiserliche Beichtvater Soto im gleichen Sinne wirke, berichtete im November 1545<sup>1)</sup> aus den Niederlanden der bayerische Agent am kaiserlichen Hofe Bonacorso.<sup>2)</sup> Als der Kaiser den Wormser Reichstag verliess, hatte er bereits angekündigt, dass er sich nach Regensburg und Bayern begeben wolle, weil er hier grössere Sicherheit für seine eigene Person und bessere Möglichkeit zu kriegerischen Rüstungen zu finden hoffe.<sup>3)</sup> Es scheint also, dass er von Anfang an bei seinem Kriegsplane Bayern als Operationsbasis in Aussicht nahm. Doch kam es damals noch nicht zu dieser Reise, Karl begab sich vielmehr nach Brüssel und eine Zeit lang war von dem geplanten Kriege nicht mehr die Rede. Als der vom Papste an Karl entsandte Nuntius Dandino in Brüssel eintraf (3. Okt. 1545), vermochte er über die kriegerischen Absichten des Kaisers noch kein bestimmtes Urteil zu gewinnen: „Ich glaube Ja und glaube Nein, doch eher Nein als Ja.“<sup>4)</sup> Aber schon wurden, während in Regensburg seit dem Januar noch einmal ein hoffnungsloses Religionsgespräch sich hinzog, dem ein spärlich besuchter Reichstag folgte, die kaiserlichen Rüstungen in Italien und den Niederlanden in solchem Umfang betrieben, dass die Schmalkaldener nicht nur aufmerksam wurden, sondern über ihr Ziel bald nicht mehr in Zweifel blieben. Am 7. Dezember 1545 knüpft Sailer in seinem Berichte an den Landgrafen an die Mitteilung von Praktiken in Italien bereits das Urteil:

1) Fürstensachen (Reichsarchiv) XXIV, f. 379 figd. Diese niederländischen Berichte Bonacorso's sind gedruckt bei v. Druffel, Karl V. und die Curie, II, 38 figd.

2) Dieser vielbeschäftigte, im Gegensatz zu Eck kaiserlich gesinnte Diplomat Wilhelms IV. nennt sich urkundlich Bona Khurss von Grinn (s. Sitz.-Ber. d. Münchener Ak. hist. Cl. 1868, I, 182), indem er seinen italienischen Namen germanisirt, denn er unterzeichnet Berichte als Bonacc. d. Grin (so u. a. Fürstensachen XXIV, f. 381) und nach dem Zeugnisse des Bischofs von Modena (Lämmer, Mon. Vaticana p. 389) war „Bonacursio da cividal (Lämmer: Civald) de Beluno“. Die latinisirte Namensform, mit der er sich u. a. auf dem Titel seiner Streitschrift gegen Lucretius (Widmanstadt) nannte, lautet: Bonus Accursius Grynaeus. Sein Landsmann Mocenigo nennt ihn: Bonacorso da Grin (Venetianische Depeschen I, 501 u. öfters). Daneben erscheinen die Formen: Kürss, Kürsch, Courtz, Grym u. a. Ich vermute, dass B. von der kleinen, etwa zwei Stunden von Belluno entfernten Ortschaft stammte, welche jetzt auf den Karten unter dem Namen Gron verzeichnet ist. Bei der Audienz eines venetianischen Gesandten diente Bonacorso H. Wilhelm, der weder Italienisch noch Latein verstand, als Dolmetscher (Venetianische Depeschen vom Kaiserhofe I, 513) und aus seinen Briefen, deren eine grosse Anzahl in v. Druffels Anmerkungen zum Tagebuche des Viglius van Zwlichem gedruckt ist, erhellt, dass er des Deutschen ebenso mächtig war wie des Italienischen. Wahrscheinlich war er als Friauler von Haus aus bilinguis; bekanntlich herrschte die deutsche Sprache in dieser Gegend, wo sie jetzt auf die Sette Comuni eingeeengt ist, vormals in weiterem Umkreis. Dass Bonacorso auch der französischen Sprache vollständig mächtig war, sieht man u. a. aus Fürstensachen a. a. O. f. 251. Dem Dogen von Venedig war sein Landsmann wohl bekannt und der Rat der Zehn liess sich von Mocenigo (3. Dez. 1546) berichten, dass derselbe schon seit vielen Jahren ununterbrochen im Dienste des Bayernherzogs stehe. Ueber die Republik Venedig sprach sich B. unzufrieden aus, da sie seine Verdienste um das Vaterland nicht belohnt habe. S. Venetianische Depeschen vom Kaiserhofe II, 162, 371.

3) v. Druffel, Kaiser Karl V. und die römische Curie, III, 184.

4) A. a. O. III, 208.

„Es ist gewiss: wir werden bekriegt und angegriffen.“<sup>1)</sup> Noch Ende Januar wies der Kaiser seinen Vicekanzler und Gesandten Naves an, bei den rheinischen Kurfürsten dem Gerüchte entgegenzutreten, dass er Krieg beabsichtige, und noch im Februar hielt er eine friedliche Verständigung mit den Protestanten für möglich.<sup>2)</sup> Aber am 16. dieses Monats schrieb er schon an seinen Sohn: im Dienste Gottes wolle er zur Wahrung des katholischen Glaubens kraft seines kaiserlichen Amtes das Schwert ziehen. Mit den religiösen Wirren hoffte er zugleich der Unbotmässigkeit der Fürsten und den ewigen Umtrieben im Reiche ein Ende zu bereiten. Eine Zusammenkunft des Kaisers mit dem hessischen Landgrafen in Speier — von seiner Absicht dahin zu gehen hatte der letztere Herzog Wilhelm durch einen eigenen Gesandten in Kenntnis gesetzt<sup>3)</sup> — führte zu keiner Verständigung.

Eine unerlässliche Vorbereitung auf den Krieg war vor allem, dass man sich Bayerns versicherte. Es zeigt sich nun, dass der Kaiser die ersten Schritte in dieser Richtung that, lange, ehe sein eigener Entschluss zum Kriege ganz fest stand. Bei seinem ersten Versuche die Stimmung des Münchener Hofes zu sondiren, war die Frage, ob Krieg, ob Frieden, noch offen gelassen. Am Ende des Wormser Reichstages entsandte der Kaiser seinen Rat Viglius van Zwichem, der als früherer Professor der Hochschule Ingolstadt dazu besonders geeignet schien, an Herzog Wilhelm mit einer Botschaft, deren Inhalt er sogar vor dem sein hohes Vertrauen geniessenden Bonacorso und den anderen bayerischen Gesandten geheim zu halten für ratsam fand.<sup>4)</sup> Zwichem

1) Lenz III, 377.

2) v. Druffel, Briefe und Akten I, 1 u. Karl V. und die Curie, IV, 490. — Auf der am 12. Januar 1546 zu Augsburg eröffneten Versammlung von Mitgliedern des früheren elfjährigen Bundes, wo Wigulejus Hundt Bayern vertrat, machten sich die kriegerischen Pläne des Kaisers noch in keiner Weise bemerklich. Was die Versammlung hauptsächlich beschäftigte, war ein gewöhnlicher Landfriedensbruch des Hans Melchior und des Albrecht von Rosenberg, über den Augsburg und Nürnberg Klage geführt hatten. Zwar hatte der Kaiser am 20. Juli 1545 in Worms einen Vergleich beurkundet, den die von ihm bestellten Schiedsrichter, Bischof Otto von Augsburg und Graf Friedrich zu Fürstenberg-Werdenberg, in den Irrungen zwischen den Ständen „des gewesenen schwäbischen elfjährigen Bundes“ und Albrecht von Rosenberg vermittelt hatten (Reichsarchiv, Reichsstadt Nürnberg X<sup>15/2</sup>, Fasz. 17). Trotzdem währte der Streit fort und noch 1551 berieten die früheren Bundesverwandten darüber auf einem Tage zu Pforzheim. Geh. Staatsarchiv, Bundshandlung im Lande Schwaben, Nr. 19 (K. schw. 220/9), f. 50 figd., 254 figd.

3) Am 28. März 1546 schreibt aus Thannenberg Heinrich von Baumbach, Jägermeister vor dem Gebirg und Pfleger zu Trosberg, an H. Wilhelm: der Landgraf, sein Herr, habe ihn zu sich nach Ziegenhain befohlen und ihm dort mündliche Aufträge an den Herzog gegeben, seinen Ritt zum Kaiser betreffend. Da sich sein (des Ausstellers) Kommen etwas verzögern werde, schickt er einstweilen ein Schreiben seines Herrn. Schmalk. Bundssachen (St.-Archiv) XI, f. 7. Die mündlichen Aufträge werden hauptsächlich dahin gezielt haben, den Herzog wegen dieser Zusammenkunft zu beruhigen.

4) Instruktion für Zwichem vom Juni (der Tag fehlt) 1545, Worms, bei Lanz, Staatspapiere zur Geschichte des Kaisers Karl V. (Bibliothek des Literarischen Vereins in Stuttgart, XI, 1845), S. 394—397.

hatte vorzutragen, der Kaiser gedenke, wie ja die katholischen Stände ihn gebeten haben und auch im Hinblick auf die Türkengefahr, alles mögliche zu thun, um den Frieden in Deutschland zu erhalten und einem Kriege vorzubeugen. Da aber die Protestanten hartnäckig ein Conzil zurückweisen, während die Katholiken darauf beharren, dass die Religionsfrage durch ein solches zu entscheiden sei, befinde er sich in der grössten Verlegenheit (*nous nous trouvons en cecy grandement perplex*). Nun habe Herzog Wilhelm ihm und seinem Bruder stets, auch noch jüngst zu Memmingen, versichert, dass er in der religiösen Frage für den Dienst Gottes, auch gemäss ihrer Verwandtschaft, mit ihnen eins sei und bleibe. Er möge ihm also nun raten, was zu thun und welche Mittel etwa anzuwenden seien, um einen Bruch mit den Protestanten zu vermeiden. Sollte aber dieser unvermeidlich werden, sei es, dass die Katholiken zum Angriff oder zur Verteidigung gezwungen würden, wie würde sich dann Bayern verhalten, welche Hilfe würde es leisten und mit welchen katholischen Ständen hielte es eine vertrauliche Verständigung über diese Frage für angemessen? Stelle der Herzog die Gegenfrage, was der Kaiser zu thun gedenke, so möge Zwichem dessen Wunsch betonen, dass das Aeusserste vermieden werde, und möge daran erinnern, dass der Kaiser in den letzten Kriegen bereits unglaubliche Lasten und Ausgaben auf sich genommen und sich über seine Kräfte angestrengt habe. Da die Sache von so grossem Gewicht sei, könne er sich nicht entscheiden, bevor er nicht den Bescheid seines in den deutschen Dingen so erfahrenen Veters wisse. Dessen Beispiel werde auch für die anderen wahren Katholiken massgebend sein. Das aber dürfe der Herzog glauben: wenn alle Mittel zur Vermeidung des Krieges erschöpft sind, wird der Kaiser nicht säumen, seine Person und sein ganzes Vermögen behufs Erhaltung der alten Religion in den Dienst Gottes zu stellen, zusammen vornehmlich mit dem Herzog und den anderen katholischen Reichsständen, wiewohl er sich von Seite der letzteren keinen grossen Beistand verspreche. Auch werde der Kaiser nicht versäumen, zu diesem Zwecke dem Papste und Frankreich die Hand zu reichen.

Diese schmeichelhafte kaiserliche Werbung konnte nur dazu beitragen, das hohe Machtbewusstsein des Münchener Hofes zu verstärken. Wir werden annehmen dürfen, dass sowohl ihre ausgesuchte Höflichkeit als ihre vorsichtige Zurückhaltung bei Eck und seinem Fürsten Widerhall fanden. Nach Zwichems Autobiographie,<sup>1)</sup> unserer einzigen Quelle über die Aufnahme der Werbung, versicherte der Herzog seine Bereitwilligkeit, sich in allem den Wünschen des Kaisers und Königs zu fügen.

Anfangs Oktober 1545 erschien dann an Wilhelms Hof unter dem Vorwande eines Jagdbesuches<sup>2)</sup> ein dort von früherher bekannter und wohl angeschriebener Gesandter des Kaisers, Cardinal Otto Truchsess von Waldburg, Bischof von Augsburg.

1) Bei Hoyneck van Papendrecht, *Analecta Belgica* I, 25. Ebendort S. 17 f. über Zwichems Lehrwirksamkeit in Ingolstadt.

2) v. Druffel, *K. Karl V. und die römische Curie* IV, 499 u. zum *figd. Monumenta Tridentina*, ed. v. Druffel, Nr. 208.

Am 2. Oktober war der Cardinal von seiner Residenz Dillingen, wo er am Morgen noch den Tod Albrechts von Mainz erfahren hatte, aufgebrochen und am Abend desselben Tages schrieb er aus Rain, in zwei Tagen hoffe er in München einzutreffen. Wilhelm empfing ihn mit Auszeichnung und lebhaften Versicherungen seiner gut kaiserlichen Gesinnung<sup>1)</sup> und erschien dem Cardinal so liebenswürdig, hilfsbereit und treu gegen den Kaiser, wie es nicht zu überbieten sei. Der Cardinal hatte dem Herzoge das lebhaft Bedauern des Kaisers über sein Fernbleiben von Worms auszusprechen. Nur aus Rücksicht auf den Herzog, damit dieser nicht wieder eine Entschuldigung für sein Wegbleiben habe, sei der nächste Reichstag nunmehr vom Kaiser nach Regensburg angesetzt worden. Der Cardinal hatte ferner den Auftrag, in Wilhelm zu dringen, dass die für die christliche Einung bei Herzog Ludwig hinterlegten 50 000 fl. nun dem Kaiser herausgegeben werden sollten. Nach unserem Berichte nur zu dem Zwecke, damit der Kaiser seine spanischen Truppen in Ungarn bezahlen könne. Der Kaiser selbst bezeichnete (30. Januar 1546) seinem Bruder dieses Geld als das einzige Mittel zur Befriedigung der Spanier, das er kenne.<sup>2)</sup> Bis zum 7. Dezember, berichtet Sailer, hatte sich Wilhelm dazu noch nicht bereit gefunden, wiewohl der Cardinal bis dahin sein Begehren zweimal wiederholt hatte.<sup>3)</sup>

Bisher ist über die Verhandlungen Otto's am bayerischen Hofe fast nichts bekannt geworden als Berichte Sailers an den Landgrafen, für welche der hessische Agent zwei Gewährsmänner hatte: Eck und einen Vertrauten, den er nicht nennt. Nach seinem Berichte soll sich nun die kaiserliche Werbung am Münchener Hofe damals auf zwei Punkte beschränkt haben. Erstens den Geldbeitrag zur Bezahlung der Spanier in Ungarn. Zweitens, dass der Herzog dem Bischofe einen Beistand geben möge, mit Mainz zu verhandeln, dass er (Otto dort Erz-) Bischof werde, ohne Zweifel, damit der Kaiser zu Mainz einen Kurfürsten nach seinem Gefallen habe.<sup>4)</sup> „Das ist die ganze und wahrhaftige Handlung, die der Bischof zu München gehabt hat.“ Es liegt aber von vornherein die Annahme nahe, dass der Kaiser durch diesen Vertrauten die durch Zwischem eingeleiteten Verhandlungen wegen eines etwa zu unternehmenden Protestantenkriegs wieder aufnehmen und um Bayerns Anschluss werben liess. Schon im September hatte Otto dem Cardinal von Trient geschrieben, dass er vom Kaiser beauftragt sei, Herzog Wilhelm wegen eines Angriffskrieges gegen die Protestanten behut-

1) Vgl. auch Massarelli's Tagebuch bei Döllinger, Sammlung v. Urkunden z. Geschichte des Concils v. Trient, I, 111, 132 figd.

2) v. Druffel, Briefe und Akten, I, 1.

3) S. Lenz III, 361, Anm. 1 u. 377.

4) Nach dem eigenen Zeugnisse des Cardinals, der vom Kaiser schon zu Lebzeiten des alten und kränklichen Mainzer Kurfürsten als dessen Coadjutor in Aussicht genommen war, stellte der Herzog für den Fall der Not ihm sogar bewaffnete Hilfe, 7000 Mann zu Fuss und 2000 zu Pferd, und seine eigene Mitwirkung zur Besitzergreifung von Mainz zur Verfügung. Massarelli bei Döllinger a. a. O. S. 111, 132 figd.

sam auszuforschen (odorare).<sup>1)</sup> Mittelbar sollte wohl auch die Herauszahlung der 50 000 fl. dem in Aussicht genommenen Religionskriege dienen. Denn wollte man die spanischen Truppen weiter verwenden, musste man vor allem ihre rückständigen Forderungen befriedigen. Diese Auslegung gewinnt an Wahrscheinlichkeit, wenn wir eine spätere Nachricht des hessischen Agenten ins Auge fassen. Am 7. Dezember berichtet Sailer<sup>2)</sup>: „Der Bischof von Augsburg hält mit Ernst an bei seinen Prälaten, dass sie Geld machen sollen, da er nicht wisse, was ihm durch das Conzil auferlegt werde, müsse sich deshalb gefasst machen. Ich weiss einen bayerischen Prälaten, von dem er 6000 fl. begehrt hat. Dieser Prälat liegt mit seinen Gütern in Bayern, steht aber unter der Jurisdiktion des genannten Bischofs.<sup>3)</sup> Der Prälat aber hat einen Bedacht genommen, dass er es zuvor an seinen Landesfürsten bringen wolle, und ist auf den 7. dieses Monats nach München geritten.“ 6000 fl. erscheinen als eine unverhältnissmässig hohe Summe für die Beisteuer eines einzigen Klosters zum Conzilsbesuche seines Diözesanbischofs. Man wird annehmen dürfen, dass auch diese ausserordentlichen Liebesgabenforderungen an die Klöster bereits zum Zwecke der Kriegsrüstungen gestellt wurden, der nach Lage der Dinge nicht eingestanden werden konnte. Am bayerischen Hofe aber scheint man sich anfangs dagegen gesträubt zu haben, dass der Kaiser, sei es unmittelbar, sei es durch einen befreundeten Bischof, die bayerischen Klöster in dieser Weise belaste; denn die ausserordentliche Besteuerung der Klöster für Kriegszwecke wollte man sich selbst vorbehalten wissen. Der Punkt des Regensburger Abkommens, der dies dann gleichwohl dem Kaiser einräumte,<sup>4)</sup> ist als ein bayerisches Zugeständnis aufzufassen.

Durch Correspondenzen im Wiener Staatsarchive wird nun bestätigt, dass auch diese kaiserliche Gesandtschaft im Oktober 1545 den Zweck verfolgte, die Stimmung des Münchener Hofes hinsichtlich eines gemeinsam gegen die Protestanten zu unternehmenden Krieges zu sondiren. In einem eigenhändigen, in italienischer Sprache abgefassten Berichte meldet Cardinal Otto dem Kaiser, dass er dessen Auftrag gemäss mit Herzog Wilhelm verhandelt habe. Der Herzog sei mit dem beabsichtigten Vorgehen gegen die Protestanten ganz einverstanden und bereit, Gut und Leben in den Dienst des Kaisers und der katholischen Religion zu stellen. Die gleiche Gesinnung hegen die herzoglichen Räte. Die Protestanten seien gegen den Kaiser und die Katholiken sehr feindselig gestimmt, schrecken aber vor den Kosten eines Krieges zurück. Ein zweites deutsches Schreiben des Bischofs an den Kaiser, datirt vom 9. Oktober, betrifft die

1) Massarelli S. 111.

2) Lenz a. a. O. S. 378.

3) Am nächsten liegt an den Abt von Benediktbeuern zu denken.

4) . . . Hinc est, quod sacra caesarea maiestas sibi reservavit facultatem cum dictis praelatis, collegiis, capitulis caeterisque ordinibus ecclesiasticis (Zusatz von Granvella's Hand: illis dumtaxat exceptis, qui immediate suae excellentiae subiecti sunt) desuper tractandi et auxilia, qualia ipsi praestare poterunt ac debebunt, ab eis requirendi, adhibita quoque ad id (quatenus opus fuerit) sanctitatis suae ope et auctoritate. Lanz II, 650.

50 000 fl., die der Kaiser als seinen Beitrag zu der christlichen Bundeseinigung bei weiland Herzog Ludwig von Bayern hinterlegt hatte.<sup>1)</sup> Mit Führung dieser Verhandlung scheint hauptsächlich der zweite kaiserliche Gesandte, der Truchsess Don Claudio Manrique betraut gewesen zu sein. Wenigstens ist in einem Schreiben des Kaisers an Herzog Wilhelm vom 22. November 1545, das sich auf diese Angelegenheit bezieht, nur von der Werbung des Don Manrique die Rede.

Der Herzog, heisst es hier, werde sich zu erinnern wissen, dass diese Summe weder zur Unterhaltung der (Bundes-) Aemter noch zu anderen Ausgaben verwendet werden durfte, sondern für den Fall der Not in guter Verwahrung aufzuheben war. Andere Bundessachen könnten auf dem nächsten Reichstage zu Regensburg erwogen werden, aber auf die Rückzahlung der 50 000 fl. könne der Kaiser nicht so lange warten.<sup>2)</sup> Eck erstattete seinem Herrn ein Gutachten<sup>3)</sup> in dieser heiklen Frage, das, wie es scheint, neue Ausflüchte vorschlug, und als der Kaiser einen neuen Gesandten, seinen Truchsess Niklas von Könriz<sup>4)</sup> zur Betreibung der Sache an den bayerischen Hof sandte, erhielt dieser solchen Bescheid, dass der Kaiser ernstlich erzürnt wurde. Am 27. Februar 1546 schrieb Karl aus Maastricht an den Herzog, er habe sich „solcher aufzügiger Antwort“ bei ihm nicht versehen, zumal da das Geld zum Besten des Reichs, zur Erhaltung des christlichen Glaubens und zum Schutze gegen den Erbfeind, die Türken, dienen solle; schon lauten die Berichte vom spanischen Kriegsvolk in Ungarn, dass in dessen Reihen allerlei Unordnung und Meuterei einreisse. Nachdrücklich drang der Kaiser von neuem auf die Bezahlung, die nicht bis zur künftigen Bundeshandlung verschoben werden dürfe.<sup>5)</sup> Bayerns Verhalten in dieser Sache musste

1) Nach gefälliger Auskunft des k. u. k. Haus-, Hof- und Staatsarchivs, für die ich auch hier meinen Dank ausspreche. Otto's italienisches Schreiben hat durch Feuchtigkeit stark gelitten, das Datum ist vollständig geschwunden, doch besteht kein Zweifel, dass es zwischen dem 5. und 9. Oktober 1545 niedergeschrieben wurde. Denn von dem zweitgenannten Tage ist der oben erwähnte deutsche Bericht des Bischofs datirt, in dessen Eingang gesagt wird, dass Otto am letzten Montag (d. i. 5. Oktober) dem kaiserlichen Befehle nachgekommen sei, worüber er in einem italienischen Briefe berichtet habe. Die kaiserlichen Instruktionen, deren die vorhandenen Berichte an den Kaiser hie und da Erwähnung thun, sind zu Verlust gegangen. — In den bayerischen Archiven konnten mir mit Ausnahme der oben erwähnten, auf die Rückforderung der 50 000 fl. bezüglichen Schreiben (Geh. Staatsarchiv) keine auf diese Verhandlungen des Bischofs Otto bezüglichen Schriftstücke vorgelegt werden. Da beide Parteien das grösste Interesse hatten, die Verhandlungen im tiefsten Geheimnis zu führen, wurden wohl schriftliche Aufzeichnungen vermieden, so weit dies nur immer thunlich war.

2) Das Schreiben ist aus Antwerpen (Antorf) datirt. Münchener Geh. Staatsarchiv. Bundeshandlung 1544—1551, Nr. 19 (K. schw. <sup>220/a</sup>), f. 46.

3) Erwähnt in Wilhelms Antwort vom 19. Dezember 1545 aus „seinem Kloster Fürstenfeld“. A. a. O. f. 48.

4) Seine Credenz ist vom 27. Januar 1546, Utrecht; Staatsarchiv, Schmalkaldische Bundessachen XI, f. 5.

5) A. a. O. f. 89. In einem Briefe an seinen Bruder vom 21. November 1539 (Fürstensachen XXIV, f. 363) schrieb Herzog Ludwig: „Zum andern so hab ich jüngst mit dir zu München

die von dieser Seite schon so oft herausgeforderte Geduld des Kaisers auf eine neue Probe stellen.

Parallel mit diesen Verhandlungen liefen nun andere über die alte Zusage einer bayerisch-habsburgischen Familienverbindung. Von dem Augenblick an, da der Protestantenkrieg in Sicht kam, stand am Münchener Hofe fest, dass den Hauptpreis für Bayerns Anschluss an den Kaiser die österreichische Heirat bilden müsse. Wie aber in der Frage des kaiserlichen Depositums Bayerns Säumen und Winkelzüge den Kaiser verstimmten, so sah sich hier Bayern dem Zögern, wenn nicht der Unlust König Ferdinands die Linzer Zusage zu erfüllen gegenübergestellt. Wir dürfen diese beiden Punkte als jene bezeichnen, die vor allen anderen Schwierigkeiten bereiteten und den Abschluss zwischen Bayern und dem Kaiser verzögerten. Ferdinand hatte am 4. September 1545 seinen Rat Georg Yllsung an den Münchener Hof bevollmächtigt, wo er neben dem kaiserlichen Gesandten Don Claudio Manrique de Lara über Dinge verhandeln sollte, über welche das allein vorliegende Beglaubigungsschreiben<sup>1)</sup> keine Auskunft gibt, die wir aber mit Wahrscheinlichkeit vor allem in der geplanten Ehe zwischen dem Erbprinzen Albrecht und einer Tochter des Königs zu suchen haben. Bis Ende Januar 1546 aber hatten diese Verhandlungen noch zu keiner Einigung geführt. Ferdinand dachte damals an die Heirat einer seiner Töchter mit Philipp, dem Sohne des Kaisers. Aber dies stimmte nicht zu den Plänen des letzteren, der für Philipp eine Braut wünschte, die seinem Hause politischen Vorteil versprach, während die Freundschaft der beiden habsburgischen Linien einer Stärkung nicht bedurfte. Je mehr ich sowohl die allgemeine als unsere besondere Lage betrachte, schrieb Karl am 30. Januar 1546 an seinen Bruder, um so mehr finde ich die bayerische Heirat „très convenable“. Nach der Meldung des Cardinals von Augsburg sei Herzog Wilhelm von Bayern ungehalten über anderweitige Pläne Anna zu verheiraten. „Es ist aber wichtig, dass sowohl Bayern als der Herzog von Cleve zufriedengestellt werden und dass man sich beider Fürsten versichere.“<sup>2)</sup> Dass auch zwischen Wilhelm und dem Cardinal Otto diese Sache besprochen wurde, wird durch das Schreiben, das der Kaiser am 13. Oktober

auch red gehalten von wegen des kaiserlichen (?) gelt, damit dass auch wider zu hauf käm, die weil nu kays. M. in unser land ankumen wird und sich hir auf (?) was zu fragen soll, dass du wellest bedach (sic) syn, damit du gelt machst und das wider erstattest, dass du darvon genumben, nemblich die 10<sup>m</sup> kron und ain schuldbrieff vom Fucker umb 8<sup>m</sup> gulden. Dan du hast zu erachten: sol ich umb gelt angesprochen werden und ichts mer hett, kam dir und mir nit wenig zu nachthail in vil weg. Bitt dich, wellest zun bruederlichisten von mir an nemben.“ Dass sich dies auf die vom Kaiser bei der christlichen Einung hinterlegte Summe bezieht, lässt sich nicht ganz sicher behaupten, ist jedoch sehr wahrscheinlich. Es ergibt sich aus diesem Schreiben einmal, dass Herzog Wilhelm das kaiserliche Depositum schon früh angegriffen hatte, weiter aber auch, dass beide Brüder sich dessen wohl bewusst waren, dass sie über das Geld nicht frei verfügen durften.

1) Münchener Reichsarchiv, Fürstensachen, T. XXIV, f. 468.

2) v. Druffel, Briefe und Akten I, 1.

aus Brüssel an seinen Bruder Ferdinand richtete,<sup>1)</sup> völlig sicher gestellt. Hienach hatte der Herzog zum Cardinal von seinem besonderen Verlangen gesprochen, dass die Hochzeit zwischen der Nichte des Kaisers und seinem Sohne vollzogen würde. Die Verzögerung verstimme ihn sehr und noch mehr, dass er gehört habe, Ferdinand mache Schwierigkeiten ihm die zweite (gegenwärtig die älteste) Tochter zu geben und man habe ihretwegen mit dem verstorbenen Herzog von Orleans verhandelt, trotz der ihm (Wilhelm) wiederholt erteilten Versicherung, sie mit keinem andern als mit seinem Sohne zu verheiraten. Dass er sich mit der zweiten (damals lebenden) Tochter begnügen werde, könne er nicht versichern. Der Kaiser empfahl denn auch in diesem Schreiben Ferdinand, die ältere Tochter dem bayerischen Prinzen und die zweite dem Herzog von Cleve zu geben.

Nachdem durch die Gesandtschaften des Cardinals Otto und Hsungs am Münchener Hofe die Sache in Gang gebracht war, verhandelte Eck zwischen dem 5. und 10. Mai in Regensburg mit dem Kaiser wegen der Hochzeit Albrechts und Anna's<sup>2)</sup> und, wie wir annehmen dürfen, in Verbindung damit über die Haltung Bayerns in dem bevorstehenden Kriege.<sup>3)</sup> Die letzten in König Ferdinands und Herzog Wilhelms Anwesenheit geführten Verhandlungen in Regensburg, über welche Zwichems Tagebuch berichtet, können nur dazu gedient haben, einen in der Hauptsache bereits beschlossenen Handel völlig ins Reine zu bringen und in allen Einzelpunkten zu formuliren. Die wesentlichsten Züge des Einverständnisses aber waren schon durch die vorausgehenden Verhandlungen festgestellt und lauteten: Bayern wird dem Kaiser in dem Kampfe, den er gegen die Schmalkaldener aufnimmt, zur Seite stehen und wird dafür durch die Heirat des Erbprinzen Albrecht mit Ferdinands Tochter Anna sowie durch ferne Aussicht auf das österreichische Erbe belohnt. Wäre man nicht schon bei den Vorverhandlungen so weit gekommen, so hätten sich Wilhelm und sein leitender Rat, der dem Kaiser als „der böseste aller lebenden Menschen“ galt, wohl gar nicht zur Zusammenkunft mit dem Kaiser in Regensburg verstanden.

1) v. Druffel, Kaiser Karl V. und die römische Curie IV, 501. Am 14. Dezember berichtete St. Mauris aus Frankreich an den Kaiser (a. a. O. 510), der König von Frankreich wolle Venedig auf seine Seite bringen und lasse zu diesem Zwecke den Venetianern mitteilen, er habe aus guter Quelle gehört, dass der Kaiser die Hochzeit des Prinzen von Bayern mit einer Nichte K. Ferdinands betreiben und Bayern das Recht auf Verona und andere Plätze übertragen wolle, welche die Venetianer inne haben. War dies erfunden oder wurden damals in der That die alten, von den Herren von der Leiter abgeleiteten Ansprüche Bayerns auf Verona von irgend einer Seite wieder zur Sprache gebracht?

2) Lenz III, 411, Anm. 3.

3) In dem Berichte des venetianischen Gesandten vom 25. Mai 1546 (Venet. Depeschen I, 501) ist das wahre Verhältnis umgestürzt, da Wilhelm hiernach den Krieg gegen die Protestanten als Vorbedingung zur Ehe seines Sohnes mit der habsburgischen Prinzessin „ohne Mitgift“ erklärt haben soll. Der Gesandte selbst war einsichtsvoll genug, diese Neuigkeit wenig glaubwürdig zu finden.

Der Kaiser weilte in dieser Stadt seit 10. April 1546, König Ferdinand kam am 28. Mai, am 30. Mai kam mit seiner Gemahlin und dem Erbprinzen auch Herzog Wilhelm. Eck war seinem Herrn, wie erwähnt, am 4. Mai nach Regensburg vorausgegangen und hatte dort Tags darauf Audienz beim Kaiser.<sup>1)</sup> Seit Wilhelms Ankunft beteiligten sich an den Unterhandlungen auf bayerischer Seite der Herzog selbst, Eck und der sprachengewandte Bonacorso, auf kaiserlicher Seite Granvella und Viglius van Zwichem. Am 3. Juni überreichte Zwichem an Eck als Geschenk des Kaisers 2000 italienische Kronen.<sup>2)</sup> Von Bestechung kann dabei keine Rede sein, wenn auch der definitive Abschluss erst vier Tage später erfolgte. Dem Vorgange darf keine höhere Bedeutung beigemessen werden, als sie in unseren Tagen der Verleihung eines hohen Ordens an einen Staatsmann von Seite jener Macht, mit der er einen Bundesoder Handelsvertrag vereinbart hat, zukommt. Am 4. Juni wurde dann der Entwurf des Bündnisses aufgesetzt und am 7. Juni dieses vereinbart. Gegenüber diesen durch Zwichems Tagebuch<sup>3)</sup> und Schreiben Ecks völlig gesicherten Daten kann man nicht in Abrede stellen, dass die Regensburger Verhandlungen in Wilhelms Anwesenheit einen raschen Verlauf nahmen. Wenn also der Kaiser und Avila später klagen, bayerischerseits habe man durch das Zögern mit dem Abschlusse der kaiserlichen Sache geschadet, so ist dies dahin zu deuten, dass die vor der Regensburger Zusammenkunft und dann mit Eck allein geführten Verhandlungen sich länger hinzogen, als dem Kaiser lieb war und er erwartet hatte, und dass Herzog Wilhelm, den der Kaiser am 1. Mai schon wiederholt zum Besuche des Reichstages drängte,<sup>4)</sup> erst um einen Monat später kam. Im Grunde spricht aus der Klage des Kaisers nur der Aerger über den hohen Preis, der für das bayerische Bündnis bezahlt werden musste. Obwohl der Kaiser die Hartnäckigkeit und die tiefen Wurzeln der bayerischen Opposition zur Genüge kannte, scheint ihn die Erinnerung an den Eifer, mit dem Bayern vordem zum Kriege gegen die Protestanten gedrängt hatte, zu der Erwartung verführt zu haben, dass dieser Bundesgenosse leichter zu gewinnen sein würde.

Durch den Regensburger Vertrag ward nun nach langjährigem Schwanken der antiprottestantischen Tendenz in der bayerischen Politik das Uebergewicht über die

1) S. sein Schreiben vom 10. Mai aus Regensburg an Sailer, Lenz III, 411, Anm. 3.

2) Zwichems Tagebuch, S. 3. Wenn man Eck (Dezember 1541) glauben darf, so hätte ihn der Kaiser schon vor Jahren unter Vermittelung des Dr. Ribeisen von Salzburg durch 30000 fl. bestechen wollen, gut österreichisch zu werden; er habe geantwortet, er wolle lieber Leib und Leben verlassen, als sich contra libertatem germanicam bewegen lassen. (Lenz III, 194.) Dass Eck (gleich den meisten Staatsmännern der Zeit) im Rufe der Bestechlichkeit stand, ist bekannt (vgl. die bei Lenz III, 588 angezogenen Stellen). Vergiss gegen Dr. Eck nicht St. Johans mit dem gülden Mund, hatte Landgraf Philipp 1532 seinem Kanzler geschrieben. (Wille, S. 79.) Gleichwohl ist die von Sugenheim, S. 32, Anm. 79 aus Anlass des Regensburger Vertrags gegen Eck ausgesprochene Verdächtigung entschieden zurückzuweisen.

3) Des Viglius van Zwichem Tagebuch des Schmalkaldischen Donaukriegs. Nach dem Autograph des Brüsseler Staatsarchivs herausgegeben und erläutert von A. v. Druffel (1877), S. 1, 2.

4) S. Mocenigo am 3. Mai. Venetianische Depeschen vom Kaiserhofe I, 478.

antihabsburgische Tendenz verschafft. Dass Herzog Wilhelm und Eck bei früheren Anlässen wiederholt und nachdrücklich in den Kaiser gedungen waren, den Protestanten Ernst zu zeigen, dass sie daher jetzt, ohne sich bedenklich blosszustellen, nicht zurückweichen konnten, kam hiebei doch erst in zweiter Reihe in Betracht. Entscheidend waren vielmehr die politischen Vorteile, die Bayern teils gewährt, teils in Aussicht gestellt wurden. Unter diesen war der wichtigste die österreichische Hochzeit — ein Markstein in der bayerischen Geschichte, da durch sie die antihabsburgische Strömung nicht nur vorübergehend zurückgedrängt wurde, sondern in der Folge unter der Regierung Albrechts V. geradezu in eine habsburgfreundliche übergeleitet wurde. Diese Errungenschaft fiel Bayern schon als Preis des Anschlusses zu und wird in dem Bundesvertrage, dessen Voraussetzung er bildete, gar nicht erwähnt. Ein weiterer sofort ausbezahlter Lohn für den neuen Verbündeten waren zwei am Tage nach der Regensburger Capitulation ergangene kaiserliche Mandate (8. Juni 1546), die dem Herzoge zur Tilgung der von seinem Bruder hinterlassenen ungeheuren Schuldenlast<sup>1)</sup> behilflich waren. So sehr man sonst einem Eingreifen des Kaisers in die inneren bayerischen Verhältnisse widerstrebte, in dieser Bedrängnis, da die gutwillige Uebernahme neuer Steuern seitens der Landstände zweifelhaft schien, war es hoch willkommen. Durch das eine kaiserliche Mandat ward den bayerischen Unterthanen auf zwei Jahre je eine Landsteuer von 6 Pfennigen auf das Pfund auferlegt. Das andere vom gleichen Tage ermächtigte Herzog Wilhelm auch künftig von seinen Unterthanen die Abgabe von Getränken (vom Eimer Wälschwein 30, Landwein 10, Bier 7 Pfennige) zu erheben.<sup>2)</sup> Dagegen konnten andere Vorteile, besonders Neuburg und die Kurwürde, laut des Vertrags Bayern als Siegespreise erst dann zufallen, wenn der Krieg günstig verlief. In dieser Beziehung schien aber für Bayern ein gutes Vorzeichen in dem hellen Zorn zu liegen, in welchen den Kaiser die, wie es scheint, erst in Regensburg erhaltene bestimmte Kunde von dem Religionswechsel des Kurfürsten Friedrich versetzt hatte.<sup>3)</sup>

Eine mit Unterschriften und Siegeln versehene förmliche Ausfertigung des Ver-

1) Vom Kaiser wird die Summe von mehr als 800000 fl. genannt. Wilhelm selbst spricht später gegenüber dem Papste von einem Betrage von mehr als 700000 fl. (R. A. Bayerische Religionsakten I, f. 295 flgd.), während er gegenüber dem Landtage im Juni 1545 nur mehr als 100000 fl. angegeben hatte (Freyberg II, 272), sei es dass man damals das ganze Elend noch nicht übersah, sei es dass man nicht mit der Wahrheit herausrücken wollte. Man muss sich erinnern, dass die Landschaft, wie sie betonte (Freyberg a. a. O.), vorher schon 600000 fl. bewilligt hatte, um die Schulden beider Herzoge zu decken. Am 13. November 1545 stellte Wilhelm der Landschaft, die ihm auf dem Landtage zu München Sonntag Trinitatis (31. Mai) d. J. eine Landsteuer von 150000 fl. bewilligt hat, einen Schadlosbrief aus. R. A. Bayerische Landschaft. Auf das Nonnenkloster Altenhohenau trafen 509 fl. rh. 41 Kr. Dieses und andere Klöster mussten, um eine so grosse Barsumme erlegen zu können, Ewiggilten verkaufen. Urkunden im R. A.

2) Reichsarchiv; v. Freyberg, Gesch. d. bayer. Landstände II, 280.

3) S. die Nachricht bei Druffel, Beitrag z. militär. Würdigung d. schmalk. Kriegs, S. 352, Anm. 2.

trags hat sich bisher weder in den bayerischen Archiven noch sonstwo finden lassen. Man darf mit Sicherheit aussprechen, dass eine solche nicht existirt und nie existirte. An Stelle der feierlichen Beurkundung begnügte man sich mit mündlicher Zusage und Bekräftigung durch Handschlag.<sup>1)</sup> Eine schriftliche Aufzeichnung war gleichwohl unumgänglich, ward aber ganz geheim gehalten. Durch den Verzicht auf förmliche Beurkundung glaubte man wohl das Geheimnis besser gewahrt, auch mag man hiedurch dem von Eck erhobenen Einwand, dass zum Abschlusse eines Bündnisses verfassungsmässig die Zustimmung der bayerischen Landschaft erforderlich sei, einige Rechnung getragen haben. Ein Punkt in den Aufzeichnungen Ecks<sup>2)</sup> bezüglich des Vertrages macht wahrscheinlich, dass eben auf Wunsch dieses Staatsmannes, der in der angegebenen Weise begründet wurde, eine förmliche Beurkundung des Abkommens vermieden wurde. Dass dieser Mangel auf nicht ganz ehrlichen Absichten, auf dem Hintergedanken sich nach Umständen von dem Vertrage loszusagen, beruhte, wird man nicht annehmen dürfen. Die Bestimmungen der Capitulation sind, wie v. Druffel bereits hervorgehoben hat, zweifellos von beiden Seiten als zu Recht bestehend anerkannt worden.

Vor der Oeffentlichkeit fand der Kaiser im Hinblick auf jene protestantischen Fürsten, die er auf seine Seite gebracht hatte, für gut, das religiöse Motiv des Krieges zu unterdrücken. Gegenüber Bayern bedurfte es dieser Verstellung nicht: der Regensburger Vertrag sprach unverhüllt aus, dass durch den vom Papste angeregten und vom Kaiser nunmehr beschlossenen Krieg die Halsstarrigkeit der Protestanten gebrochen werden sollte, die so weit gediehen sei, dass sie sogar das gesetzmässig versammelte Concil verwerfen. Bei längerem Zusehen würde es nicht nur um die Wiederherstellung der Religion, sondern auch um die Gerechtigkeit und den Landfrieden im Reiche geschehen sein. Wenn der Kaiser am 9. Juni an seine Schwester schrieb: nach vielfachen Beratungen mit seinem Bruder und dem Herzoge von Bayern hätten diese sich dafür entschieden, dass kein anderes Mittel mehr vorhanden sei als den Verirrten mit Gewalt Widerstand zu leisten,<sup>3)</sup> so liegt darin ein gewisses Abwälzen der Verantwortung, das der Wahrheit nicht entspricht: es steht fest, dass der Entschluss zum Religionskriege vom Kaiser ausging, dass Ferdinand und Wilhelm IV. erst für den Plan gewonnen werden mussten. Dass der Kaiser noch Ende Mai als unschlüssig geschildert wird,<sup>4)</sup> vermag dies nicht zu entkräften. Doch konnte der Kaiser, was Bayern betrifft, in dessen früherem Drängen zum Kriege einigen Halt für seine

1) Vgl. v. Druffel, Zwichem, S. 11. Dass das Abkommen durch Handschlag bekräftigt wurde, hat Wilhelm selbst in einem vom Augsburger Reichstage aus an den Kaiser gerichteten Schreiben ausgesprochen („die Capitulation und handgebend mein fürstl. Zuesagen Eur. Kais. Maj. und der Kön. Maj. zu Regenspurg gethan“; s. Sugenheim S. 37, Anm. 87).

2) v. Druffel, Zwichem, S. 10 unter 7a.

3) Lanz, Correspondenz des Kaisers Karl V., II, 487.

4) Lenz, Kriegführung der Schmalkaldener, S. 389.

Behauptung finden. Auch waren die Bayern um so mehr bestrebt den religiösen Charakter des Krieges zu betonen, je weniger ihnen dessen politischer Nebenzweck, Stärkung der kaiserlichen Macht, behagte. Der milde Ton der vom Kaiser an die Städte erlassenen Ausschreiben fand daher bei ihnen keine Billigung.<sup>1)</sup>

In der Thatsache, dass König Ferdinand und Bayern zusammen in dem Vertrage dem Kaiser gegenüber stehen als die Mächte, die für den Krieg erst zu gewinnen waren, spricht sich eine bedeutsame Verschiebung der politischen Lage aus: sowie die österreichische Heirat gesichert war, trat Ferdinand, gegen den sich die bayerische Opposition doch vordem in erster Reihe gerichtet hatte, den Bayern näher als der Kaiser; überdies war er nicht frei von Bedenken gegen einen Krieg, der ihn der Gefahr aussetzte, von Protestanten und Türken in die Mitte genommen zu werden.

In dem Vertrage ward festgesetzt, dass der König zum Kriege besonders Reiterei zu stellen habe, 1000 Mann schwere und 1000 Mann leichte, ferner 1000 böhmische Schanzgräber. Herzog Wilhelm setzte seinen Stolz in eine zahlreiche Artillerie. Als er vor sechzehn Jahren den Kaiser in seiner Hauptstadt mit dem Donner aus hundert Feuerschlünden begrüßte, mag sich mancher Gast gefragt haben, ob dieselben Geschütze nicht einst Tod und Verderben gegen die Protestanten speien würden. Schon in dem Kriegsplan von 1536 hatte sich Baiern erboten die Artillerie zu stellen. Man darf sagen, dass unter Wilhelm IV. in Baiern zuerst die Vorliebe für diese Waffengattung und ihre besondere Pflege nachzuweisen sind — Züge, die sich im bayerischen Heerwesen bis auf den heutigen Tag behauptet haben. Der Regensburger Vertrag stellte nun, soweit dies ohne Entblössung der festen Plätze Baierns geschehen könne, sämtliche Geschütze des Herzogs mit der erforderlichen Munition dem Kaiser zur Verfügung, dazu mindestens 600 Schanzgräber. Auch Ferdinand hatte die „erforderliche“ (competentem) Zahl von Geschützen mit Munition zu stellen. Wilhelm verpflichtete sich ferner dafür zu sorgen, dass die kaiserlichen Truppen in seinem Lande zu mässigen Preisen verpflegt werden. Dreissig Tage nach der Kriegserklärung wird er dem Kaiser 50000 Goldgulden zahlen. Aus guten Rücksichten, d. h. um den Herzog gegenüber seiner Landschaft zu rechtfertigen, wird ihm der Kaiser bei den schwersten Strafen vorher befehlen, mit seiner ganzen Macht ihm beizustehen. Der Herzog wird das Unternehmen aufrichtig unterstützen, wird allen entgegengetreten, welche dasselbe zu kreuzen versuchen, wird insbesondere sorgsam darüber wachen, dass nicht in Bayern aufrührerische Bewegungen zum Schaden des Unternehmens ausbrechen. Für die Zukunft ward bereits vereinbart, dass der Kaiser, der König und Herzog unter sich einen Verteidigungs- oder auch Angriffsbund schliessen werden, in den alle Prälaten und alle der katholischen Religion zurückgewonnenen Mächte aufgenommen werden und zu welchem auch der Papst eingeladen werden sollte.

Von den Vorteilen, welche Bayern für seinen Anschluss ernten sollte, berührte der Vertrag, wie erwähnt, nur einen Teil. Beim Friedensschlusse hat der Kaiser für

1) v. Druffel, Zwischens Tagebuch, zum 21. Juni, S. 4, vgl. S. 19.

die Sicherstellung des Herzogs und nach Verhältnis für die Deckung seiner Kriegskosten zu sorgen. Alle Erbrechte auf die Kur und die pfälzischen Lande bleiben Wilhelm und seinen Erben vorbehalten und wenn die Pfalzgrafen nicht anders als durch Gewalt zur katholischen Religion und zur Treue gegen Kaiser und Reich zurückgeführt werden können oder sich dem Conzil nicht unterwerfen wollen, soll der Kaiser ohne weitere rechtliche Verhandlung Herzog Wilhelm oder dessen Nachkommen mit der pfälzischen Kur belehnen. Aber auch wenn die Pfälzer freiwillig „zur Vernunft und wahren Religion, zu schuldigem Gehorsam und Treue“ zurückkehren, wird der Kaiser nichts desto weniger in dem pfälzisch-bayerischen Streit über die Kur die Parteien verhören und Recht sprechen. Auch wird dem Herzoge gestattet, alles, was früher zur Pfalz oder zu Bayern gehörte, zu occupiren und für sich zu behalten (man hatte besonders Neuburg, vielleicht auch Heidenheim im Auge), und falls der Kaiser derartige Lande zuerst besetzt, wird er sie gegen Ersatz seiner Kosten an Bayern herausgeben.

v. Druffel<sup>1)</sup> hat aus dem Münchner geheimen Staatsarchive Aufzeichnungen ans Licht gezogen, in denen Eck kurz vor dem Abschlusse des Vertrags sich notirte, in welchen Punkten die bisherigen Vereinbarungen durch Zusätze oder Verbesserungen für Bayern noch günstiger zu gestalten seien. Ihr Vergleich mit unserer Aufzeichnung des Vertrags lässt ersehen, dass Eck mit einigen, aber nicht mit allen dieser Wünsche durchgedrungen ist. Die Zugeständnisse, die Bayern erst auf Ecks Forderung hin in Regensburg erlangte, sind im Vertrag als Zusätze ersichtlich. Nicht bewilligt wurde, um nur die wichtigsten Punkte zu erwähnen, dass Bayern bei allen Kriegshandlungen und im Kriegsrathe teilnehmen und dass kein Theil ohne den andern etwas beschliessen dürfe. Der Kaiser wollte in seiner Strategie wie in seiner Politik freie Hand behalten. Nicht bewilligt ward, dass Bayern die Kurwürde auf jeden Fall, schon auf Grund seines Abkommens mit dem Kaiser erlange und die kurpfälzischen sowie Neuburgischen Lande auf Grund der alten Familienverträge sofort, wenn die Pfalzgrafen wegen ihres Ungehorsams entsetzt würden. Die Zahlung der 50 000 fl. hätte Eck in der Weise gewünscht, dass ein Drittel während des Anzugs des Kriegsvolks gegen den Feind, das zweite Drittel einen Monat danach, das letzte erst im dritten Monat zu erlegen sei. Der Vertrag brachte keine wesentliche Erschwerung, da er den Termin für die Zahlung der ganzen Summe auf 30 Tage von dem Zeitpunkt an, da der Kaiser den Krieg in Deutschland eröffnet habe, festsetzte. Die

1) Zwicchems Tagebuch S. 7—11. Vgl. dazu die zutreffenden Bemerkungen des Herausgebers. v. Druffel täuschte sich nur, wenn er meinte, dass der Anteil Bayerns an den zu erzielenden Kriegschädigungen in der Capitulation keine Aufnahme gefunden habe. Die Capitulation enthält als Zusatz, also als ein erst von Eck erstrittenes Zugeständnis (S. 651): *Item in casu quo caesaream maiestatem aliquam cum praedictis adversariis treugam, pacem vel aliam quamcunque conventionem forsitan inire contingeret, securitatis eiusdem regiae maiestatis ac illustrissimi ducis ratio habebitur necnon pro rata sumptuum, quos in huiusmodi expeditione sustinuerint, eidem satisfieri curabitur.*

50 000 fl. wurden im Vertrage nur als Kriegskostenbeitrag (ad huius expeditionis effectum) bezeichnet. Dass die Summe ein zurückzuerstattendes Depositum des Kaisers war, davon war im Vertrage nicht die Rede und dieses Verschweigen<sup>1)</sup> bedeutete immerhin ein Entgegenkommen gegen Bayern. Ferdinand versprach nur halb so viel ungarische Reiter, als bayerischerseits gewünscht worden war, während der Kaiser zu der beanspruchten Erklärung über die Zahl seiner Streitkräfte sich überhaupt nicht verstand. Ecks Forderung in diesem Sinne verrät, dass die Bayern noch bei der Regensburger Zusammenkunft in die Rechtzeitigkeit und den genügenden Umfang der kaiserlichen Rüstungen Misstrauen setzten, und die Folge hat diesem Misstrauen Recht gegeben. Ecks Forderung endlich, dass in die Capitulation zwischen Kaiser und Papst Einsicht gewährt und über den Grad der vom Papste in Aussicht gestellten Hilfe Aufschluss erteilt werde, fand wenigstens im Regensburger Vertrage noch keine Erfüllung. Der Vertrag begnügt sich mit der Versicherung, dass der Papst dem Kaiser seine Hilfe angeboten habe und daran festhalte, ein die Einzelheiten festsetzendes Abkommen mit dem Papste müsse vom Kaiser erst noch angenommen und unterschrieben werden. In der That erfolgte aber die Unterzeichnung des Bündnisses mit dem Papst durch den Kaiser an demselben Tage, da die Regensburger Capitulation vereinbart wurde, am 7. Juni<sup>2)</sup> — ein Zusammentreffen, das in Verbindung mit der Klage des Kaisers über die Verzögerung die Vermutung nahe legt, dass der Papst den Beitritt Bayerns als Vorbedingung des definitiven Abschlusses bezeichnet hatte.

Die in Regensburg weilenden venetianischen Botschafter Alvise Mocenigo und Bernardo Navager zeigen sich in ihren Berichten an den Dogen über die bayerische Haltung gut unterrichtet. „Man sagt, dass der Herzog von Bayern für das Unternehmen nicht so begeistert befunden werde, wie der Kaiser sich eingebildet hatte, dass er daher nicht so viele Streitkräfte stellen wolle, wie man erwartete, und dass er erkläre, er wolle insgeheim beisteuern, aber sich nicht persönlich beteiligen.“ Diese Nachricht vom 6. Juni entspricht so genau der Wahrheit, dass man geneigt sein wird, auch die weitere vom selben Tage nicht unbeachtet zu lassen, wonach der definitive Abschluss zwischen Kaiser und Papst ausser andern Gründen auch durch die bayerische Lauheit verzögert worden sei. „Der Cardinal von Trient sollte schon am 2. Juni nach Rom reisen, um den Papst zu bestimmen, dass er den Kaiser auch dann unterstütze, wenn derselbe den Krieg nur gegen den Landgrafen als Reichsrebellener öffne, da bei einem gegen alle Protestanten eröffneten Kriege der grösste Teil Deutschlands zu bekämpfen wäre. Seine Abreise scheint sich verzögert zu haben,

1) v. Druffel, Briefe und Akten, III, 46 liess sich hiedurch bestimmen, die 50 000 fl. zurückgefordertes Depositum und die 50 000 fl. Kriegskostenbeitrag zu unterscheiden, eine Auffassung, die mir nicht begründet scheint. Denn auch nach dem Regensburger Vertrage ist immer nur von 50 000 fl., die Bayern zu zahlen hat, die Rede, während einer Rückerstattung des Depositums nie gedacht wird.

2) Lenz, Kriegführung der Schmalkaldener, S. 390.

weil der Kaiser sichere Nachricht über das Zustandekommen des englisch-französischen Friedens erhalten hat, der Bayernherzog sich nur zu geringer und geheimer Hilfeleistung bereit findet, König Ferdinand mehr für Ausgleich als Krieg sein soll und ein französischer Einfall in Piemont befürchtet wird.“<sup>1)</sup>

Dass Bayerns Hilfeleistung, wie den Venetianern berichtet ward, eine geheime bleiben sollte, besagte in der That die Regensburger Capitulation. Denn die Worte: „cum hac in re silentii secreto maxime quoque sit opus“<sup>2)</sup> sind sicher nicht nur auf den einzelnen Punkt des Abkommens, in dessen Zusammenhang sie gebraucht werden (die Besteuerung der Stifter und Klöster), sondern auf alle Punkte und die Existenz des Vertrags zu beziehen. „Der Kaiser wollte nicht, dass Bayern sich offen als Feind der Protestanten erzeigte,“ bemerkt Mocenigo richtig in seiner Relation von 1548.<sup>3)</sup> „Solche List zu gebrauchen,“ fährt er fort, „erwies sich für den Kaiser ebenso nützlich, wie es für den Gegner verderblich ward, sie nicht zu durchschauen. Denn hätte der Herzog sich offen als Feind der Protestanten erklärt, so wären jene, die zuerst mit starker Macht im Felde erschienen, leicht in sein Land eingedrungen, hätten sich seiner Städte und Festungen und aller Lebensmittel in Bayern bemächtigt. Dem Kaiser wäre dann kein bequemer Ort geblieben, sein Heer zu sammeln, er hätte dies nur in grosser Entfernung vom Feinde bewerkstelligen, hierauf aber aus Mangel an Lebensmitteln nicht weiter vorrücken können. Auch im günstigsten Falle, wenn es ihm gelang, Bayern wieder zu erobern, hätte er dann erst ein befreundetes Land zurückgewonnen. So aber konnte der Kaiser mit aller Bequemlichkeit sein Heer in Bayern sammeln und es dann vier Monate lang, während deren er in diesem Lande oder hart an dessen Grenze stand, zum grossen Teil aus den Mitteln dieses einzigen Landes unterhalten.“

Man kann die Gründe, welche zur Geheimhaltung des Bündnisses führten, und den Nutzen dieser Geheimhaltung nicht besser schildern, als es in Mocenigo's Bericht geschehen ist. Bayerns Beitritt sicherte dem Kaiser die Operationsbasis im Reich. Für ihn wie für Bayern aber gewann der Bund erst dadurch den vollen Wert, dass sein Geheimnis so lange als möglich gewahrt wurde und Bayern gegen die Protestanten die Maske der Neutralität vornahm. Für Bayern freilich hatte diese Politik noch eine andere Seite: sie diente zugleich dem gemeinsamen Interesse, den Feind zu täuschen, und dem partikularen, es mit ihm nicht ganz zu verderben. Und eine notwendige Folge der beabsichtigten Täuschung war, dass man sich in mancher Hinsicht wirklich neutral verhalten, insbesondere jede Offensive gegen die Schmalkaldener vermeiden musste.

Die österreichische Hochzeit, die sich nicht verheimlichen liess, musste nun frei-

1) Venetianische Depeschen vom Kaiserhofe, I, 511, 509.

2) Lanz II, 650.

3) Fontes rer. Austr. II, XXX, p. 87.

lich den Gegnern die Augen so weit öffnen, dass sie die Annäherung zwischen den bisherigen Rivalen erkannten. Aber auch dann noch blieben sie im Unklaren, wie weit diese Annäherung ging und dass ein gegen sie gerichtetes Bündnis damit verknüpft war. Dass es mit Rücksicht auf die Schmalkaldener, die über die bayerische Haltung getäuscht werden sollten, klüger gewesen wäre, die Hochzeit noch länger hinauszuschieben, wird man sich am bayerischen so wenig wie an den habsburgischen Höfen verhehlt haben. Aber nachdem sich die Ehe schon so lange verzögert hatte und ihr Abschluss bedroht erschienen war, wollte man jetzt bayerischerseits diesen wertvollsten Preis des Bündnisses nicht nochmal einer Gefährdung aussetzen, sondern so rasch als möglich in Sicherheit bringen. Die wegen der nahen Verwandtschaft erforderliche päpstliche Dispensation zu betreiben, war Bonacorso nach Rom geschickt worden. Am 17. Juni wurde vom apostolischen Nuntius Hieronymus Verallo in Regensburg diese Dispens beurkundet,<sup>1)</sup> am 19. Juni dann der Ehevertrag<sup>2)</sup> Albrechts mit Anna unterzeichnet, unter Festsetzung eines Heiratsgutes von 50 000 fl. für Anna. Hier wurden nicht nur die Verheissungen des Linzer Abkommens wiederholt, wonach die Erbfolge in Oesterreich und Ungarn nach dem Aussterben des männlichen Stammes Karls V. und Ferdinands I. Anna und ihren Erben zustehen solle, sondern es wurde auch inbetreff des Königreiches Böhmen besonders bestimmt, dass Anna nur gegenüber Ferdinand, dessen Söhnen und deren Erben männlichen Stammes einen Erbverzicht ausstellen solle. Am 21. Juni wiederholte Herzog Wilhelm zu allem Ueberfluss in einer besonderen Verschreibung, was schon im Linzer Vertrag<sup>3)</sup> und dann wieder im Ehevertrag ausgesprochen, übrigens ohnedies nicht zu bezweifeln war: dass nach seinem Tode sein Sohn Albrecht alleinregierender Herr und Landesfürst sein und bleiben sollte.<sup>4)</sup> Schon wiederholte die alte Reichsstadt von Waffenturm, als man dort am 4. Juli mit grossem Prunk die Vermählung feierte<sup>5)</sup> — ein so hochpolitisches Ehebündnis, wie noch selten eines geschlossen worden war. Zugleich reichte Anna's jüngere Schwester Maria ihre Hand dem Herzoge Wilhelm von Cleve. Nach der Trauung begleitete Ferdinands Sohn Maximilian die herzogliche und erbpinzliche Familie nach München,<sup>6)</sup> wo sich Anna von allen Verwandten geliebt und verhätschelt sah.<sup>7)</sup> Am 5. Juli wurde Anna's Erbverzicht beurkundet, der im Ein-

1) Urk. im Münchener Reichsarchiv. Auch erwähnt im Ehevertrag, wo es heisst, dass zu mehrerer Bekräftigung auch noch die Dispens des Papstes selbst beigebracht werden solle.

2) Gedruckt bei Aettenklover, Geschichte der Herzoge v. Bayern, I, 479 flgd. Die flgd. Urkunden ebendort, 482, 502, 508.

3) Lünig a. a. O. c. 602.

4) Reichsarchiv.

5) S. u. a. Venetianische Depeschen I, 561.

6) S. Ferdinands Schreiben v. 17. August; v. Druffel, Briefe und Akten I, 16.

7) Mocenigo, Font. rer. Austr. I. c. 151.

klang mit dem Ehevertrag vom 19. Juni mit Beziehung auf Oesterreich, Ungarn und Böhmen sich nur auf den männlichen Stamm beschränkte.<sup>1)</sup>

Da König Ferdinand damals drei, auch der Kaiser einen ehelichen Sohn am Leben hatte, schien nach menschlicher Voraussicht das Erlöschen des habsburgischen Mannsstammes in weite Ferne gerückt. Gleichwohl waren die Bestimmungen des Ehevertrags und Erbverzichtes ein ausserordentliches Zugeständnis, das deutlicher als alles andere zeigt, wie unbequem den Habsburgern die bayerische Opposition war und wie hoch sie das bayerische Bündnis auch in der engen Begränzung der Regensburger Capitulation anschlugen. Mit welchem Widerstreben sie darauf eingegangen waren, erhellt am klarsten daraus, dass König Ferdinand schon ein halbes Jahr später, am 4. Februar 1547, in dem Codizill, das sein Testament vom 1. Juni 1543 ergänzte, sich über die unzweideutigen und rechtskräftigen Bestimmungen des Ehevertrags und Erbverzichtes hinwegsetzte. Dieser Fürst, auf den der Spruch zurückgeführt wird: „Fiat justitia et pereat mundus!“<sup>2)</sup> trug kein Bedenken, sich einseitig und insgeheim von den gegenüber Bayern eingegangenen Verpflichtungen loszusagen und dadurch den Grund zu einem furchtbaren Zusammenstoss der beiden Mächte zu legen. Indem er nur für den Fall des Aussterbens seiner Söhne ohne eheliche Leibeserben seine älteste Tochter, die zu derselben Zeit am Leben sein würde, als Erbin bestimmte, sollte Bayern — man kann dies nicht glimpflicher ausdrücken — um den vereinbarten Lohn betrogen werden. Wollte Ferdinand sein Codizill im Sinne des Ehevertrags abfassen, so musste er nicht nur statt: ehelicher Leibeserben setzen: männliche Leibeserben, sondern musste auch den Erben und Nachkommen seiner Tochter Anna ein Erbrecht einräumen. So ward auch nach der Regensburger Annäherung das alte Spiel, die Uebervorteilung Bayerns von Seite der Habsburger, fortgesetzt. In Bayern erfuhr man den richtigen Wortlaut von Ferdinands Testament erst, als der Tod Karls VI. (1740) die bayerischen Erbansprüche auf die österreichischen Länder wachrief. Damals ward man aufs höchste enttäuscht, da die Abschrift des Testamentes, welche man selbst in Händen hatte, statt der Worte: ehelicher Leibeserben „männliche Leibeserben“ aufwies. Die Frage, seit wann man

1) „Wenn aber der männliche Stamm des Hauses Oesterreich abginge und es also zu Töchtern käme, behalten wir uns, allen unseren Erben und Nachkommen hiemit lauter bevor, in Ungarn und Oesterreich alles das zu erben, was wir von Rechts wegen billig erben sollen, so, als ob nie ein Erbverzicht darauf geschehen wäre. Was aber Böhmen betrifft, behalten wir uns ausdrücklich vor, dass, wenn unser Vater und unsere Brüder und deren eheliche, männliche Erben und Nachkommen ohne männliche Leibeserben abgingen und ihrer keiner mehr vorhanden wäre, dass dann uns, unseren Erben und Nachkommen unsere Erbgerichtigkeit und Forderung zum Königreich Böhmen durchaus unversehrt freistehen solle.“

2) Als Ferdinands Wahlspruch genannt in der zweiten Ausgabe (Basileae 1563) von Joh. Manlius, *Loci communes* II, p. 290, während er in der deutschen Ausgabe von 1556 (vgl. Das achte Gebott, fol. xxii<sup>v</sup>) noch fehlt und überhaupt vorher (s. Büchmann, *Geflügelte Worte* <sup>14</sup>, S. 351) nicht nachzuweisen ist.

am bayerischen Hofe durch diese gefälschte Abschrift in Sicherheit eingewiegt war, soll hier nicht untersucht werden. Dass Ferdinand I. das grösste Interesse daran hatte, dass die eben versöhnten Bayern durch die Kenntnis des richtigen Wortlautes seines Codizills nicht sogleich wieder auf die Seite seiner Gegner getrieben würden, liegt auf der Hand.

In dem Wortlaut der gefälschten Testamentsabschrift lag es nun begründet, dass Bayern nach dem Aussterben der männlichen Habsburger 1740 seine Erbansprüche zunächst nicht auf den Ehevertrag vom 19. Juni und den Erbverzicht vom 5. Juli 1546, sondern auf das Testament König Ferdinands begründete. Nachdem man sich dann widerstrebend und zu seiner grossen Ueberraschung von dem richtigen Wortlaut und der nicht zu beanstandenden Echtheit<sup>1)</sup> des in Wien aufbewahrten Testamentes und Codizills überzeugt hatte, wäre es korrekt gewesen und am nächsten gelegen, wenn man sich wenigstens von da an ausschliesslich auf den Ehevertrag und den Erbverzicht berufen und den Standpunkt vertreten hätte, dass Ferdinand nicht befugt gewesen sei, durch die einseitige Verfügung des Codizills zurückzunehmen, was Bayern vorher durch Vertrag eingeräumt worden war. Man hat aber in dieser Phase des Streites zwar nach dem Gutachten des Kanzlers Unertl (vom 15. November 1740) zur Erläuterung und Ergänzung des Testamentes auch die Ehepakten Albrechts und Anna's beigezogen,<sup>2)</sup> aber die weitere Verfechtung der eigenen Erbansprüche nicht mit der Behauptung geführt, dass Ferdinands Codizill die Bestimmungen dieser Urkunden nicht aufheben könne, sondern mit der kühnen Auslegung des Testamentes, dass unter dessen „ehelichen Leibeserben“ nur männliche zu verstehen seien. Es scheint, dass man, durch den Besitz der gefälschten Testamentsabschrift einmal in eine falsche Bahn gedrängt, die Rechtskraft des Testamentes nicht anfechten wollte, weil man hiedurch mit eigenen früheren Erklärungen in Widerspruch geraten wäre.

Von der egoistischen Einmischung Kaiser Maximilians in den Erbfolgestreit der wittelsbachischen Linien (1504) bis zur Regensburger Vermählung (1546) und von hier bis zum Frieden von Füssen (1745) herrscht in den bayerisch-österreichischen Beziehungen ein grosser Zusammenhang, dessen deutliche Erkenntnis dem Geschichtsschreiber vorbehalten bleibt, eine einheitliche Entwicklung, die sich vollzieht in Schlag und Gegenschlag, Ursache und Wirkung. Karl Albrechts wohlbegründete Ansprüche auf die österreichische Monarchie waren nichts anderes als die spät gereifte Frucht der zähen Opposition, die der fort und fort beleidigte und übervorteilte Wilhelm IV. gegen Habsburg unterhielt, und der schlaunen Staatskunst, mit der Leonhard Eck die bayerischen Interessen vertrat. In dem durch Jahrhunderte sich hinziehenden Drama der dynastischen Rivalität zwischen Habsburg und Wittelsbach werden immer aufs neue die Knoten geschürzt und gelöst. Das eigenartige Interesse des Aktes, von dem

1) Die auch Heigel (Die Ansprüche des Kurfürsten Karl Albert von Bayern auf die österreichische Erbfolge, S. 72) nach Einsicht des Originals anerkannt hat.

2) Heigel a. a. O.

hier die Rede ist, liegt darin, dass von der Schürzung bis zur Lösung des Knotens fast zweihundert Jahre verstrichen.

Doch wir kehren von diesem Ausblick auf späte Nachwirkungen zu der Regensburger Capitulation zurück. Schon nach dem ersten Eindruck wird man geneigt sein, in derselben Spuren der zwiespältigen Tendenz und der Opposition gegen Habsburg, welche die bayerische Politik lange beherrscht hatte, zu erkennen. Dass Bayern zum Heere des Kaisers weder Fussvolk noch Reiterei zu stellen versprach, kennzeichnete seine Unterstützung von vornherein als eine laue und zurückhaltende. Andererseits wurde Bayern die Teilnahme am Kriegsrat und hiemit jeder Einfluss auf die Operationen verwehrt. Wahrscheinlich hängt dies zusammen, nur lässt sich nicht entscheiden, wo die Ursache, wo die Wirkung lag. Wollte der Kaiser Bayern nicht als vollberechtigten Bundesgenossen behandeln, weil es nicht mit ganzer Kraft in den Krieg eintrat? Oder wollte man dem Kaiser nicht Truppen zur Verfügung stellen, deren Verwendung man hiemit gänzlich aus der Hand gegeben hätte? Jedenfalls lag in der letzteren Erwägung nicht der einzige, auch nicht der wichtigste Grund für die bayerische Zurückhaltung. Auch die Finanzlage wird nicht entscheidend gewesen sein, wiewohl sie zweifellos in diesem Augenblick eine ungemein schlechte war. Denn man ward hiedurch nicht abgehalten, im Verlauf des Feldzuges nach des Herzogs Angabe die Summe von 166000 fl. für Besatzungstruppen in den festen Plätzen des Landes aufzuwenden. Zutreffendere Erklärungen wird man in der Absicht finden, den Schein der Neutralität sich zu erleichtern, sowie in dem vorsichtigen Streben, sich nicht zu stark für die kaiserliche Sache zu binden. Man wollte den Kaiser unterstützen, doch die Brücken nicht hinter sich abbrechen und die Schmalkaldener möglichst wenig reizen. Auch war Eck wohl von Anfang an entschlossen, seinen Fürsten sowohl gegenüber dem Feinde als den nichts weniger als kaiserlich gesinnten eigenen Unterthanen so lange als möglich die erheuchelte Rolle des Neutralen spielen zu lassen — eine Täuschung, die durch die Anwesenheit bayerischer Truppen im kaiserlichen Heerlager voraus hinfällig geworden wäre. Das Mass der versprochenen Hilfe erklärt sich am besten, wenn man annimmt, dass schon beim Abschluss des Vertrags der Plan dieses Trugspiels feststand. Denn es sind nur solche Unterstützungen des Kaisers in Aussicht genommen, die leichter verborgen gehalten oder, wo sie bekannt wurden, doch als erzwungen hingestellt werden konnten. Um aber tieferen Einblick zu gewinnen, müssen wir hier auch die leitenden Persönlichkeiten und die inneren Verhältnisse ins Auge fassen.

Von Eck, dem „Judas,“ hat der Kaiser einmal behauptet, dass er weder dem Papst noch dem Luther noch irgend jemand glaube.<sup>1)</sup> Das Wort fiel in zorniger Aufwallung und wir müssen seine Richtigkeit dahingestellt sein lassen, wie sehr auch in Betracht kommt, dass Karl V. Eck seit Jahrzehnten, auch aus persönlichem Ver-

1) Aus Anlass von Ecks Opposition gegen das Interim 1548. Bucholtz, Ferdinand I., VI, 240.

kehr kannte und dass er nicht der Mann war, dem so leicht ein gänzlich unbegründetes Urteil entschlüpfte. Dass dem bayerischen Staatsmanne etwa gleich Napoleon das Christentum nicht als das Geheimnis der Incarnation, sondern der sozialen Ordnung erschien, lässt sich weder beweisen noch widerlegen. So viel aber erhellt deutlich, dass Ecks inneres religiöses Leben, wenn man überhaupt von einem solchen reden kann, äusserst schwach war und dass ihn am Luthertum weniger dessen dogmatische Neuerungen als die Lockerung der Autorität und die Abschaffung der Ceremonien, durch welche er die Religiosität im Volke erschüttert glaubte, abstiessen. 1540 meinte er im Gespräch mit Sailer, wenn die Protestanten nur „leidliche und gleiche Ceremonien haben und dem groben Menschen einen äusserlichen Kirchendienst vor Augen stellen würden,“ könnte sich ihnen Bayern eher nähern. Bei der Beurteilung von Ecks Aussprüchen darf man nicht übersehen, dass dieser Meister der Verstellung und diplomatischen Lüge doch zugleich infolge seines ungestümen Temperaments einer der offenherzigsten Menschen war. Er log, wo die Politik es erforderte, und log con amore, aber er konnte ganz aufrichtig sein, wo die Politik es nicht verbot. In seinen Aeusserungen gegenüber dem hessischen Landgrafen und dessen Gesandten findet sich vieles, was den Eindruck aufrichtiger Gefühlsergüsse macht und im Munde des leitenden Staatsmannes der katholischen Vormacht seltsam genug klingt. „Die drei Potentaten, der Kaiser, der Papst und der Franzos, sind alle drei nichts nutz!“ „Die Papisten und alten Pfaffen wollen nicht regiert werden, sondern selbst regieren.“ „Der Pfaffen schamloses, böses Leben ist nicht länger zu dulden.“ Ja im Oktober 1544 sogar: „Es möchte besser sein, dass die Katholiken zu den Lutherischen fielen und sich alle für Lutherisch erklärten; sonst sei zu besorgen, dass, wenn die Lutherischen unterdrückt wären, die Katholiken die nächsten sein würden.“ Und zu Herzog Wilhelm: „Wer Euch, Herr, in die Ohren bläst, dass Eck stillsitzen soll, bis die Lutherischen unterdrückt sein werden, der handelt unrecht.“<sup>1)</sup>

Gewiss, Ecks Charakter und diplomatische Gewohnheiten würden kein Hindernis einer Auffassung bieten, wonach dies alles nur den Zweck gehabt habe, dem Vertreter der Protestanten Sand in die Augen zu streuen. Aber wir stehen einer ganz bestimmten, unzweideutigen Thatsache gegenüber, die uns vor solcher Auslegung warnen wird. Eck hat die Erziehung seines einzigen Sohnes Oswald Aventin anvertraut, dessen unkirchliche Gesinnung ihm unmöglich verborgen geblieben sein kann, von dem sich also Befestigung seines Zöglings im alten Glauben sicher nicht erwarten liess. Dazu stimmt vortrefflich Sailers Beobachtung, dass alle, die an den Pfaffen hingen, Eck nichts Gutes zutrauten und sich versahen, „dass er nicht mehr gut pfäffisch, sondern etwas mit lutherischer Büberei befleckt sei.“ Als einen der Gründe, warum der bayerische Adel seinem Standesgenossen nicht hold war, glaubte Sailer zu erkennen, dass diese Herren „hart an dem Pfaffenvolk hängen.“ Auch dem Herzog

1) Lenz I, 459; III, 326, 344; Stumpf 263 nach einem über die Unterredung aufgenommenen Protokoll.

Ludwig und seinem vertrauten Rate Weissenfelder, schreibt Sailer, durfte Eck in religiösen Dingen nicht vertrauen.<sup>1)</sup> War Ludwig früher von Eck der Lauheit in Bekämpfung des Luthertums geziehen worden, so scheinen kurz vor Ludwigs Ende die Rollen zwischen beiden fast vertauscht gewesen zu sein.

Eck selbst hatte in Glaubenssachen zur äussersten Strenge geraten, so lange man noch an die Möglichkeit glauben konnte, dem kirchlichen Abfall Einhalt zu gebieten. Aber nach den unwiderstehlichen Fortschritten des Protestantismus scheint bei dem klugen Realpolitiker die Ueberzeugung durchgedrungen zu sein, dass das Luthertum auszurotten ein Ding der Unmöglichkeit sei. Manches spricht dafür, dass ein friedliches, gegenseitig abgegrenztes Nebeneinanderbestehen der Confessionen, wie es später der Augsburger Religionsfrieden bestätigte, Eck bereits als das unvermeidliche Ziel der Entwicklung erschien. Gegen Schenk und Burkhard, die Gesandten des hessischen Landgrafen und des Kurfürsten von Sachsen, erklärte er nicht nur, die Communion unter beiderlei Gestalt sei nicht unrecht und der Priesterehe halber sei doch wohl Mass und Ordnung zu finden, sondern er sprach sogar Gedanken aus, die der Entwicklung um Jahrhunderte vorausliefen: jedermann sollte man nach seinem Gewissen glauben lassen, der Religion wegen sollte keiner wider den andern handeln.<sup>2)</sup> Durch derartige Aeusserungen ermuntert, ging Sailer im Dezember 1545 so weit, den Herzog um Erleichterungen in seiner kirchlichen Politik zu ersuchen.<sup>3)</sup> Er bat um Zulassung des Abendmahls unter beiderlei Gestalt, Aufhebung des Cölibats und des Fastengebotes, sogar um freie Predigt der Lehre von der Rechtfertigung. Ihm dünkten diese Forderungen nicht aussichtslos, da ja die ganze Landschaft des päpstlichen Joches müde und verdrossen sei, besonders der Adel sich mit Gewalt ums Evangelium annehme und der Herzog sehe, dass er es nicht aufhalten könne.<sup>4)</sup>

Was aber das letztere betrifft, dürfte unser sanguinischer Beobachter über das Ziel hinausgeschossen sein. Wie tief und festwurzelnd auch Ecks Einfluss auf seinen Herrn war, vor ihm durfte er so vorgeschrittene Ansichten, wie er gegen Sailer äusserte, wohl gar nicht aussprechen. Herzog Wilhelm war bis ans Ende seines Lebens aufrichtig bestrebt seine Unterthanen im alleinseligmachenden Glauben zu erhalten, den Klerus seines Landes auf eine höhere Stufe zu heben, damit er fähig würde ihn hierin zu unterstützen, und daheim wie im Reiche den Protestantismus nach Möglichkeit abzu-

1) Lenz I, 458.

2) 1542. Lenz III, 211.

3) A. a. O. 364, 379.

4) Man könnte versucht sein, damit das von Raynald im Auszuge mitgeteilte päpstliche Schreiben in Verbindung zu bringen, das „cuidam praepotenti Germaniae duci“ auf die Bitte um Gewährung der Priesterehe und des Laienkelches und Milderung der Fasten einen ziemlich schroff ablehnenden Bescheid gibt. Vgl. die Erörterung v. Druffels, Briefe und Akten III, S. 76. So lange aber nicht ein deutlicher Beweis dafür vorliegt, dass schon Wilhelm IV. in diesen Fragen einlenkte, vermag ich trotz eines dagegen sprechenden, von Druffel hervorgehobenen Bedenkens nicht zu glauben, dass unter diesem dux ein anderer als Albrecht V. gemeint sei.

wehren und zurückzudrängen. Dass die letztere Absicht öfters durch die Doppelseitigkeit seiner Politik gehemmt und gekreuzt wurde, war natürlich und braucht in diesem Zusammenhange nicht näher dargelegt zu werden. Soweit aber dieses Hindernis nicht störend dazwischen trat, hat Wilhelm bis zuletzt die katholische Sache ohne Zugeständnis an die Gegner unentwegt verfochten. Das Nachlassen der Strenge im kirchlichen Polizeiregiment, von dem wir sogleich hören werden, wird nicht auf ihn selbst, sondern nur auf eine nach dem natürlichen Gang der Dinge allmählich eintretende Lauheit der Behörden zurückzuführen sein. Aus den Jahren unmittelbar vor dem schmalkaldischen Kriege sei nur an Wilhelms schroffes Vorgehen gegen die Reichsstadt Regensburg<sup>1)</sup> (1542—1546) erinnert, seit sich dieselbe dem Luthertum in die Arme geworfen hatte, ferner an die Berufung der ersten Jesuiten nach Ingolstadt (1542) und an den Eifer, mit dem der Herzog zur Bestärkung seiner Unterthanen in der Rechtgläubigkeit für erprobte Kanzelredner und katholische Polemiker, wie den Tegernseer Mönch Wolfgang Seidel (Sedelius), den Augsburger Domprediger Mathias Kretz, den Augustiner Hoffmeister<sup>2)</sup> in seiner Hauptstadt sorgte.

Beim Herzoge war es nicht seine religiöse Stellung, aber ein Charakterzug und der Zustand seiner Gesundheit, die darauf hinwirken konnten, seine Teilnahme an dem von ihm so oft gepredigten Religionskriege nun, da es zur That kam, zu einer lauen und zurückhaltenden zu gestalten. Neben lebhaftem politischem Ehrgeiz hatte Wilhelm doch immer ein starkes Verlangen gehegt in ungestörter Ruhe des Lebens Freuden zu geniessen, die ihm vor allem in der Jagd erschienen. Mit den Jahren steigerte sich dieser Drang und es war — für den Augenblick — sicher ganz aufrichtig, wenn er 1543 gegenüber Sailer ausrief: „Mich verschreit man als kriegerisch und Friedensfeind! Ich bin ein Waidmann und begehre nichts als die Zeit meines Lebens in Frieden und meinem Lust zu verzehren, das weiss Gott!“<sup>3)</sup> In der letzten Zeit kam dazu, dass Wilhelm früh gealtert war und kränkelte: der venetianische Gesandte, der den Fürsten in Regensburg beobachtete, glaubte die Anzeichen der Wassersucht an ihm zu erkennen: das Gesicht eingefallen, Hände und Unterleib aufgetrieben.<sup>4)</sup> Ja er knüpfte daran die Bemerkung: Prinz Albrecht steht, so viel man sieht, der Erbfolge nahe.<sup>5)</sup> Jedenfalls musste schon dieser physische Grund Wilhelm von persönlicher Teilnahme am Feld-

1) Auch bei dem Abschlusse der Regensburger Capitulation drang Eck auf strenge Massregeln gegen diese Reichsstadt: sie sollte gezwungen werden, dem schmalkaldischen Bunde aufzusagen, die Rädelsführer und Prädikanten sollten gestraft und ein neuer Rat eingesetzt werden. v. Druffel, Zwischem S. 10.

2) Was Kretz betrifft, s. dessen *Missae Elucidatio*, gedruckt 1535. Ueber Hoffmeister vgl. unten. Dass Sedelius (über den meine Abhandlung: Zur Würdigung H. Albrechts V. v. Bayern und seiner inneren Regierung, S. 88 flgd. (24 flgd.) zu vergleichen ist) durch den Herzog zu seiner Münchener Thätigkeit veranlasst wurde, ist zwar nicht nachgewiesen, doch wahrscheinlich.

3) Lenz III, 331.

4) Venetianische Depeschen vom Kaiserhofe I, 513.

5) *È presto per succeder nel dominio del padre.*

zuge zurückhalten. Ein Karl V., der seine eigensten Interessen verfocht, mochte die Schmerzen seiner Gicht monatelang durch die Beschwerden des Feldlagers reizen und steigern — von dem kränklichen Herzoge, dessen Interessen so sehr geteilt waren, liess sich solche Selbstüberwindung und überhaupt grosse Kriegslust nicht erwarten.

Im bayerischen Volke endlich fehlte es in solchem Masse an Sympathieen für die kaiserliche Sache, dass es wohl auch darum Eck und seinem Fürsten nicht möglich oder ratsam erschien, die ganze Kraft des Landes für dieses Ziel anzuspannen. Was Sailer von der Volksstimmung beobachtete, war geeignet seinen Glauben an die bayerische Neutralität zu nähren. Und am Münchener Hofe selbst täuschte man sich über diese Stimmung nicht: im Regensburger Vertrage ward vom Herzoge ebensowie von König Ferdinand die Möglichkeit ins Auge gefasst, dass sie mit aufrührerischen Bewegungen im eigenen Lande zu kämpfen haben würden. Auch in seiner Correspondenz mit dem Kaiser weist Wilhelm wiederholt auf die Gefahr hin, dass seine Unterthanen abfielen. Allerdings neigte man seit dem Bauernkriege in dieser Beziehung eher zu übertriebener Aengstlichkeit, war auch mit dem entschuldigenden Hinweis auf diese Gefahr rasch zur Hand, wenn es galt, ein unbequemes Hilfsgesuch abzuweisen. So hatte man vor dem württembergischen Unternehmen des Landgrafen Philipp die Ablehnung seines Unterstützungsgesuches damit begründet, dass die Teuerung im Lande einen Volksaufstand befürchten lasse.<sup>1)</sup> Doch diesmal war die Besorgnis weder erheuchelt noch unbegründet. Die antikaiserliche und protestantenfreundliche Stimmung im bayerischen Volke verriet sich u. a. darin, dass die kaiserliche Musterung in Abach, also auf bayerischem Boden, schlechten Fortgang nahm und dass viele Knechte das Geld zurückgaben, sobald sie erfuhren, wem der Krieg gelte.<sup>2)</sup> Und wenn sich der Herzog gegenüber den Schmalkaldenern darauf berief, dass von seinen Unterthanen eine grössere Menge für sie als für den Kaiser sich hätte anwerben lassen, so entzieht sich diese Behauptung zwar der Controle, lässt aber immerhin einen starken Zulauf von Bayern unter die schmalkaldischen Fahnen voraussetzen. Am 5. August berichtete Sailer,<sup>3)</sup> mehrere Herren der bayerischen Ritterschaft hätten ihm ihre Herzen darüber ausgeschüttet, wie schwer sie es empfänden, dass sie Feinde ihrer Freunde werden sollten; sie seien im Glauben mit den Schmalkaldenern einig und nicht minder begierig als diese, die Freiheit deutscher Nation zu erhalten. Alles schreie und weine über den falschen Mann (Eck), durch den ihr frommer Fürst ins Verderben geführt werde. Als evangelisch gesinnt bezeichnete Sailer namentlich einen Schwarzenstein, einen Seiboldsdorf, der von Laiming, der lange in Ungnade des Herzogs gewesen, weil er Jahre lang wider dessen Willen seinen eigenen Prediger unterhalten habe. Jörg von Weichs würde auch lieber die Wälschen totschiessen, Hans von Sandizell, der in Rain liege, sei wahrlich

1) Wille a. a. O. 166.

2) So berichtet der Nürnberger G. Mair am 28. Juni; v. Druffel, Zwischem, S. 13. Auch der Musterplatz in Berching erhielt wenig Zulauf. S. Lenz, Kriegführung, S. 420.

3) Lenz III, 442; zum figd. 445, 447 f.

nicht mehr gegen die Schmalkaldener, als er es sein müsse. Am 8. August schreibt Sailer, der ganzen Landschaft sei es sehr leid, dass sie wider die Protestanten sein solle, und drei Tage darauf meldet er, der bayerische Adel habe bei seinem Herrn angehalten, er wolle nicht Feind der Schmalkaldener sein. Sailer vermittelte dem Landgrafen einen vertraulichen Brief, den der vornehmste Herr des bayerischen Adels — vermutlich der Graf von Ortenburg — geschrieben; ebenso wie dieser, meint er, sei der ganze bayerische Adel gesinnt.

Man sieht daraus, dass die reformatorische Bewegung mit unwiderstehlicher Kraft auch in Bayern Raum gewann, ausgehend wahrscheinlich zumeist von den grossen Verkehrsmittelpunkten an der Gränze: Augsburg und Regensburg. Bei seiner Annäherung an die Schmalkaldener war es zwar nie die Absicht des Herzogs gewesen, darum irgendwelche Zugeständnisse in der kirchlichen Frage zu gewähren. Aber nicht ohne Grund hatte der Nuntius Aleander<sup>1)</sup> schon nach dem Saalfelder Bündnisse (1531) geurteilt, bei längerer Dauer dieses Verhältnisses liege die Erwartung nahe, dass auch den bayerischen Unterthanen allmählich grössere Freiheit in Glaubenssachen eingeräumt würde. Wenn auf dem Landtage von 1563 vierzig bis fünfzig Adelsfamilien offen ihre protestantische Gesinnung kundgaben, so erkennen wir nun, dass die Wurzeln dieser Bekehrung schon in die letzten Jahre Wilhelms IV. zurückreichen. Für einen Teil dieser Familien, die Laiming, Seiboldsdorf, Haslang, Schwarzenstein<sup>2)</sup>, lässt sich dies durch Sailers Correspondenzen mit Bestimmtheit nachweisen. Bei vielen Behörden muss damals in Bayern der erste Eifer der Verfolgung und Absperrung etwas erkaltet gewesen sein. Wie wäre es sonst möglich, dass der von Laiming sich Jahre lang einen Prädikanten hielt! Als Sailer im Februar 1546 um Aufklärung des Gerüchtes gebeten hatte, dass der Herzog viele Personen des Glaubens halber habe gefangen setzen lassen, lautete Ecks Antwort, dies sei leeres Gerede. Sailer möge seinem Herrn berichten, dass in Bayern kein Mensch wegen des Evangeliums gefangen gehalten werde. Niemand sässe ausser einem Pfaffen, der seine Köchin erstochen habe, und einem andern, den man „zum Teufel führen lassen“ werde, nicht, weil er evangelisch, sondern weil er aufrührerisch gepredigt habe, nämlich dass er „weder Lutherisch noch Zwinglisch noch Papistisch leiden“ möge.<sup>3)</sup> Am 28. Juni erklärte Eck wiederum die Nachrede, dass er das Evangelium verfolge, für erlogen. Wenn ein Pfaffe wegen blasphemischer Reden und ein Edelmann wegen Schädigung einer Kirche festgenommen worden seien, sei dies keine Verfolgung des Evangeliums. Die Seltenheit von Nachrichten über religiöse Verfolgungen in Wilhelms IV. letzten Jahren<sup>4)</sup> scheint in der

1) Lämmer, Monumenta Vaticana, 104.

2) Ueber deren evangelische Gesinnung 1563 s. das bei Konrad Preger, Pankraz v. Freyberg, S. 53 f. gedruckte Aktenstück. Es ist zu beachten, dass auch diejenigen, die dort als *simulatores* bezeichnet werden, im Herzen evangelisch gesinnt waren.

3) Lenz III, 390; zum flgd. 431.

4) Und in diesen seltenen Fällen die glimpfliche Behandlung. Joh. Wolfauer, Pfarrer zu Dingolfing, wegen lutherischer Gesinnung und Haltung lutherischer Bücher im Schlosse zu Lands-

That Ecks Angaben zu bestätigen. Alles deutet darauf hin, dass das kirchliche Polizeiregiment in Bayern am Vorabend des allgemeinen Concils seine frühere Schärfe verloren hatte.

Sowohl in Ecks Gesinnung als in der Stimmung des Volkes, besonders des Adels, liegen also Gründe, welche nicht unwahrscheinlich machen, dass wenigstens eine gewisse Nachgiebigkeit in religiösen Dingen, wie sie Albrecht V. zehn Jahre später bethätigte, schon Wilhelm IV. abgerungen worden wäre — hätten nicht die österreichische Hochzeit und andere politische Vorteile, welche sich an die Regensburger Capitulation knüpften, Bayern eben damals dem Kaiser in die Arme getrieben. Auch von dieser Seite betrachtet, stellt sich die im Frühling 1546 vollzogene Annäherung an die Habsburger als einer der bedeutsamsten Wendepunkte in der bayerischen Geschichte dar. Die protestantische Bewegung in Bayern selbst ward nochmal zurückgestaut, freilich nur um nach wenigen Jahren in der vom Kurfürsten Moritz angezettelten Fürstenrevolution und in der religiösen Lauheit des jungen Herzogs neuen Nährboden zu finden.

In dem Regensburger Vertrage hatte Eck Bayerns Stellung zum Kaiser in vorsichtigen und wohlbemessenen Artikeln festgesetzt. Sehen wir nun zu, wie man sich gegenüber den Schmalkaldenern verhielt. Sailer's Berichte über seine Unterredungen mit Eck kurz vor und nach der Regensburger Capitulation rufen das Diplomatenwort in Erinnerung, dass die Sprache dem Menschen diene seine Gedanken zu verbergen. In die raffinierte Diplomatenkunst des bayerischen Staatsmannes erhalten wir hier vollen Einblick. Seine wie Herzog Wilhelms Aeusserungen gegen Sailer verfolgen vor allem den Zweck, das begabteste und rührigste Haupt der Schmalkaldener, den Landgrafen Philipp in Sicherheit zu wiegen, später, da dies bezüglich der Absichten des Kaisers nicht mehr möglich war, ihn wenigstens über die Haltung Bayerns zu beruhigen, ihn glauben zu machen, dass der Münchener Hof Neutralität beobachten, dem Kaiser nicht weiter als gezwungen entgegenkommen werde, im Herzen aber auf Seite der Schmalkaldener stehe. Und da es von dem Augenblick an, da die Protestanten die ihnen drohende Gefahr klar erkannt hatten, sogar unschädlich war ihnen Warnungen zugehen zu lassen und nur dazu beitragen konnte die gute Gesinnung des Warners zu beweisen, hat Eck auch dieses Mittel der Täuschung nicht verschmäht.

Drei Ziele hoffte man durch solche Haltung gegenüber dem Landgrafen zu erreichen. Bayern sollte vor einem Angriffe des schmalkaldischen Heeres bewahrt und der kaiserlichen Sache, die ja nun auch die eigene war, sollte gedient werden, indem die Schmalkaldener durch Schonung des bayerischen Gebietes im Angriff aufgehalten würden. Dass man der kaiserlichen Sache den Sieg wünschte, war ja schon darin begründet, dass nur in diesem Falle Bayern einige bedungene Siegespreise, vor allem das ersehnte Neuburg, zufallen konnten. Doch rechnete man sicher auch mit der

---

hut gefangen gesetzt, wurde 19. Jan. 1547 entlassen gegen die Gelöbnisse, im Lande zu bleiben, jeder Gemeinschaft mit den Lutherischen und, so lange er nicht von seinem Bischof von Regensburg rehabilitirt worden, jeder priesterlichen Handlung sich zu enthalten. Cod. germ. Monac. 2195.

Möglichkeit, dass das Waffenglück gegen den Kaiser entschiede. Für diesen Fall hoffet man durch möglichst lange Fortsetzung des vertraulichen Verkehrs mit dem schmal-kaldischen Führer und durch Täuschung über das mit dem Kaiser eingegangene Bündnis die Rache der Sieger von sich abzulenken. Ja vielleicht darf man noch weiter gehen und darf sagen, dass die Bayern durch diese Politik sich den Uebertritt auf die Gegenseite, wenn dieser nach Lage der Dinge Nutzen versprechen sollte, erleichtern wollten. War man auch jetzt Verbündeter des Kaisers, man hatte gegen ihn noch immer so viel auf dem Herzen, dass man diesen Uebertritt ohne Scheu vollzogen haben würde. Aber auch wenn der Kaiser als Sieger hervorgehen würde, konnte man sich nicht rückhaltlos daran erfreuen. In früheren Stadien war Eck die Spannung zwischen dem Kaiser und den Protestanten willkommen gewesen, weil er in dieser gewitterschwülen Luft seinen Weizen blühen sah. Nichts hatte ihn vordem so sehr geschreckt wie das Uebergewicht des Kaisers, das sich ergeben würde, wenn dieser nach einem Ausgleich mit den Protestanten etwa die Türken besiegte. Wiederholt hatte er darum diesem Ausgleich entgegengearbeitet. Jetzt aber stand man vor der Gefahr: Uebergewicht des Kaisers nicht nach einem Ausgleich mit den Protestanten, sondern nach deren Niederwerfung. Während man also der katholischen Sache zwar den Sieg wünschte und denselben herbeizuführen strebte, war man doch auf der Hut, dass nicht der gleichzeitige Sieg der kaiserlichen Sache für die bayerischen Interessen allzu glänzend ausfiele. Der Dichter des Volksliedes<sup>1)</sup> hatte nicht Unrecht, wenn er sang:

Herzog Wilhelm lassen wir bleiben,  
Der hat nur gern gemacht!

Diese Gesinnung erleichterte den Verkehr mit dem hessischen Agenten: neben den auf Täuschung berechneten Aeusserungen fielen zweifellos auch viele, die ganz aufrichtig gemeint waren.<sup>2)</sup> Während andere protestantische Stände wie Kurpfalz und Pfalz-Neuburg, denen die eigene Bedrohung den Blick schärfte, die bayerische Politik richtiger beurteilten, meldeten Sailer Berichte an den hessischen Landgrafen fort und fort nur das Beste über Gesinnung und Absichten des Münchener Hofes. Der Landgraf werde sehen, dass er mehr als Kaiser und König bei Herzog Wilhelm vermöge (18. Febr.). Am 11. März schrieb Eck an Sailer, sein Herr erkenne nun immer deutlicher, wie man es mit der deutschen Nation meine. Der Herzog werde guten Glauben halten und sei gegen den Landgrafen je länger je mehr wohl affektionirt.<sup>3)</sup> Sailer fügte hinzu, dass er es auch nicht anders befinden könne. Zwar machten ihn neue Nachrichten über Rüstungen bedenklich, doch hinsichtlich Bayerns hegte er keinen Argwohn. Damals kam zu Sailer ein Ragusaner, Doktor der Rechte, der im bayerischen Dienste stand und eben mit der Post vom Kaiser zum Herzoge Wilhelm gereist war,

1) Angeblich der bayerische Reiter Hans Schmid in Friedberg. v. Liliencron, IV, S. 357.

2) Zum figd. vgl. Lenz, Briefwechsel Landgraf Philipps mit Bucer, III, 389—424.

3) Eine Aeusserung, die Janssen III, 597 irrig vom 13. Juni, also nach dem Regensburger Vertrage datirt.

„ein wunderbarlicher, erfahrener, geschwinder Mann“, der überraschende Dinge erzählte. Sailer entnahm seinen Enthüllungen, dass alle Schuld auf Granvella falle, dass auch die Spanier der Spaltungen müde seien und jetzt die Notwendigkeit einer Kirchenreformation einsehen. Man kann sich des Verdachtes nicht erwehren, dass auch dieser gewandte Unterhändler von Eck angewiesen war den biedereren Augsburger Stadtarzt einzuschläfern. Der Kaiser hatte Wilhelm und seinem Sohne um diese Zeit seinen Orden des goldenen Schafs (Vliesses) angeboten. Wahrscheinlich brauchte man nicht zu heucheln, wenn man vor dem Agenten des Landgrafen Geringschätzung und Widerstreben gegen diese Auszeichnung kundgab. Dem Herzoge sei es eine seltsame Obligation sich gegen den Kaiser in eine Servitut zu begeben und für die Fürsten deutscher Nation „ganz spöttlich“, mit so vielen vom Adel und darunter so vielen heruntergekommenen Spaniern eine Pflicht auf sich zu nehmen.

Weder der Herzog noch Eck liessen es fehlen an beruhigenden Versicherungen über die Haltung, die Bayern in den bevorstehenden Verwicklungen einnehmen werde. Am 26. März befindet Sailer „in Grund und Wahrheit nicht anders, als dass der Herzog sich vom Landgrafen viel Gutes versehe, ihm ganz und gar vertraue und sich ihm völlig zugethan habe. Im Zusammenhang mit der pfälzischen Kurfrage brachte Eck einen Gedanken in Erinnerung, den er dem Landgrafen schon bei ihrer ersten Annäherung, im August 1531 zu Giessen ausgesprochen hatte: dass zur deutschen Königswahl nicht die Kurfürsten allein, sondern auch die Fürsten beigezogen werden sollten. Eck habe gute Kunde, dass jetzt eine nicht kleine Praktik im Werke sei, nämlich dass der junge spanische Prinz noch zu Lebzeiten seines Vaters zum römischen Könige gemacht werden sollte. Eck riet davon ab, dass die Fürsten den Reichstag besuchten. Durch ihr Ausbleiben könne man den Kaiser aus dem Lande treiben und sein Ansehen herabsetzen. Käme nur der Kaiser fort, dann könnte sich die deutsche Nation wohl vergleichen. Einen Krieg wider die Deutschen anzufangen sei dem Kaiser der Zeit nicht möglich. Wohl habe sich der Papst grosser Dinge zum Kriege entboten, aber der Kaiser habe es seiner Ungelegenheit halber abschlagen müssen. Herzog Wilhelm werde zwar nach Regensburg kommen, aber mit der Entschuldigung, dass er mit dieser Stadt nicht auf bestem Fusse stehe, sie bald wieder verlassen. Dass der Landgraf, wie das Gerücht besagte, zum Kaiser nach Speier reiten wolle, halte Eck nicht für ratsam; er fürchte, dass der Kaiser dort Philipp einen Verdacht (gegen Bayern) aufladen, anderseits aber ihn ausforschen wolle.

Die hessische Vermittelung in der Frage der Kur wurde von Philipp noch immer angeboten und von Wilhelm nicht zurückgewiesen. Doch machte dieser nun vor dem Landgrafen kein Hehl daraus, dass er sein Heil mehr bei einer höheren Instanz suche: im Mai theilte er Philipp mit, dass der Kaiser den bayerischen Räten in Regensburg sich als Vermittler in der pfälzischen Frage angeboten habe, dass er seine Antwort darauf nicht mehr lange verschieben könne und daher binnen Monatsfrist Philipp um Bescheid bitten müsse. Der Landgraf versuchte noch einmal durch das Trugbild der Königskrone Wilhelm von diesem Wege zurückzuführen: Bayern möge doch nicht

„seine hohen Aussichten“ preisgeben. Wilhelms Antwort aber lautete nun, da er von Philipp weder rechtlichen Austrag noch gütliche Unterhandlung erlangen könne, müsse er bedacht sein, sein Recht zu suchen, wie und wo es sich gebühre.<sup>1)</sup>

Ueber seine Verhandlungen mit dem Kaiser in Regensburg berichtete Eck anscheinend ganz offen und ehrlich an Sailer. Er teilte ihm nicht nur mit, dass er mit dem Kaiser wegen der Hochzeit des Prinzen Albrecht verhandle, sondern auch, dass allerlei Praktiken im Werke sein sollen. Dass Bayern diesen Praktiken nicht fern stand, wurde natürlich verschwiegen. Die Warnung, die Eck am 17. Mai im Namen seines Herrn dem Landgrafen zugehen liess, dass allerlei wichtige und grosse Praktiken gegen ihn im Gange seien, war eher geeignet irrezuführen und die Aufmerksamkeit von der Hauptsache abzulenken, da im Zusammenhange damit von Eck vertrauliche Mitteilungen über einen gegen Philipp gerichteten Anschlag etlicher Grafen und vieler Herren gemacht wurden.

Sailer ritt dann selbst nach Regensburg, wo er zwei Tage nach der Entscheidung, am 9. Juni spät eintraf und Tags darauf dem Herzoge Wilhelm die Aufträge seines Herrn berichtete. Der Herzog nahm sich Bedenkzeit für die Antwort. Ueber seine Zusammenkunft mit dem Kaiser berichtete Sailer ein ungenannter Vertrauter, der Kaiser habe Wilhelm „sehr hofiert“, sei zu ihm in die Herberge geritten und habe ihm angeboten zwischen Bayern und Pfalz Unterhandlung zu pflegen. Darauf habe der Herzog erwidert, er habe die Unterhandlung bereits in die Hände des Landgrafen gelegt und werde davon nicht abgehen. Auf die Aufforderung des Kaisers anzugeben, was auf dem Reichstage Fruchtbares vorgenommen werden könnte, habe der Herzog erklärt, der einzige Weg der deutschen Nation aufzuhelfen sei die Handlung Friedens und Rechtes. Dabei habe der Herzog das Wort fallen lassen, er sei nicht gesonnen sich mit irgend jemanden der Religion halber zu entzweien. Der Kaiser sei mit dem Eindruck des Widerwillens von dieser Unterredung weggegangen und habe weiter nichts Geheimes mit dem Herzoge gehandelt. Dass man gerne loschlagen möchte, daran sei schon etwas Wahres,<sup>2)</sup> aber dem Kaiser komme so viel unter die Hände, dass er ganz irrig sei. Der Herzog werde in wenigen Tagen ein Gebot ausgehen lassen, dass sich niemand aus Bayern bestellen lassen dürfe; in diesen gefährlichen Läufen müssten sich alle dem Vaterlande erhalten. Sailer weiss von Versuchen des Kaisers um jeden Preis Geld aufzutreiben und hat jetzt die Ueberzeugung: „sie werden sich heimlich rüsten, bis sie uns ins Goller fallen“.

Am 14. März hatte sich Sailer zu der Meldung berechtigt geglaubt, dass Bayern so wenig wie Tirol einen Durchzug kaiserlicher Truppen leiden werde. Jetzt empfahl er doch dem Landgrafen sich dessen durch eine ihm aufzutragende Anfrage

1) Lenz III, 370.

2) Während Eck im Gespräche mit einem Ungenannten, worüber Sailer ebenfalls zu berichten weiss, sich den Schein gibt nichts vom Kriege zu wissen und des Kaisers kriegerische Absichten zu bezweifeln.

beim Herzoge zu versichern, ein Rat, den Philipp in seinem Schreiben vom 16. Juni befolgte. Würde die Antwort lauten, dass der Herzog den Durchzug nicht wehren könne, dann solle weiter angefragt werden, wessen man sich von seiner Liebden zu versehen habe.

Am 12. Juni wurde Sailer zu Eck gerufen, der ihm auftrug seinem Herrn zu berichten, dass Eck dem Könige Tags vorher sein Begehren eines Musterplatzes in der Gegend von Rain abgeschlagen habe mit der Begründung, dass die dortige Gegend zu arm sei. Ferdinand habe auf Ecks Frage erklärt, dass er die zuwerbenden Truppen wider den Türken brauchen wolle. Eck lasse das gut sein und halte gänzlich dafür, es gelte den Schmalkaldischen. Aber es gehe wie es wolle, der Landgraf möge sich beim Herzoge nichts anderes als aller Freundschaft versehen; der Herzog werde wider ihn „nicht ein einziges Pferd“ schicken — was der Wahrheit entsprach und doch geeignet war irre zu führen. Er denke daran 1000 Husaren zu bestellen, damit er in dieser gefährlichen Zeit nicht ungerüstet dastehe. Der Kaiser, meldet ein weiterer Bericht (13. Juni), sei über die Abweisung des Anliegens wegen eines Musterplatzes, das nunmehr er selbst beim Herzoge wiederholt habe, so aufgebracht gewesen, dass er „Gottsmarter“ geschworen habe. Der Herzog wisse nicht, was diese Truppenansammlungen bezwecken; er selber stehe mit keinem deutschen Fürsten in Unwillen und gedenke auch nicht jemanden des Glaubens wegen zu überziehen. Er sei über die Massen übel zufrieden. Der Landgraf möge den Bayern nur alles anzeigen, was ihm begegne; Eck werde ihm raten, als wäre es seine eigene Sache. Bei seinem Herrn dürfe sich der Landgraf aller Freundschaft versehen. Der kläglich getäuschte Gesandte war so entzückt von den Bayern, dass er den Landgrafen um die Ermächtigung bat dem Herzoge zu danken und Eck zu vermelden, der Landgraf habe grosses Gefallen wegen seiner dem Vaterlande bewiesenen Treue (!). „Herzog Wilhelm und der eine Mann (Eck), das kann ich Eurer fürstlichen Gnaden mit Wahrheit sagen, halten sich über die Massen friedlich und schiedlich“. Ein Bischof habe an der Tafel Herzog Wilhelms zu diesem geäußert, es seien wohl Wege zu finden, dass der Herzog Regensburg und Augsburg (!) bekomme. „Das wolle Gott nicht!“ habe dieser erwidert, „ich habe Land und Leute genug; gebe Gott, dass ich diese wohl regieren könnte!“

Schon vorher waren die fortdauernden und vertraulichen Beziehungen zwischen dem Landgrafen und Bayern auf kaiserlicher Seite kein Geheimnis geblieben und dort übel vermerkt worden. Als ein bayerischer Bote, der von oder nach Hessen ging, eines Tags im Hennebergischen überfallen wurde, hatte man aus dem Munde der Angreifer das Wort gehört: wir wollen sehen, was der Saubayer mit dem Hundhessen zu thun hat!<sup>1)</sup> Auch in Regensburg konnte nun der vertrauliche Verkehr der Bayern mit dem hessischen Agenten nicht unbemerkt und unbeargwohnt bleiben. Herzog Wilhelm fand daher geraten, dass sich Sailer schleunig aus Regensburg entferne, und

1) Sailer bei Lenz III, 406, 407.

eröffnete ihm dies am 14. Juni. Zur Begründung wurde ihm angegeben, dass der Cardinal von Augsburg — derselbe, von dem Sailer berichtete, „er nimmt ihm kein Blatt vors Maul und hat offen gesagt, es gelte uns“ — ihn (Sailer) beim Kaiser anschwärze. Auch in dieser Abschiedsaudienz suchte der Herzog durch vertrauliche Eröffnungen den Schein zu wecken, als stehe er auf Seite des Landgrafen. Er erwähnte, dass er den Kaiser wegen der Musterung zweier Fähnlein zu Abach interpellirt und den Bescheid erhalten habe, es handle sich nur um die Bildung einer Leibwache für den Kaiser in Regensburg. In Sailers Anwesenheit trug Konrad von Bemelberg dem Herzoge ein Urlaubsgesuch vor, da er dem Landgrafen zuziehen und für diesen sein Vermögen einsetzen wolle. Ob Sailer hier falsch verstand, ob man absichtlich vor ihm ein Gaukelspiel aufführte, Bemelberg sich in der Folge anders besann oder der Herzog ihm die Erlaubnis verweigerte, muss dahingestellt bleiben. Sicher ist, dass Bemelberg nicht zu den Schmalkaldenern stiess, sondern während des Krieges als Pfleger von Rain in bayerischem Dienste stand.<sup>1)</sup>

Gleich Hessen wurde Württemberg in Sicherheit eingewiegt. Herzog Ulrich, früher der Todfeind der bayerischen Herzoge, seit Februar 1541 mit ihnen ausgesöhnt, richtete auf Grund des damals vereinbarten Freundschaftsvertrages ein Hilfsgesuch an Bayern. Er erhielt von Wilhelm eine Antwort (30. Juni), die er zwar „weitschweifig und verdunkelt fand“, die aber die Sätze enthielt, Wilhelm werde ihm alle Freundschaft erweisen und habe bis jetzt nicht gründlich ersehen können, welches Sinnes der Kaiser sei. Noch am 21. Juli schrieb der Würtemberger an Wilhelm vertraulich und ahnunglos. Seine Ansicht war, dass die Bayern zusehen werden, wo das Glück hinschlage.<sup>2)</sup>

Es ist bekannt, dass der schmalkaldische Krieg erst in seinem zweiten Akte, der auf sächsischem Boden spielte, die definitive Entscheidung gebracht hat. Der erste Akt, durch Schertlins Vorstoss gegen die Alpen eingeleitet und durch den Donaufeldzug ausgefüllt,<sup>3)</sup> verlief, wie es der Kaiser nicht anders wünschte, ohne Schlacht, ja ohne jedes grössere Treffen. Gleichwohl fehlt es schon diesem ersten Akte nicht an hoher Bedeutung: sie beruht darin, dass der Kaiser grossen Gefahren glücklich entging, weil die Schmalkaldener die in den ersten Wochen in ihren Händen liegenden Vorteile nicht ausnützten, und dass in deren Lager nach der Erfolglosigkeit eines ausserordentlichen Kraftaufwandes, von dem man sich viel versprochen hatte, Erschlaffung eintrat.

1) S. u. a. v. Druffel, Briefe und Akten I, Nr. 27.

2) Heyd, Herzog Ulrich III, 341; v. Druffel a. a. O. Nr. 30, Anm. 1.

3) Von der reichen Literatur erwähne ich zu den bereits genannten Werken nur noch einiges, was auch für die bayerischen Beziehungen Stoff bietet:

Herberger, Seb. Schertlin v. Burtenbach und seine an die Stadt Augsburg geschriebenen Briefe; Schönhuth, Sebastian Schertlin; Heilmann, Kriegsgeschichte Bayerns I; Lenz, Die Kriegführung der Schmalkaldener gegen Karl V. an der Donau, Hist. Zeitschr. XLIX, 385 f.; v. Druffel, Beitrag z. militärischen Würdigung des Schmalkaldischen Krieges (Münchner Ak. Sitz.-Ber. 1882); Le Mang, Die Darstellung des Schmalkaldischen Krieges in den Denkwürdigkeiten Kaiser Karls V., Teil I (Leipziger Dissertation, Jena 1890).

In dieser Hinsicht sollte sich nun die bayerische Politik für den Kaiser sehr nützlich erweisen. Karl hatte vergebens versucht, seine Hauptgegner, den Kurfürsten von Sachsen und den Landgrafen Philipp, zu isoliren. Das Urtheil der Acht, das er am 20. Juli<sup>1)</sup> über diese beiden Fürsten und ihre Anhänger als Reichsrebelln verhängte, war seine Kriegserklärung. Seine ernstesten Absichten aber hatte er unvorsichtig den Gegnern enthüllt, noch ehe er hinlänglich gerüstet war: man hat seine Truppenmacht vor dem Eintreffen der Italiener nur auf 10 000 Fussknechte und gegen 2 000 Reiter, die der Schmalkaldener dagegen auf 50 000 Mann, darunter an 6 000 Reiter, berechnet.<sup>2)</sup> Es ist der Unmut über diesen Fehler, den sich der Kaiser nicht eingestehen will, der aus der Klage seiner Denkwürdigkeiten über das Zögern der Bayern mitspricht. Die Schmalkaldener waren ihm mit der Vereinigung eines stattlichen Heeres zuvorgekommen und wären nun mehr als einmal in der Lage gewesen gefährliche Schläge gegen ihn zu führen. Dass sie es unterliessen, war eine Folge ihrer Unentschlossenheit und nicht zum mindesten der Haltung Bayerns. Augenscheinlich befürchteten sie, dass ein entschiedenes Vorgehen gegen Bayern diese Macht erst in die Arme des Kaisers treiben würde. Dass das Bündnis bereits bestand, haben sie wochenlang nicht einmal geahnt, auch später nie mit voller Sicherheit erfahren.

Die oberländischen Bundesstädte der Schmalkaldener waren die ersten, die unter dem tüchtigen Kriegshauptmanne Schertlin von Burtenbach mit einem Heere im Felde erscheinen konnten. Am 9. Juli überfiel Schertlin Füssen, wo Hildebrand Madruzzo, der Bruder des Cardinallegaten, den Hauptwerbeplatz der Kaiserlichen errichtet hatte. Nur von einigen Kanonenschüssen bedroht, zogen sich die Kaiserlichen auf das ganz nahe bayerische Gebiet zurück. Gleich hier hemmte die Rücksicht der Schmalkaldener auf die vermeinte bayerische Neutralität ihre Erfolge: als Schertlin die Flihenden verfolgen wollte, traf ihn aus Augsburg, wohin Herzog Wilhelm geschrieben hatte, eine Verletzung seiner Grenzen würde ihn aus einem Freunde zum Feinde machen, und wo man Schertlin schon vorher die Weisung mitgegeben hatte, des bayerischen Volks möglichst zu schonen, der bestimmte Befehl, bayerisches Gebiet nicht zu betreten. Durch die Vorstellungen, die Schertlin dagegen erhob, liess sich weder die versäumte Gelegenheit zurückbringen noch der Kriegsrat umstimmen. Vielmehr ward auf protestantischer Seite sogleich ein noch grösserer Fehler begangen. In der Mitternacht, die der Besetzung Füssens folgte, hatte sich der Ulmer Hauptmann Schankwitz durch überraschend glücklichen Ueberfall der festen Ehrenberger Klause bemächtigt. Nun war die Möglichkeit gegeben, nach Schertlins kühnem und trefflichem Plan weitere Tiroler Pässe zu gewinnen, den Kaiser von seinen italienischen Verbindungen abzu-

1) Die Achterklärung ist von diesem Tage datirt, vielleicht jedoch erst später publizirt worden. S. v. Druffel, Zwichem, S. 44, 50.

2) Lenz, (Kriegführung der Schmalkaldener S. 449) welcher urtheilt (S. 423), die Kriegsgeschichte möge wenige Beispiele bieten, wo alle Bedingungen des Erfolgs so sehr auf einer Seite gehäuft waren wie in diesen Wochen bei den Schmalkaldenern.

schneiden, vielleicht das Conzil in Trient zu sprengen und ganz Tirol zu erobern. Schon hatte Schertlin einen Aufruf an die Tiroler abgefasst, Schankwitz, der am Abend des 11. Juli auf der Strasse nach Nassereut aufgebrochen war, stand bereits in Lermoos. Da ereilte auch diesen der Befehl zum Rückzug: der Kriegsrat, durch den Wahn getäuscht, dass auch König Ferdinand neutral bleiben werde, wollte es mit diesem so wenig verderben wie mit den Bayern. Madruzzo hatte sich nach Landsberg gewendet. Als ihn aber Schertlin, diesmal ohne Rücksicht auf die bayerische Grenze, dort am 16. angreifen wollte, war er bereits gegen Bruck abgezogen. So hatten die Schmalkaldener kostbare Wochen mit einem Unternehmen vergeudet, das Schertlin und seinen Truppen wohl reiche Beute, dem Ganzen aber keinen Gewinn brachte. Die wüsten Ausschweifungen und Gewaltthaten aber, die sie auf diesem Zuge längs des Lechs besonders gegen die Klöster<sup>1)</sup> verübten, — man hat dem oberländischen Volk zu viel mit dem Mausen zugesehen, urteilte auch Sailer — sollten bald in den Schandthaten der Spanier in Bayern ihr würdiges Gegenstück finden.

Schertlin besass von den Herzogen von Bayern Lehensgüter in Burtenbach. Gleich den anderen Lehensleuten wurde er daher bei seiner Lehenspflicht aufgefordert sich mit Pferden und gerüstet in Ingolstadt zu stellen. Auf dies schrieb er am 18. Juli an Herzog Wilhelm,<sup>2)</sup> da er jetzt in Geschäften, die des Vaterlandes Wohlfahrt betreffen, mit Dienstpflicht zum höchsten beladen sei, könne er in eigener Person nicht kommen. Er meine auch nicht, dass der Herzog irgend einen abgesagten Feind habe; vielleicht werde derselbe vom Papste und fremdem Kriegsvolk am meisten zu befahren haben. Diesen Feinden zu begegnen, besagtes Kriegsvolk von ihrem lieben Vaterlande fern zu halten und das Vaterland zu schützen und zu schirmen, sei er jetzt von den verbündeten Reichsständen erfordert, er bitte daher ihn gnädig zu entschuldigen. Sowie aber der Herzog „entsagte“ Feinde und Feindschaft habe und er erfordert werde, werde er sich mit der That so erzeigen, dass der Herzog damit zufrieden sein solle.

Am 7. August, am selben Tage, da die Schmalkaldener ein Ultimatum an den Herzog richteten, kündigte ihm Schertlin seine bayerische Lehenspflicht auf<sup>3)</sup> und am 9. August beurkundete er in Donauwörth in aller Form, dass er sich den Bart auf der rechten Seite habe scheren lassen und in diesem Zustande bleiben wolle, so lange der gegenwärtige Aufruhr des Papstes wider Gottes Wort und sein liebes Vaterland währe. Ebenso hätten seine lieben Hauptleute gethan zu einem Zeichen, dass das Wort Gottes beständig bleiben solle.<sup>4)</sup> Dass auch alle Schertlin'schen Knechte dem Beispiel ihres Führers folgten, wird in dieser Urkunde nicht erwähnt, ist aber durch anderweitige Zeugnisse genugsam beglaubigt.

1) Berichte über ihre Ausschreitungen in Kloster Irrsee u. anderen Orten s. in den Schmalk. Bundssachen XI, f. 84 flgd. Geh. Staatsarchiv.

2) Schmalkaldische Bundssachen T. XI, f. 61.

3) Herberger, Schertlin, S. 125.

4) Schmalkaldische Bundssachen T. XI, f. 73. Der Einfall knüpfte offenbar an den Namen „Schärtlin“ (kleine Scharte, Lücke) an. Als „Schartenbart“ wurde der Oberst dann in einem

Das im Regensburger Vertrag vereinbarte Mandat an den Herzog, wonach dieser mit gesammter Macht sich im kaiserlichen Heerlager einstellen sollte, wurde vom Kaiser am 30. Juli erlassen. Als Termin des Einrückens war der 16. August genannt.<sup>1)</sup> Der Landtag, dem dieser kaiserliche Befehl zur Rechtfertigung der Rüstungen vorgehalten werden sollte, wurde auf den 5. August nach Ingolstadt einberufen, dann aber wegen der Nähe des Feindes abbestellt.<sup>2)</sup> Man kann die Bemerkung nicht unterdrücken, dass die Regierung dies Hindernis wohl vorausgesehen und die Vereitlung gewünscht hatte. Wenn sie das Zustandekommen des Landtags ernstlich wollte, durfte sie ihn nicht in jene Stadt einberufen, deren baldige Bedrohung sich am sichersten erwarten liess.

Zum Schutze der Landesgrenzen (wozu sie allein verpflichtet waren) wurden die Landsassen, Beamten und Lehensleute, der fünfte Mann des bäuerlichen und ein Viertel des städtischen Aufgebots (6. August) einberufen.<sup>3)</sup> Der bäuerlichen und städtischen Landwehr wurde zunächst die Hauptstadt ihres Rentamtes, sodann teils Ingolstadt teils die westlichen Grenzstädte, Rain, Friedberg, Landsberg, Schongau als Sammelplätze angewiesen.<sup>4)</sup> Die Landsassenreiterei sammelte sich, etwa 700 Pferde stark, in Ingolstadt. Wenn Sailer recht berichtet, lag der Kern des bayerischen Adels schon am 5. August in Ingolstadt, wohin man ihn „unter dem Schein eines Landtags“ und der Grenzbesetzung gebracht habe.<sup>5)</sup> Befehligt wurden die Reisigen von dem aus Franken nach Bayern übergesiedelten Jobst von Berlichingen,<sup>6)</sup> der vor sechs Jahren Hauptmann des bayerischen Kriegsvolkes gegen die Türken gewesen war.

Die Organisation der Landwehr hatte unter Wilhelm IV. Fortschritte gemacht, wenn auch das umfassende Reorganisationsmandat von 1512 in manchen Punkten auf dem Papier geblieben zu sein scheint. Bei einzelnen Behörden herrschten noch Zweifel über Grundfragen wie die, ob allein die haussässige Bauernschaft oder auch die ledigen

---

Landsknechtslieder verhöhnt, (v. Liliencron IV, S. 376, 377; Nr. 27, 42) das übrigens nur der halben Bartschur der Schärtlin'schen Knechte erwähnt: „Hauptman Schertlin war auch daran, vil leut hat er gehetzt an, seinr knecht aim ieden halben bart beschoren hat auf narren art.“ Auch von den in Neuburg liegenden Schärtlin'schen Truppen (s. v. Druffel, Zwichem, S. 109) wird erwähnt, dass die ganze Mannschaft den Bart halb geschoren trug.

1) Or. im geh. Staatsarchiv. Zwichem S. 29 u. v. Druffels Anmerkg.

2) Briefe u. Akten III, 26.

3) Musterungen (Reichsarchiv), Bd. 35, u. a. f. 83, 100, 129. Aus zehn Gerichten des Rentamtes Landshut wurden 1531 Mann ausgewählt. Musterungen Bd. 36. München sandte am 8. Juli nach Landsberg u. Friedberg 100 Knechte, mit Hacken, Handrohren u. Helbarten ausgerüstet, unter den geübten Kriegsleuten Hans Trienner, Geschlachtgewandner und Hans Stöckl, Leinweber, als Führern. Schmalk. Bundssachen XI, f. 57, 60. Der Herzog liess Geld für sie anweisen. A. a. O. f. 58. Ueber die Stärke des gesammten Aufgebotes an bäuerlicher und städtischer Landwehr habe ich keine Angaben getroffen; höher als auf 5—6000 Mann wird man es nicht schätzen dürfen.

4) Musterungen Bd. 35, f. 156.

5) Lenz III, 442.

6) Auch Berlichingen geschrieben. Vgl. über ihn Hundts Stammbuch, III. Teil (v. Freyberg, Sammlung III, 245).

Gesellen, Bauernsöhne und Knechte zu mustern und wer verpflichtet sei die aufgebote Mannschaft zu unterhalten.<sup>1)</sup> Im Bauernkriege waren der Landwehr zwar keine grossen Actionen zugemutet worden, aber als Defensivtruppe hatte sie sich immerhin bewährt. An Klagen, Beschwerden, Entschuldigungen fehlte es bei keinem Aufgebot.<sup>2)</sup> Diesmal kamen jedoch Dinge vor, die auf die Stimmung nicht nur des Volkes, sondern auch mancher Beamten ein eigentümliches Licht werfen und Dr. Sailers Stimmungsberichte als sehr glaubwürdig erscheinen lassen. Der Pfleger zu Wasserburg, Graf Wolf zu Oettingen, berichtete (16. August): da jetzt allenthalben das Geschrei gehe, dass eine Belagerung Ingolstadts bevorstehe, habe er die armen Unterthanen nicht dorthin schicken, sondern noch zuwarten wollen. Er bat um weitere Verhaltungsmassregeln und erhielt in der That den Bescheid seine Mannschaft zu entlassen; nur habe sie sich auf neue Aufforderung sogleich wieder zu stellen. Auch die Burghäuser Mannschaft und zwar, wie es scheint, des ganzen Rentamtes, die in der Stadt Burghausen ihren ersten Sammelplatz hatte, wurde alsbald nach der Musterung wieder entlassen.<sup>3)</sup> Der Reichenhaller Bürgerschaft wurde der Zuzug erlassen, nachdem Bürgermeister und Räte erklärten, dass es ohne grossen Nachteil der herzoglichen „Salzärtzt“ nicht geschehen könne. Der Bürgerschaft von Landshut, weil diese gegenüber dem durchziehenden Kriegsvolk beständiger Wachen bedürfe und die Stadt nicht entblösst werden könne, auch weil so viele beschäftigt seien dem Kriegsvolk Proviand zuzuführen. Der Abt von Steingaden bat wegen der bedrohten Lage seiner Gegend, dass seine Unterthanen daheim bleiben dürften.<sup>4)</sup>

Als sich dann der Dienst der Landwehr in die Länge zog, liefen von vielen

1) Musterungen Bd. 35, f. 243. Auch der Pfleger von Landsberg berichtet am 8. August über sein Aufgebot des fünften Mannes: „Der Mangel ist nur, dass man nicht weiss, wie diese Mannschaft unterhalten werden soll.“ Schmalk. Bundssachen XI, f. 107. Besoldet wurde die Landwehr vom Herzog. S. zahlreiche Zahlungsanweisungen für Landwehr wie Söldner a. a. O. XV, 317 fgd. Die Instruktion von 1512 (Krenner XVIII, 428 fgd.) bestimmte für den gemeinen Fussknecht der Landwehr im Feld einen Monatssold von 2 Pfund Pfennigen.

2) Für dieses Aufgebot s. bes. Musterungen a. a. O. f. 73 fgd. Als Curiosum sei angeführt, dass aus Erding ein eingezogener Leinweber Hans Hacker eine Bittschrift wegen seiner Entlassung an den Herzog sandte, worin er angab, er sei ein schwacher, ungesunder Mensch, ein armer Handwerker, der nichts habe als ein krankes Weib. In Erding gebe es viele andere kinderlose Bürger, die eher eingezogen zu werden verdienten. Kämmerer u. Räte v. E. berichteten dagegen, der Mann sei nicht krank, seine Gesichtsfarbe, auf die er sich berufe, sei seine natürliche Farbe, er habe nie eine andere. „Hätten wir ihn mit Krankheit verspürt, hätten wir ihn nicht gemustert.“ Auch sein Weib sei nicht krank, könne ihm täglich früh und spät wohl in die Wirtschaften nachgehen. Der Herzog aber beschied: er habe wegen der Auswahl dieses Supplikanten ein Missfallen und müsse annehmen, dass sie aus Ungunst erfolgt sei, da Jedermann dem Supplikanten ansehen, spüren und merken könne, dass er krank sei. Es soll daher ein anderer ausgewählt werden. A. a. O. 215 f. Ueberhaupt geht durch die Regierungsbescheide im allgemeinen ein Zug der Milde und Nachsicht.

3) A. a. O. f. 79, 241.

4) A. a. O. f. 103, 104, 160, 204.

Stadt- und Marktbehörden wehmütige Klagen ein über die grosse Last, die ihnen hiemit aufgebürdet sei. So klagten die Erdinger im November, dass sie nun an die drei Monate lang 18 Mitbürger mit Rüstgeld und Monatssold unterhalten müssten. Die Deggendorfer, die für dreimonatliche Besoldung ihrer Mannschaft, ebenfalls 18 Köpfe, 91 fl. ausgegeben hatten, erinnerten daran, dass sie erst auf Simon und Judä 1545 650 fl. Steuer nach Straubing geschickt hätten und dass am 30. Oktober 1546 schon wieder eine allgemeine Landsteuer von 8 Pf. vom Pfund gefordert worden sei. Tölz klagte (31. Okt.), dass der Unterhalt seiner 14 ausgemusterten Bürger, die damals zu Rain lagen, dem Markte schon in die 200 fl. gekostet habe. Erst am 7. Dezember aber wurde die Entlassung der Tölzer Knechte bewilligt. Landau a. d. I. machte geltend, dass die Gemeinde zur Rettung der unteren Stadt vor dem verderblichen Isarbruch besonders im laufenden, aber auch in früheren Jahren so viel aufgewendet habe, dass sie ganz „ersaigert“ sei. Am 3. November beschied der Herzog, er würde ihre Knechte gern heimkehren lassen; da er sich aber täglich des Abzugs des Kaisers wie seiner Gegner versehe, müssten sie sich noch ein wenig gedulden.<sup>1)</sup>

Dass neben der Landwehr zur Verstärkung der Besatzungen Ingolstadts und der westlichen Grenzstädte doch auch Soldtruppen aufgeboden wurden, kann nach Versicherungen des Herzogs selbst nicht bezweifelt werden. Ein Ausschreiben vom 29. Oktober 1546 an die Städte und Märkte besagte, dass binnen drei Tagen 30000 fl. zur Bezahlung des Kriegsvolkes aufzubringen seien, und im Februar 1547 erklärte der Herzog dem Cardinal Otto, er habe für die Verstärkung seiner Besatzungen 166753 fl. baar aufwenden müssen.<sup>2)</sup> Diese Angaben können wenigstens nicht ausschliesslich auf die Landwehr bezogen werden, für die der Ausdruck „Kriegsvolk“ ein ungewöhnlicher wäre, noch lässt sich darin etwa eine beabsichtigte Täuschung finden. Eine solche wäre weder gegenüber den eigenen Unterthanen noch gegenüber dem Kaiser, in dessen Namen Cardinal Otto den Bescheid empfing, möglich gewesen, überdies erbot sich der Herzog dem Kaiser die Rechnungen vorzulegen. Auch lässt sich die Aufstellung von Landsknechten aus den Akten direkt erweisen. In Landsberg z. B. standen Anfangs September „ausser Landvolk in genügender Anzahl“ 750 „gute Knechte“ und 50 Hackenschützen von München, die in zwei Fähnlein gemustert wurden.<sup>3)</sup>

Sailer hatte sich von Regensburg nach Augsburg zurück begeben, von wo er fortfuhr den Landgrafen Philipp mit Nachrichten zu versehen. Eck setzte nicht nur den brieflichen Verkehr mit ihm fort, sondern hatte auch im Juli ein oder zweimal eine geheime Zusammenkunft mit ihm. Am 28. Juni schrieb Eck über den bevor-

1) A. a. O. f. 129, 218, 225, 229.

2) Später nannte er die Summe von 165000 fl. S. v. Freyberg, *Gesch. d. Landstände* II, 281; v. Druffel, *Briefe und Akten*, III, S. 43 und Nr. 99.

3) Berichte des Landsberger Pflegers v. 4. Sept.; *Schmalk. Bundsachen* XV, f. 164, 169. Der Harnischmeister Hans Friesheimer berichtet, dass er in der letzten Nacht auf Befehl der fürstlichen Räte mit 500 Hackenschützen zu Pferd zur Besichtigung der Brücken und Furten an Isar und Amper ausgeritten sei (a. a. O. X, f. 232), wobei auch eher an Soldtruppen zu denken ist.

stehenden Durchzug fremden Kriegsvolks durch Bayern an Sailer, Bayern werde sich nach Kräften dagegen wehren; sei er gleichwohl nicht zu verhüten, so mögen die Schmalkaldener nur glauben, dass ihnen Gewalt angethan worden sei. Vom 2. Juli ist ein Schreiben der Schmalkaldener an Herzog Wilhelm<sup>1)</sup> datirt, worin betont wird, es sei Brauch im Reiche, dass kein fremdes Kriegsvolk hereingeführt werde. Im verflossenen Jahre habe sich auch der Herzog beim Durchzug des spanischen Volks ganz ernstlich und fürstlich gehalten. Nachdem sie jetzt sicher erfahren, dass ein grosser Haufen wälschen Kriegsvolkes geworben sei, das stündlich, vielleicht durch Bayern, heranziehen könne, bitten sie um Auskunft, wie sich der Herzog gegen solche verderbliche Leute verhalten werde, und erbieten sich zu Rat und Hilfe. Als dann Sailer auch mündlich in Philipps Auftrag darauf drang, dass Bayern den spanischen und italienischen Truppen des Kaisers den Einmarsch verwehre, sprach Wilhelm wieder von seinen darauf gerichteten Bemühungen und versicherte seine Betrübniß über das unaufhaltsame Verderben der deutschen Nation. Seine eigenen Rüstungen entschuldigte er mit der Notwendigkeit sein Land zu schützen. Ein Schreiben, das der Kurfürst von Sachsen und der Landgraf von Hessen aus Ichershausen am 8. Juli mit eigenhändigen Unterschriften an Wilhelm richteten,<sup>2)</sup> zeigt dieselben in Sicherheit eingewiegt. Aus glaubwürdigen Zuschriften ihrer Räte zu Regensburg „auf Anzeigen des Dr. Eck“ (!) hätten sie erfahren, „dass sich der Herzog in nichts wider sie und ihre Verbündeten habe bewegen lassen“. Dr. Sailer habe ihnen dies bestätigt. Sie danken dafür, bitten aber, dass der Herzog den theils durch das Gebirge theils von Ungarn heranziehenden Spaniern und Italienern den Durchzug nicht gestatte. Der Herzog möge sich nicht auf gute Worte und Versicherungen des Kaisers verlassen. Solche hätten auch sie erhalten und seien getäuscht worden. Sie vertrauen, dass sich der Herzog freundlich gegen sie verhalten werde.

Nach Mocenigo<sup>3)</sup> wusste der Kaiser nicht nur, dass ununterbrochen Briefe zwischen den Bayern und dem Landgrafen hin und her gingen, sondern war damit auch wohl zufrieden, weil er hiedurch die Bewegungen der Feinde erfuhr und sie eine Zeit lang in der Schwebe (*sospesi*) hielt. Der fortdauernde Verkehr mit den Schmalkaldenern war für die Bayern das beste, wenn nicht unerlässliche Mittel sie zu täuschen und diene thatsächlich diesem Zweck, doch nicht ohne Hintergedanken. Und so schloss auch für den Kaiser die Billigung dieses Verkehrs nicht aus, dass er denselben in seinem tiefwurzelnden und berechtigten Misstrauen gegen Eck mit argwöhnischem Auge überwachte und verfolgte. So erklärt es sich wohl, dass Eck seine Zusammenkünfte mit Sailer in tiefstes Geheimnis zu hüllen suchte. Zum 7. Juli verzeichnet

1) Geh. Staatsarchiv, Schmalkaldische Kriegssachen T. XV (Kasten schwarz 500/4), f. 1, ohne Unterschriften.

2) Staatsarchiv a. a. O., f. 8.

3) Fontes XXX, 87.

Zwischen<sup>1)</sup> das Gerücht, dass Correspondenzen zwischen Eck, Schärtlin und Sailer aufgefangen worden seien, und schon eine Woche vorher war Sailer von einer Seite, die ihm glaubwürdig erschien, zugetragen worden, der Kaiser sei über die Verhandlungen zwischen Herzog Wilhelm und dem Landgrafen unterrichtet und fasse dieselben als Majestätsverbrechen auf. Wahrscheinlich war dieser Zorn des Kaisers erdichtet und sollte Sailer durch die Nachricht nur irreführt werden. War sie etwa doch begründet, so konnte sie sich nur auf frühere Verhandlungen beziehen: in den bayerisch-hessischen Beziehungen während des Sommers 1546 lag nichts, was man zum Majestätsverbrechen stempeln konnte. Am 28. Juli aber berichtete Bonacorso aus dem kaiserlichen Hauptquartier, Sachsen und Hessen liessen alle aus München an sie gerichteten Mitteilungen auf allerlei Wegen an den Kaiser gelangen.<sup>2)</sup> Wer möchte entscheiden, ob die Schmalkaldener in der That durch dieses Mittel Feindschaft zwischen Bayern und dem Kaiser zu säen versuchten oder ob der gut kaiserlich gesinnte Bonacorso durch eine erfundene oder zu leichtgläubig hingenommene Nachricht nur seinen Hof gegen die Schmalkaldener aufreizen wollte?

Ecks vornehmstes Trachten in seinem Verkehr mit Sailer ging dahin, die Ueberzeugung zu wecken, dass sein Herr über die Entwicklung der Dinge tief betrübt sei und den kaiserlichen Truppen nur deshalb den Durchzug gestatte, weil er gegenüber der Uebermacht nicht anders könne. In dieser Richtung hatte er bei Sailer und durch dessen Vermittelung auch bei dem Landgrafen vollständigen Erfolg. So geht es, schrieb Sailer am 17. Juli halb schadenfroh halb mitleidig, wenn man auf beiden Seiten Wasser tragen will. Dass die bayerischen Staatsleiter dem Zusammenstosse der mächtigen Gegner mit Angst entgegensahen, war wohlbegründet. Fast mit Sicherheit liess sich voraussehen, dass die bayerischen Unterthanen unter dem Kriege schwer leiden würden. Aber auch die Gefahr lag nahe genug, dass die Schmalkaldener nun die Gelegenheit benützen würden sich an Herzog Wilhelm wegen seiner früher gehegten Kriegspläne und überhaupt wegen seiner feindlichen Stellung gegen die Reformation zu rächen. Hatte doch Landgraf Philipp am 19. Juni Sailer aufgetragen, dem Herzoge Wilhelm und Eck „fleissig zu danken“, aber auch zu vermelden: würden sie lange zusehen und gedulden, bis die Schmalkaldener unterlägen, so hätten sie zu ermessen, wie es danach ihnen ergehen würde und ob nicht Leute seien, die da gedenken möchten, was Bayern vor Zeiten wider etliche gehandelt.<sup>3)</sup> Aus diesem Gefühle der eigenen Bedrohung heraus erklärt es sich, wenn Eck, so lange der Zusammenstoss noch irgend zu vermeiden schien, die Schmalkaldener durch stark übertreibende Schilderung der kaiserlichen Rüstung abzuschrecken und zum Einlenken zu bestimmen suchte. Sein Herzog, schrieb er am 18. Juli an Sailer,<sup>4)</sup> würde gern eine Vermittlung versuchen,

1) Tagebuch, S. 25; vgl. v. Druffels Anmerkung S. 36. Zum flgd. Lenz III, 431 flgd.

2) Stumpf S. 278.

3) Schmalkaldische Kriegssachen T. XIII, f. 86 v.

4) A. a. O. f. 87 v.

doch sei er noch von keiner Partei darum angegangen worden. Dass die Verbündeten mit Ehrenberg den römischen König angriffen, sei ein Fehler gewesen. Sein Rat sei *oleum camino non addere*. Denn der Kaiser habe in und bei Regensburg, ausser seinen Italienern und Spaniern, an 40 starke Fähnlein deutscher Knechte, der Markgraf und der Deutschmeister starke Reiterei, der Kaiser für seine Person mehr als 3000 niederländische und friesische Reiter, überdies solle der von Büren mit grosser Macht bereit sein. Die Schmalkaldener müssten also „der Janis“ (Janus) sein und hinten und vorn Aufsehen haben. Es zieme sich nicht den Kaiser zu bekriegen, den Herrn, dem man geschworen habe. Noch einige Tage später, da Eck eine Zusammenkunft mit Sailer verabredete, meinte er: „es sieht noch einem Frieden gleich, so ihr eueres Teils züchtig und die Sachen bei einem gleichen bleiben liasset. Sunst sich ich kein Remedium, dann dass wir alle zugleich verderben müssen.“ Sailer's Antwort aber besagte, die Schmalkaldener würden sich jetzt vom Kaiser nicht nochmal durch Verträge und Versprechungen abspeisen lassen.<sup>1)</sup>

Der hessische Agent riet seinem Herrn wiederholt zu einer Gesandtschaft an die bayerische Landschaft, um der schmalkaldisch gesinnten Partei derselben einen Rückhalt zu sichern. Anfangs August hatte er mit acht Herren der bayerischen Ritterschaft eine geheime Zusammenkunft, wo ihm diese ihre Herzen über Eck und dessen verderbliche kaiserfreundliche Politik ausschütteten. Nach Sailer's Bericht wollten diese Herren am 5. August zu ihrem Fürsten schicken und ihn bitten, dass er sich selbst, sein Land und seine Leute nicht durch das fremde tyrannische Volk zugrunde richten lasse. Am 8. August berichtete er, die bayerischen Edelleute seien bei einander gewesen; der ganzen bayerischen Ritterschaft sei es ein grösses Leid, dass sie wider die Schmalkaldener sein solle. Am 11. August meldete er, der bayerische Adel halte „trefflich“ bei seinem Herrn an und gebe ihm zu verstehen, dass sie die Schmalkaldener nicht gern zum Feinde haben möchten.<sup>2)</sup> Sicher war die Missstimmung in den Kreisen des bayerischen Adels ein Faktor, mit dem die bayerischen Staatslenker rechnen mussten, wenn auch Sailer die Bedeutung dieser Opposition etwas überschätzt haben dürfte.

Der Plan der Schmalkaldener ging nun dahin alle ihre Streitkräfte zu vereinigen und so auf Regensburg loszugehen, wo der Kaiser noch immer weilte. Am 20. Juli verband sich Schertlin in Günzburg mit den Württembergern unter Hans von Heideck. Am nämlichen Tage wurde Donauwörth, am 23. Dillingen von den Schmalkaldenern eingenommen. Ihr Kriegsrat beschloss, unter Vermeidung des bayerischen Gebietes so weit als möglich längs der Donau vorzurücken. Da Schertlin fürchtete, dass die bayerische Besatzung von Rain die Donaubrücke bei Marxheim abbrechen möchte, liess er dieselbe am 31. besetzen und durch einen Brückenkopf befestigen. Von Ulm aus hatten Heideck und die schmalkaldischen Kriegsräte an den bayerischen Pfleger zu

1) Lenz III, 440, Anm. 2.

2) Lenz III, 439—442, 446 fgd.

Landsberg, Ritter Wernher Volker von Freiberg zu Eisenberg geschrieben:<sup>1)</sup> nachdem der Kaiser die deutsche Nation durch ein fremdes Kriegsvolk bedrückt, wollen sie die Nation bei ihren alten Gerechtsamen beschirmen. Sie wünschten nun zu wissen, wie er und andere Nachbarn von Grafen, Prälaten, Ritterschaft und Adel sich zu diesem hochwichtigen Werk stellen wollen. Er möge sich verständlich und lauter erklären, wessen sie sich von ihm zu versehen haben.

Indessen hatte der Kaiser schon am 27. Juli die ersten Anstalten getroffen den Aufenthalt in Regensburg mit Landshut zu vertauschen, um dort seine Vereinigung mit den aus Italien heranziehenden Hilfstruppen zu vollziehen. In Regensburg fühlte er sich inmitten einer protestantischen Bevölkerung auf die Länge unsicher, glaubte auch im Falle einer Belagerung nicht genügend mit Geschützen und Lebensmitteln versehen zu sein. Schon am 28. Juli hatte er Herzog Wilhelm durch Manrique auf seinen Marsch nach Landshut vorbereiten lassen. Da der Herzog durch Bonacorso, seinen Vertreter im kaiserlichen Hauptquartier, den Plan widerraten liess,<sup>2)</sup> schrieb der Kaiser am 2. August<sup>3)</sup> selbst über sein Vorhaben an den Herzog und erklärte, wenn nötig, werde er zur Rettung des bayerischen Landes bis München ziehen. Er bat für Zufuhr nach Landshut zu sorgen, wogegen er darauf bedacht sein werde, dass in seinem Heere gute Ordnung gehalten würde. Dieser Plan war nun dem Herzoge höchst unwillkommen. Schon im Beginne des Feldzuges hatte Wilhelm gewünscht und geraten, dass der Kaiser dem Feinde sofort an Bayerns natürlichen Grenzen, an Lech und Donau entgegentreten möge. Bayerns nächstes Ziel in diesen Wochen war: das kaiserliche Heer so bald als möglich aus dem Lande, das des Bundes nicht hineinzubringen.<sup>4)</sup> Und nun wollte der Kaiser als „Retter“ seine gesammte Macht im Herzen des Bayerlandes vereinigen, wobei überdies die Gefahr nahe lag, dass durch sein Zurückweichen das nördliche Bayern zum Kriegsschauplatze gemacht und den Schmalkaldenern preisgegeben würde. Wilhelms schriftliche Antwort auf die Mitteilung des Kaisers besagte: da der Kaiser nun sein Kriegsvolk hier (in Landshut) versammeln wolle, wolle er als sein Blutsverwandter ihm nicht verhehlen, welche Nachteile für das kaiserliche Unternehmen daraus entspringen würden.<sup>5)</sup> Erstens werden seines Fürstentums stärkste Befestigungen, der Lech und die Donau, dadurch den Feinden geöffnet, die nun dem Kaiser entgegen oder nachziehen und sich von allen Seiten aus den Reichsstädten und sonst verstärken könnten. Zweitens seien die Protestanten jetzt in der Verfassung, dass sie keinen Feind hinter sich lassen und ohne alle Beschwerde ihren Hochmut vorbringen können. Drittens werde die Beschaffung des Proviantes

1) Schmalkaldische Kriegssachen T. XIII, f. 90.

2) v. Druffel, Zwichems Tagebuch S. 61, Anm. 8.

3) Schmalkaldische Kriegssachen (St. A.) XV, f. 85.

4) Wie bereits Lenz III, 436 richtig urteilte.

5) Undatirtes Concept mit Randzusätzen Ecks. Schmalkaldische Kriegssachen XV, f. 159 (an falscher Stelle eingebunden).

schwieriger, da alle Zufuhr aus dem Stift Eichstädt, aus dem Riess und Schwaben dann abgestriekt würde. Viertens sei in Bayern durch das Kriegsvolk schon schwerer Schaden in dem stehenden Getreide angerichtet. Kommen nun die Italiener auch noch und verderben „die gute Landsart von Rosenheim bis hierher“, dann wird die Lage sehr schlimm werden. Fünftens durch das Lagern und den Durchzug des ganzen Heeres durch sein Fürstentum werde dieses ganz und gar zugrunde gerichtet werden. In der Capitulation sei ihm nur auferlegt, dem Kaiser „in der Nähe um sein Fürstentum“<sup>1)</sup> Proviant zugehen zu lassen; desshalb hätte er sich versehen, dass sein Land nicht dermassen durchzogen und verderbt würde. Er müsse geradezu erklären, es sei unmöglich, dass ein so grosses Heer ausschliesslich aus seinem Fürstentum verproviantirt werde. Sechstens der Kaiser verliere mit dem Zuge hierher und (dann erst) mit dem Anzuge gegen den Feind die beste Zeit, wenigstens einen ganzen Monat. Er wolle also S. Majestät hiemit zu rechter Zeit gewarnt haben. Der letzte Grund barg noch mehr in sich, als deutlich ausgesprochen wurde: dem Herzoge lag daran, dass das kaiserliche Heer bald auf Neuburg losrücke, das er als Siegespreis begehrte; der Umweg über Landshut aber verzögerte dieses Unternehmen.

Der Kaiser liess sich durch die Vorstellungen seines Verbündeten nicht umstimmen, verliess am 3. August mit seinem Heere Regensburg und kam am 4. nach Landshut. Dort war der Musterplatz eines seiner deutschen Fussregimenter,<sup>2)</sup> das Herzog Wilhelms Sohn, Jörg Dux von Hegenberg befehligte und das wohl fast ausschliesslich aus Bayern bestand. Während die andern Regimenter zehn und mehr Fähnlein zählten, hatte dieses nur fünf, unter den Hauptleuten: Christoph Fürholzer, Hans Kriener von München, Hans Konrad Reisach, Erasmus von Hofolding, Leonhard Maier von Herrenstetten (und nach dessen Tode vor Ingolstadt) Jakob Zisener. Auch in dem von Georg Stadler von Regensburg befehligten Fussregiment treffen wir unter den Hauptleuten bayerische Namen: Johann Georg und Martin von Gumpfenberg und Veit Nothaft. Der bisher in bayerischen Diensten gestandene Graf Reinhard von Solms war Generalfeldmarschall im kaiserlichen Heere.

Bis zum 13. stiessen in Landshut etwa 11000 Mann päpstlicher, florentinischer und ferraresischer Truppen unter Ottavio Farnese, dem Enkel des Papstes, zum Kaiser. Bonacorso jubelte: nun sei man stark genug, sich an einem Tage mit den Lutherischen und, wenn es sein müsse, mit dem türkischen Kaiser zu schlagen. Aber er beurteilte die Lage zu optimistisch. In Wahrheit waren die Schmalkaldener, nachdem der Kurfürst von Sachsen und Landgraf Philipp am 3. August im Ries ihre Streitkräfte mit dem Heere der oberländischen Bundesstände vereinigt hatten, dem Kaiser noch jetzt

1) Diese Behauptung war falsch. Die Capitulation (p. 650) besagte vielmehr: *procurabit ac providebit (dux), ut militibus per suam ditionem et loca ei vicina profecturis commeatus ac victualia competenti ac moderato precio administrentur.*

2) Nach der *Ordre de Bataille* bei v. Druffel, *Tagebuch d. Viglius v. Z.*, das fünfte S. 258, 262, 263.

bedeutend überlegen. Ihr Interesse hätte erheischt diese Ueberlegenheit auszunützen, dem Kaiser so rasch als möglich entgegenzurücken und ihn zu schlagen, ehe die italienischen Truppen unter Farnese und weiter die niederländischen unter Büren eintrafen. Dass dies versäumt wurde, war ausser anderen glücklichen Umständen<sup>1)</sup> der bayerischen Diplomatie zu danken, welche die Protestanten zwei kostbare Wochen lang mit Unterhandlungen hinzuhalten verstand. Am 18. Juli hatte Eck Sailer daran erinnert, dass Bayern bisher den schmalkaldischen Rüstungen ruhig zugesehen habe, und die Erwartung ausgesprochen: die Vernunft wird ihnen wehren nach Bayern zu kommen; sie haben nicht Ursache sich noch mehr Feinde auf den Hals zu laden.<sup>2)</sup> Die Folge zeigte, dass Eck seine Leute richtig durchschaute.

Und doch waren den Schmalkaldenern von anderer Seite als von Sailer mittlerweile Berichte zugegangen, welche sie selbst als „glaublich“ bezeichnen und welche ihnen den wesentlichen Inhalt des kaiserlich-bayerischen Abkommens, nämlich die Gewährung von Geschütz, Proviant und freiem Durchzug an den Kaiser enthüllten.<sup>3)</sup> Trotzdem traten sie den in ihrem Kriegsrat beschlossenen Vormarsch gegen Regensburg auf dem rechten Donauufer nicht sogleich an, sondern beschlossen Herzog Wilhelm erst um Erlaubnis des Durchzugs und Aufklärungen über seine Haltung anzugehen. Aus ihrem Feldlager zu Deiningen (bei Nördlingen) richteten sie am 3. August an den Herzog eine Zuschrift dieses Inhaltes,<sup>4)</sup> worin sie ihn an seine früheren Zusagen die Freiheit der deutschen Nation schützen zu wollen sowie an die gegen Sailer gemachte Zusage kein fremdes Kriegsvolk hereinzulassen erinnerten. Ausser dem freien Durchzug verlangten sie für sich Proviant und Hinausschaffung der kaiserlichen Truppen aus Bayern. Im Falle der Verweigerung gaben sie zu erwägen, „was ihre Notdurft dagegen sein werde“. Der Kriegsrat hatte für diesen Fall zunächst einen Angriff auf Rain beschlossen.

Der Herzog erwiderte (6. August),<sup>5)</sup> er habe zu diesem Misstrauen keinen Grund gegeben und wünsche, dass das Missverständnis beseitigt werde. Auf einen Antrag zu gütlicher Unterhandlung habe er von ihnen keinen Bescheid erhalten. Der Religion wegen habe er sich nie bekümmert, sondern diese einem jeden zu verantworten überlassen. Wenn die Freiheiten deutscher Nation unterdrückt würden, sei ihm dies nicht weniger leid als ihnen. Das sollen sie doch nicht glauben, dass er sich wider sie habe bewegen lassen, Proviant, Geschütz, Oeffnung und Pass zu geben. Aber Kriegsvolk an sich zu ziehen könne er dem Kaiser nicht verwehren, einmal weil er ihm Gehorsam schulde, dann auch weil ihm die Macht dazu fehle. Dass er darauf ausginge, den

1) Vgl. Lenz, Kriegführung der Schmalkaldener S. 451.

2) Schmalkaldische Kriegssachen, T. XIII, f. 87v.

3) Die Schmalkaldener erwähnen dies in der unten citirten Druckschrift vom 3. August.

4) Staatsarchiv a. a. O. T. XV. f. 11; Druck in der Münchener Staatsbibliothek: Bavar. 1074 in 4<sup>o</sup>. Auszug bei Sleidan (Uebersetzg. v. Beuther v. Carlstatt, 1571, f. 207). Schertlin erwähnt den Beschluss dieser Aufforderung, Herberger S. 117. Zum flgd. s. ebendort 123, 125 f.

5) Staatsarchiv a. a. O. f. 16, Concept von Eck corrigirt, f. 19 Reinschrift.

Kaiserlichen den Proviant „abzustricken“, könne man von ihm nicht fordern, da dies ihn und die Seinigen in Grund verderben könnte. In ähnlicher Lage, davon sei er überzeugt, hätten sie in ihren Landen ebenso gehandelt. Geschütze seien von ihm nicht begehrt worden und da er dieselben in so gefährlichen Zeiten selber so dringend brauche, wäre es ja Unverstand und Lässigkeit solche abzugeben. Bezüglich des Durchzugs und Proviantes aber habe er sich bisher unparteiisch gehalten, auch gegen sie nur Freundschaft bewiesen. So sei er auch jetzt noch gesinnt. Wiewohl er sich von ihnen nichts Schlimmes versehe, bitte er doch um deutliche Erklärung, dass sie ihn nicht angreifen würden. Uebrigens mögen sie bedenken, dass der Kaiser ihr aller Herr und jetzt in solcher Verfassung sei, dass es beschwerlich sein werde, „das angefangene Werk mit der Hand zu verbringen“. Wenn es ihnen recht wäre, wolle er dem Kaiser zu Füßen fallen und ihn bitten diese Rüstungen zu einem friedlichen Ende zu bringen.

Die Verbündeten antworteten<sup>1)</sup> mit Wiederholung ihrer Forderungen und mit Vorwürfen, die in die jüngste Vergangenheit zurückgriffen. Da der Herzog den auf dem Speirer Reichstage aufgerichteten gemeinen Frieden zu halten zugesagt habe, seien sie der Zuversicht gewesen, dass derselbe in Geltung bleiben und auf dem Reichstag zu Regensburg continuirt werde. Der Herzog und „die päpstischen Stände“ hätten aber alsbald nach der kaiserlichen Proposition die Beratschlagung abgebrochen und in einer eingereichten besonderen Schrift dem Kaiser geraten, den Protestanten ernstlich zu erklären, dass sie das Concil in Trient zu besuchen und dessen Beschlüssen sich zu unterwerfen hätten. Daraus sei die feindliche Stellung des Herzogs gegen sie klar zu ersehen, zuletzt aber habe er sogar den Kaiser zu Rüstungen und Krieg wider sie bewogen. Dass er nicht gewusst habe, wider wen der Kaiser sein Kriegsvolk brauchen wolle und ob der Herzog das Fürnehmen des Kaisers in seinem Lande habe wehren können, wollen sie beruhen lassen. Der Herzog hätte ihre Hauptleute in seinen Landen nicht weniger zu Werbungen zulassen, nicht sie verjagen sollen. Was Rain und Ingolstadt betreffe, müssen sie, wiewohl der Herzog melde, dass das Kriegsvolk dort ihm zustehe, darauf beharren, dass diese Städte vom Kaiser mit Truppen besetzt seien. Wofern der Herzog nun dieses Kriegsvolk unverzüglich abschaffen, auch ihnen und ihrem Kriegsvolk Geschütz, Pulver, Geld, Volk und Proviant zukommen lassen, ferner ihnen sicheren Pass und Durchzug gestatten wolle und wofern er dies alles bis zum nächsten Montag (9. Aug.) bei seinen fürstlichen Ehren versprechen werde, dann wollensie mit ihm nichts in Schlimmem zu schaffen haben. Wo nicht (und auf weitere Disputation werden sie sich nicht einlassen), so wiederholen sie ihre jüngst ausgesprochene Verwahrung. Und zwar seien es alle Stände und Städte, die in ihrem christlichen Einverständnis sind, auch alle deren Helfer und Helfershelfer,

1) 7. August. Staatsarchiv a. a. O. f. 23. Mit eigenhändigen Unterschriften des Kurfürsten und Landgrafen.

mit Ausnahme des Markgrafen Hans von Brandenburg, der sich „zuwider seiner Briefe und Siegel“ von ihnen abgesondert habe.

Die bayerische Antwort (8. August)<sup>1)</sup> verwahrt sich dagegen, dass den Unterthanen bei Strafe des Hängens verboten worden sei den Schmalkaldenern zu dienen. Dies werde durch die Thatsachen widerlegt. Derartiges werde durch Leute aufgebracht, die Uneinigkeit säen wollten. Des Herzogs Absicht sei nicht, dass die Schmalkaldener durch seine Besatzungen gehemmt oder beschädigt würden. Dass er aber durch Abschaffung seines Kriegsvolkes sich völlig in ihre Gewalt stellen solle, wäre schimpflich und unverantwortlich. Die Abgabe von Geschützen, Pulver, Proviant sei ein unerfüllbares Begehren, das sie nicht stellen sollten. Ebenso unmöglich sei, dass er die Pässe vor dem Kaiser, der mit einem starken Heere in seinem Fürstentum liege, versichere. Der Herzog sei aber nicht dagegen, einige Räte gen Donauwörth zu schicken, um über ein Abkommen zu unterhandeln und dann alles, was vereinbart werde, bei seinen fürstlichen Ehren zu versprechen, nur müsste er von ihnen die gleiche Versicherung erhalten, wovon ihr Schreiben nichts vermelde. Uebrigens werde dann zu bedenken sein, wie er im Falle eines Abkommens mit den Schmalkaldenern gegen den Kaiser versichert werde. Dass dieser ihm sein Fürstentum nehme, würden sie doch selbst nicht wünschen, würde ihnen auch zu unwiderbringlichem Nachteil gereichen.

Man liess sich also durch die Vorwürfe der Schmalkaldener nicht aus der Fassung bringen und fuhr beharrlich fort ihnen gegenüber Neutralität zu heucheln. Und diese Maske wurde mit voller Zustimmung, ja nach dem ausdrücklichen Wunsche des Kaisers getragen. Ein aktenmässiges Zeugnis belehrt uns, dass der Kaiser selbst damals nicht wünschte, dass sich Bayern offen als Feind der Schmalkaldener erkläre. Durch den Grafen Haug von Montfort hatte Wilhelm die Zuschriften der Schmalkaldener dem Kaiser mitteilen und ihn um Rat bitten lassen, was er antworten solle. Am 8. August erwiderte ihm der Kaiser aus Landshut,<sup>2)</sup> er habe aus diesen Eröffnungen der schmalkaldischen Bundesverwandten freventliche Vermessenheit und Hochmut ersehen. Der Herzog werde nun durch Don Claudi Manrique<sup>3)</sup> weiter vernehmen, welche Massregeln er, der Kaiser, zum Schutze Bayerns vorgenommen habe. Vom Herzoge versehe er sich, dass derselbe als ehrliebender, löblicher Fürst sich zu erzeigen wisse. Die Widersacher würden doch nie unterlassen haben, ihr neidisches, vergiftetes Gemüt gegen ihn über kurz oder lang zu erzeigen. Er halte für besser, dass dies schon jetzt, als dass es einmal in seiner Abwesenheit geschehen wäre — eine Aeusserung, welche freilich durchblicken lässt, dass des Kaisers Vertrauen zum Herzog kein unerschütterlich festes war. Was den gewünschten Rat betreffe, so zweifle der Kaiser nicht, dass sich Wilhelm mit seinen trefflichen, erfahrenen Räten wohl zu erzeigen wisse und seines Rates nicht

1) Staatsarchiv a. a. O. f. 27 Concept von Ecks Hand, f. 28 Reinschrift, f. 4 eine undatirte, im Wortlaut etwas abweichende, im wesentlichen Inhalt übereinstimmende Fassung.

2) Staatsarchiv, a. a. O. f. 89.

3) Dessen Werbung s. a. a. O. f. 93.

bedürfe. Da der Herzog aber ausdrücklich darum bitte, so wolle er nicht unterlassen ihn zu erteilen.

Ein eingelegter Zettel<sup>1)</sup> enthält dann folgende Weisung für die den Schmalkaldenern zu erteilende Antwort: Da der Kaiser des Herzogs rechte Obrigkeit sei und da er mit starker Heeresmacht in seinem Fürstentum liege, sei es bisher nicht in des Herzogs Macht gestanden, dem Kaiser den Durchzug in seinem Fürstentum zu verhindern, geschweige ihn mit Gewalt zu vertreiben. Ebensowenig stünde es in seiner Macht, die Schmalkaldener mit Proviant und Viktualien zu versehen, denn sie könnten leicht ermessen, welche Sorge und Gefahren Bayern daraus erwachsen könnten. Der Herzog erwarte daher, dass sie in Erwägung dessen sich aller Gewalt gegen ihn enthalten und bedenken, dass ein Angriff gegen ihn wider Recht und Billigkeit erfolgen würde. In solchem Falle würde er sich zu der natürlichen und erlaubten Gegenwehr gezwungen sehen.

Wie man sieht, waren diese Gedanken im wesentlichen bereits in den bayerischen Antworten vom 6. und 8. August enthalten, wenn auch in der ersten derselben die Gewährung von Proviant noch nicht entschieden abgeschlagen wurde. Die Hauptsache ist, dass auch der Kaiser eine Richtschnur des Verhaltens empfiehlt, durch welche die Schmalkaldener veranlasst werden sollten in Bayern eine neutrale Macht zu sehen und es als solche zu behandeln.<sup>2)</sup>

Die Schmalkaldener aber erklärten sich (9. Aug.)<sup>3)</sup> durch die bayerische Antwort nicht befriedigt, wesshalb sie am nächsten Tage nach Rain rücken würden. Ihre Meinung sei nicht gewesen, dass Wilhelm ihnen von seinem Geschütz, Munition und Geld, sondern nur dass er ihnen Proviant gegen ziemliche Bezahlung, auch Zusicherung ihres Kriegsvolks durch seine Pässe und Lande sollte zukommen lassen. Am gleichen Tage ward der Angriff auf Rain vorbereitet, am folgenden die Stadt von der kleinen Besatzung gegen freien Abzug übergeben. Der Pfleger Konrad von Bemelberg brachte die 150 Landsassenreiter und 50 Waldschützen, welche die Besatzung bildeten, nach Aichach und war Willens sie weiter nach Ingolstadt zu führen. Dorthin fand er aber, wie er am 11. dem Herzoge berichtete,<sup>4)</sup> sich bereits den Pass verlegt. Er schilderte das Heer der Schmalkaldener als so stark, wie er in seinem Leben noch keines gesehen, und betonte bei seinem Fürsten die Notwendigkeit, Ingolstadt wohl zu rüsten, da die Absicht der Verbündeten dahin gehe, diese Stadt, sei es gutwillig oder mit Gewalt, in ihre Hände zu bringen.

Bonacorso war am 11. August, gleichzeitig oder Tags darauf auch der Landhofmeister Graf Haug von Montfort, mit einer Botschaft an den Kaiser betraut worden.<sup>5)</sup>

1) A. a. O. f. 91.

2) Es ist also irrig, wenn v. Druffel, Briefe und Akten III, S. 38, Anm. 2 diese Auffassung durch Ton und Inhalt der Briefe und Antworten I, Nr. 26, 32 u. 38 widerlegt glaubte.

3) A. a. O. f. 32. Willhelms Antwort vom 10. f. 34.

4) Aus Aichach. Staatsarchiv a. a. O. f. 102.

5) A. a. O. f. 97, 104.

Das Schreiben Wilhelms, worin dem Kaiser der Verlust Rains angezeigt und entschuldigt wurde,<sup>1)</sup> kreuzte sich mit einer herben Rüge desselben. Der Kaiser erklärte, er habe sich dieses Abkommens wenig versehen, habe desswegen Mitleiden mit dem Herzoge, aber sonst „ein merkliches Befremden“.<sup>2)</sup> Nachdem er indessen den Vortrag des Grafen von Montfort entgegengenommen hatte, drückte er sich in einem zweiten Schreiben an den Herzog vom 13. August<sup>3)</sup> zurückhaltender aus. Dass Rain „ohne Not“ eingenommen worden sei, habe er zwar ungerne vernommen, aber wie dem auch sei, man müsse die Sache dem Allmächtigen anheimstellen, der es ohne Zweifel wieder hereinbringen werde. Dazu zu helfen werde er nichts versäumen. Er dankte für die mitgetheilten Kundschaften, erkannte an, dass der Herzog solche zu erlangen bessere Gelegenheit habe als er, bat aber, dass dieselben fortan nicht erst auf dem Umwege über München, sondern gleichzeitig an den Herzog und direkt an ihn gebracht werden möchten. Um jetzt noch nähere Kundschaften einzuziehen, werde er bis zum 14. Mittags in Landshut bleiben, dann aber, da die beabsichtigte Vereinigung mit den Italienern nun vollzogen sei, abrücken und sein Lager bei Regensburg nehmen.

Dieser Plan entsprach nun wiederum nicht den Wünschen der Bayern. Eck liess durch den Grafen von Montfort beim Kaiser darauf dringen,<sup>4)</sup> dass das Heer vielmehr in nordwestlicher Richtung gegen Neustadt und Abensberg und weiter nach Ingolstadt rücke, von wo man dann Freiheit des Handelns, sei es in der Richtung auf Nürnberg, sei es gegen Augsburg, habe. Wie leicht wäre es für Bayern gewesen, mit den Schmalkaldenern gut Freund zu bleiben, hätte man nicht auf den Kaiser Rücksicht genommen! Und wie viel habe das Bayerland schon für den Kaiser gelitten! Den Rückmarsch nach Regensburg würde man als Kleinmut auslegen und als seine Wirkung seien Praktiken der Unterthanen wie des Kriegsvolkes zu befürchten. Ingolstadt habe nur das Versprechen der kaiserlichen Hilfe bisher vor der Uebergabe bewahrt. Entferne sich der Kaiser von dieser Festung, so habe der Herzog den Abfall seiner Unterthanen zu befürchten, die Verständigung mit dem Feinde wünschen.

Als Montfort und Weissenfelder am 16. im Lager bei Neufahrn<sup>5)</sup> dies dem Kaiser vortrugen, erklärte sich der Kaiser damit einverstanden die Gegend zwischen Neustadt und Abensberg recognosziren zu lassen, ob sie sich zu einem Lager eigne. In Begleitung von Preising, Bonacorso und anderen unternahm der Herzog von Alba dorthin einen Kundschaftsritt. Gleichwohl blieb es dann bei der zuerst geplanten Marsch-

1) Vom 12. August. Concept von Ecks Hand. A. a. O. f. 96.

2) Vom 12. August an Wilhelm. A. a. O. f. 98.

3) Aus Landshut. A. a. O. f. 104 fgd., 107.

4) A. a. O. f. 108 fgd. Vgl. v. Druffel, Zwichem, S. 65, Anm. 24.

5) Eine Verwechslung mit diesem Orte wird hereinspielen, wenn der in deutschen Ortsnamen ratlose Kaiser in seinen Commentaires (S. 131) hier irrig von einem Marsche nach Neustadt spricht. Diese Auffassung scheint mir dadurch nicht ausgeschlossen, dass die folgenden Angaben, wie Druffel (Zwichem S. 65) richtig bemerkt, nur in Bezug auf Neustadt einen vernünftigen Sinn geben. Die Erinnerung des Kaisers scheint eben hier verworren.

richtung des Heeres auf Regensburg zurück, und zwar, wie der Kaiser am 18. aus dem Feldlager vor Regensburg an Wilhelm schrieb,<sup>1)</sup> wegen der Rücksicht auf Proviant, Geschütz und Munition; abgesehen davon, meinte der Kaiser begütigend, wäre er nach dem Berichte der bayerischen Gesandten wohl geneigt gewesen, den Weg von Schierling aus alsbald gegen Abensberg zu nehmen. Er feiere keine Stunde und gedenke sein Kriegsvolk bald und, so lange es noch frisch und gesund sei, gegen den Feind zu führen. Daran knüpfte er dringende Bitten um bessere Versorgung mit Proviant; nach den jüngsten Zuschriften und Vertröstungen hätte er nicht besorgt, dass sich so bald Mangel an Lebensmitteln im Lager einstellen würde.

Der Herzog aber beschwerte sich gegenüber Bonacorso in scharfen Ausdrücken, dass ihm kein Vertrauen geschenkt und seine Ratschläge missachtet würden. Ihn zu verstimmen kam damals noch anderes hinzu. Die Vorwürfe wegen der Zufuhr trafen, wie wir unten auseinandersetzen werden, einen Unschuldigen. Wenn es bisher nicht gelungen war die Verpflegung in ausreichender Weise zu organisiren, so lag die Schuld nicht an der bayerischen Regierung. Die Folge dieses Zustandes aber war, dass sich die Truppen selbst halfen, wie sie konnten, und dass von Tag zu Tag aus den von ihnen besetzten und durchzogenen Landstrichen die Klagen über Plünderungen und Gewaltthaten des fremden Kriegsvolkes sich häuften. Ein grosser Teil der Ernte verdarb auf den Feldern, da das Landvolk aus Angst vor den Spaniern und Italienern in die Städte entflohen.<sup>2)</sup> Durch seine Gesandten und in eigenen Schreiben<sup>3)</sup> erhob Wilhelm beim Kaiser darüber Beschwerde.

Die gute Behandlung der bayerischen Besatzung Rains verriet, dass die Schmalkaldener auf Bayern noch immer schonende Rücksicht nahmen. Nach Kenntnis der Aktenstücke vom 3. und 7. August wird man aber nicht sagen können, dass in ihrem Lager noch damals gänzliche Unklarheit über die bayerische Politik geherrscht habe. Die anfängliche Meinung, dass Bayern eine neutrale Macht sei, die nur unter dem Drucke des kaiserlichen Heeres die Linie der Neutralität nicht überall genau festzuhalten vermöge, war erschüttert. Wenn sich die Schmalkaldener auch jetzt nicht entschlossen Bayern als Feind zu behandeln, so war dies in dem nicht ganz unrichtigen Gefühl begründet, dass Bayern, trotz aller ihm entgegengeschleuderten Vorwürfe, im Grunde doch nur ein halber Bundesgenosse des Kaisers sei, den man nicht durch Feindseligkeiten dem Kaiser enger in die Arme treiben sollte.

1) A. a. O. f. 116. Vgl. Briefe und Akten I, Nr. 31. v. Druffel (der die vom Kaiser für den Marsch nach Regensburg geltend gemachten Gründe nicht ausreichend findet), Zwichem S. 64, 65.

2) Nach Bericht der Landshuter Regierung v. 16. August konnte die Landwehr in den Gerichten Rottenburg, Kirchberg, Moosburg, Teisbach nicht aufgeboden werden, weil viele wegen der Vergewaltigung, die sie durch das fremde Kriegsvolk erlitten, geflohen sind. Nach Bericht vom 25. Sept. waren um Landshut herum die meisten und besten Dörfer und Urbarsleute durch das italienische, spanische und anderes Kriegsvolk in Grund verderbt. Schmalk. Kriegssachen XV, f. 202, 234.

3) U. a. 23. August; Briefe u. Akten I, 17.

Am 12. trafen die bayerischen Gesandten, der Hofmarschall Wolf von Schellenberg und Rat Jörg Stockhamer, Doktor der Rechte, im schmalkaldischen Lager bei Pöttmes, hart an der bayerisch-neuburgischen Grenze ein. Ihre Instruktion, von Eck entworfen,<sup>1)</sup> enthielt vor allem Versicherungen der Freundschaft und des Eifers für die Erhaltung deutscher Freiheiten. Der Herzog habe sich an dieser Kriegsrüstung nicht beteiligen, sondern neutral halten wollen. Nach seiner Pflicht gegen den Kaiser gebühre sich aber nicht, diesem einzureden oder zu wehren, dass er Kriegsvolk annehme. Habe er doch auch den Schmalkaldenern nicht verwehrt, Kriegsvolk in seinem Lande zu werben. Es liege am Tage und könne nicht widersprochen werden, dass viel mehr Bayern in ihrem Lager stünden als im kaiserlichen. Das Verbot dieser Kriegsdienste wird nochmals als erdichtet bezeichnet. Dass Wilhelm seine Städte und Flecken besetze, könne ihnen keinen Grund zur Beschwerde bieten; Schaden sei ihnen von diesen Besatzungen nicht zugefügt worden. Was dann bezüglich Rains bemerkt wird — die Forderung, dass sie diese Stadt besetzen dürfen, sei unerhört — war bereits von den Ereignissen überholt. Dass der Herzog sich offen als Feind des Kaisers deklariere, mögen sie doch nicht verlangen. Er erbiete sich aber, ihnen den freien Pass bei und neben seinen Flecken nicht zu verwehren noch aufzuhalten, desgleichen ihnen Proviant, Geschütz, Geld und anderes nach ihrem Begehren nachkommen zu lassen, und dies, wenn ihm von ihnen das Gleiche zugesagt werde, bei seinen fürstlichen Würden zuzusagen. Wären sie damit nicht zufrieden, so möge er auch leiden, dass alle seine Dienstleute in den Besatzungen der kaiserlichen Majestät, den Schmalkaldenern und ihm auf diese Artikel verpflichtet würden, dies hoffe er auch beim Kaiser, wo er es eifrig betreiben werde, durchzusetzen. Bei ihm sei nichts anderes zu verspüren als Liebe zum Vaterland, zum Frieden und zum Recht.

Diese schönen Worte waren um so eher geeignet die Schmalkaldener neuerdings einzuschläfern, als Stockhamer von Sailer im Gegensatze zu anderen bayerischen Räten, die kaiserlich gesinnt seien, als besonders vertrauenswürdig geschildert wurde.<sup>2)</sup> Der Bescheid, den die Gesandten am 12. im Feldlager bei Pöttmes erhielten,<sup>3)</sup> enthielt aber nun Bedingungen, durch welche die bayerische Neutralität beim Wort genommen ward. Eine weitere Durchführung der Täuschung musste sich nun bald als unmöglich erweisen.

1) Vom 11. August datirt. A. a. O. f. 40 u. 44.

2) S. Sailers Schreiben vom 11. August. Lenz III, 448.

3) Mit fünf aufgedruckten Siegeln. Staatsarchiv a. a. O. f. 46. In den regierenden Kreisen zu Neuburg spiegelte sich die Stimmung der Verbündeten gegen Bayern. Von dort ward am 12. August an den Pfalzgrafen und Kurfürsten Friedrich berichtet: „Ob nun Bayern Freund oder Feind sei, wird (man) bald erfahren. Man will lieber Freundschaft als Feindschaft in Bayern finden, wo es aber nicht anders sein mag, alsdann ist man bedacht, mit Ernst gegen Bayern zu handeln.“ Auch von dem Versprechen des Kaisers bezüglich der Kur war man dort unterrichtet; die Regenten warnten den Kurfürsten vor diesen Praktiken auf der Hut zu sein. St. A. Schmalkaldischer Bund, T. II, f. 261.

Das Vorgehen gegen Rain, besagten die Verbündeten, sei, wie der Herzog aus dem vom Kriegsvolk daselbst beschworenen Eide ersehen könne, nicht ihm zuwider, sondern nur aus ihrer und ihres Heeres Notdurft erfolgt. Nun aber sei es für ihren „Defensivzug“ vor allem von Wichtigkeit, dass sie des Passes zu Ingolstadt und anderer Pässe an der Donau gewiss seien. Daher schlugen sie vor: 1. dass die kaiserlichen Truppen aus Ingolstadt fortgenommen werden, die ganze Besatzung aber, die der Herzog dahin legen würde, sammt der Bürgerschaft sowohl ihrem Fürsten als ihnen, den Schmalkaldenern, eidlich gelobe, dass sie die Schmalkaldener und ihren ganzen Kriegszug durchpassiren und deren Feinde nicht nach Ingolstadt hinein lasse. Oder aber, wenn sich der Herzog dadurch beschwert fühle, möge er 2. bewilligen, dass die Schmalkaldener nach Entfernung der kaiserlichen Truppen einige Fähnlein hineinlegen, die ebenso, wie in Rain geschehen, zugleich auf sie und den Herzog vereidigt würden. Später, wenn sie des Passes in ihrem Feldzug nicht mehr bedürfen, soll diese Besatzung Ingolstadt wieder räumen. Ferner soll der Herzog ihnen auch sonst in seinem Lande sicheren Durchzug und Proviant gegen Bezahlung zusagen. Bis morgen Nacht soll er ihnen melden, ob er einen dieser Vorschläge annehmen wolle, und zugleich die Befehlsbriefe an die von Ingolstadt mitschicken. Geschehe dies, so werde der Herzog nichts Arges von ihnen zu befürchten haben und werde beim Durchzug durch sein Land Vorsorge getroffen werden, dass seine Unterthanen so wenig als möglich belästigt würden. Im Falle der Weigerung aber wollen die Verbündeten ihre vorige Verwahrung erneuert haben. Weitere Verhandlungen könnten dazu führen, dass die Schmalkaldener dem Herzoge behilflich seien die fremden Nationen aus seinem Lande zu bringen.<sup>1)</sup>

Eck säumte nicht, auch diesen Bescheid an den Kaiser zu berichten und an die Schmalkaldener sofort eine Antwort zu entwerfen, welche ihnen den Pass an Ingolstadt vorüber, aber nicht Oeffnung der Stadt zusagte.<sup>2)</sup> Nachdem die Schmalkaldener aber in diesen Tagen die Ingolstädter Besatzung bereits zu Unterhandlungen aufgefordert („Sprach begehrt“) hatten, bat sie der Herzog am 16.<sup>3)</sup> unter Berufung darauf, dass er sich oftmals erboten, sie an Zugang und Nachschub von Geld und Proviant nicht zu verhindern oder zu belästigen, dass sie von ihrer Aufforderung an Ingolstadt absehen und ihn wie einen ehrlichen Fürsten des Reichs bei seinem Erbieten bleiben lassen möchten. Er wiederholte sein Erbieten, dass ihnen der Pass ausserhalb seiner Städte und Flecken, desgleichen die Zufuhr von Proviant u. s. w. nicht gehindert und dass sie aus seinen Städten und Flecken nicht beschädigt werden sollten. Um zu einem Abschluss zu kommen, sei er nicht dagegen, nochmals bevollmächtigte Räte an sie zu senden. Sogleich wird ihnen der Inhalt eines nach Ingolstadt gerichteten Befehls mitgeteilt. Sie sollen doch denken, dass ihm nicht gebühre, seine Städte wider die

1) 13. Aug. a. a. O. f. 50.

2) 13. Aug. a. a. O. f. 51.

3) A. a. O. f. 52; f. 56 von Ecks Hand corrigirtes Concept hiezu.

kaiserliche Majestät zu öffnen und sich dadurch zum deklarierten Feind des Kaisers zu machen. Eine Nachschrift klagt über das Verhalten des schmalkaldischen Kriegsvolkes, worüber allerlei Klagen einlaufen: es plündere die armen Unterthanen, auch die Gotteshäuser,<sup>1)</sup> nehme mit Gewalt nicht allein Heu und Stroh, sondern alles, was vorhanden sei, hinweg. Er bittet solches ernstlich abzustellen.

Der vom 16. August datirte Befehl des Herzogs an seine Unterthanen und gemeines Kriegsvolk in Ingolstadt<sup>2)</sup> war eingeleitet durch die Mitteilung, dass der Herzog mit den Schmalkaldenern freundlich habe handeln lassen, dass sie Ingolstadt nicht belagern, auffordern noch thätlich dagegen vorgehen und dass hinwiederum sein Kriegsvolk auch gegen sie keine Feindseligkeiten verübe. Daher wird ihnen befohlen, sofern sie dies von den Schmalkaldenern aus ihrem Lager zu Reichertshofen vernehmen und mit Belagerung, Besichtigung, Schanzen, Ueberzug und anderen Kriegsrüstungen stillgestanden würde, auch ihrerseits gegen deren Kriegsvolk nichts handeln zu lassen. Sollten die Schmalkaldener aber, wessen er sich durchaus nicht versehe, nicht stille stehen, so werden sie sich dagegen zu verhalten wissen, wie sich gebühre.

Am 14. war im Lager der Schmalkaldener zu Reichertshofen Kriegsrat abgehalten und die Frage erörtert worden, ob man nicht rasch gegen München oder Landshut ziehen und den Kaiser zu einer Schlacht nötigen sollte.<sup>3)</sup> Schertlin, der Landgraf, die Würtemberger und Augsburgener waren für diesen Plan, dessen Durchführung, da die Schmalkaldener damals dem kaiserlichen Heere an Zahl entschieden überlegen waren, vielleicht dem Kriege eine andere Wendung gegeben haben würde. Die Mehrheit, darunter der Kurfürst von Sachsen, Strassburg, Ulm und die sächsischen Städte, beschloss jedoch bei Neuburg über die Donau zurückzugehen und sich bei Regensburg zwischen den Kaiser und den mit Verstärkungen aus den Niederlanden heranrückenden Büren zu legen. Als Grund der Ablehnung eines Marsches gegen München oder Landshut wird von Sleidan<sup>4)</sup> die Scheu vor den Schwierigkeiten angegeben, welche sich an einen Zug durch das Donaumoos geknüpft hätten. Um dies als nichtig und als blossen Vorwand zu durchschauen, braucht man jedoch nur einen Blick auf die Karte zu werfen: im schlimmsten Falle bedeutete das Donaumoos für die schmalkaldischen Truppen einen durch südliches Ausbiegen verursachten Umweg von nicht mehr als 2—3 Stunden. Dagegen ist der von Schertlin (S. 135) angegebene Grund, dass der Kurfürst von Sachsen wegen des bereits gemeldeten Rückzugs des

1) U. a. hatte der Ritter Hiernheim am 11. August aus Aichach an den Herzog berichtet, dass die Mönche von Thierhaupten ihm über die Plünderung ihres Klosters durch die schmalkaldischen Truppen geklagt hätten. A. a. O. f. 100.

2) A. a. O. f. 54.

3) Herberger, Schertlin 127 f., 130, 134, 138. In Landshut war die Regierung nach dem Abzug des kaiserlichen Heeres in grosser Angst vor einem Angriff der Schmalkaldener. In ihrem Bericht an den Herzog v. 16. August schilderten Vitztum und Räte ihre gefährdete Lage. Schmalk. Kriegssachen XV, f. 201 figd.

4) A. a. O. f. 208v.

Kaisers auf Regensburg für sein Land fürchtete und sich demselben zu nähern wünschte, wahrscheinlich richtig. Dass daneben auch Zaghaftheit, Mangel an kühnem Unternehmungsgeist und insbesondere die scheue Rücksicht auf Bayern bei dem Beschlusse des Kriegsrates mitwirkten, wird sich kaum bezweifeln lassen. Schertlin schreibt zwar nach Augsburg, die verbündeten Fürsten hätten bei dem Vortrag der bayerischen Gesandten „wohl vermerkt, dass solches ein vorteiliger Eckischer Aufzug sei“. Wie man aber aus ihren Schreiben und Handlungen sieht, schmeichelten sie sich doch noch immer mit dem Glauben, dass Bayern nicht entschieden zum Kaiser stehe, und fürchtete, dass durch einen Einfall ihres Heeres mitten ins Bayerland und einen Angriff auf München oder Landshut diese Wirkung erst herbeigeführt würde. Wir würden der Rücksicht auf Bayern unter den Motiven des schwerwiegenden Beschlusses noch höheres Gewicht einräumen, wenn wir nicht durch Schertlin erführen, dass gerade jener Fürst, bei dem dieselbe nach dem vertraulichen Charakter seiner bisherigen Unterhandlungen in besonderem Masse zu erwarten wäre, dass gerade der Landgraf von Hessen für den Zug auf Landshut gestimmt hatte. Immerhin, wenn man den ganzen Gang der Ereignisse bis Mitte August ins Auge fasst, wird man nicht finden, dass Wilhelm seine diplomatischen Erfolge überschätzte, wenn er am 25. August und dann wieder nach dem Feldzuge gegenüber dem Kaiser ihren hohen Wert für den glücklichen Gang der Dinge hervorhob.

Für Ingolstadt schien nun der Augenblick gekommen, da dieser feste Platz den Gedanken seiner Gründung zu verwirklichen und als Bollwerk gegen die Protestanten sich zu bewähren hatte. Die Befestigung bot zwar noch einige schwache Stellen,<sup>1)</sup> war jedoch im wesentlichen vollendet. Was bedeuteten aber Festungswerke ohne eine verlässige Besatzung? Mit gutem Grunde hatte der Kaiser auch eigene Truppen hineingelegt und einem Spanier Don Pedro Guzman den Oberbefehl übertragen. Denn die Stimmung der bayerischen Ritterschaft, die in der Stadt versammelt lag, war entschieden eher antikaiserlich. Am 5. August soll, wie erwähnt, eine Deputation derselben beabsichtigt haben den Herzog zu ersuchen, er möge sich und sein Land nicht durch das fremde tyrannische Volk, die Spanier und Italiener, verderben lassen. Sailer, der dies berichtet,<sup>2)</sup> meinte, lieber schlügen sie die Welschen selber tot. Dass darin wenigstens keine arge Uebertreibung lag, zeigt die von Schertlin (S. 129) berichtete Thatsache, dass eine Verstärkung von 300 spanischen Schützen, die in der Nacht vom 11. auf den 12. August vor Ingolstadt erschien und Einlass begehrte, diesen von der

1) Vgl. Briefe und Akten III, 33. Aus dem protestantischen Lager vernehmen wir Spott über Unfälle, die während des Festungsbaus vorkamen. In der „Antwort auf den Sendbrief so H. S. in der Bapisten Lager ainem guten Freundt vom yetzigen krieg geschriben hatt. Durch P. C. D.“ (1546) heisst es (fol. C): „Hie frag deine Doctores zu Ingelstat, warumm derselben Statt Bollwerck, Vestinen, mauren und gebew eingefallen und ob si nit auch des sandgrunds haben, davon du schreibest.“

2) Lenz III, 442.

Besatzung nicht erhalten hatte<sup>1)</sup> und dass die bayerischen Landsassen selbst die verbündeten Fürsten von diesem Vorgang in Kenntnis setzten.<sup>2)</sup> Was Guzman dem venetianischen Botschafter erzählte, stimmt damit bestens überein: er schilderte diesem die Schwierigkeit seiner anfänglichen Lage in Ingolstadt, da die bayerische Besatzung an keiner Offensive teilnehmen wollte und sich hiefür auf die Weisung ihres Herzogs berief: so lange die Schmalkaldener nicht feindlich gegen sie vorgingen und dem bayerischen Lande keinen Schaden zufügten, sollten auch sie sich ruhig verhalten.<sup>3)</sup> Im schmalkaldischen Lager hoffte man, dass das bloße Erscheinen der Verbündeten vor Ingolstadt die Uebergabe des Platzes herbeiführen werde.<sup>4)</sup>

Hierin aber sahen sich die Verbündeten herb enttäuscht. Auf ihre Aufforderung erwiderten Befehlshaber und die vom Adel zu Ingolstadt am 17. August:<sup>5)</sup> von Herzog Wilhelm hätten sie bisher keinen andern Befehl erhalten als im Namen des Fürsten diese Stadt und diesen Pass mit Gottes Hilfe so lange als möglich zu halten. Da sie sich aber durchaus versehen, dass die schmalkaldischen Fürsten bei dem Durchzug die Stadt ungefähr auf eine gute halbe Meile liegen lassen und sich weder zu Wasser noch zu Land mehr nähern, so möge ihr Kriegsvolk ihretwegen unbeirrt ausserhalb dieses Zirkels passiren.

Mit diesem Schreiben verträgt sich ganz wohl die Nachricht, dass Hans Paul Gumpfenberg auf das kecke Ansinnen Schertlins den Durchmarsch durch Ingolstadt selbst zu gestatten mündlich den bayerischen Bescheid gegeben habe, er solle sich hinwegpacken.<sup>6)</sup>

Die Haltung der Ingolstädter Besatzung entsprach also der Weisung ihres Fürsten und dem, was Wilhelm den Schmalkaldenern zugesagt hatte. Gleichwohl schrieben die Verbündeten am 17. aus ihrem Feldlager vor Reichertshofen an den Herzog,<sup>7)</sup> der von der Ingolstädter Besatzung erhaltenen Antwort hätten sie sich nicht versehen. Da ihnen der Herzog nun nochmals freien Durchzug zusichere, nehmen sie dies Anerbieten an, doch sei daran der Mangel, dass in Ingolstadt dem Kaiser zustehendes

1) Wohl schon aus diesem Anlass richtete der Kaiser in seinem Schreiben vom 13. August (XV, f. 104 flgd.) an den Herzog die Bitte, er möge anordnen, dass das Kriegsvolk, das er nach Ingolstadt lege, in der Stadt aufgenommen werde.

2) Tags darauf meldet Schertlin (S. 130) jedoch, dass die von Ingolstadt als „vermeinte Neutralisten“ diesen Spaniern Proviant aus der Stadt zukommen liessen.

3) Venetianische Depeschen I, 664.

4) So schreibt Schertlin (S. 129) am 12. August.

5) Staatsarchiv a. a. O. T. XV, f. 66. Schon am 16. schreibt Schertlin (S. 137): hätte uns H. Wilhelm den Pass zu Ingolstadt nicht verschlossen und den Proviant nicht abgestrickt, wäre es wohl zu thun gewesen, dass wir uns zum Kaiser und Regensburg gelagert oder ihm unter die Augen gezogen und geschlagen hätten.

6) S. die aus Schertlins Kreis stammende *Historia belli Schmalcaldici* bei Mencken, *Script.* III, c. 1420. Schertlins Schweigen darüber vermag die Nachricht nicht zu entkräften.

7) Staatsarchiv a. a. O. f. 61.

deutsches und wälsches Kriegsvolk liege, zu dem sie sich nicht vertrösten können, dass es ihnen Proviant, Geld, Volk und anderes zukommen lassen werde. Wenn der Herzog dieses Kriegsvolk hinwegschaffen und ihnen bei seinen fürstlichen Ehren Proviant und freie Zufuhr zusichern wolle, so seien sie zufrieden und würden seine Unterthanen möglichst schonen. Wo nicht, so bleibe es bei dem vorigen Schreiben. Das Verhalten ihrer Truppen, worüber sich Wilhelm beschwerte, sei ihnen in Wahrheit höchst beschwerlich und zuwider. Von ihnen werde kein Fleiss gespart, diesen Dingen so viel als möglich zu wehren und sie zu verhindern. Eine Nachschrift<sup>1)</sup> besagt, aus der beiliegenden<sup>2)</sup> Antwort der herzoglichen Befehlshaber in Ingolstadt werde Wilhelm ersehen, dass sich dieselbe mit seinem Schreiben nicht zusammenreime und ihnen ganz widerwärtig sei. Der Herzog möge seinen Befehlshabern endlich deutliche Befehle geben. Sollte es aber die Meinung haben, dass er seinen Leuten andere Befehle gebe, als er ihnen, den Verbündeten, zuschreibe, so würden sie sich auch zu verhalten wissen. Binnen drei Tagen begehren sie endgiltige Antwort.

Aus dem Feldlager von Ingolstadt schrieb am selben Tage auch der Landgraf an den Herzog,<sup>3)</sup> dessen Schreiben und die Befehle seiner Verordneten zu Ingolstadt liessen sich nicht zusammenreimen. „Wo Euer Liebden nun uns Ja zuschreiben und den Befehlshabern Nein befehlen, solches würde ein beschwerliches Ansehen haben.“ Bezüglich dieses angeblichen Widerspruchs, der auch von Schertlin (S. 139) betont wird, muss bemerkt werden, dass ein solcher höchstens dann gefunden werden konnte, wenn die Schmalkaldener ausschliesslich Wilhelms Zuschrift vom 16. ins Auge fassten, wiewohl auch diese nur von Gewährung des Passes ausserhalb der Städte und Flecken sprach. Verglichen sie aber damit den auch ihnen mitgeteilten Befehl an die Ingolstädter Besatzung vom gleichen Tage, so ergab sich ziemlich klar, wie es der Herzog gemeint hatte. Uebrigens ging der Landgraf auf Wilhelms Vorschlag ein, die Unterhandlungen durch Räte fortsetzen zu lassen. Infolge dessen antwortete Wilhelm am 19.: er achte nicht, dass es die Meinung der Verbündeten sei, „stracks an und neben Ingolstadt zu Wasser oder Land hinzuziehen, da sich in diesem Fall Zerrüttung und Aufruhr begeben könnte. Der Strom sei auch dermassen gesperrt, dass ohne Auflassen der Seinigen niemand passiren könne. Nochmals warne er sie vor der grossen Macht des Kaisers. Sein Vetter, Pfalzgraf Friedrich, habe vergangenen Erchtag (17.) durch einen Rat beim Kaiser Unterhandlungen angeknüpft. Wenn sie ihm gestatten wollten sich auch daran zu beteiligen, werde er sich in eigener Person aufmachen und für sie mehr erzielen, als sie mit Gewalt erreichen könnten.

Am 18. hatten die Verbündeten eine halbe Meile oberhalb Ingolstadt eine Flossbrücke über die Donau geschlagen und ihr Heer hinübergeführt, das sich nun vor Ingolstadt lagerte. Der Landgraf liess einige von der bayerischen Ritterschaft zu

1) A. a. O. f. 64.

2) F. 66. Vgl. oben.

3) A. a. O. f. 58.

einer Unterredung auffordern. Als darauf drei Vertreter derselben im Lager erschienen — wie wir durch eine gelegentliche Bemerkung Sailers<sup>1)</sup> erfahren: zwei Herren von Gumpenberg und der von Wart — bemerkte der Landgraf auch ihnen, die Antwort, die er von der Besatzung erhalten habe, reime sich nicht mit der Zuschrift ihres Herzogs zusammen; er erkläre sich dieselbe daraus, „dass sie mit fremdem kaiserlichen Volke überlegt seien“. Einen solchen Einfluss Guzmans und der Kaiserlichen wollten jedoch die drei Bayern nicht gelten lassen. Sie entschuldigten sich gegenüber dem Landgrafen und erklärten ganz richtig, sie hätten nur geantwortet, was ihnen befohlen worden sei. Mit fremdem Kriegsvolk seien sie nicht dermassen überlegt, dass sie dessen nicht mächtig seien, vielmehr seien sie dessen noch wohl mächtig.<sup>2)</sup>

Noch Tags darauf finden wir den Landgrafen und Schertlin im Lager vor Ingolstadt, aber wenigstens ein Teil des Heeres trat an diesem Tage bereits den Marsch in der Richtung gegen Regensburg an. Bevor auch der Landgraf aufbrach, ritt er am 19., um zu recognosziren, noch hart vor Graben und Wall der Festung,<sup>3)</sup> wurde aber von der Wache angeschrieen, er solle sich weiter davon thun, sonst müsste sie auf ihn schiessen. Das sei eine schöne Neutralität, meinte Schertlin. Aber er sollte sogleich noch Schöneres erleben.

Als nämlich am 20. der Nachtrab mit dem Fuhrwesen des schmalkaldischen Heeres über die Donaubrücke zog, unternahmen Truppen der Ingolstädter Besatzung einen Ausfall, töteten eine Anzahl der Feinde und machten reiche Beute. An hundert Wagen mit Geld, Kriegsvorräten und Lebensmitteln fielen in ihre Hände und bedeuteten für die Schmalkaldener einen empfindlichen Verlust. Zwickhoff<sup>4)</sup> nennt als Truppen,

1) Lenz, Briefwechsel Philipps III, 470. Nach Zwickhoff (Neudruck S. 12) soll auch Guzman an dieser Besprechung teilgenommen haben. Unklar ist Zwickhoffs (S. 13) Angabe, der bayerische Adel habe den Schmalkaldenern auf ihr Begehren freien sicheren Fürtzug zugesagt, aber wegen der kaiserlichen Besatzung nicht versprechen wollen.

2) Herberger, Schertlin, S. 139, 140; Lenz, Rechenschaftsbericht Philipps S. 18. Zum figd. s. Schertlin S. 143, 144.

3) Nach dem Volkslied (v. Liliencron IV, S. 357) wäre dies nächtlicher Weile geschehen.

„Der Landgraf thet sich fügen  
Gen Ingolstat für die Stat,  
Er maint die Stat zu kriegen,  
Er besichtet sie bei der Nacht;  
Es ward im widerraten,  
Zoch gütlich wider ab,  
Im schmecket mit der Praten,  
Er zoch dem Kaiser nach.“

4) Neudruck S. 14. Näheres über diese Quelle s. unten. Nach einem Schreiben der Neuburger Regenten an H. Ottheinrich v. 21. August (Schmalk. Bund II, f. 277v.) waren die Ausfallenden „die Spanier und deutsche Knechte zu Ingolstadt“. Auf diesen Ueberfall bezieht sich Sailers Vorwurf gegen Eck (Lenz III, 470): Wir wissen, was uns die drei Bayern vor Ingolstadt zusagten, was uns aber wenige Tage darauf mit Proviant- und Geldniederwerfen beschah, wissen wir auch.

die an diesem Ueberfall beteiligt waren, nur kaiserliche: Hackenschützen und 300 leichte italienische Reiter, keine Bayern. Bei dem offiziösen Charakter dieser Darstellung ist jedoch dieses Verschweigen nur als ein tendentiöses aufzufassen. Dass auch Bayern beteiligt waren, dafür spricht schon der Befehl, den Herzog Wilhelm nachher erliess, dass die gemachte Beute zurückgestellt werden solle;<sup>1)</sup> denn dass sich dies nur auf eingetauschte oder erhandelte Beute bezog, wäre eine allzu künstliche Auslegung. Im schmalkaldischen Lager war man von der Teilnahme bayerischer Truppen an dem Ueberfall überzeugt und war darüber als einen Bruch der vor wenigen Tagen gemachten Zusagen höchst ungehalten. Am 26. schrieben der Kurfürst von Sachsen und der Landgraf von Hessen aus ihrem Feldlager bei Nassenfels an Herzog Wilhelm,<sup>2)</sup> der Ueberfall, wobei ihre Leute erstochen, erschlagen und bis in die hundert Wagen genommen wurden, sei wider beschehene Zusage, Treue und Glauben aus des Herzogs Stadt Ingolstadt erfolgt und dabei seien nicht allein spanisches, sondern auch herzogliches Kriegsvolk und Bürger aus Ingolstadt gewesen. Der Herzog habe sich zwar zum Schadenersatz erboten; sie haben aber bisher noch nichts davon vermerken können. Sie seien dadurch veranlasst ihre eigene Notdurft und Gelegenheit zu bedenken und fürzuwenden.

Mit der bisherigen Schonung gegen Bayern sollte es also nun auf Seite der Schmalkaldener ein Ende haben. Der Anstoss zu dieser Wendung war erfolgt ohne Zuthun, man wird sogar sagen dürfen: gegen den Wunsch der bayerischen Staatslenker. Der Vorgang traf aber zeitlich zusammen mit dem ausgesprochenen Wunsche des Kaisers, dass die Bayern nun gegen den Feind Ernst zeigen sollten. Am 19. August war vom Herzoge ausser Bonacorso der Hauptmann zu Burghausen, Wolf von Maxlrain, mit einer Werbung beim Kaiser betraut worden.<sup>3)</sup> Die Gesandten hatten darzulegen, dass der Pass auf dem Wasser dem Feinde nicht länger vorenthalten werden könne, dass es auch ratsamer und dem Kaiser nützlicher sei diesen Pass bei Ingolstadt zuzulassen und „sich in Gefährlichkeit gegen den Feind zu legen und zu begeben“. Auf diesem Wege würde Ingolstadt zum Vorteil des Kaisers erhalten. Sollte der Feind Ingolstadt erobern, so würde er dort ein Winterlager gewinnen und alle Unternehmungen des Kaisers stören können. Augenscheinlich befürchtete man, dass die Verweigerung des Passes die Schmalkaldener zum Angriff auf Ingolstadt reizen und dass die Stadt bei dem unvollendeten Zustande ihrer Werke, so lange das kaiserliche Heer entfernt sei, diesem Angriffe vielleicht nicht Stand halten würde. Aus einer von Eck entworfenen Instruktion vom 20. August für die neuerdings an die Schmalkaldener geschickten bayerischen Räte ist zu ersehen, dass der Herzog wirklich schon im Begriffe

1) Briefe und Akten III, 39.

2) Mit den eigenhändigen Unterschriften der beiden Fürsten. Schmalkald. Bundssachen XV, f. 144. Das Schreiben, worin die Fürsten erwähnen, dass ihnen zwei Zuschriften des Herzogs zugekommen seien, ist übrigens in den höflichsten Formen gehalten.

3) Copie ihrer Instruktion a. a. O. XV, f. 73. Bericht des Maxlrainers vom 20. August, f. 119 und Schreiben des Kaisers an den Herzog vom nämlichen Tage, f. 120; vgl. Briefe und Akten I, Nr. 32; v. Druffel, Zwischem S. 69.

war dem Feinde die freie Benutzung der Donau an Ingolstadt vorbei zu gestatten. Wie es scheint, ward dies nur durch den Abzug des Feindes vereitelt. Da die Räte den Feind nicht mehr vor Ingolstadt fanden, kehrten sie nach Hause, ohne ihre Botschaft ausgerichtet zu haben.<sup>1)</sup>

Der Kaiser aber erklärte nun den bayerischen Gesandten entschieden, der Pass auf dem Wasser dürfe den Feinden mit nichten freigegeben werden. Er werde am nächsten Tage sicher aufbrechen und dem Feinde gegen Ingolstadt entgegenrücken. Langquaid, Abensberg, Neustadt sollten die Ziele der drei ersten Tagemärsche sein. Lazarus von Schwendi sandte der Kaiser an den Herzog mit einem Schreiben (20. August, Feldlager vor Regensburg), das die Erwartung aussprach, dass der Herzog dem gemeinsamen Feinde den Pass und Vorteil des Wasserstroms nicht bewilligen, vielmehr den Feind zu Wasser und zu Land abzutreiben helfen und nach seinem Vermögen treu zu ihm halten werde. Des Kaisers Begehren sei, dass sich der Herzog nunmehr gegen des Kaisers Widersacher auch deklarire und erkläre.

Der Augenblick war also gekommen, wo Bayern die ohnedies schon sehr durchlöchernte Maske der Neutralität völlig abwerfen musste. Des Herzogs Erlass an die Ingolstädter sowie der Verkehr der bayerischen Ritterschaft mit den Schmalkaldenern waren zur Kenntnis des Kaisers gekommen und hatten sein Misstrauen erregt. Zwar fand auch er, der Herzog habe weise gehandelt, wenn es nur in der Absicht geschehen sei, das fremde Kriegsvolk aus dem Lande zu bringen, doch klang aus seinen Bemerkungen heraus, dass ihm des Herzogs Verhalten auffallend sei.<sup>2)</sup> Seit die feindlichen Streitkräfte sich Aug' in Auge gegenüberstanden, liessen sich seine und der Bayern Interessen nicht mehr so leicht in Einklang bringen. Um vom Feinde so schonend behandelt zu werden wie bisher, hätten sich die Bayern nun in der That neutral verhalten müssen. Der Schein ihrer Neutralität war bisher auch für den Kaiser vorteilhaft gewesen. Jetzt aber musste der Kaiser vorziehen, dass sie den Bund mit ihm durch Thaten bekräftigten, als dass sie ihn nach wie vor verleugneten.

Mit besserem Rechte als der Kaiser aber war damals der Herzog verstimmt, der das Kriegsunheil mit voller Wucht auf seinem Lande lasten und seine wohlgemeinten Ratschläge seitens des Kaisers durch den Marsch auf Landshut, dann wieder zurück nach Regensburg missachtet sah. In einem Schreiben an Bonacorso hatte er sich in scharfen Ausdrücken über den vom Kaiser bewiesenen Mangel an Vertrauen beschwert.<sup>3)</sup> An diesem Wendepunkte schwankte er nun gleichwohl nicht sich ehrlich auf den Boden der Capitulation zu stellen, wenn er auch eine ausdrückliche Absage an die Schmalkaldener unterliess. „Aber ich habe mich“ — so liess ihn Eck dem Kaiser antworten — „gegen die Feinde so viel deklarirt, dass sie sich bei mir nichts gutes versehen.“ Wäre es in seinem Vermögen gewesen und hätte er die Zeit gehabt, 8—10 000 Mann

1) A. a. O. XV, f. 68—71; v. Druffel, Zwischem S. 67.

2) v. Druffel, Zwischem S. 66 f.

3) v. Druffel, Zwischem S. 66, Anm. 26.

aufzubringen, dann wollte er dem Feinde den Pass über Donau und Lech vielleicht für immer, jedenfalls eine gute Weile verwehrt haben.<sup>1)</sup>

Als der Kaiser am 23. August<sup>2)</sup> Schwendi zum zweitenmale an den Herzog abordnete, beauftragte er ihn zu erklären, Wilhelms Antwort sowohl bezüglich der Deklaration gegen den Feind als bezüglich des Proviantes und sein freundliches, tröstliches Erbieten beständig beim Kaiser verharren zu wollen sei von diesem wohlgefällig vernommen worden und der Kaiser zweifle nicht an der getreuen Ausführung.

Der Herzog hatte den Kaiser in diesen Tagen<sup>3)</sup> über den Abmarsch der Schmalkaldener vor Ingolstadt gegen das Eichstädtische unterrichtet und daran den Rat geknüpft, dass der Kaiser die Brücke zwischen Neuburg und Marxheim abwerfen und wo möglich den Pass zu Neuburg besetzen möge. Der bayerische Wunsch, dass der Kriegsschauplatz so bald als möglich in das pfalz-neuburgische Gebiet verlegt werde, sprach sich hierin deutlich aus. Zugleich erhob der Herzog dringende Klagen über die zuchtlose Aufführung der kaiserlichen Truppen, durch die es verschuldet werde, dass seine Unterthanen von Haus und Hof entflöhen. Nachdem er dem Kaiser zu lieb Land und Leute in Gefahr gesetzt, müsse er nun erleben, dass seine armen Unterthanen durch das kaiserliche Kriegsvolk viel mehr Schaden erleiden als durch den Feind. Der Kaiser antwortete, er trage hohes Missfallen wegen der Ausschweifungen seines Kriegsvolkes, aber bei einer solchen Menge sei es unmöglich jede Unordnung zu verhüten. Die Beschädigung des armen Volkes durch seine Truppen, schrieb er am folgenden Tage,<sup>4)</sup> gehe ihm selbst sehr zu Herzen und er werde mit strengen Strafen einschreiten.

Im kaiserlichen wie im feindlichen Lager stand man damals in Erwartung des Grafen von Büren, der am Niederrhein, in der Gegend von Emmerich und Roermond für den Kaiser Truppen geworben und am 8. August mit diesen den weiten Marsch gegen die Donau angetreten hatte.<sup>5)</sup> In beiden Lagern glaubte man ihn näher gerückt, als es thatsächlich geschehen war. Auf die Kunde vom Rückmarsch des Kaisers nach Regensburg beschlossen daher die Schmalkaldener seine Vereinigung mit Büren wo möglich zu hindern und darum nördlich der Donau in der Richtung gegen Regensburg vorzurücken, um Büren getrennt zu schlagen oder auch, wenn der Kaiser eine Diversion gegen Sachsen beabsichtige, dieser zu begegnen. In diesen noch nicht ausgesogenen Landstrichen hofften sie auch ihr Heer leichter verpflegen zu können. Auf diesem Marsche berührten die Schmalkaldener im Gericht Riedenburg auch bayerisches

1) „Wie E. K. M. auch geraten, aber aus Ursachen durch E. K. M. abgeschlagen wurde.“ v. Druffel a. a. O. S. 69 fgd. Bei der letzteren Aeusserung liegt ein Missverständnis nahe; man darf den Rat nur darauf beziehen, dass der Kaiser den Schmalkaldenern schon beim Uebergang über Lech und Donau entgegentreten sollte.

2) Schmalkald. Kriegsachen XV, f. 132 fgd.

3) 21. u. 23. August. A. a. O. f. 127, 129 (Druffel Nr. 38).

4) 24. August. A. a. O. f. 140.

5) Vgl. v. Druffel, Zwichems Tagebuch S. 59.

Gebiet und hausten hier mit Plünderung so schlimm wie in Feindesland. Aber schon am 22., da sie bis Breitenbrunn zwischen Dietfurt und Parsberg gekommen waren, änderten sie auf die Nachricht vom Aufbruch des Kaisers von Regensburg gegen Westen ihren Plan und beschlossen nach Ingolstadt zurückzukehren, wie man im kaiserlichen Lager annahm, getrieben durch die Sorge von der Donau abgeschnitten zu werden.<sup>1)</sup> Der Rückmarsch des Heeres vollzog sich in grosser Unordnung.

Der Kaiser hatte mit seinen Truppen das Lager bei Regensburg am 21. verlassen und rückte über Langquaid (21.), also weit landeinwärts, Abensberg (22.), Neustadt (23.) die Donau aufwärts. Eck liess durch Bonacorso den Rat erteilen, der Kaiser möge auf dem rechten Donauufer auf Geisenfeld und Ingolstadt ziehen; dort werde er mit seinem Kriegsvolk sicher liegen, habe die Donau vor sich und das bayerische Kriegsvolk und Geschütz in Ingolstadt zu seiner Hilfe.<sup>2)</sup> Der Kaiser aber hatte eben (24.) die Donau überschritten und sich bei Irnsing gelagert. Er antwortete, er habe den Rat mit freundlicher Meinung verstanden, aber der Uebergang auf das linke Ufer sei bereits vollzogen. In der Hauptsache kam es dann doch so, wie Eck riet und wünschte: zum Zusammenstoss der Heere vor Ingolstadt. Dafür sprachen vom bayerischen Standpunkte aus nicht nur militärische, sondern auch politische Erwägungen. Der Kaiser hatte bereits angedeutet, dass er die Hilfe der bayerischen Streitkräfte nunmehr beanspruchen würde. Gegenüber den Schmalkaldenern wie den eigenen unzufriedenen Landsassen musste man wünschen, dass der Kampf auf bayerischem Boden stattfinde, da sich der Anteil der Bayern dann als Verteidigung der Heimat stempeln liess. Wilhelm hob auch hervor, dass bei einem Zusammenstoss vor Ingolstadt die Geschütze der Festung würden eingreifen können.

Da man nun vor dem Zusammenstoss mit dem Feinde stand, machte der Kaiser den Versuch bayerische Truppen unter seinen uneingeschränkten Befehl zu bringen. Am 23. August begehrte er vom Herzog schriftlich,<sup>3)</sup> dass dieser seine Reisigen, die er zu Ingolstadt und anderen Orten liegen habe, ihm zuschicke und denselben befehle beim Kaiser zu bleiben und auf ihn zu warten, d. h. ihm zu gehorchen. Besolden und unterhalten möge sie der Herzog von den 50 000 fl., die er dem Kaiser für diesen Feldzug bewilligt habe. Schwendi trug dieses Anliegen auch mündlich vor und am 24. August wiederholte es der Kaiser in einem Briefe aus dem Feldlager bei Neustadt.<sup>4)</sup> Das Ansinnen ging zweifellos über das hinaus, was der Herzog in der Regensburger Capitulation zugesagt hatte, und sowohl mit Rücksicht auf diesen Vertrag als auf die Stimmung seines Adels handelte der Herzog korrekt, wenn er die Forderung in der Form, wie sie gestellt war, ablehnte. Am 25. antwortete er,<sup>5)</sup> seine Reiter könne er

1) Zwichem; v. Druffel S. 56. Für alles Strategische und Militärische sei auf die eingehenden Erläuterungen v. Druffels zu Zwichems Tagebuch verwiesen.

2) Schmalkald. Kriegsachen XV, f. 140.

3) A. a. O. f. 133.

4) A. a. O. f. 140.

5) A. a. O. f. 136; v. Druffel, Briefe und Akten Nr. 38.

nicht nach Wunsch des Kaisers ihm zuschicken, denn es seien Land- und Lehensleute, die kraft alter Privilegien nicht ausser Landes verwendet werden dürften. Die Capitulation besage, dass wie König Ferdinand so auch er seine eigenen Lande gut bewahren solle. Indem er von Versuchen der Schmalkaldener sprach den gemeinen Mann in Bayern zum Aufruhr zu bringen, liess er durchblicken, wie notwendig es sei, dass er seine Streitkräfte selbst in der Hand behalte. Wollte der Kaiser aber etwa bei Ingolstadt sich schlagen, so würden seine Landsassen gern helfen. Zugleich hob er hervor, wie grosse Verdienste er sich bereits um die kaiserliche Sache erworben habe, indem er den Feind, der auf die Nachricht vom Zuge des Kaisers nach Landshut stracks dorthin rücken wollte, durch Unterhandlungen ein über das anderemal, im ganzen drei Wochen lang aufgehalten habe. Der Landgraf habe sich offen darüber beklagt. Auch habe er dem Feinde den Pass, zu Wasser und zu Land, abgestriekt. Einer weiteren Deklaration von seiner Seite bedürfe es nicht, wie schon daraus zu ersehen, dass der Feind nunmehr gegen ihn zwar ohne Brand, aber mit Plünderung, wie in offener Fehde gebräuchlich, vorgehe.

Des Kaisers Antwort<sup>1)</sup> lautete einlenkend, liess jedoch eine Differenz der Anschauungen bestehen. Er wollte die Reiter nicht in der Absicht begehrt haben dieselben ausserhalb des Fürstentums in fremde oder weit entlegene Lande zu führen, sondern nur für den Fall, wenn sich Gelegenheit zum Kampfe im Fürstentume des Herzogs „oder in den anrainenden Landen“ ergeben würde. Noch hege er die Zuversicht, dass die Reiter ihm in diesem Falle helfen würden.

Seit dem 28. August lagen beide Heere vor Ingolstadt, das kaiserliche im inneren Bogen, an die Festung gelehnt, die sich nun dem Kaiser so nützlich erwies, als wäre sie sein gewesen, die Schmalkaldener in weitem Halbkreis im Westen und Nordwesten. Eine noch wichtigere Rolle hätte die Festung gespielt, wäre Ecks Rat befolgt worden, dass sich das kaiserliche Heer in die Stadt zurückziehe und zwischen beiden Donauarmen Stellung nehme. Bonacorso aber hatte in der Voraussicht, damit kein Gehör zu finden, Ecks Auftrag gar nicht ausgerichtet.<sup>2)</sup> Ein grosser Holzschnitt, den Herzog Wilhelms Hofmaler Hans Müllich damals vom Ingolstädter Frauenturm aus zeichnete, führt uns das bewegte Kriegsleben vor Augen, das in diesen Tagen im Lager und in der Stadt herrschte. Wir sehen das Getümmel der Landsknechte vor und hinter den Mauern, sehen den „Proviantplatz“ und die „Markadentgasse“ daneben, hoch zu Ross unter wehenden Fähnchen den dichtgedrängten Schlachthaufen des bayerischen Adels. Die Kaiserlichen warfen Verschanzungen auf, wozu auch grosse, mit Erde gefüllte Bier- und Weinfässer aus der Stadt verwendet wurden. Die Brustwehr war aber im allgemeinen kaum drei Fuss hoch, als die Schmalkaldener am 31. August aus ihren sämtlichen Geschützen — nach Bemelberg 114 — eine Beschiessung eröffneten, wie sie bisher in der Kriegsgeschichte noch nicht erhört war. Vier Tage währte der

1) Vom 25. August aus dem Lager bei Pföding, a. a. O. f. 142; v. Druffel, Briefe u. Akten Nr. 39.

2) v. Druffel, Zwischem S. 91.

Geschützkampf, während dessen nach einem bayerischen Bericht<sup>1)</sup> 2765 grosse Kugeln in das kaiserliche Lager und die Stadt geschossen wurden. Indessen lieferten sich zwischen beiden Lagern die Gegner kleine Scharmützel; die leichteren Truppen der Italiener und Spanier thaten sich hier auf kaiserlicher Seite hervor. Im heftigsten Kugelregen sah man den Kaiser unerschrocken umherreiten, die Seinigen ermunternd und lobend. Der junge Erzherzog Maximilian sandte eine 36 pfündige eiserne Kugel, die, ohne zu schaden, durch sein Zelt geflogen war, während man ihn wappnete, als Beutepfennig an seine Schwester, die Herzogin Anna, nach München. Die Verluste, auf keiner Seite sehr bedeutend, waren doch auf der kaiserlichen grösser als beim Gegner, wie ja auch die kaiserliche Artillerie — nach Bonacorso nur 49, auch nach der höchsten Angabe nur 80 Geschütze<sup>2)</sup> — weit schwächer war.

Man kann diesen Geschützkampf mit der Kanonade von Valmy vergleichen: beide bezeichneten die Krisis des Feldzugs. Von da an, urteilt Zwickhoff,<sup>3)</sup> hat alle Hoffnung und Macht der Feinde von Tag zu Tag mehr abgenommen. Es war dies die bayerische Auffassung der Dinge, die Eck später gegenüber dem Cardinal Otto in folgende Worte kleidete: „Was Ingolstadt nebst den getreuen Handlungen Herzog Wilhelms dem Kaiser genützt und wie es der Anfang aller kaiserlichen Victori gewesen, ist unnötig zu erzählen, denn Ihre Majestät selbst und alle Kriegsverständigen werden dem nicht widersprechen mögen.“<sup>4)</sup> Dass aber diese bayerische Auffassung auch die richtige war, beweist der weitere Verlauf, beweisen auch die Vorwürfe, die Sailer aus Anlass der Ingolstädter Vorgänge gegen Bayern richtete. Indem die Schmalkaldener keinen Angriff wagten, gaben sie den Sieg aus der Hand und verschufen dem Kaiser das moralische Uebergewicht. Was sie zurückhielt, war nach einer Stimme aus ihrem eigenen Lager<sup>5)</sup> eben die Scheu vor der Festung. Vorher war der Kurfürst von Sachsen, der Bayern nie getraut hatte, im allgemeinen für einen Angriff auf dieses Land gewesen,<sup>6)</sup> während Landgraf Philipp, in Folge seiner vertraulichen Beziehungen zum

1) Beschreibung des Müllich'schen Holzschnittes, gedruckt in München, durch Christoph Zwickhoff u. Hans Müllich, Maler (Neudruck Ingolstadt 1867 unter dem Titel: Belagerung Ingolstadts durch die Schmalkaldische Armee). Zwickhoff ist als Verfasser des beschreibenden Textes zu betrachten und ist zweifellos identisch mit dem Diener Herzog Wilhelms Christoph Zwickopf aus Trient, der in einem Schreiben des Herzogs vom 29. Januar 1549 (Reichsarchiv, Fürstensachen XXIV, f. 472) erwähnt wird. Der offiziöse Charakter der Darstellung kann nach dieser Feststellung nicht bezweifelt werden und lässt manche Angaben erst im richtigen Lichte erscheinen.

2) v. Druffel, Tagebuch des V. v. Z. S. 268. Neben dieser Geschützzahl muss jedoch die Angabe von 5000 Pferden für Artillerie und Munition als ganz unverhältnissmässig erscheinen.

3) Beschreibung des Müllich'schen Holzschnittes S. 3.

4) Briefe und Akten III, S. 43.

5) Lenz, Der Rechenschaftsbericht Philipps d. Grossmütigen über d. Donaufeldzug v. 1546 u. seine Quellen, S. 27, 7.

6) Auch ein Gutachten aus Weimar vom 23. August empfahl dem Kurfürsten „auf Bayern zu verharren und das zu bezwingen“. Sei Bayern bezwungen, so werde er in ganz Deutschland keinen Widerstand mehr finden. Hortleder, S. 427.

Herzog, sich widersetzte. Der letztere machte später geltend, welches Verdienst er sich um Bayern erworben, da er, im Widerspruch gegen andere, die Schonung dieses Landes durchgesetzt habe. Ob er so weit ging, aus Rücksicht auf Bayern die Schlacht vor Ingolstadt und den Angriff auf die Festung zu widerraten, bleibt bei dem Widerspruch der Berichte zweifelhaft; eine Nachricht besagt allerdings, dass der Landgraf angreifen wollte, während der Kurfürst und die Kriegsräte „die Stadt und den Wall bedachten“.¹)

Der bayerische Büchsenmeister Hans Frank hatte mit grosser Mühe eine Not- schlange auf den Turm der Ingolstädter Frauenkirche schaffen lassen. Aus dieser wurden Schüsse in das Schmalkaldische Lager abgegeben, wie auch von den Geschützen der Wälle zwar kein regelmässiges Feuer unterhalten, doch etlichemale allzu keck vor- dringende feindliche Haufen zurückgewiesen wurden.²)

„O Ingolstat, du gemaurtes Haus,  
Das hett ich dir doch nit vertraut,  
Dass du zu mir hetst geschossen.“³)

Noch mehr aber: die bayerische Landsassenreiterei, 700—800 Pferde stark, stand während des Geschützkampfes in der kaiserlichen Schlachtlinie. Auf dem äussersten rechten Flügel stellte sie die Verbindung zwischen der Stadt und den kaiserlichen Schanzen her. Gegenüber den wegwerfenden Urteilen des Kaisers, Avila's und anderer kaiserlich gesinnter Berichterstatter darf man also betonen, dass Bayern für den Kaiser immerhin mehr leistete, als ihm der Bundesvertrag auferlegte. Wilhelm selbst hatte in einem früheren Bescheid an Gumpenberg an dem Standpunkt festgehalten, dass seine Reisigen „nicht in einem Feldzug, sondern in seiner Stadt Ingolstadt zu deren Verwahrung liegen“.⁴) Bei der Stimmung des bayerischen Adels kann es nun nicht überraschen, dass mehrere der Landsassen sich weigerten, in der kaiserlichen Schlacht- linie sich verwenden zu lassen. Einige reichten eine Beschwerdeschrift ein, worin sie

1) Anders lautet eine Kundschaft vom 8. Sept. in den Schmalk. Kriegssachen XIII, f. 110 figd.: „Mir ist im Vertrauen angezeigt worden, wie der Kurfürst bedacht sei heimziehen und sei des Schertls Rat gewesen, den Tag, da man also geschossen habe, sollte man gleich in das Lager gefallen sein, aber Sachsen und Hessen sind nicht lustig gewesen. Sachsen soll gesagt haben, er wolle nicht Blut vergiessen, soll Landgraf gesagt haben: Sie halten wie die Berg', es will ihrer keiner vorm Schiessen nicht weichen. Man sagt sonst, es soll der Landgraf und Schertl sonst anderer Sachen halber uneins worden sein.“ Nach Kilian Leib (Döllinger, Beiträge II, 611) äusserte Schertlin zum Landgrafen vor Ingolstadt, als sich der Kaiser noch nicht verschanzt hatte: „Wenn wir heute den Kaiser nicht besiegen, werden wir ihn nie besiegen, und ein landgräflicher Trom- peter sagte später vor dem Herzog von Alba aus, Schertlin sei mit dem Landgrafen hart an ein- ander geraten, da er diesem vorwarf, dass er vor Ingolstadt seinem Rate, den Kaiser anzugreifen, nicht gefolgt sei. S. Bonacorsos Bericht bei Druffel, Zwischem S. 189, Anm. 36.

2) Vgl. v. Druffel, Zwischem S. 276. Dass aus den schweren Geschützen aus der Stadt auf den Feind geschossen wurde, meldet auch der Bericht, den Voigt, Die Geschichtschreibung über den schmalkaldischen Krieg, aus dem Königsberger Archiv mitgeteilt hat; s. S. 751.

3) Volkslied auf die Beschiessung vor Ingolstadt; v. Liliencron IV, S. 354.

4) 12. Aug. 1546. Reichsarchiv, Musterungen Bd. 35, f. 250.

erklärten, ohne Bewilligung der Landschaft seien sie nicht verpflichtet, sich gegen einen Feind einzulassen.<sup>1)</sup>

Berlichingen berichtete an den Herzog, wie sich etliche der Reisingen ungehorsam gehalten hätten, worauf Wilhelm (4. Sept.) diesen eine ernste Rüge erteilte und anordnete, dass Bonacorso und Preising dem Kaiser seinen an Berlichingen gerichteten Bescheid vorläsen, damit dieser ersähe, dass der Herzog an dem Ungehorsam seiner Landleute Missfallen trage.<sup>2)</sup>

Einen neuen Erfolg für die Kaiserlichen bedeutete es, dass die Schmalkaldener, wiewohl sie zu diesem Zweck am 4. September von Ingolstadt aufgebrochen und gegen Wemding gerückt waren, die Vereinigung Bürens mit dem Kaiser nicht hindern konnten. Dieselbe vollzog sich am 15. September und in den folgenden Tagen bei Ingolstadt und brachte das kaiserliche Heer auf eine Stärke von 50000 Mann zu Fuss und 14000 Pferden. Seit dem 9. September herrschte im Ingolstädter Lager die rote Ruhr, wie auch an anderen Orten in Bayern im Gefolge der durchziehenden Spanier epidemische Krankheiten auftraten. Auch damals fehlte es nicht an Vorgängen, in denen sich die antikaiserliche Strömung im bayerischen Heere aussprach. Als der Kaiser mit dem Herrn von der Leiter, dem herzoglichen Pfleger in Ingolstadt, wegen der Aufnahme des schwerkranken Cardinals Alexander Farnese im Schlosse Ingolstadt verhandeln liess, schlug der Pfleger das Ansinnen ab, indem er sich auf den Herzog entschuldigte. Der Kaiser musste selbst mit dem Pfleger sprechen und ihn mit der Vertröstung, es beim Herzoge zu verantworten, zur Aufnahme des Cardinals bewegen.<sup>3)</sup> Und als der Herzog dem Kaiser fünf Stücke seines Ingolstädter Geschützes abtrat, weigerten sich die bayerischen Befehlshaber, die dazugehörige Munition dem Kaiser zu verabfolgen.<sup>4)</sup>

Um diese Zeit (im September 1546)<sup>5)</sup> erschien unter dem verhüllten Namen H. S. eine Schrift gegen die Führer der Schmalkaldener, worin die kaiserliche Politik gerechtfertigt, Luther und die von den Protestanten vollzogenen Säkularisationen scharf bekämpft wurden. Es sei zuletzt so weit gekommen, dass ein Dorfschultheiss sich mehr Gewalt angemasst habe als Kaiser und König, und dem Kaiser nichts anderes

1) Vgl. v. Druffel, Briefe und Akten I, S. 18, 19; III, 39. Guzmans Zeugnis in den Venetianischen Depeschen I, 664. Eine Nachricht vom 1. Sept. aus Ingolstadt besagte, die Landsassen beschwerten sich hart darüber, dass ihnen befohlen worden, der K. Maj. Beistand zu thun. Schmalk. Kriegssachen XIII, f. 96.

2) Reichsarchiv. Musterungen, Bd. 35, f. 245.

3) Der Kaiser im Feldlager bei Ingolstadt an H. Wilhelm 13. Sept. Schmalkaldische Bundsachen XV, f. 147.

4) Der Kaiser bat den Herzog ihnen dies zu befehlen. 14. Sept.; a. a. O. f. 149.

5) Die Jahrzahl 1564 bei Hortleder (1645) II, 468, wo die Schrift gedruckt ist, ist Druckfehler statt 1546. Sailers Aeusserung s. bei Lenz III, 471. Die Antwort ist datirt vom 12. Nov. 1546 und betitelt: Antwort auf den Sendbrief, so H. S. in der Bapisten Leger ainem guten Freundt vom yetzigen Krieg geschriben hatt. Durch P. C. D. 4 Bogen in 4<sup>o</sup>. München, Staatsbibliothek. Bei Strobel, Beiträge 197, findet man nicht, wie nach Lenz anzunehmen, die Schrift wieder abgedruckt, sondern nur deren Titel und einen Satz Inhaltsangabe.

mehr übrig geblieben als endlich zum Schwert zu greifen. Dass er sich vom Papst und anderen fremden Nationen helfen lasse, daran sei nur der Deutschen Untreue und Misstrauen Schuld. „Es steht keinem Kinde zu, dass es dem Vater die Ruten mache oder anzeige, wie gross oder klein die sein solle.“ Die Schrift rief in protestantischen Kreisen tiefe Erbitterung hervor, Sailer schickte sie an Eck und bemerkte, dass man ihn und seinen Herzog im Verdacht habe, dass sie derselben nicht fern stünden. Hättet ihr uns, schrieb Sailer an Eck, von der Wurst nur einen Zipfel geben, so wäre das Vertrauen noch geblieben. Auf die Antwort aus dem protestantischen Lager brauchte man nicht lange zu warten, sie war voll von den gewohnten Schmähungen gegen Rom, „die sodomitische Hure“, und verschonte auch Bayern nicht mit heftigen Angriffen.

Gleichzeitig verstimmte die Schmalkaldener ein unzweideutiger Beweis katholischen Eifers auf Seite Wilhelms. Auf dessen Einladung predigte im Herbst der Augustiner Johannes Hoffmeister, seit Juli Generalvikar seines Ordens für ganz Deutschland, etwa zwei Monate lang mit grossem Erfolg in München. Mehrere dieser Predigten liess Hoffmeister drucken; drei derselben widmete er der Aebtissin von Obermünster, Frau Barbara von Sandizell. Hoffmeister bekämpfte die Protestanten aufs heftigste und hatte sich ihnen eben als rücksichtsloser Gegner Bucers in dem Regensburger Religionsgespräche besonders missliebig gemacht — Sailer geht so weit, ihn einen „schamlichen, leichtfertigen Buben“ zu nennen.<sup>1)</sup>

Alles dies traf zusammen mit der Haltung der Bayern in Ingolstadt, welche die Schmalkaldener schmerzlich enttäuschte. Wir wissen, schrieb Sailer an Eck,<sup>2)</sup> dass euer Handlungen dort mit euren Zuschriften nicht in Einklang standen, wir wissen, dass vom Wall und Kirchturm aus auf die unsern geschossen wurde, wir wissen, dass nur die Festung uns verhindert hat, einen Vorteil über den Feind zu erringen. Trotzdem währten die Beziehungen zwischen Eck und Sailer und durch dessen Vermittlung mit dem Landgrafen auch nach diesen kritischen Wochen fort. So herbe Worte auch fallen, man empfängt den Eindruck, dass alte Freunde miteinander verkehren, die trotz allem, was sich zwischen sie gestellt hat, nicht ganz von einander lassen können. Das Band, das alle Störungen überdauerte, war die gemeinsame Angst vor schrankenloser Uebermacht des Kaisers. Ecks Aeusserungen gegen Sailer sind nach wie vor als ein Gemisch von Heuchelei und Aufrichtigkeit aufzufassen. In Vermittlungsvorschlägen suchte er nun das Mittel zugleich die Hessen zu besänftigen und mit ihnen in Fühlung zu bleiben. Am 10. September schrieb er an Sailer, es sei jetzt unnötig, sich gegenseitig Vorwürfe zu machen. Das Ende, fügte er melancholisch hinzu, sei

1) Lenz III 471 (vgl. 383), zu erläutern durch die Nachrichten bei Paulus, Der Augustinermonch Joh. Hoffmeister (1891), S. 229 fgd.

2) Im November; Lenz III, 470. Vgl. dazu die Aeusserungen v. 17. Sept., S. 454. Die Schmalkaldener hätten sich längst geschlagen, meinte S. damals, wäre nicht Ingolstadt gewesen oder hätten sie, wie etliche gern sahen, nicht diese Festung anfangs verschont. Zum fgd. s. die Correspondenzen Ecks, Sailers und des Landgrafen Philipp a. a. O. S. 451—478.

das von ihm oft vorhergesagte Verderben aller. Er bestand darauf, dass sein Herr nur gezwungen gehandelt habe; in seiner Lage hätte kein Fürst anders handeln können. Als Grundlage der Vermittlung, zu der sich nun Bayern erbot, bezeichnete er, dass beide Parteien ihr Kriegsvolk verabschieden, der Kaiser eine Amnestie erlassen, ein Reichstag, und wenn man sich dort nicht vergleichen könne, ein freies, in Deutschland zu versammelndes Concil den Ausgleich zwischen den Religionsparteien in die Hand nehmen sollte. Dass Eck bei diesen Vorschlägen selbst an die Möglichkeit der Ausführung glaubte, darf man billig bezweifeln. Neuburg, das Bayern als Siegespreis begehrte, war damals noch nicht erobert. Ehe es gefallen war, lässt sich nicht annehmen, dass irgend welche Vermittlungsanträge Ecks ernst gemeint waren.

Sailer war denn auch einsichtig genug, nichts von diesen Vorschlägen zu halten, aber es lief wiederum etwas von Optimismus unter, wenn er sie als ein Zeichen begrüßte, dass die Bayern erschrocken und der Dinge müde seien. Besser, dass sein Herr von diesen Artikeln gar nichts erfahre, antwortete er (17. Sept.); der würde sonst gar zu unwillig werden. Wie könnten sie das Kriegsvolk entlassen, ehe sie feste Zusicherungen hätten! Und anderseits: wie könnten sie sich auf Zusagen des Kaisers verlassen! Das gebrannte Kind scheue das Feuer! Sie wüssten, dass es auf die Ausrottung der wahren Religion abgesehen sei. Die Gegenvorschläge des Landgrafen, die Sailer jedoch nur als seine Privatansicht übermitteln sollte, besagten: Kaiser, König und Stände sollen bewilligen, dass jedermann frei bei der lutherischen Religion bleiben und dieselbe annehmen dürfe. Die Kriegskosten sollen etliche geistlichen Stände bezahlen, die diesen Krieg ohne Ursache herbeigeführt haben. Der Kaiser soll erklären, dass fortan kein Fürst oder Reichsstand ohne vorhergegangenes genügendes Verhör in die Acht erklärt und dass gegen ihn nicht ohne Beschluss aller Reichsstände vorgegangen werden dürfe. Eine Vermittlung auf solcher Grundlage erklärte nun wiederum Eck als unmöglich und die Unterhandlungen wurden zunächst abgebrochen, nachdem Eck nochmals den Vorschlag der Gewissensfreiheit für die Unterthanen katholischer Stände abgewiesen hatte. Nach seiner Meinung wäre dies kein gleiches Spiel gewesen, da die Protestanten doch verlangen, dass ihre Unterthanen glauben, „was sie ihnen vormalen“. Wollte man seinen Vorschlag annehmen, dass in der Religion Gleichheit auf beiden Teilen sein solle, dann würde sein Herr getreulich für den Frieden thätig sein.

Immer wieder kam Sailer in seinen Berichten an den Landgrafen auf die grosse Angst und Erschrockenheit zurück, die jetzt auf bayerischer Seite herrsche. Es lag in Ecks Interesse diese Stimmung, an der es ja allerdings nicht gefehlt haben wird, stark hervortreten zu lassen, da dies seine Versicherung, dass die bayerische Politik eine erzwungene sei, stützen und sein Entgegenkommen gegen den Landgrafen als ein aufrichtiges erscheinen lassen konnte. Wiederholt schlug nun Sailer, als ob er dadurch seine frühere Vertrauensseligkeit gut machen wollte, einen Einfall der Schmalkaldener über den Lech nach Bayern vor. „Dann könnten wir den Kaiserlichen den Proviant abstricken, den Kaiser aus seinem Vorteil drängen und gegen Bayern eine Furcht machen.“ Besonders auf die bayerische Landschaft, meinte er, würde dadurch ein

wohlthätiger Druck geübt; sie würde zu ihrem Herrn schicken und begehren, dass er sie nicht mit sich ins Verderben ziehen möge. Die bayerische Ritterschaft und Landschaft klage heftig über die Kaiserlichen und gebe Eck allein die Schuld, dass er sie ins Land gelassen habe. Eine Schilderung, die wohl der Wahrheit entsprach, da ja die grosse Menge in der Bedrängnis immer einen Sündenbock sucht. Von den bayerischen Bauern werde Tag für Tag eine Anzahl Spanier tot geschlagen. Auch der gemeine Mann und die Bürgerschaft zu München seien gut schmalkaldisch gesinnt. Um sie abzuschrecken, habe man das Gerücht ausgesprengt, im schmalkaldischen Lager sei die Munition und das Geld zur Bezahlung der Truppen ausgegangen und Meuterei ausgebrochen. Einzelne Gesinnungsgenossen unter dem bayerischen Adel unterhielten mit Sailer auch jetzt noch Verbindungen. Ende November schickten ihm „die ehrlichen Leute“, der von Haslang,<sup>1)</sup> v. Weichs, v. Seiboldsdorf, von Friedberg nach Augsburg herein Mitteilung über die Plünderung und Niederwerfung bayerischer Unterthanen bei Friedberg durch Augsburger Reiter.

Am 18. September verliess der Kaiser Ingolstadt mit der Empfehlung an den zurückgelassenen Berlichingen dort als guter Hausvater zu wirken. Ausser einigen kaiserlichen Truppen blieben der bayerische Adel und zwei Fähnlein Landvolk in der Festung zurück. In allen Grenzplätzen mussten die bayerischen Besatzungen noch bis in den Winter hinein in voller Stärke aufgeboten und auf ihrer Hut bleiben. Rain war vom Feinde ohne Kampf geräumt, von kaiserlichen Truppen besetzt und am 18. September von deren Befehlshaber Wolf Hochmut von Marbach dem Herzoge Wilhelm ausgeantwortet worden.<sup>2)</sup> Bayerische Geschütze folgten dem Kaiser ins Feld.<sup>3)</sup> Abgesehen davon aber haben sich bayerische Streitkräfte, so viel wir sehen, am weiteren Kriege nicht beteiligt,<sup>4)</sup> dessen Schauplatz nun zu Herzog Wilhelms Befriedigung zunächst die pfalz-neuburgischen Lande wurden.

Dort bestand das eigentümliche Verhältnis, dass die Regenten, während kein Fürst an ihrer Spitze stand, von zwei verschiedenen Fürsten Weisungen einzogen, sowohl von Ottheinrich, dem abgehausten Landesherrn, als vom Kurfürsten Friedrich, der für die Zeit der Regentschaft als „Erbschutzherr“ des Landes bestellt war.<sup>5)</sup>

1) Dieser ist zu verstehen unter „Hislang“, a. a. O. S. 465.

2) v. Druffel, Zwichem, S. 117; Venetianische Depeschen II, 9.

3) Wie man u. a. daraus schliessen darf, dass Bonacorso am 1. Nov. dahin zu wirken versprach, dass die bayerischen Geschütze in Bayern verblieben. v. Druffel, Zwichem S. 177.

4) Hans Paul v. Gumpfenberg, der am 25. Sept. in einem Recognoscirungsgefecht vor Kaimheim fiel (a. a. O. S. 96, 126), war dem kaiserlichen Heere als landeskundiger Führer gefolgt. Venetianische Depeschen II, 24.

5) Dies erhellt aus Akten des Reichsarchivs, die ich für das folgende mehrfach benutzt habe, ohne die unfoliirten Bündel im einzelnen citiren zu können. Sie sind betitelt: Pfalz-Neuburg, A. V. Nr. 1. Kriegshandlung und in specie die Einnahme Neuburgs betr. Nr. 181 u. 182, ferner Nr. 57 Akt, die vom Kaiser geschehene Einnahme der Neuburgischen Landschaft, auch der Stadt Neuburg betr.

Ottheinrich hätte den Beitritt des Landes zum schmalkaldischen Bund gewünscht, während der Kurfürst ihn widerriet und die Weisung gab sich neutral zu halten.<sup>1)</sup> In der That waren der Neuburger Statthalter, der junge Hans Kraft von Festenberg und die Regenten dem Bunde nicht beigetreten. Aber sie waren schmalkaldisch gesinnt, hatten den schmalkaldischen Truppen ihre Plätze geöffnet und alles gethan, ihre Unternehmungen zu fördern. Durch den Eifer ihrer schmalkaldischen Gesinnung thaten sich unter den Regenten zwei geborene Bayern, die Brüder Christoph und Gabriel Arnold, der erstere Kanzleiverweser, der andere Rentmeister, besonders hervor. Vergebens hatte Herzog Wilhelm am 26. Juli<sup>2)</sup> kraft der zwischen den Fürsten von Bayern bestehenden Erbeinung von den Regenten verlangt, dass sie alle Pässe und Brücken in solcher Acht haben sollten, dass ihm und den Seinigen kein Schaden erwüchse, indem er sie zugleich für den letzteren verantwortlich machte. Jetzt (8. Sept.) richteten die Regenten an den Kurfürsten Friedrich die Erklärung, sie seien bereit in den schmalkaldischen Bund einzutreten und hielten das Land ohne diesen Schritt verloren.<sup>3)</sup>

Eine Nachricht aus Neuburg, die ins kaiserliche Lager kam, besagte, dass die schmalkaldische Besatzung die Stadt am 8. September geräumt habe, um zum Heere des Landgrafen zu stossen, und dass die Stadt nur mehr von Landvolk besetzt sei. Auf dies stellte Bonacorso, der nach wie vor dem kaiserlichen Heere als Vertreter der bayerischen Interessen und Wünsche folgte, daneben aber nun auch in kaiserlichen Dienst getreten war,<sup>4)</sup> dem Kaiser vor, dass ein Angriff auf Neuburg nunmehr für ihn wie das ganze Unternehmen am vorteilhaftesten sei. In diesem Sinne bearbeitete der Gesandte mit Erfolg auch den Marquis von Marignan und den kranken Cardinal Farnese. Seinem Collegen und Antipoden Eck machte er damals den Vorwurf, dass er nicht eifrig genug nach Neuburg trachte. „Ihr mögt eine ganze Landschaft und den Schlüssel zu eurem Fürstentum mit einem guten löblichen Titel zuweg bringen und zweifelt dennoch, ob ihr es annehmen sollt!“ Dieser Vorwurf war sicher grundlos, Eck wollte wahrscheinlich nur ein allzu ungestümes Drängen vermeiden, hinter dem der Eigennutz deutlich hervorschaute. Er liess damals durch Bonacorso dem Kaiser ein Gutachten über Neuburg überreichen, von dem dieser mit Befriedigung Kenntnis nahm. Ein Kundschaftsritt, den Bonacorso selbst mit dem Grafen von Solms am 13. September ausführt, ergab, dass die frühere Nachricht falsch war und dass noch vier Fähnlein schmalkaldischer Truppen in Neuburg lagen. Da aber die Schmalkaldener die Stadt ohne weitere Unterstützung liessen, war ihr Schicksal besiegelt. Die Regenten

1) S. auch v. Druffel, Zwichem, S. 31, Anm. 5.

2) Schmalk. Bund (St. A.) II, f. 263.

3) Zum figd. s. die Belege bei v. Druffel, Zwichem S. 94, 95, 108, 111, 113 figd., 121.

4) Er wurde zur Auffindung von Führern und Spionen und in Privatangelegenheiten des Kaisers verwendet und bezog gegen die Verpflichtung sechs Pferde zu halten einen Monatssold von 130 Scudi. Das Schertlin entzogene Burtenbach war ihm zugedacht, ohne dass die Uebergabe zur Ausführung kam. Venetianische Depeschen II, 162, 371.

scheinen das selbst gefühlt zu haben, sie schrieben dem Kaiser, dass sie keiner der Parteien wehren und dem Kaiser freien Pass einräumen wollten, baten aber zugleich der Pfalz das Ihrige zu lassen. Noch rechtzeitig ergriffen sie dann die Flucht nach Lauingen.

Der Kaiser liess sein Heer, nachdem er die neu angekommenen Truppen Bürens am 17. September vor Ingolstadt in Schlachtordnung gemustert hatte, noch am selben Tage über die Donau und Tags darauf vor Neuburg rücken. Er verlangte zuerst Ergebung der Besatzung auf Gnade und Ungnade, liess ihr aber dann durch den Herzog von Alba gegen Waffenstreckung und das Versprechen nie wieder gegen ihn zu dienen freien Abzug zusichern. Darauf wurde die Stadt noch am 18. von den kaiserlichen Truppen besetzt. Das mit reichen Kunstschatzen und kostbarer Einrichtung ausgestattete pfalzgräfliche Schloss wurde von den Truppen geplündert, zur grossen Unzufriedenheit des Kaisers,<sup>1)</sup> der beabsichtigt hatte mit der Einrichtung des Schlosses dem Herzoge von Alba ein Geschenk zu machen.

Am 21. September erliess der Kaiser in seinem Feldlager bei Neuburg eine Erklärung, die in Ingolstadt gedruckt wurde,<sup>2)</sup> laut deren er die Stadt, alle Bürger und Einwohner daselbst, auf ihr unterthäniges williges Ergeben zu Gnaden aufnahm, wiewohl dieselben nebst ihrer Regierung wohl etwas anderes verdient hätten, da sie den geächteten Bundesfürsten alle Hilfe und Fürschub bewiesen. Schloss und Stadt sammt allem Zubehör sei ihm verfallen und er wolle alles nun so lange in Händen behalten, bis er hierin eine andere Anordnung treffe. Die Neuburger haben daher dem Kaiser als ihrer ordentlichen Obrigkeit von neuem zu huldigen. Alle aber, die im Dienste des Feindes standen oder diesem anhängen und sich derzeit ausserhalb der Stadt befinden, seien in dieser Begnadigung keineswegs inbegriffen. Am Fenster eines Hauses auf dem Marktplatze in Neuburg stehend, empfing der Kaiser am Tage dieses Erlasses die Huldigung der Einwohner.<sup>3)</sup> Als seinen Statthalter in Neuburg bestellte er (20. September) Jörg Zorn von Bulach, der bisher als Obristwachtmeister des Jobst von Berlichingen in bayerischen Diensten gestanden war. Dieser hatte den Herzog zuerst um die Erlaubnis seines Eintritts in kaiserliche Dienste, dann direkt um die Genehmigung gebeten, dass er den Befehl in Neuburg übernehmen dürfe. Der Kaiser selbst<sup>4)</sup> beehrte vom Herzog diese Ermächtigung für Zorn, der sich „auf ihn (den Herzog) entschuldigt habe unter dem Schein, als ob ihm nicht gebühren wolle, solchen Befehl ohne Vorwissen und Genehmigung des Herzogs anzunehmen“. Durch den

1) Mocenigo (Venetianische Depeschen vom Kaiserhofe II, 8), der die Plünderung an dem Eigentum des Reichsrebelln mit Zustimmung des Kaisers vollziehen lässt, dürfte hier irrig berichtet sein.

2) Bei Alexander Weissenhorn: Römischer kayserlicher Mayestat Ordnung und Abschied, in einnehmung der Stat Newburg gemainer Burgerschaft daselbst gegeben u. s. w. Münchener Staatsbibliothek, Bavar. 2<sup>o</sup>. 1400 (II, 48).

3) Venetianische Depeschen II, 12.

4) An H. Wilhelm im Feldlager bei Neuburg, 22. Sept. Schmalk. Sachen XV, f. 154.

neuen kaiserlichen Statthalter ward dann in Neuburg der Katholizismus wieder eingeführt.<sup>1)</sup> Dass der Kaiser Neuburg sofort an Bayern ausliefern würde, scheint man in München selbst nicht erwartet zu haben. Dass es aber an diese Macht fallen würde, war die allgemeine Ansicht.<sup>2)</sup> Man setzte seine Hoffnung auf die Zukunft.

Ottheinrich aber mahnte (22. September) seine Neuburger Landschaft all dies Unglück mit christlicher Geduld zu tragen und zu überwinden<sup>3)</sup> und bevollmächtigte am 27. September aus Heidelberg seine flüchtigen Statthalter und Regenten zu Neuburg, sich bei den jetzt zu Ulm versammelten Verbündeten in das schmalkaldische Bündnis einzulassen.<sup>4)</sup> Schon Tags vorher hatten die Regenten, die zunächst nach Lauingen geflohen waren, ihren Genossen Gabriel Arnold von Rorenfels im Namen der Landschaft zur Bundesversammlung nach Ulm beglaubigt, um dort Bericht zu erstatten und Neuburgs Eintritt in den Bund unter leidlichen Bedingungen zu bewerkstelligen.<sup>5)</sup> Am 2. Oktober berichteten die Regenten an Ottheinrich, die Bundesstände hätten ihr Erbieten des Beitritts „zur Genüge angenommen“ und wollten den Pfalzgrafen und sie im Falle des Sieges und Glücks bedenken. In Wahrheit setzten diese Flüchtlinge, die einen verarmten Fürsten und ein von den kaiserlichen Truppen überschwemmtes Land vertraten, die Bundesstände, die sie um Beistand angingen, ohne selbst etwas leisten zu können, nur in Verlegenheit. Mit ihrem Drängen nach augenblicklicher Hilfe an die beiden Kriegsfürsten, Sachsen und Hessen, gewiesen, fanden sie dort den schlechten Trost, dass die jetzt unmögliche Hilfe vielleicht in zwei bis drei Jahren gebracht werden könne. Nachdem die kaiserlichen Truppen am 12. Oktober Höchstädt und Dillingen mit leichter Mühe eingenommen hatten, flüchteten die Regenten aus dem bedrohten Lauingen weiter nach Ulm. Auf ihre Frage an Ottheinrich, wie es nun mit dem Schutzverhältnis des Kurfürsten Friedrich stehe (4. November), erhielten sie den Bescheid (7. November), dasselbe sei noch nicht verfallen, da es von keinem Teile aufgeschrieben noch die Briefe wieder übernommen seien; Ottheinrich versehe sich, der Schutzherr werde sich so viel als möglich gnädig gegen sie erweisen. Wie aber Ottheinrich vergebens Ulrich von Württemberg,<sup>6)</sup> Sachsen und Hessen um Hilfe bestürmte (31. Oktober), so hatte auch Friedrich für die Neuburger nichts anderes als

1) Am 16. Febr. 1549 berichtete Zorn an den Kaiser, dass er Mandate wegen Beobachtung der katholischen Religion habe ausgehen lassen. v. Druffel, Briefe u. Akten I, Nr. 274.

2) Venetianische Depeschen II, 8, 12.

3) Reichsarchiv, Pfalz-Neuburgische Akten a. a. O.

4) Staatsarchiv, K. bl. 102/1, überschrieben: Des Pfalzgrafen Ottheinrich Eintritt in den schmalkaldischen Bund. Unter den oben erwähnten Akten des R. A. ist ein Schreiben Ottheinrichs v. 26. Sept. an Statthalter und Regenten zu Neuburg: auf ihre Klagen wisse er ihnen nichts anderes zu raten als dass sie sich den Fürsten und christlichen Ständen „anhängig machen“.

5) Das fgd. nach den oben citirten Akten des Reichsarchivs.

6) In dem Bittschreiben an diesen Fürsten nennt sich Ottheinrich „ein Mitglied dieser christlichen Verständnis“. Das Hilfsversprechen gegen Bayern, das er Anfangs November von Sachsen erhielt, sowie die Vertröstung (30. Nov.) des Landgrafen auf den nächsten Sommer (v. Druffel, Zwischem S. 181, 216) blieben für ihn wertlos.

Worte des Bedauerns; ihm wäre, schrieb er (Montag nach Matthäi) an die Regenten, von Anfang an nichts lieber gewesen, als dass sie dieser Dinge überhoben geblieben wären. Seiner Landschaft des Nordgaus aber schrieb Friedrich beruhigend, er zweifle nicht, dass der Kaiser Neuburg nur aus Notdurft des Krieges, nicht der Landschaft oder der Pfalz zu Nachteil oder Abbruch besetzt habe. Die Regenten wurden von ihrem „Erbschutzherrn“ gänzlich im Stich gelassen. Am 11. Dezember erinnerte er in einem Schreiben an Ottheinrich (aus Ellwangen) diesen: als Festenberg und die Regenten im Anfang des Kriegs sich an ihn um Rat wegen ihres Verhaltens gewendet, habe er „solche Wege fürgenommen, wodurch der gemeinen Landschaft Nutzen und Wohlfahrt hätte befördert werden mögen“. Nachdem sie jetzt in S. Majestät Ungnade gekommen, wisse er ihnen nicht wohl zu raten; sie mögen selbst auf Mittel und Wege denken, wie sie diese Ungnade beim Kaiser abbitten und wieder zu dem Ihrigen kommen könnten. Ebenso trostlos lautete das Schreiben, das Friedrich (20. Dezember aus Schwäbisch-Hall) an die Regenten selbst richtete.<sup>1)</sup>

Zum viertenmale seit Beginn des Feldzugs ward man dann am bayerischen Hofe unzufrieden mit der Strategie des Kaisers, als dieser beschloss bei Neuburg die Donau zu überschreiten und sich von Bayern zu entfernen. Man hegte Angst vor einem Einfall des Feindes, dem man dann nur mit den eigenen unzulänglichen Streitkräften begegnen könnte. Schon am 8. September hatte ein Ungenannter, der allerdings selbst nicht daran glauben wollte, das Gerücht gemeldet, dass der Feind sich teilen, Schertlin auf München rücken wolle.<sup>2)</sup> Nachrichten des Pflegers zu Friedberg (19. September) sprachen die Besorgnis aus, dass die Schmalkaldener einen Vorstoss nach Bayern unternehmen würden<sup>3)</sup> und aus Seilers Briefen an den Landgrafen ersehen wir, dass der hessische Agent einen solchen Vorstoss dringend empfahl. Am 23. September richtete der Herzog ein Schreiben an den Kaiser, worin er vor der Ausführung des beabsichtigten Zuges warnte.<sup>4)</sup> Der Kaiser<sup>5)</sup> dankte für die erteilten Ratschläge und erklärte, er habe bisher nicht anders befunden, als dass es der Herzog mit wahren Treuen meine. Den Entschluss bei Neuburg über die Donau zu ziehen habe er jedoch nicht ohne Bedacht gefasst, u. a. auch desshalb, damit Bayern wenigstens ein Teil der Belastung durch sein Kriegsvolk abgenommen würde. Er sei auch durchaus nicht gesonnen, den Feind hinter sich zu lassen und ihm die Grafschaft Tirol oder das Fürstentum Bayern preiszugeben, sondern gedenke dem Feinde dermassen zu

1) Festenberg fand später beim Kaiser Begnadigung, doch nur unter Auflage einer unerschwinglichen Geldstrafe, von der er sich durch Zahlung von 4000 fl. loszukaufen suchte. In seinem Entschuldigungsschreiben an den Kaiser behauptete er, die neun Verordneten vom Ausschuss, seine Mitregenten, hätten ihn als jungen Gesellen durch ihr Wegbleiben in der Stunde der Entscheidung in dem Handel stecken lassen. Lanz, Correspondenz Karls V., II, 628 fgd.

2) Schmalk. Kriegssachen XIII, f. 110.

3) v. Druffel, Zwischem S. 123.

4) Von Ecks Hand corrigirt; Schmalk. Sachen XV, f. 155.

5) 24. Sept. aus dem Feldlager bei Marxheim, a. a. O. f. 156.

schaffen zu machen, dass derselbe ihm den Proviant weder aus Bayern noch sonst abstricken könne. Der Herzog möge nur bei seinen Unterthanen auf reichliche Proviantzufuhr dringen. Bonacorso sollte dem Kaiser den Rat erteilen auf Landsberg zu ziehen und dort den Lech zu überschreiten, hielt es jedoch nicht für zweckmässig diesen Auftrag zu erfüllen, da die Befolgung des Rates das kaiserliche Heer wieder nach Bayern gezogen haben würde.<sup>1)</sup> Am 29. schrieb der Kaiser an Herzog Wilhelm,<sup>2)</sup> aller Wahrscheinlichkeit nach sei das Vorhaben des Feindes dahin gerichtet, ihn in Bayern so lange festzuhalten, bis der Winter komme und man nicht mehr im Feld liegen könne. Dem müsse bei Zeiten begegnet werden. Da er sich jetzt weiter von Bayern entfernen müsse, verlangte er vom Herzog, dass dieser besonders die Städte Ingolstadt und Friedberg wohl besetze, damit sie sich im Notfall wenigstens etliche Tage gegen den Feind halten könnten. Nochmals wollte Eck Widerspruch erheben. Am 2. Oktober wies er Bonacorso an, dem Kaiser zu eröffnen, der Herzog trage wegen dieses Planes Mitleiden mit ihm; rühmen sich doch jetzt die Schmalkaldener, dass ihnen der Kaiser nicht stracks unter die Augen zu ziehen wage. Aber auch diese Vorstellungen wurden von dem bayerischen Gesandten, der im kaiserlichen Feldlager die Dinge mit anderen Augen ansah, unterlassen. Dieser rühmte sich vielmehr (4. Okt.), dass er durch seinen Rat es durchgesetzt habe, dass der Kaiser bei Fessenheim an der Wernitz lagerte und den Feind zwang seine starke Stellung bei Donauwörth zu verlassen.<sup>3)</sup> Zugleich aber brachte des Kaisers zurückhaltende und vorsichtige Taktik Bonacorso selber fast zur Verzweiflung. Ihn verdross, „bei diesem elenden Wesen zu leben“, er klagte über die Unlust zu fechten, die im kaiserlichen Hauptquartier herrsche, während doch das gemeine Kriegsvolk so willig sei, wie er noch keines kennen gelernt habe. Eben in diesen Tagen, meinte er, habe man sich die beste Gelegenheit zu einer Schlacht entgehen lassen.<sup>4)</sup>

Bonacorso's Lob der kaiserlichen Truppen war indessen nur mit Einschränkung zu verstehen. Unter den Italienern hatte schon seit Anfang September das Ausreissen begonnen. Der Kaiser forderte von Herzog Wilhelm den Durchzug des abziehenden Kriegsvolkes zu hindern und Wilhelm erliess am 13. September einen Befehl in diesem Sinne. Alba richtete an den Herzog durch Bonacorso die Aufforderung, alle, die ohne Pass betroffen würden, aufhängen zu lassen. Am 24. Oktober bat der Kaiser wiederum, der Herzog möge alle ohne Pass betroffenen Kriegsleute, sie seien Wälsche, Spanier oder Italiener, in das kaiserliche Lager zurückschicken, worauf der Herzog wieder den entsprechenden Befehl ausgeben liess. Sailer knüpfte an diese bayerischen Massregeln gegen die Ausreisser des kaiserlichen Heeres das Urteil: In Summa, wo man kann, befördert man des Kaisers Sachen.<sup>5)</sup>

1) v. Druffel a. a. O.

2) Schmalk. Sachen XV, f. 157; Druffel S. 128.

3) v. Druffel S. 124, 142 figd.

4) A. a. O. 129, 143.

5) A. a. o. 160, 161; Venetianische Depeschen II, 72; Lenz III, 460.

Wenn auch noch Monate ohne Entscheidung verstrichen — sechs Wochen lagen die Schmalkaldener unthätig in ihrem Lager bei Giengen — so gestaltete sich die Lage doch mehr und mehr zu gunsten des Kaisers, der Höchstädt, Lauingen, Dillingen, das pfalz-neuburgische Gebiet, die Besitzungen des Bischofs von Augsburg, die Reichsstadt Donauwörth in seine Gewalt brachte. Augsburg blieb noch lange ein Gegenstand der Aufmerksamkeit und Besorgnis für Bayern und zu Anfang November machten Schertlin'sche Truppen Streifzüge in das Land südlich der Donau. Nochmal erlebte Bayern den Durchmarsch von Italienern, die dem kaiserlichen Heerlager zuzogen. Es waren 1200 neapolitanische Reiter unter dem Herzog von Castrovillar, die am 15. Dezember in Kirchberg zum Kaiser stiessen. Auf das Gerücht, dass Schertlin sie zu überfallen beabsichtige, hatte Wilhelm befohlen darüber in Augsburg sorgfältige Kundschaft einzuziehen.<sup>1)</sup> Mittlerweile aber hatte gegen den Kurfürsten von Sachsen ein Glaubensgenosse losgeschlagen, der die schmalkaldischen Verbündeten noch länger als die Bayern bisher durch erheuchelte Neutralität getäuscht hatte. Am 27. Oktober brach Moritz von Sachsen, den der Kaiser in Regensburg durch Zusicherung der Stifter Magdeburg und Halberstadt auf seine Seite gebracht hatte und dem er nun auch die sächsische Kur übertrug, von Truppen König Ferdinands unterstützt, in Johann Friedrichs Lande ein, die er in leichtem Siegeszug eroberte. Gegen Ende November eilten mit ihren Truppen nicht nur Johann Friedrich, sondern auch der Landgraf geängstigt nach Hause.

Indem der letztere vor seinem Abzuge den Versuch machte, durch bayerische Vermittelung mit dem Kaiser ausgesöhnt zu werden, zeigte sich, dass weder die Ereignisse im Feld nach Sailers Berichte sein Vertrauen auf diese Macht völlig zu zerstören vermocht hatten. Am 26. November bevollmächtigte Philipp von Stuttgart aus den Augsburger Dr. Konrad Hel<sup>2)</sup> und seinen Sekretär Sebastian Aitinger zu neuen Verhandlungen in München. In dem Briefe, worin er Herzog Wilhelm um Geleit für seine Boten ersuchte, hob er ausdrücklich das Vertrauen hervor, worin er bisher gegen den Herzog gestanden sei. Die Gesandten, die am 13. Dezember in der bayerischen Hauptstadt ankamen und am 15. Bescheid erhielten, sollten nicht nur erwirken, dass Herzog Wilhelm beim Kaiser Fürsprache wegen gütlicher Unterhandlung einlege, sondern auch dass er mit dem Landgrafen „ein vertrauliches, christliches Verständnis“ abschliesse. Mit so zwingender Gewalt machte es sich sogleich wieder geltend, dass die Schmalkaldener mit Bayern das gemeinsame Interesse hatten, den Kaiser nicht übermächtig werden zu lassen. Die politische Signatur der letzten fünfzehn Jahre war so tief in den Verhältnissen begründet, dass sie, wenn auch verblasst, sogar die Regensburger Capitulation überdauerte, wie sie vorher den Linzer Vertrag überdauert hatte. Die alten Klagen der Bayern gegen den Kaiser waren auch jetzt nicht verstummt. Klar,

1) v. Druffel, Zwichem, 178, 220, 284.

2) Auch Geel geschrieben, so in der Credenz des Landgrafen v. 26. Nov. Schmalk. Kriegssachen XV, f. 228. Zum figd. s. v. Druffel, Zwichems Tagebuch, S. 191; Lenz a. a. O. 473 f.

wie nie zuvor, äusserte Eck zu Sailer, sehe jetzt sein Herzog, dass nach der Monarchie gestrebt werde. Der Sieg falle, auf welche Partei er wolle, die deutsche Nation sei verderbt, sie fresse ihr eigenes Fleisch und gebe sich allen Fremden und sonderlich dem Türken, wenn dieser kommen sollte, zur Verachtung und Beute. Aber eine Verständigung mit Hessen hinter dem Rücken des Kaisers wäre, wie die Dinge damals lagen, Tollkühnheit gewesen. Und unmöglich konnte man durch eigene Schuld die Siegespreise verscherzen, auf die man damals noch immer hoffte. Bei einer geheimen Zusammenkunft, welche Eck in den letzten Tagen des Jahres mit Sailer veranstaltete, schob er es auf die unglückliche Wahl des Gesandten Hel, dass man sich in München nicht auf Beratungen über ein hessisches Bündnis einlassen wollte. Rat und Diener des Kaisers und Königs — eben deshalb hatte ihn wohl der Landgraf als Unterhändler gewählt — sei Hel „ein seltsamer Vogel in dieser Legation“; mit ihm über ein Bündnis mit Hessen sich zu besprechen, dazu sei er, Eck, nicht thöricht genug. Eck riet Unterwerfung des Landgrafen; wenn diese sogleich vollzogen würde, stellte er in Aussicht, dass Philipp einen guten Vertrag bekommen könne. Doch im schmalkaldischen Lager sah man die Lage noch nicht als so verzweifelt an. „Non triumphandum ante victoriam!“ hatte Sailer im November an Eck geschrieben.

Eck hatte für nötig erachtet, die Bewilligung des bayerischen Geleites für die hessischen Gesandten in einer Zuschrift an Bonacorso, den bayerischen Gesandten im kaiserlichen Feldlager, zu rechtfertigen, indem er auf den allgemeinen völkerrechtlichen Brauch hinwies. Er könne sich nicht denken, dass der Kaiser daran Ungefallen tragen möchte. Und doch musste er nun Sailer — denn erfunden war dies wohl nicht — berichten, der Kaiser habe seinem Herrn wegen des Empfangs der Gesandtschaft einen zornigen Brief geschrieben. Wilhelm aber habe geantwortet: dass ein Fürst des andern Botschaft höre, sei im Reiche noch stets Brauch gewesen und werde er sich nicht nehmen lassen; empfangen man doch selbst des Türken Gesandte! Auf den hessischen Wunsch der Vermittelung war man in München eingegangen. Dass man sich davon viel versprach, ist nicht wahrscheinlich, da man die Lage der Schmalkaldener weit ungünstiger als diese selbst beurteilte. Dass aber die bayerischen Friedensbestrebungen auch in dieser Phase reine Heuchelei gewesen seien, wird man nicht annehmen dürfen. Seit Neuburg in Händen des Kaisers und ein gewisses Uebergewicht desselben in Oberdeutschland besiegelt war, war auf bayerischer Seite der Wunsch natürlich, dass der Krieg ein Ende nehme. Denn wandte sich das Kriegsglück auf Seite der Schmalkaldener, so wurden für Bayern die bisherigen Errungenschaften oder genauer gesprochen: Anwartschaften in Frage gestellt, weitere Erfolge des Kaisers aber drohten diesen zu solcher Macht zu erheben, wie man sie ihm in Bayern so wenig gönnte wie im Lager der Protestanten. Am 16. Januar 1547 berichtete Wilhelm dem Landgrafen über den bisherigen Misserfolg seiner Vermittlungsversuche beim Kaiser. Trotz mehrfacher Mahnungen, mit denen er auch fortfahren werde, habe er noch keine Antwort erhalten. Bonacorso, ein Feind des Landgrafen, hatte (31. Dez.) erklärt, im kaiserlichen Lager wolle man vom Hessen nichts hören; aus vielen Gründen dürfe

er wegen dessen „fauler Werbung“, wegen der er schon etlichemale gemahnt habe, nimmer anhalten.

Philipp dankte gleichwohl für die bayerischen Bemühungen, bat um deren Fortsetzung, betonte das Verdienst, das er sich um Bayern durch die Schonung des Landes erworben habe, und wies darauf hin, dass andere einen Angriff der Schmalkaldener auf Bayern gern gesehen hätten.<sup>1)</sup> Kurz vorher erst hatte der sächsische Kurfürst auf des Landgrafen Bemerkung (18. Dez.), man hätte auf Ecks frühere Unterhandlungsanträge eingehen sollen, geantwortet (21. Dez.), er finde im Gegentheile, man hätte der Stifter und des Herzogs von Bayern nicht schonen sollen.<sup>2)</sup> Der Landgraf erscheint auch nach diesen gegenseitigen Vorwürfen der Verbündeten als derjenige, auf dessen Rechnung die behutsame Politik der Schmalkaldener gegen Bayern zu setzen ist.

Beim Abzuge der Sachsen und Hessen war im Kriegsrate der Schmalkaldener beschlossen worden, den Krieg in Oberdeutschland fortzusetzen. Doch griffen nun in ihren Reihen der Kleinmut und die Unlust an weiterem Kampfe immer weiter um sich. Auch Ulrich von Württemberg ersuchte den Herzog Wilhelm um seine Fürsprache beim Kaiser und im Auftrage seines Herrn unterhandelte Bonacorso (3. Dez.) über die Ausöhnung mit diesem Fürsten. Der Kaiser forderte Demütigung und unbedingte Ergebung, worauf sich Ulrich zwar entschloss, dem Kaiser schriftlich seine Unterwerfung anzutragen (11. Dez.), doch mit der Ausführung zögerte.<sup>3)</sup>

Noch ehe der Vertrag mit Württemberg zustande kam, erwies sich Ecks Prophezeiung als richtig, dass die Städte die Störung ihres Handels und Gewerbes nicht allzu lange vertragen und sich darum von den Fürsten trennen würden. Am 22. Dezember machte das reiche Ulm den Anfang der Unterwerfung. Die Stadt musste dem Kaiser 100 000 fl. Busse zahlen, ihre Gesandten, ohne aufzublicken, eine halbe Stunde vor ihm auf den Knien liegen. In den nächsten Wochen folgten die kleineren schwäbischen Reichsstädte Ulms Beispiel. Allen wurde eine verhältnismässige Geldstrafe auferlegt. Die schwerste, 150 000 fl., traf Augsburg, das sich erst Ende Januar unterwarf, nachdem der Stadt ihr einflussreicher Fürsprecher beim Kaiser, Anton Fugger, die Vertröstung erwirkt hatte, dass sie bei ihrem Glauben belassen würde. Auch an König Ferdinand und den Bischof von Augsburg mussten die schwäbischen Städte reichlich bemessene Kriegsentschädigungen zahlen.<sup>4)</sup> Ueber die Höhe der einzelnen Straf gelder hatte der Herzog von Alba, wie Bonacorso am 12. Januar schrieb,<sup>5)</sup> die Ansicht Herzog Wilhelms hören wollen, dem der Anschlag des Schwäbischen Bundes

1) Während Bonacorso dem Landgrafen das Wort nicht vergessen hatte, dass er Ingolstadt erobern wolle, ehe der Bau noch ganz fertig geworden. „Dessen kann ich ihn überweisen.“ v. Druffel a. a. O.

2) Hortleder (1645) II, 518.

3) v. Druffel, Zwischem S. 231, 244. Wilhelm hat später (1548, Februar) auch dem Könige Ferdinand seine Vermittlung für Ulrich angetragen. Venetianische Depeschen vom Kaiserhofe II, 396.

4) v. Stälin, Württemberg. Gesch. IV, 455, Anm. 3.

5) v. Druffel, Zwischem S. 251.

hiefür als Richtschnur dienen könnte. Dass aber Bayern auch nur ein bescheidener Anteil an den bei der Unterwerfung vom Kaiser auferlegten Strafgeldern und Kriegsentschädigungen zugeflossen sei, ist nicht überliefert und muss gegenüber den Klagen des Herzogs, von denen wir sogleich hören werden, als ausgeschlossen gelten.

Nur gegenüber Augsburg konnte sich der Herzog selbst helfen, da ihm gegen die Nachbarstadt die wirkungsvolle Waffe der Verkehrssperre zur Verfügung stand. Die Reichsstadt hatte während des Krieges das Bestreben gezeigt den Herzog nicht zu reizen. Aber es lag in den Verhältnissen begründet, dass es Bayern gleichwohl leicht ward eine Menge von Beschwerdepunkten wegen ihres Verhaltens anzusammeln. Schon im Oktober hatte Herzog Wilhelm wegen der Plünderung von Proviant durch augsburgisches Kriegsvolk und wegen des Abbruchs der Lechbrücken die Zufuhr von Salz und Lebensmitteln aus Bayern nach Augsburg gesperrt. Zu Anfang Januar 1547 wurde Dr. Gereon Sailer nach München geschickt, um die Rücknahme dieser Massregel zu erwirken. Natürlich wollte man nichts davon wissen, so lange die Stadt im Kriegszustande verharrte. Auch drei andere Augsburger Gesandte, die im Februar kamen, richteten nichts aus. Erst durch eine bayerische Gesandtschaft, bestehend aus dem Grafen Haug von Montfort, Ulrich von Schellenberg, Leonhard Eck und Georg Stockhamer, die am 3. März nach Augsburg kam, ward bezüglich aller Streitpunkte ein Abkommen vereinbart, das bald nachher ein Vertrag bekräftigte. Der Herzog hatte anfangs 50 000 fl. Ersatz für seine und seiner Unterthanen Entschädigung verlangt, begnügte sich aber nun mit 20 000 fl. und Wiederherstellung der beiden Lechbrücken, wogegen die Salz- und Viehsperre gegen die Stadt aufgehoben wurde.<sup>1)</sup>

Gerade in Augsburg aber blieb die vom Kaiser bewilligte Duldung des Protestantismus dem Herzoge ein Dorn im Auge, denn von diesem Verkehrszentrum aus drohte ebensowie von Regensburg das ketzerische Gift am leichtesten in Bayern einzudringen. In einem Schreiben an den Kaiser (22. Febr.) hatte er diesen gegen die Bürger Augsburgs, die nach seiner Angabe noch täglich ungünstig über ihn redeten, aufzustiften gesucht, und, wenn nicht ein neuer Abfall erfolgen solle, eine ansehnliche Besatzung für die Stadt empfohlen.<sup>2)</sup> Indessen war diese Warnung durch die That überholt: schon am 16. Februar waren trotz der Gegenbemühungen Fuggers und der Augsburger Gesandten zehn Fähnlein kaiserlicher Truppen, ungefähr 3500 Mann stark, als Besatzung in Augsburg eingerückt.<sup>3)</sup>

Die Auseinandersetzung der bayerischen Regierung mit ihren Landständen, vor denen nach Sailers Berichten der Herzog und Eck so grosse Scheu trugen, konnte jetzt unter unvergleichlich günstigeren Umständen erfolgen, als dies im Sommer möglich gewesen wäre. Am 24. November wurde die Landschaft auf den 9. Januar 1547 nach Landshut einberufen.<sup>4)</sup> Sie tagte unter dem unwiderstehlichen Eindruck der

1) Vgl. Paul v. Stetten, *Gesch. d. Stadt Augsburg* (1743) S. 409—411.

2) v. Druffel, *Briefe u. Akten* Nr. 84.

3) v. Stetten a. a. O. 407.

4) S. die Verhandlungen bei v. Druffel, *Briefe u. Akten* III, 26—41.

kaiserlichen Erfolge, während von den oberdeutschen Gegnern schon einer nach dem andern sich unterwarf und demütigte. Dass während der Tagung die Nachricht einlief, Augsburg, das der Kaiser nicht zu Gnaden annehmen wolle, stehe noch immer in grosser Rüstung und kaiserliche Truppen zögen dem Lech zu,<sup>1)</sup> wurde von der Regierung nur benützt, um einen Druck auf die Beschleunigung der Beratung zu üben. Das schwerste Gewölk des Kriegsungewitters aber hatte sich von den baye-rischen Landen verzogen. Man atmete erleichtert auf und hatte das Gefühl, aus schwerer Gefahr mit einem blauen Auge davongekommen zu sein. Alles das wirkte zusammen, in den Ständen eine Stimmung hervorzurufen, wie sie die bairischen Staats-lenker wünschen mussten. Die Opposition war eingeschüchtert, die protestantischen Sympathieen wagten nicht sich kundzugeben und die Verhandlungen verliefen ruhiger, als man vor wenigen Monaten erwartet hätte. Der Herzog wies zur Rechtfertigung seiner kaiserfreundlichen Politik und des Aufgebots auf den Befehl des Kaisers hin, aber auch auf die Absicht, die, wie er sichere Kunde habe, von vielen Schmalkaldi-schen gehegt worden sei, Bayern anzugreifen, zu erobern oder wenigstens zu plündern. Was den vom Kaiser begehrten Zuzug betreffe, habe der Herzog wegen der Not seines Landes ersucht, dass dies „auf fernere und leidlichere Wege gestellt werde“, und hoffe beim Kaiser gnädige Milderung zu erwirken. Aber es sei zu besorgen, dass der Krieg im Frühjahr nicht geringer, sondern noch beschwerlicher werde. Zum Schutze des Landes und um dem Kaiser den schuldigen Gehorsam zu erweisen, wurden daher die Mittel für 2000 Pferde und 10000 Knechte nebst Geschütz gefordert. Die Stände meinten, dass dies ihre Kräfte übersteige, sie beschwerten sich über die jüngst ohne ihr Wissen und Wollen erhobene Landsteuer, und baten jetzt mit keiner höheren Summe als 80 000 fl. beschwert zu werden. In diesem Betrag wurde dann auch eine ständische Steuer, woran die Prälaten mit 40 000, der Adel mit 8 000, die Städte mit 32 000 fl. beteiligt waren, ausserdem aber anderthalb Landsteuern für die Bauern, nämlich 12 Pfennige vom Pfund, bewilligt. Ein Teil dieser Gelder war, wie es scheint, schon voraus erhoben worden. Wenigstens hatte der Herzog am 29. Oktober den Städten und Märkten eröffnet, da binnen drei Tagen 30000 fl. zur Bezahlung des Kriegsvolkes aufzubringen seien, müsse die Landsteuer vorgestreckt werden, und am 11. November erging in gedruckten Ausschreiben der Befehl, dass die nächste fällige Landsteuer voraus erhoben werden solle.<sup>2)</sup>

Ueber das ungehorsame Verhalten etlicher Landsassen, Amts- und Dienstleute beim jüngsten Aufgebot verbreitete sich Eck in einer langen Rede. Der Adel liess jedoch seine Genossen nicht im Stich. Der kleine Ausschuss liess sich durch den Obersten Jobst von Berlichingen und einige Hauptleute über die Haltung der Beschul-

1) Dass Schertlin in dieser Bedrängnis vorschlug, Herzog Wilhelm um Proviantzufuhr für die Stadt anzugehen (Herberger S. 206), zeigt, dass man im schmalkaldischen Lager, nach allem, was vorgegangen war, Bayern noch immer nicht einfach als Verbündeten des Kaisers betrachtete.

2) v. Freyberg, Landstände II, 281, 282.

digten zu Ingolstadt Bericht erstatten und erklärte zuletzt, die Untersuchung habe ergeben, dass, ohne Ruhmredigkeit, Ritterschaft und Adel zu Ingolstadt ihr Leben und Gut nicht gespart, sich ehrlich und wohl gehalten und dem Kaiser auf sein Begehren nichts versagt noch abgeschlagen haben. Man müsse die Eile berücksichtigen, mit der das Aufgebot erfolgte, so dass viele der Reiter nicht gewusst hätten, was thun, was lassen. Der Herzog möge also seine getreuen Unterthanen entschuldigt haben.

Werfen wir nun einen Rückblick auf Bayerns Haltung in dieser kritischen Periode, so können wir nicht anders urteilen, als dass sie im wesentlichen dem Geist und Wortlaut des Bundesvertrages entsprach. Von dem Augenblick an, da der Zusammenstoss nicht mehr abzuwenden war, haben die bayerischen Staatsleiter der kaiserlichen Sache den Sieg gewünscht und ehrlich darauf hingearbeitet. War dieser Sieg ja doch die Vorbedingung für Siegespreise, die man ernstlich anstrebte! Die Unterstützung blieb eine zurückhaltende, aber innerhalb der durch die Capitulation gezogenen Schranken loyal und korrekt. Der Kaiser durfte in Bayern Werbeplätze errichten, in Abach und Landshut. Andere seiner Werbeplätze lagen hart an der bayerischen Gränze: Regensburg, Füssen, Kufstein, Berching im Eichstädtischen.<sup>1)</sup> In Ausnahmefällen scheinen den kaiserlichen Truppen von Bayern auch Waffen geliefert worden zu sein.<sup>2)</sup> Zur Beförderung des italienischen Kriegsvolkes erhielt der Mautner zu Burghausen, Wolf Trainer, vom Herzog den Befehl<sup>3)</sup> auf dem Inn alle Schiffe von Schärding bis Kufstein zu sammeln und nach Wasserburg zu bringen. Was man im bayerischen Lager von den Plänen und Bewegungen der Schmalkaldener erfuhr, wurde dem Kaiser rückhaltlos mitgeteilt. Uebte man Verstellung gegen den gemeinsamen Feind, so lag diese auch im Interesse des Kaisers. Und sowie der Kaiser deutliche Parteinahme wünschte, liess man die Maske fallen, wenn man auch offene Absage an den Feind vermied. Dass die bedungene Artillerie gestellt wurde, lässt sich nicht bezweifeln. Schon am 20. Juni berichteten die venetianischen Gesandten, dass der Marchese von Marignano die Besichtigung von 25 bayerischen Geschützen angeordnet habe. Auf Befehl des Herzogs, gegen die Ansicht des Vitztums von Landshut, ging am 5. August bayerisches Geschütz, wahrscheinlich die zehn Stücke, die der Kaiser

1) Ueber Berching bei Beilngries s. Zwickhoff, Neudruck S. 9. In Kufstein musterte Graf Lodron für den Kaiser 3 Fähnlein, für deren Unterhalt beim Durchzug durch Bayern zu sorgen der Pfleger von Aibling angewiesen wurde. Schreiben der Innsbrucker Regierung an H. Wilhelm v. 23. Juni und dessen Befehl an den Pfleger v. 27. Juni, Schmalk. Bundssachen XI, f. 9, 11. Die Schmalkaldener waren also recht berichtet, wenn sie (s. Lenz, Kriegführung S. 401, Anm. 3) von einem Musterplatze in Tirol erfuhren.

2) Am 9. Aug. 1546 berichtet Jörg Dux zu Hegnenberg aus Landshut an seinen Vater, H. Wilhelm, dass seine fünf Fähnlein ohne die Offiziere 1677 Mann zählten, darunter 328 mit Harnisch gerüstet, und bittet um Ueberlassung von weiteren 200 Harnischen aus der herzoglichen Harnischkammer oder dem Münchener Zeughause. Schmalk. Bundssachen X, f. 221.

3) 20. Juli 1546 aus Regensburg. Schmalk. Bundssachen XI, f. 361.

4) Venetianische Depeschen I, 543.

Abends vorher besichtigt hatte, von Landshut nach Ingolstadt ab. Bonacorso verzeichnet jedoch unter der kaiserlichen Artillerie nur sechs leichte Stücke aus Landshut.<sup>1)</sup> Am 29. August wird gemeldet, dass der Zeugmeister Hans Erlinger von Eck den Befehl erhielt, mit den 46 Büchsenmeistern, die er aufnehmen musste, eilends nach Ingolstadt zu ziehen.<sup>2)</sup> Am 2. September liess der Kaiser durch Schwendi den Herzog um Munition ersuchen.<sup>3)</sup> Auch nach dem Aufbruch von Ingolstadt durfte der Kaiser bayerische Geschütze von dort mit sich ins Feld nehmen; in seinem Schreiben vom 14. September an den Herzog erwähnt er, dass ihm dieser auf sein Ansuchen auf die Dauer des Kriegs fünf Stücke von seinem Geschütz zu Ingolstadt verabfolgt habe.<sup>4)</sup> Halten wir alle diese Nachrichten zusammen, so lässt sich allerdings nicht zweifeln, dass dem Kaiser nur ein kleiner Teil des bayerischen Geschützparkes direkt zur Verfügung gestellt ward. Der weitaus grösste Teil desselben wird zur Ausrüstung der bayerischen festen Plätze besonders an der Gränze gedient haben. Welchen Wert jedoch deren Verteidigung auch für den Kaiser hatte, sieht man aus dem Unwillen, mit dem dieser die Uebergabe von Rain aufnahm. Die Landesfestung Ingolstadt diente dem Kaiser als Stützpunkt und in dem Kampfe vor dieser Stadt ging die bayerische Hilfe sogar weiter, als man durch die Regensburger Capitulation verpflichtet war.

Dass wiederholt Klagen über nicht ausreichende Zufuhr laut wurden, beweist bei dem Stande der Verkehrsmittel von damals nicht, dass es auf bayerischer Seite am guten Willen fehlte. Das Gegenteil lässt sich sogar durch eine Reihe von bayerischen Verordnungen nachweisen.<sup>5)</sup> Schon zu Anfang Juli war den bayerischen Unterthanen verboten worden Weidvieh ausser Landes zu führen. Zur besseren Durchführung der Controle war damals sogar eine allgemeine Viehzählung im Lande angeordnet worden. Wenn der Kaiser gleichwohl mehrmals, besonders in seinem Schreiben an den Herzog vom 18. August und gleichzeitig mündlich durch seinen Gesandten Schwendi, bittere Klagen über mangelnde Zufuhr erhob, so konnte Eck mit guten Gründen darthun, dass die Schuld nicht am Herzoge liege.<sup>6)</sup> Nach ihm waren die

1) v. Druffel, Zwichems Tagebuch S. 53, 63, Anm. 17, S. 268.

2) Schmalkaldische Bundssachen T. XI, f. 46.

3) v. Druffel, Briefe und Akten Nr. 41. Eine Kundschaft v. 8. Sept. meldet, H. Wilhelm habe 20 seiner Büchsenmeister vor sich nach München erfordert. Schmalk. Bundssachen XIII, f. 110.

4) Schmalkaldische Bundssachen T. XV, f. 149. Ueber die Stellung der im Vertrage zugesagten 600 Schanzgräber, wozu nach der Sitte der Zeit in der Regel Bauern aufgeboten wurden, ist mir keine Nachricht bekannt, doch lässt sich kaum bezweifeln, dass das bayerische Landvolk vor Ingolstadt zum Schanzen verwendet wurde.

5) Besonders der X. und XI. Band der Schmalkaldischen Bundssachen enthalten in dieser Richtung reiches Material. U. a. erging (X. f. 224) Anfangs August an die Straubinger Regierung der Befehl, dass sofort alles vorrätige Getreide gedroschen, gemahlen und zu Brod gebacken, auch Fleisch, Schmalz, Getränke dem kaiserlichen Heere zugeführt werden sollen.

6) 21. August. Schmalk. Bundssachen, XV, f; 123 mit eigenhändiger Nachschrift Ecks. Schreiben Ecks v. 25. August, a. a. O. f. 137 v.

Gründe dieses Mangels vielmehr darin zu suchen, dass durch den grossen Menschenzusammenfluss zum Regensburger Reichstage und durch die lange Anwesenheit zweier starker Heere, des kaiserlichen und schmalkaldischen, die dem Kriegsschauplatze näher gelegenen bayerischen Landstriche bereits ausgesogen, das Landvolk aus Angst vor den Truppen geflohen und ein grosser Teil der Ernte aus Mangel an Schnittern auf dem Felde verdorben sei. Zehn bis zwölf Meilen weit dem Feldlager die geringe Waare, die er aufbringen könne, zuzuführen, sei dem Armen Manne unerschwinglich. Eck schlug daher vor, dass zu München, Landshut, Straubing, Regensburg (am 25. nannte er, falls die drei letzteren Städte nicht gelegen sein sollten, statt dieser Aichach, Schrobenhausen, Landsberg, Kelheim) Provianthäuser als Sammelplätze für die Zufuhr errichtet würden, liess aber zugleich durchblicken, dass ohne Geld freilich nichts zu machen sei. Bartholomä Schrenk, der zu München als kaiserlicher Proviantmeister bestellt war,<sup>1)</sup> habe berichtet: wenn er nur Geld hätte, könnte er in München wöchentlich 100 000 Brode, jedes zu 1 Kreuzer, backen lassen. Zwei Tage darauf schrieb der Herzog<sup>2)</sup> dem Kaiser, dass die Errichtung dieser Provianthäuser nun angeordnet und überall, wo Mühlen und Backöfen seien, die Lieferung von Broden auferlegt sei. Aber es sei nötig, dass der Kaiser Geld an diese vier Provianthäuser anweise. Hätte der Kaiser zur rechten Zeit, wie seinen Dienern wiederholt geraten worden, Eingeborene und Sprachkundige als Proviantmeister aufgestellt, wäre ihm der Mangel erspart geblieben. Die von ihm aufgestellten Leute hätten alles in eigenen Händen behalten und niemanden vertrauen wollen. Im weiteren Verlauf des Feldzuges scheint sich die Verpflegung des kaiserlichen Heeres im allgemeinen gebessert zu haben. Am 29. Oktober dankte der Kaiser aus dem Feldlager zu Suntheim<sup>3)</sup> dem Herzoge für die reichliche Zufuhr aus seinem Fürstentumé, bemerkte aber, dass dieselbe seit acht Tagen wieder stocke, und bat diesem Mangel abzuhelpen.

Die 50 000 fl. endlich wurden allerdings nicht so bald bezahlt, wie der Vertrag auferlegte, aber dieser Termin war, wie eine Erklärung des Herzogs zeigt, durch eine mündlich getroffene Vereinbarung modifizirt. Als der Kaiser gegen Ende August durch Schwendi an die Bezahlung mahnen liess, antwortete Wilhelm, der Kaiser wisse, für welche Fälle und Wege er die 50 000 fl. bewilligt habe und dass ihm gestattet worden sei darüber zuerst mit seiner Landschaft zu verhandeln. Dies wäre auch geschehen, hätten nicht die Kriegsläufe es verhindert. Er gedenke sich aber der Capitulation gemäss und so zu halten, dass der Kaiser gnädigst zufrieden sein werde. Uebrigens hatte der Kaiser selbst, als er die Ueberlassung der in Ingolstadt liegenden bayerischen Reisigen für sich begehrte, vorgeschlagen, dass dieselben von den 50 000 fl. besoldet und unterhalten würden.<sup>4)</sup> Allerdings wurde dem kaiserlichen Ansinnen wegen dieser

1) Vgl. auch a. a. O. f. 211.

2) 23. August. A. a. O. f. 129.

3) A. a. O. f. 175.

4) 23. August an H. Wilhelm; XV, f. 133.

Reiterei damals nicht rückhaltlos Folge geleistet. Da aber der Kaiser dann selber erklärte, er habe das Ansinnen nicht anders gemeint, als der Herzog es auslegte, wäre es von seiner Seite billig und folgerichtig gewesen, bei der Ermächtigung zu bleiben, dass der Herzog die Summe zur Bezahlung seiner eigenen Truppen verwende. Dies ist aber vom Kaiser, wie der weitere Verlauf der Dinge zeigt, nicht geschehen.

Auf dem im Januar 1547 versammelten Landtage sollen die Stände die Bezahlung der 50 000 fl. abgelehnt haben. So liess wenigstens der Herzog im Mai 1547 durch seinen Gesandten Bonacorso gegenüber dem Kaiser behaupten, indem er hinzufügte, die Landschaft werde sich deshalb noch beim Kaiser entschuldigen.<sup>1)</sup> Im Februar machte der Herzog auf das durch den Cardinal von Augsburg überbrachte Begehren des Kaisers den Versuch die Forderung mit seinen vertragsmässigen Ansprüchen auf Kriegskostenersatz zu compensiren. Wäre beim Abschluss der Capitulation — erklärte der Herzog — vorherzusehen gewesen, dass Bayern Kriegsschauplatz werden und so grossen Schaden erleiden würde, so hätte er diese Zahlung nicht bewilligen können. Würden ihm aber Schaden und Auslagen im Einklang mit der Capitulation vergütet, dann könne er die 50 000 fl. leicht bezahlen. Uebrigens wisse der Kaiser, dass er, der Herzog, alle anderen Artikel erfüllt habe.<sup>2)</sup>

Der Kaiser selbst hatte im November aus dem Anlass von Klagen über die Unthätigkeit der bayerischen Reiter gegen Augsburg auf Herzog Wilhelms Entschuldigungsschreiben erklärt: der Herzog habe als guter Verwandter und wahrer Freund seine Pflicht gethan, was er hiemit ausdrücklich anerkennen wolle.<sup>3)</sup>

Noch im Mai 1547 liess der Herzog durch Bonacorso, den er eigens zu diesem Zweck in das kaiserliche Feldlager entsandte, dem Kaiser die Forderung der 50 000 fl. abschlagen, da er selbst für Kriegsvolk 165 000 fl. baar ausgelegt habe und seine Landschaft nichts bewilligen wollte.<sup>4)</sup> Später hat sich Wilhelm gleichwohl zur Zahlung verstanden, wohl schweren Herzens und in der Hoffnung dadurch den Kaiser gegen seine Forderungen gefügiger zu machen. Arroden hat ein Schreiben des Herzogs überliefert, worin sich dieser gegenüber dem Kaiser auf die geleistete Zahlung beruft;<sup>5)</sup> auch die aus Schertlins Kreise stammende *Historia belli Schmalcaldici* berichtet, dass der Herzog auf dem Augsburger Reichstage 1548 beim Kaiser unterthänigst angesucht ihm die Zahlung zu erlassen, dass er aber nichts erreicht habe, vielmehr die Summe baar und vollständig erlegen musste.<sup>6)</sup>

1) v. Druffel, Briefe und Akten Nr. 99. In Druffels ausführlich gehaltenem Auszug aus den Verhandlungen des Landtags (III, S. 26—41) ist indessen von diesem versprochenen Kriegskostenbeitrag von 50 000 fl. so wenig die Rede wie in v. Freybergs kürzerer Darstellung.

2) v. Druffel, Briefe u. Akten III, 42 figd.

3) v. Druffel, Zwichems Tagebuch S. 193

4) v. Druffel, Briefe u. Akten Nr. 99.

5) Sugenheim S. 36.

6) Mencken, *Script.* III, c. 1413. Dem Zeugnis des Verfassers dürfte um so weniger Glauben zu versagen sein, da derselbe bezüglich der Auszahlung einen besonderen Zug zu berichten weiss

Von Seite des Kaisers aber brachte nun überhaupt eine Woche um die andere dem Münchener Hofe Enttäuschungen. Eine der herbsten war die glimpfliche Behandlung, deren sich Kurfürst Friedrich von der Pfalz beim Kaiser erfreute. Dieser alte Freund des Kaisers hatte schon Mitte August wieder Annäherung an das Reichsoberhaupt versucht: im Lager von Schierling hatte Karl seine Gesandten Konrad von Sickingen und den Ritter Hans Fuchs empfangen.<sup>1)</sup> Am 17. Dezember<sup>2)</sup> war nun der Fürst selbst in demütiger Unterwerfung im kaiserlichen Hauptquartier zu Hall eingetroffen. Als ihn der Kaiser mit saurem Blick zwei Tage darauf empfing, erlaubte er dem alten und kränklichen Fürsten, der unter Thränen um Gnade und Verzeihung bat, nicht sich niederzusetzen. Aber schon Tags darauf war der Zorn des Monarchen verraucht. Er beschied den Kurfürsten wieder zu sich, liess ihn unter freundlichem Zureden sitzen „und hat dem guten, frommen, alten Herrn wieder ein Herz gemacht“. Es war zweifellos die alte Jugendfreundschaft zwischen den beiden Fürsten, die diesen Umschwung herbeiführte. Ueberdies konnte der Pfälzer geltend machen, dass er nie seinen förmlichen Beitritt zum schmalkaldischen Bunde erklärt, die Neuburger Regenten zur Neutralität angehalten, auch im Kriege nur Württemberg auf Grund einer Erb-einung ein paar hundert Reiter zugeschiekt habe, die nun auch schon wieder heimberufen worden waren. Am 23. Dezember wird schon gemeldet, der Kaiser erzeige sich gegen Friedrich wieder so, als ob derselbe nie wider ihn gewesen sei, und beim Sühnevertrag mit Württemberg war der Pfälzer als Vermittler thätig, während des vorher als Vermittler von Ulrich angerufenen Bayernherzogs nicht mehr gedacht wurde. Zwar beteuerte Granvella gegenüber Bonacorso im Januar, in der pfälzischen Angelegenheit sei noch nichts beschlossen. Aber das persönliche Verhalten des Kaisers gegenüber dem Kurfürsten zeigte schon deutlich, dass man gegenüber einer bayerischen Berufung auf die Regensburger Capitulation die Unterwerfung des Pfälzers als eine freiwillige erklären und infolge dessen Bayern den Heimfall der Kur und der Pfalz versagen würde.

Bei der Frage über Württembergs Schicksal machte sich immerhin geltend, dass der Kaiser den bayerischen Widerstand scheute und nicht aufs neue herausfordern wollte. König Ferdinand hätte gewünscht, dass das Land an Oesterreich zurückfiele und zur Ausstattung seines Sohnes, des Erzherzogs Maximilian diene. Aber der Kaiser wehrte ab, da er nach seinen eigenen Worten auch nicht den Schein wecken wolle, als jagten die Habsburger ihren Privatinteressen nach.<sup>3)</sup> Am Tage des württembergischen Vertrags (7. Januar) berichtete Bonacorso, er habe Alba „als für sich selbst“

von „einem rohen, ungeschickten Pfennigmeister, der dem Herzoge zu höchstem Verdruss die salzburgischen Dukaten in der Zahlung ausgeworfen und nit so hoch, als der Herzog sie gewürdigt, nehmen wollen“.

1) 16. August. v. Druffel, Zwichem, S. 54 u. Anm. 25. H. Wilhelm wusste darum. S. oben S. 204 (72).

2) A. a. O. S. 236.

3) Vgl. u. a. Lanz, Correspondenz II, 524.

mehrmals daran erinnert, dass man beim württembergischen wie pfälzischen Vertrag der Regensburger Capitulation gedenken möge erstens wegen Erstattung der Kriegskosten, zweitens wegen der Kur.<sup>1)</sup> Von einem weiteren Punkte, den wenigstens Eck wohl nicht vergessen hatte, spricht Bonacorso auffälligerweise nicht: zu den früher bayerischen Landen, die laut des Vertrags nach dem Siege von Bayern zurückgefordert werden konnten, gehörte auch das württembergische Amt Heidenheim, dessen Rückgabe sich Bayern noch vor zehn Jahren vom jungen Herzog Christoph hatte versprechen lassen. Granvella erklärte auf die Erinnerung des bayerischen Gesandten, der Vertrag sei noch nicht endgiltig beschlossen und der Besitz der Festungen gestatte immer, den Herzog Wilhelm noch zu bedenken. Eine Abschrift des Vertrags wurde Bonacorso verweigert, wie er vermutete, aus den Gründen, weil darin dem Könige Ferdinand Kostenersatz versprochen und für den Fall des Aussterbens des württembergischen Hauses Oesterreich die Nachfolge zugesagt sein sollte. Diese Angaben über den Inhalt des Vertrages<sup>2)</sup> waren nicht ganz zutreffend, doch enthielt das Abkommen, das u. a. Ulrich eine Strafe von 300 000 fl. auferlegte, genug, was die bayerische Eifersucht gereizt hätte.

Am 9. Januar meinte Bonacorso, nachdem König Ferdinand wegen seiner Unkosten im württembergischen Verträge erwähnt sei, könne Herzog Wilhelm vielleicht Neuburg erlangen. Was nun diesen von Bayern erstrebten Siegespreis betrifft, so zeigt eine merkwürdige Nachricht, wie leichten Herzens der Kaiser geneigt war sich über die Bestimmungen der Capitulation hinwegzusetzen. Ihre Glaubwürdigkeit kann nicht beanstandet werden, da sie zweifellos auf des Kaisers Vertrauten, den Cardinal Otto von Waldburg, zurückzuführen ist. Hiernach hatte der Kaiser die Absicht, das Herzogtum Neuburg seinem Feldherrn, dem Herzoge von Alba, als Belohnung für seine im Kriege geleisteten Dienste zu geben. Cardinal Otto habe sich im Rate des Kaisers dagegen erklärt, da Kurfürst Friedrich nicht wider den Kaiser sei, Herzog Wilhelm aber ihm Beistand geleistet habe; ohne Zuthun des letzteren, meinte der Cardinal sogar, seien sie verlorene Leute gewesen; Pfalz und Bayern, ein Haus, hätten eine Erbeinigung; die Belohnung eines Fremden käme den gehorsamen Ständen zu Nachteil und dürfte zu neuem Krieg und zu Bayerns Abfall führen. Auf diese Einsprache habe der Kaiser, der erklärte oder doch die Miene annahm, als sei er erst hiedurch über die Sachlage unterrichtet worden, seinen Plan fallen gelassen.<sup>3)</sup>

1) v. Druffel, Zwischem S. 249.

2) Vgl. v. Stälin IV, 457.

3) Memminger Ausgabe (1777) der Pappenheimischen Chronik der Truchsess von Waldburg I, 107 nach „ungeschriebenen archivalischen Nachrichten“, sicher des waldburgischen Familien-Archivs. Dass die Nachricht nur aufgebauscht worden sei aus der Thatsache, dass der Kaiser Alba die Einrichtung des Straubinger Schlosses als Geschenk zugedacht hatte, kann unmöglich angenommen werden. Dagegen das Gerede von Absichten des Kaisers Württemberg an den Herzog von Alba zu geben, hat schon v. Druffel (Zwischem S. 245) mit Recht als Phantasiegebilde erklärt.

Doch hatte der Kaiser entschieden keine Lust das Land in bayerischen Besitz zurückkehren zu lassen und dadurch die Pfälzer vor den Kopf zu stossen. Auch hier bot ihm wieder eine vorsichtige Clausel des Regensburger Vertrags das willkommene Mittel, Bayern seinen Lohn vorzuenthalten. Früher wittelsbachische Lande, die der Kaiser im Kriege eroberte, sollten allerdings Bayern zurückgestellt werden, aber erst dann, wenn dieses dem Kaiser angemessene Entschädigung für die hiebei aufgewendeten Kriegskosten geleistet hätte. Bei dem Daniederliegen der bayerischen Finanzen war diese Bedingung für den Herzog unerfüllbar. Ueberdies kamen ausser der Kriegskostenentschädigung an den Kaiser auch die Schulden Ottheinrichs in Betracht, die eine Million überstiegen und die der neue Herr des Landes den Ständen abnehmen musste. Wegen dieser Frage ward zwischen Wilhelm und dem Kaiser wie dem kaiserlichen Statthalter in Neuburg eine lebhaftige Correspondenz geführt.<sup>1)</sup> Am 5. Januar 1550 erbot sich der Kaiser in einem Schreiben aus Brüssel an den Herzog, ihm gegen Ersatz der Kriegskosten das Fürstentum Neuburg auszuhändigen.<sup>2)</sup> Wahrscheinlich kannte er die Lage der bayerischen Finanzen genügend, um sicher zu sein, dass Wilhelm die gestellte Bedingung nicht werde erfüllen können. Eine in italienischer Sprache verfasste Supplikation des Herzogs an den Kaiser schlägt denn auch wieder klägliche Töne an. Das jährliche Einkommen des Fürstentums, das anfänglich 24000 fl. betragen, berechnete Wilhelm jetzt, nachdem Hilpoltstein, Heideck, Sulzbach, Burgheim, Weiden, Allersberg verkauft worden, nur mehr auf 12363 fl. Ottheinrichs alte und neue Schulden überstiegen (da die Interessen etliche Jahre nicht bezahlt worden seien) eine Million. Wiewohl ihm das Land erblich und auf Grund der Regensburger Capitulation gebühre, wolle er es doch so übernehmen wie vorher die Landschaft und 800 000 fl. oder auch mehr (zur Deckung der Schulden) bezahlen. Die Schwierigkeit sei aber nun, dass daneben auch noch Kriegskosten ersetzt werden sollen. Mit saurer Miene verstand sich Wilhelm zu dem Vorschlage, dass zwei Commissäre, ein vom Kaiser und ein von ihm zu ernennender, diese Kosten schätzen sollten. Der kaiserliche Statthalter Zorn von Bulach ermunterte den Herzog, seinen früheren Herrn: da ihm der Kaiser das Land anbiete, möge er es nicht aus der Hand lassen.

Darüber aber erfolgte Wilhelms Tod und wie der Streit um die Kur erbten sich

1) Arroden III (nach neuerer Zählung II), 555 flgd.

2) Citirt in der unten erwähnten undatirten Supplikation Wilhelms a. a. O., nach Arroden „anno 1550 durch K. Ferdinand übergeben mense Julio circiter“. In einem andern Schreiben an den Kaiser (Arroden I, p. 172) bemerkt Wilhelm, er habe alles geleistet, auch die 50000 fl. bezahlt, dagegen sei unverborgen, wie sich sein Vetter, Pfalzgraf Friedrich, gehalten habe. Es wäre auch unnötig gewesen, Neuburg, Lauingen u. s. w. zu belagern; denn die Herzoge Ottheinrich und Philipp hätten nichts wider den Kaiser gehandelt, sondern es sei alles nach Friedrichs Befehl geschehen. Damit wird das wahre Verhältnis umgestürzt, nur um gegen Friedrich zu hetzen und für die Ablehnung des Kriegskostenersatzes einen Vorwand zu haben. Die venetianischen Gesandten (22. Juli 1550 aus Augsburg) wollten wissen, Württemberg und Neuburg seien dem K. Ferdinand angeboten worden. Venet. Depeschen II, 442.

die Pläne auf den Rückgewinn Neuburgs auf Albrecht V. fort. Standen die Hoffnungen ohnedies schon tief, so wurden sie nun vollends erschüttert, als der Kaiser (4. April 1550)<sup>1)</sup> seinen Rat und Schatzmeister Gerhard von Veldwick zur Verhandlung über Neuburg an den jungen Fürsten sandte. Denn Karl gab ihm zu verstehen, er müsse sich zu höheren Leistungen bequemen als sein Vater, und wenn ihm das nicht zusage, werde sich der Kaiser (wegen eines Verkaufs des Landes) zuletzt mit anderen einlassen. Auch Zorn von Bulach schrieb an Albrecht, dass das Land um 800 000 fl., wie sein Vater vorgeschlagen, jetzt nicht mehr zu bekommen sei.<sup>2)</sup> Ein kaiserlicher Commissär wegen Neuburgs befand sich, wie der Statthalter meldete, damals bereits in Augsburg. Dort wollte dann Albrecht, wie er am 7. Mai 1550 aus Landshut an den Statthalter schrieb, mit dem Kaiser persönlich verhandeln. Im September liess er auch König Ferdinand unter wiederholter Berufung auf die Capitulation vortragen, dass die wegen Neuburgs vorgeschlagenen Mittel für ihn „gar zu beschwerlich“ seien.<sup>3)</sup> Ottheinrich hatte die ganze Zeit her fruchtlose Anstrengungen gemacht die kaiserliche Begnadigung zu erlangen.<sup>4)</sup> Am 23. September 1550 wandte er sich sogar an Herzog Albrecht mit dem Anliegen, die vereinte Fürbitte, die von allen Ständen des Reichs für ihn eingelegt werden solle, zu unterstützen.<sup>5)</sup> Bekanntlich hat die grosse Umwälzung des Jahres 1552 den Fürsten ohne Land und Leute wieder in Neuburgs Besitz und den Hoffnungen Bayerns endgiltig ein Ziel gesetzt.

Statt Bayern an den Siegespreisen teilnehmen zu lassen, forderte der Kaiser im Gegenteil vom Herzoge aufs neue die Bezahlung der in der Capitulation zugesagten 50 000 fl. Dieses Begehren und die Anregung wegen Erneuerung des Schwäbischen Bundes waren die Hauptzwecke der Botschaft, die im Februar 1547 den alten Unterhändler zwischen beiden Mächten, den Cardinal Otto von Waldburg an den Münchener Hof führte.<sup>6)</sup> Bei diesem Anlass machte sich die Unzufriedenheit des Herzogs schon rückhaltlos Luft, so höflich auch sein Bescheid gehalten war. Wohl nicht ohne Ironie bemerkte er, er zweifle zwar nicht daran, dass der Kaiser keiner Erinnerung an seine Dienste bedürfe oder dass er bedacht sei sie zu vergelten, aber er sei glaublich berichtet, dass Leute in des Kaisers Umgebung sein Gemüt gegen den Herzog einzu-

1) Arroden a. a. O. 558.

2) 4. Mai 1550. A. a. O.

3) A. a. O. p. 559, 560.

4) Ueber diese Ausführungsversuche bewahrt das Reichsarchiv umfangliche Akten, 1547—1551.

5) Arroden a. a. O. p. 561.

6) Seine Beglaubigung ist datirt vom 7. Februar 1547. S. v. Druffel, Briefe u. Akten III, 46, 1. Im k. u. k. Haus-, Hof- u. Staatsarchiv in Wien findet sich, wie mir von dort mitgeteilt wurde, weder des Cardinals Instruktion noch anderes Material bezüglich dieser Gesandtschaft. Wir bleiben auf die bayerische Antwort angewiesen, die v. Druffel, Briefe u. Akten III, 42 fgd. veröffentlichte. Gleichzeitig entsandte der Kaiser den Deutschordenscomtur Johann Wernher von Reischach und den Freiherrn Wilhelm Erbtruchsess zu Waldburg an die Stände des schwäbischen Kreises. Deren Instruktion vom 7. Febr. 1547 s. bei Lanz, Staatspapiere z. Gesch. Karls V., S. 407, ihren Bericht v. 23. Juni 1547 ebendort S. 414.

nehmen strebten.<sup>1)</sup> Deren unwahres und böses Verschwätzen zu ihrer Beschämung abzuweisen möge der Kaiser durch die folgenden Bemerkungen in Stand gesetzt werden. Nie seien Kaiser und König in grösserer Gefahr geschwebt als in diesem schmalkaldischen Kriege. Wenn sie den Sieg erlangt haben, sei nach Gott nicht die geringste Ursache der Herzog, der mit Zuthun und Darstreckung seines Vermögens und Fürstentums mehr als irgend eine irdische Hilfe dazu gewirkt habe. Als der Kaiser auf Landshut zog, hätten die Schmalkaldischen von Rain aus in vier, von Reichertshofen aus in drei Tagen Landshut erreichen können. Da habe nun der Herzog zu Rain, Reichertshofen und Ingolstadt den Feind mit grosser Mühe und Gechicklichkeit und nur dem Kaiser zum Vorteil mehr als vierzehn Tage und so lange aufgehalten, bis der Kaiser seine Vereinigung mit dem wälschen Kriegsvolk vollzogen und dann Ingolstadt erreicht habe. Was dann diese Festung dem Kaiser genützt, sei unnötig hervorzuheben. Auch die Proviantzufuhr für das kaiserliche Heer wäre ohne Bayern unmöglich gewesen. Dagegen stehe nun Bayern von allen schmalkaldischen Ständen ewiger Neid, Feindschaft und Gefahr bevor, da die Schmalkaldener alle ihre Unfälle im letzten Krieg dem Herzoge zur Last legen. Dem Bayerlande sei durch des Kaisers Kriegsvolk mehr Schaden zugefügt worden als durch das des Feindes. Dieser Schaden sei mit vielen hunderttausend Gulden nicht zu ersetzen. Für erhöhte Besatzungen habe der Herzog 166753 Gulden baar aufgewendet. Die Regensburger Capitulation sei allein zur Wiederherstellung des Katholizismus abgeschlossen worden und doch lasse jetzt der grösste Teil der Stände, die dem Kaiser gehuldigt, auch etliche, die im Dienste des Kaisers stehen, nach wie vor sektirerische Lehren predigen. Der Herzog hofft, dass hierin Ernst gezeigt werde, sonst dürften die letzten Irrungen beschwerlicher werden als die ersten. Endlich erinnerte er daran, dass die Capitulation für den Fall von Friedensschlüssen seine Hereinziehung und Anteil an den Kriegsentschädigungen für ihn festsetze und dass sie Bestimmungen über die pfälzische Kur treffe für den Fall, dass die Pfalzgrafen nicht gehorchen, nicht zum Katholizismus übertreten und bekriegt werden müssen.

Die Forderung der 50 000 fl. wies er, wie erwähnt, zurück, so lange ihm nicht seine Kriegs-Schäden und Auslagen ersetzt seien.

Was den neuen Bund betraf, dessen Gründung schon in der Capitulation in Aussicht genommen war, wurde dem Cardinal geradezu erklärt, dass man nichts davon wissen wolle. Man hat es auffällig gefunden, dass die bayerische Politik ihren Plan

1) An Granvella ist vor allen zu denken. Bonacorso hatte am 12. Januar aus dem kaiserlichen Lager berichtet, der Herzog von Alba als ehrlicher, frommer Fürst handle beim Kaiser ohne Unterlass alles, was dem Herzoge Wilhelm zu Nutzen gereichen möge, auch des Kaisers Beichtvater (Soto) sei gut auf des Herzogs Teil, aber Granvella handle darin das Widerspiel. v. Druffel, Zwichem, S. 251. Dass Granvella einer Annäherung an Bayern widerstrebte, lässt sich auch daraus ersehen, dass er im August 1547 den Besuch des jungen Erzherzogs Maximilian am Münchener Hofe widerriet, einmal wegen der ungezügelter Jagdlust, die dort herrsche, sodann weil dort eine Tochter zu verheiraten sei. Briefe u. Akten I, Nr. 107.

dem Kaiser Schwierigkeiten zu bereiten so deutlich erkennen liess, wie durch diese Ablehnung und ihre Motivirung geschah.<sup>1)</sup> Es entsprach aber ganz Ecks sonstiger Politik, wenn neben unterwürfigen Bittgesuchen des Herzogs dem Kaiser auch schon wieder gezeigt wurde, dass Bayern wohl im Stande sei seine politischen Pläne in unbequemer Weise zu durchkreuzen. Die Abneigung gegen einen neuen, unter kaiserlicher Aegide stehenden Bund war übrigens nicht allein eine Frucht der Verstimmung, welche Bayerns Vernachlässigung beim Verteilen der Siegespreise geweckt hatte. Die bayerische Politik wollte sich vom Kaiser nicht ins Schlepptau nehmen lassen und wollte sich ihre Aktionsfreiheit wahren. Von diesem Grunde war in der eingehenden Motivirung des ablehnenden Bescheids, der dem Cardinal Otto erteilt wurde, natürlich nicht die Rede.

Als im März Dr. Wigulejus Hundt als Vertreter Bayerns nach Ulm entsendet wurde, wo nach dem Wunsche des Kaisers eine Beratung wegen seines Bundesvorschlags stattfand, lautete die Instruktion<sup>2)</sup> des Gesandten genau so wie der dem Cardinal erteilte abschlägige Bescheid. Der Herzog sei zwar der wohlthätigen Wirkungen des Schwäbischen Bundes wohl eingedenk, jetzt aber sei es „unerheblich“, über ein neues Bündnis zu verhandeln. Denn 1. schulde der Herzog dem Kaiser ohnedies Gehorsam. 2. sei er mit dem Kaiser und Haus Oesterreich in solcher Verwandtnis und Nachbarschaft, dass Oesterreich und Bayern einander nicht verlassen sollten. 3. stehe er mit der oberen und unteren Pfalz, desgleichen mit den Markgrafen von Brandenburg in Erbeinung und diese müssten ihn allewege ausnehmen. 4. würde es wegen der weiten Entfernung beschwerlich sein, dass sich die rheinischen Kurfürsten und Fürsten mit den oberen<sup>3)</sup> verbänden. 5. da die Religionssachen noch nicht verglichen seien, wäre ein Bündnis der katholischen Stände mit den protestantischen „beschwerlich“, würde zu Zerrüttung und Schmälerung der katholischen führen. 6. sollten aber die protestantischen Stände ausgeschlossen werden, so würden diese sicherlich abermals ein Bündnis unter sich aufrichten und zuletzt wieder die gleiche Rebellion herbeigeführt. Dem Kaiser und jedermann sei ja bekannt, dass der schmal-kaldische Bund trotz und gegen die christliche Verständnis, die der Kaiser vor etlichen Jahren mit einigen Kurfürsten und Fürsten aufgerichtet, geschlossen worden sei. 7. würden die geistlichen Fürsten ohne Bewilligung ihrer Kapitel sich in kein Bündnis

1) v. Druffel, Briefe u. Akten III, S. 47, Anm. 4: „Es wäre zu wünschen, dass der Bericht des Cardinals über seine Sendung an den bayerischen Hof bekannt würde, um beurteilen zu können, ob wirklich damals die bayerische Politik ihren Plan, dem Kaiser Schwierigkeiten zu bereiten, so demaskirte, wie nach obigem anzunehmen ist.“ Diese Bemerkung scheint Zweifel an der Richtigkeit der von Druffel mitgetheilten Antwort an den Cardinal bezüglich des Bundesvorschlags in sich zu schliessen. Um jedes Bedenken zu heben, teile ich absichtlich die Motivirung der bayerischen Ablehnung aus anderer Quelle, aus der Instruktion für den bayerischen Gesandten Hundt mit.

2) Instruktion vom 27. März 1547. Staatsarchiv, Bundeshandlung Nr. 19, f. 92, und zum figd. f. 98, 100.

3) „Oberen“ wird auch bei Druffel a. a. O. S. 45 zu lesen sein statt: vilen.

begeben. 8. würde nötig sein, dass der Kaiser zuerst geheime Umfrage hielte, wer sich denn in das Bündnis begeben wolle. Diese Herren könnte man dann eher auffordern und auf einem Reichstage einen Beschluss herbeiführen. Hundt erhielt die Weisung: selbst wenn die Mehrheit der anderen Stände sich in ein Bündnis einlassen wolle, solle er nicht darauf eingehen und zwar „ohne Hintersichbringen“, d. h. den Beitritt rundweg abschlagen. Am 12. Juni richtete der Kaiser selbst aus Halle in Sachsen ein Schreiben an den Herzog, worin er in Erwiderung dessen, was der baye-  
rische Gesandte Bonacorso ihm vorgetragen, nochmal dringend das Bündnis empfahl, das ja nur dem Reiche und allen Ständen zugute kommen solle. Zugleich ward Cardinal Otto wiederum an den Münchener Hof entsendet.<sup>1)</sup> Um diese Zeit trat in Ulm auf kaiserliche Einladung zum zweitenmale eine Versammlung oberdeutscher und rheinischer Stände zur Beratung des vom Kaiser vorgelegten Bundesentwurfes zusammen. Bayerns Vertreter war wiederum Hundt.<sup>2)</sup> Gleich Bayern war die Mehrheit der Stände nicht für den Plan zu gewinnen und die zweite Versammlung ging ebenso wie die erste ohne Ergebnis auseinander.

Am 24. April 1547 wurde der Kurfürst von Sachsen vom Kaiser bei Mühlberg aufs Haupt geschlagen und gefangen. Der Glückwunsch, den Herzog Wilhelm auf die ihm durch König Ferdinand vermittelte Siegesnachricht an den Kaiser richtete,<sup>3)</sup> kam wohl nicht aus ganz aufrichtigem Herzen. Eben hatte man von Christoph von Württemberg eine Nachricht erhalten, welche die Gesinnung des Kaisers gegen Bayern deutlich verriet: die von Christoph bei seinem beabsichtigten Eintritt in den kaiserlichen Dienst gestellte Bedingung, dass er gegen Herzog Wilhelm und das Haus Bayern nicht zu dienen brauche, war vom Kaiser verworfen worden.<sup>4)</sup>

Noch weniger wird man am Münchener Hofe in den Siegesjubel eingestimmt haben, als sich im Juni auch der Landgraf dem Kaiser auf Gnade und Ungnade ergab. Bei seinem nächsten Zusammentreffen mit dem Kaiser legte Wilhelm warme Fürsprache für den Gefangenen ein,<sup>5)</sup> doch ohne Erfolg. Als der Kaiser auf dem Augsburger Reichstag erschien, seine beiden fürstlichen Gefangenen wie Trophäen mit sich führend, nahm er eine Machtstellung ein wie seit Jahrhunderten kein römischer Kaiser — und doch war er ohnmächtig in dem Streit, um den sich alles drehte, ohnmächtig gegenüber einer unerschütterlichen religiösen Ueberzeugung. Zur grossen Unzufriedenheit Bayerns, das sich darauf steifte, dass die Regensburger Capitulation die bedingungslose Unterwerfung der Andersgläubigen unter das Concil in Aussicht genommen hatte, war bei der Unterwerfung der einzelnen schmalkaldischen Stände dem Protestantismus zunächst überall Duldung gewährt worden. Der alte Gegensatz zwischen dem Führer,

1) Credenz v. 18. Juni; Briefe und Akten Nr. 104.

2) Seine Instruktion ist vom 11. Juni datirt. Bundshandlung, f. 100.

3) 2. Mai. Briefe und Akten I, Nr. 98.

4) Stumpf S. 290.

5) Erwähnt 30. Aug. 1547. Venetianische Depeschen vom Kaiserhofe, II, 334.

dem Ausführung und Verantwortung zufällt, und dem nur zu Rat und Mitwirkung Berufenen machte sich wieder geltend: mag dieser auf Consequenz und Prinzipientreue pochen, jenen zwingt die unüberwindliche Macht historisch gegebener Verhältnisse zu Nachgiebigkeit und Compromissen. Hierin liegt doch wohl der Hauptgrund des geringen religiösen Erfolges, nicht etwa, wie man wohl gemeint hat, darin, dass der Kaiser bei diesem Kriege nur darauf ausgegangen wäre, die trotzige Selbständigkeit der deutschen Fürsten zu brechen.

Ende Juli fand sich auch Herzog Wilhelm in Augsburg ein, wohin ihn der Kaiser zu einer Besprechung wegen des geplanten Bundes geladen haben soll.<sup>1)</sup> In den drei Tagen seines Aufenthaltes in der Reichsstadt hatte er zweimal Unterredungen mit dem Kaiser. Mitte September folgte dieser seiner Einladung zur Jagd nach Bayern. Auch hier betrachtete man die Jagd mehr als Vorwand, die Verhandlung über den neuen Bund als Hauptzweck der Zusammenkunft. Alle Bemühungen des Kaisers den Widerstand des Herzogs zu brechen blieben jedoch fruchtlos. Die venetianischen Gesandten erfuhren als die Gründe, die Wilhelm dagegen ins Feld führte: er wolle nicht mit Lutheranern in einem Bunde sein und deutsche Reichsstände sollten nicht zur Verteidigung von ausserdeutschen Ländern verpflichtet werden. Im Dezember wollten dieselben Gesandten wissen, der Kaiser habe nun Wilhelm als Preis für die Zustimmung zum Bündnisvorschlag sogar Neuburg „und einige andere Orte“ angeboten. Für Ecks grosses Ansehen bietet dieser Bericht der Venetianer ein glänzendes Zeugnis. Dieser Doktor, melden die Gesandten, ist eine „äusserst aufgeweckte Person“ und kennt die deutschen Angelegenheiten aufs gründlichste. Durch seinen Rat beherrscht er nicht nur seinen Herrn vollständig, sondern vermag auch viel bei anderen deutschen Fürsten. Er wünscht nicht, dass die Macht des Kaisers noch höher steige, und hat sich gegen Vertraute wiederholt dahin ausgesprochen, dass der Kaiser nicht das öffentliche Wohl sondern nur sein Privatinteresse und die Grösse seines Hauses anstrebe. Da der Kaiser wohl merke, dass Eck die Seele des bayerischen Widerstandes sei, habe er sich beim Herzog nachdrücklich über die Praktiken dieses alten Widersachers beschwert, der auch die Auflösung des alten Schwäbischen Bundes auf dem Gewissen habe. Darauf aber habe nicht nur der Herzog seinen trefflichen und treuen Diener in Schutz genommen, sondern am folgenden Tage haben Alba und Granvella Eck zu sich beschieden, ihm die besten Worte gegeben und ihn ermahnt fortan dem Kaiser gute Dienste zu leisten. Man scheute sich also, wie es scheint, auch am kaiserlichen Hofe es mit Eck ganz zu verderben. Freilich zu dem besten Mittel die Bayern zu beschwichtigen wollte man sich nicht verstehen.

Vergebens bestürmte Wilhelm in einer eindringlichen Bittschrift um die andere,<sup>2)</sup>

1) Venetianische Depeschen vom Kaiserhofe II, 314, 317. Zum flgd. s. ebendort 335, 342, 373. Den Entwurf der Bundesverfassung s. bei v. Druffel, Briefe u. Akten III, S. 47; über die Verhandlungen darüber auf dem Augsburger Reichstage s. ebendort S. 49. flgd.

2) Bei Arroden I, 171 flgd., II, 550 flgd., ohne nähere Daten als 1547 und 1548. Hiernach

auf dem Augsburger Reichstage wohl auch persönlich, den Kaiser wegen Neuburgs und der pfälzischen Kur, vergebens erinnerte er in immer neuen Wendungen an seine Opfer und die Erfolge seiner Politik, vergebens wies er darauf hin, dass er allein nach diesem Kriege leer ausgehe, während der Kaiser, König Ferdinand und Herzog Moritz, jeder seine Beute davongetragen habe. In der Hauptsache wiederholen diese Schreiben, was schon im Februar dem Cardinal von Augsburg vorgehalten worden war. Der Herzog betont, dass er für seinen Teil die Artikel der Capitulation sogar „überflüssig“ geleistet und vollzogen habe, er schätzt seinen gesammten Schaden nun auf 400 000 fl., darunter 200 000 fl. Schaden der Unterthanen durch das kaiserliche und feindliche Kriegsvolk, er versteigt sich zu der Behauptung, der Kaiser verdanke seinen Sieg und die Erhaltung seiner Hoheit und Autorität allein Gott und, so viel menschliches Zuthun vermöge, ihm, dem Herzoge. Eine Uebertreibung war es auch, wenn der Herzog meinte: wäre er den Feinden in ihrem Anzug nicht so stark entgegengetreten, so hätten diese, wie ihre Schriften besagen, den Sieg davon getragen; denn sie hätten im Sinne gehabt Tirol einzunehmen und den Gegner in Italien aufzusuchen.

Bezüglich der Kur<sup>1)</sup> bestand der Herzog darauf, Pfalzgraf Friedrich, der der Religion halber eine Feindschaft auf ihn geworfen und ihn bei den Schmalkaldischen und anderen verhasst gemacht habe, habe sich auch mit den Schmalkaldischen zu Frankfurt verbündet, ihnen Fussvolk, Reiterei und Proviant zugeführt und habe deswegen die Kur verwirkt, die der Kaiser ihm verleihen möge. Diese Darstellung war sehr anfechtbar, aber zu einer Bayern günstigen Auslegung der Capitulation konnte schon die Thatsache genügen, dass die Pfalzgrafen so wenig zur katholischen Religion zurückgekehrt waren, wie sie Miene machten sich dem Conzil zu unterwerfen. Als daher der Kaiser vorschlug, dass er durch Commissäre über den Kurstreit handeln lassen wolle, erklärte Wilhelm, damit könne er sich nicht zufrieden geben, denn die Capitulation dürfe nicht überschritten werden. In einer Schrift der bayerischen Räte,<sup>2)</sup> verfasst zu dem Zweck, dass der Kaiser bewogen werde die Bestimmungen der Capitulation zu vollziehen, ward auch jetzt noch das Zugeständnis gemacht, dass die Kur Friedrich sein Leben lang bleiben, erst nach dessen Tode an Bayern fallen und fortan zu Wechsel gehen sollte. Dagegen verlangte Friedrich, um dieser Anfechtungen endlich überhoben zu werden, vom Kaiser nun selbst wiederholt rechtliche Entscheidung. Auf dem Augsburger Reichstage beauftragte der Kaiser König Ferdinand und die Kurfürsten

---

hat Sugenheim I, 36 fgd. die wichtigsten dieser Schreiben veröffentlicht. Im k. k. Haus-, Hof- u. Staatsarchive in Wien finden sich nach gefälliger Mitteilung von dort diese Schreiben nicht, auch in den Münchener Archiven keine anderen Vorlagen als die Einträge Arrodens.

1) Zu Simmern hatten mittlerweile (20. Nov. 1546) unter dem Eindruck der von Bayern drohenden Gefahr pfälzische Agnaten, Johann von Sponheim (Simmern) und Wolfgang von Zweibrücken-Veldenz für sich und die anderen Pfalzgrafen von Zweibrücken-Veldenz das Abkommen von Disibodenberg wiederholt und bestätigt. Muffat S. 296.

2) Arrodens (III (II), p. 556, mit der Jahrzahl 1547) lag sie vor in einer deutschen, lateinischen und italienischen Copie, die unter sich nicht völlig übereinstimmten.

mit Prüfung der Rechtsfrage, die ja laut des Regensburger Abkommens in jedem Falle erfolgen sollte. Von beiden Parteien wurden Beweisschriften eingereicht. Bayern zog jetzt sogar in Zweifel, ob Karl IV. ohne päpstliche Bewilligung neue Verfügungen in Sachen der Kur erlassen konnte. Der 20. Februar war für die Verhandlung bestimmt. In langer Rede verfocht und begründete Eck die bayerischen Ansprüche.<sup>1)</sup> Zu einer Entscheidung aber kam es nicht und der Streit mit der älteren wittelsbachischen Linie erbte sich auf Albrecht V. fort. Wilhelm aber bat den Kaiser auf dem Augsburger Reichstage, da all sein Bitten und Drängen vergebens blieb, ihn heimziehen zu lassen.

Was Neuburg betrifft, erklärte der Herzog, sei die Capitulation klar, zudem er Erbrecht auf das Land habe. Er könne daher in keine Veränderung desselben willigen, abgesehen von dem, was den Neuburgern auf Wiederlösung versetzt sei.

Dass Bayern im Verhältnis seiner Leistungen und Opfer nach dem Kriege zu kurz kam, fanden nicht nur die bayerischen Staatsmänner. Unbeteiligte, aber sachkundige Ausländer, wie der Engländer Ascham und die Venetianer Mocenigo und Lorenzo Contarini fällten dasselbe Urteil. Contarini,<sup>2)</sup> während des Kriegs Gesandter Venedigs bei König Ferdinand, bemerkt, nachdem Herzog Wilhelm durch die Unterstützung des Kaisers seinen Staat grosser Gefahr ausgesetzt und sein Land durch die lange währenden Verwüstungen zweier Heere viel gelitten, habe er nichtsdestoweniger vom Kaiser nichts erlangt, nicht einmal das kleine Herzogtum Neuburg, das doch seinem Hause gehöre, solle vielmehr mit seinem Bruder von Salzburg 150 000 fl. (diese Summe wohl übertrieben) dem Kaiser als Kriegskostenbeitrag zahlen. In der That hatte Bayern ausser der habsburgischen Heirat und den daran geknüpften höchst unsicheren Erbfolgeaussichten keinen von den zugesagten Siegespreisen, auch keinen nennenswerten Ersatz seiner grossen Kriegsschäden und Kosten errungen. Die Frage, ob dieser Misserfolg durch Bayerns Haltung während des Kriegs verschuldet war, glauben wir verneinen zu dürfen. Die vorsichtigen Clauseln, an welche der Regensburger Vertrag die wichtigsten Siegespreise, die Kur und Neuburg, knüpfte, zeigen, dass der Kaiser von vornherein keine Lust hatte, die Macht eines alten Widersachers, der jetzt nur durch das eigene Interesse zu seinem Verbündeten geworden war, zu verstärken auf Kosten eines Fürsten, der trotz seiner abweichenden religiösen Gesinnung ihm persönlich weit näher stand. Zweimal, so viel wir wissen, im September und November, hat der Kaiser selbst während des Feldzuges seine Anerkennung über die loyale und bundestreue Haltung Bayerns ausgesprochen.<sup>3)</sup> Wenn dazwischen eine Kundschaft vom 7. Oktober wissen will, der Kaiser sei gegen Bayern wegen seiner Praktiken mit dem Feinde aufgebracht gewesen,<sup>4)</sup> wird man darauf kein hohes Gewicht legen können, wenn auch nicht ausgeschlossen ist, dass der Kaiser durch aufgefangene

1) Muffat S. 296; Stumpf S. 288.

2) 1548, Albéri, Relazioni degli Ambasciatori Veneti al Senato I, 1, p. 434.

3) S. oben S. 220. 230.

4) S. oben S. 136.

Correspondenzen oder Verrat über den Verkehr Bayerns mit Hessen Dinge erfuhr, die den Herzog in seinen Augen compromittirten und ihn selbst zeitweilig verstimmteten. Jedenfalls darf man aber bei den Praktiken, die der Kundschafter vom 7. Oktober Bayern vorwirft, nicht an solche denken, die dem kaiserlichen Unternehmen entgegenarbeiteten. So weit ist Eck in seinem Verkehr mit dem Landgrafen Philipp und dessen Agenten nie gegangen und als von Hessen der Antrag einer Verständigung hinter dem Rücken des Kaisers an ihn kam, hat er denselben abgelehnt. Auch die herben Worte über den Kaiser, die Sailer von Eck noch während des Feldzugs berichtet, fielen nur im mündlichen Verkehr. Eck war viel zu schlau, derartiges dem Papier anzuvertrauen.

Die Commentaires lassen als Gründe der kaiserlichen Verstimmung über die bayerische Politik das Zögern der Beitrittserklärung, mit anderen Worten: den dafür geforderten hohen Preis, ferner die angebliche Geringfügigkeit der geleisteten Unterstützung erkennen. Die Commentaires sind aber beherrscht von der Absicht zu zeigen, dass das Verdienst des Erfolges nur dem Kaiser gebührt. Dass das bayerische Bündnis für ihn hohen Wert hatte, will sich Karl nicht eingestehen, weil dies seine eigenen Lorbeeren schmälern würde. Hinter dem Schleier der geheuchelten bayerischen Neutralität konnte er ungestört sein Heer sammeln und seinen Aufmarsch vollziehen. Dies war für ihn ein grösserer Vorteil, als wenn Bayern sein mächtiges Heer um die paar tausend Mann verstärkt hätte, zu deren Stellung es sich im günstigsten Falle hätte aufschwingen können.

Was den Kaiser verstimmtete, waren unseres Erachtens nicht die Handlungen, sondern die Gesinnungen seines Verbündeten. Er hatte von Herzog Wilhelm und Eck schon zu viel offenen und versteckten Widerstand erfahren, um nicht mit feinem Witterungsvermögen zu durchschauen, dass deren Gesinnungen auch nach dem Bundesvertrage im Grunde keine freundlichen geworden waren. In dem Scheitern der bayerischen Hoffnungen, welche der Vertrag geweckt hatte, sprach sich nur die innere Unwahrheit des Bundes aus. „Errat, qui eos sibi amicos putat, quibus ipse non est.“<sup>1)</sup>

Trotz aller Verstimmungsgründe auf Seite Bayerns meinte Mocenigo<sup>2)</sup> 1548, dass der Kaiser von Bayern nun nichts mehr zu fürchten habe. Abgesehen von den neuen verwandtschaftlichen Banden sei Herzog Wilhelm ein alter hinfalliger Mann, ruheliebend und einem Kriege gänzlich abhold. Sodann fehle es ihm an Geld: jährlichen Einkünften von etwa 250 000 fl. stehen Schulden gegenüber, die bereits eine Million übersteigen, aber noch immer im Wachsen seien. Drittens — und dies sei wohl der stärkste Grund — werde der Herzog, fast der einzige Katholik unter den deutschen Fürsten, von den Protestanten gehasst, weil seine Haltung im letzten Kriege ihnen so sehr geschadet habe; nie wieder würden sie ihm trauen und sich mit ihm verbünden, im Gegenteil: sowie er sich von der Freundschaft des Kaisers lossagen wollte, stünde

1) Cod. lat. Monac. 519, f. 252 (15. Jahrhdt.).

2) Fontes rer. Austr. II, XXX, p. 151.

er in grosser Gefahr seinen Staat zu verlieren, denn alle protestantischen Fürsten würden sich in diesem Falle lieber mit dem Kaiser verbünden, ihn zu stürzen. Wir haben den venetianischen Botschafter schon wiederholt als scharfblickenden Beobachter kennen gelernt, doch dieses Bild von der Ohnmacht und Gefährdung Bayerns nach dem Kriege dürfte etwas zu grell gefärbt sein. Dass die politische Stellung Bayerns sowohl gegenüber dem Kaiser als den protestantischen Ständen sich durch den Krieg verschlechtert hatte, ist zweifellos richtig, nur nicht in dem Masse, wie Mocenigo es schildert. Eck hatte das Staatsschiff mit gewohnter Klugheit zwischen drohenden Klippen hindurchgesteuert. Seine Politik im schmalkaldischen Kriege hätte um vieles unehrlicher sein dürfen, ehe sie aus den allgemeinen politischen Gepflogenheiten des Zeitalters herausgetreten wäre; und sowie man die Bekämpfung des Protestantismus und zugleich der habsburgischen Uebermacht als Prinzipien annimmt, an denen Eck nicht rütteln konnte, wird man auch zugeben müssen, dass seine Politik die richtige war. Den Siegeslauf des Kaisers zu kemmen und für Bayern die gehofften Siegespreise vollständig zu ernten lag nicht in Ecks Vermögen. Aber er hatte seinem Fürstenhause glänzende Aussichten für die Zukunft gewonnen und zugleich erreicht, dass es Bayern mit mächtigen Fürsten des protestantischen Lagers nicht völlig verdorben hatte. Wir erinnern uns, dass der Landgraf von Hessen und der Herzog von Württemberg sich während des Feldzugs vertrauensvoll an die bayerische Vermittelung wandten und dass Wilhelm sich eifrig für die Befreiung des gefangenen Landgrafen verwendete. Als es sich um die Aufstellung eines Präsidenten auf dem Augsburger Reichstage von 1547 handelte, schlugen die Protestanten unter ihren drei Candidaten Herzog Wilhelm an erster Stelle vor.<sup>1)</sup> Dies alles spricht nicht für Mocenigo's Schilderung, die auch dadurch nicht bekräftigt werden kann, dass Herzog Wilhelm in dem Bestreben einen Vorteil zu erlangen seine eigene Lage ebenso gefährdet hinstellt. Wie er sie dem Kaiser schilderte, haben wir schon erwähnt. Auch als er sich in seiner Finanznot um Hilfe an den Papst wandte, erklärte er, er müsse nun, falls der Kaiser aus dem Reiche ziehe, eines Angriffs der Protestanten gewärtig sein.<sup>2)</sup> Rechnete man durch den Hinweis auf seine Bedrängnis jemanden weich zu stimmen, so wurden die Worte nicht ängstlich abgewogen.

Andererseits ist auch Mocenigo's Meinung, dass der Kaiser nun von Bayern nichts

1) Venetianische Depeschen II, 336.

2) „Sobald der Kaiser aus dem Reiche zieht, hat sich der Herzog nichts anderes denn eines gewissen Ueberzugs von Eurer Heiligkeit Widerwärtigen zu versehen.“ So besagt die undatirte, wahrscheinlich 1549 zu setzende Instruktion für Schobinger, den bayerischen Gesandten nach Rom, die sich, von Bonacorso's Hand geschrieben, in den Bayerischen Religionsakten (R.A.) I, f. 295 fgd. findet. Bei Sugenheim I, 38 ist diese Aeusserung dahin entstellt, dass der Herzog eines Angriffs von Seite der Kaisers gewärtig sein müsse. Von diesem Missverständnis ausgehend, zu dem auch Arrodens Auszug, Sugenhems Quelle, keinen Anlass bot, hat Sugenheim, dessen gedrängte Darstellung dieser Verhältnisse im übrigen zutreffender ist als manche andere, die damalige Spannung mit dem Kaiser übertrieben geschildert.

mehr zu fürchten gehabt habe, nur mit Einschränkung aufrecht zu halten. Freilich äusserliche Freundlichkeiten, die man dem Kaiser erwies, wie die Jagdeinladung oder der Name Karl, der Wilhelms ältestem, am 7. September 1547 geborenen Enkel beigelegt wurde,<sup>1)</sup> dürfen nicht über die Gesinnung hinwegtäuschen. Schon zu Anfang 1547 soll Wilhelm dem Octavio Farnese aufgetragen haben, seinem Grossvater, dem Papste, der sich damals Karl eben wieder zu entfremden begann, zu berichten, dass er mit vielen deutschen Fürsten auf Absetzung des Kaisers (ut imperatorem pellerent) hinarbeite. Lassen wir diese Nachricht<sup>2)</sup> auch beruhen, so lange sie nicht von anderer Seite etwa Bestätigung findet, so wissen wir doch, dass Bayern redlich daran mitarbeitete, das Projekt eines neuen kaiserlichen Bundes scheitern zu machen. Und auf dem Augsburger Reichstage bewegte sich die bayerische Politik wieder ganz in dem alten Geleise der Opposition gegen kaiserliche Ausgleichsvorschläge, wofür wohl nicht religiöse Ueberzeugung, sondern die böse Absicht dem Kaiser um jeden Preis Schwierigkeiten zu bereiten bestimmend war. Da Eck als Wortführer der katholischen Stände den kaiserlichen Interimsentwurf bekämpfte,<sup>3)</sup> machte sich des Kaisers lange verhaltener Groll gegen den bayerischen Staatsmann, dessen Leben und Gedeihen nur in der Zwietracht beruhe, in heftigem Ergüsse Luft.<sup>4)</sup>

Wie mit der kaiserlichen Politik war man auch unzufrieden mit der kaiserlichen Hofhistoriographie. Auf dem Tage zu Passau erhoben, wie Roger Ascham<sup>5)</sup> berichtet, die Fürsten gemeinsame Beschwerde über Avila's Buch. Ascham hebt unter den Unzufriedenen den Markgrafen Albrecht von Brandenburg, den alten Kurfürsten Friedrich von der Pfalz und den jungen Bayernherzog Albrecht V. besonders hervor und stellt sich, was den letzteren betrifft, vollständig auf seine Seite. „Unterrichtete Leute sagen, dass Herzog Albrecht verstimmt sei durch das, was in Avila's Buch über seinen Vater geschrieben steht, da dieser von den Kaiserlichen vielmehr mit Lob und Dank als mit unfreundlichem und Ehren entziehendem Tadel bedacht zu werden verdiente.“ Der englische Zeitgenosse begründet dies nach seinem eigenen Urteil in folgender Weise. Im schmalkaldischen Kriege habe der Kaiser von Herzog Wilhelm solche Förderung erfahren, wie kein anderer Fürst in ganz Deutschland ihm zu erweisen im Stande gewesen wäre; denn Bayern habe dem Kaiser als sichere Operationsbasis (footing-place) zum Beginne des Krieges gedient, er habe von dort Mannschaft und Lebensmittel

1) Vielleicht war die Einladung des Kaisers zur Jagd, wozu der Kaiser nach dem Bericht der venetianischen Gesandten (II, 342, 350) am 19. September abreisen wollte, an die Taufe dieses Prinzen geknüpft.

2) v. Druffel, Briefe u. Akten III, S. 79 hat sie aus der Vita Prosperi de St. Cruce mitgeteilt.

3) In der Interimscommission des Reichstages vertrat Eck Bayern. Venetianische Depeschen II, 396.

4) Bucholtz VI, 240 flgd.

5) A Report and Discourse . . . of the affaires and state of Germany and the Emperour Charles his Court, durying certaine yeares, while . . . Roger was there. In The whole Works of Roger Ascham ed. Giles (1864) III, p. 29.

